

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

20. Wahlperiode

21. Sitzung vom 7. April 2017

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw. Gemeinderäte	S. 5	Projekt GmbH Berichterstatterin GRin Marina Hanke, BA	S. 25
2. Fragestunde		Rednerinnen bzw. Redner:	
1. Anfrage (FSP - 01120-2017/0001 - KNE/GM)	S. 5	GR Christoph Wiederkehr, BA	S. 25
2. Anfrage (FSP - 01115-2017/0001 - KVP/GM)	S. 6	GRin Sabine Schwarz	S. 26
3. Anfrage (FSP - 01109-2017/0001 - KFP/GM)	S. 8	GR David Ellensohn	S. 29
4. Anfrage (FSP - 01107-2017/0001 - KSP/GM)	S. 12	GR Maximilian Krauss	S. 31
5. Anfrage (FSP - 01118-2017/0001 - KNE/GM)	S. 16	GR Heinz Vettermann	S. 34
		GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES	S. 37
		GR Nikolaus Amhof	S. 39
		GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 40
		GRin Sabine Schwarz	S. 43
		GR Heinz Vettermann	S. 43
		Abstimmung	S. 44
3. AST - 01157-2017/0002 - KGR/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Vom Lastenrad bis zum E-Auto: moderne Antworten auf die logistischen Herausforderungen einer wachsenden Stadt" Rednerin bzw. Redner:		8. Ordnungsruf an GRin Sabine Schwarz	S. 43
GR Mag. Christoph Chorherr	S. 17	9. 00567-2017/0001-GIF; MA 17, P 1: Verein Hemayat; Subvention	
GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 18	00568-2017/0001-GIF; MA 17, P 2: Verein Miteinander Lernen - Birlikte Ögrenelim; Subvention	
GR Mag. Manfred Juraczka	S. 19	00570-2017/0001-GIF; MA 17, P 3: Interface Wien GmbH; Subvention	
GR Karl Baron	S. 20	Berichterstatter	
GR Siegi Lindenmayr	S. 20	GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi	S. 45
GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar, BSc	S. 21	Rednerinnen bzw. Redner:	
GR Mag. Rüdiger Maresch	S. 22	GRin Angela Schütz	S. 45
GR Georg Fürnkranz	S. 23	GRin Safak Akcay	S. 46
GR Ernst Holzmann	S. 23	GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 46
		GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 48
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 24	Berichterstatter	
		GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi	S. 48
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 24	Abstimmung	S. 48
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 24	10. 00217-2017/0001-GIF; MA 13, P 13: Gemeinnützige Community TV-GmbH; Subvention	
7. 00569-2017/0001-GIF; MA 10, MA 56, P 5: PPP-Vorhaben Bildungscampus Seestadt Aspern Nord		Berichterstatterin	
00571-2017/0001-GIF; MA 10, P 6: Bauvorhaben einer elementaren Bildungs- und Betreuungseinrichtung in 9., Salzergasse 28		GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely	S. 49
00533-2017/0001-GIF; MA 56, P 11: 1) Schulerweiterung der allgemein bildenden Pflichtschulen in 3., Dietrichgasse 36		Rednerin bzw. Redner:	
2) Übernahme von Projektmanagementleistungen durch die Wiener Infrastruktur GmbH		StR Mag. Gernot Blümel, MBA	S. 49
00534-2017/0001-GIF; MA 56, P 12: 1) Erweiterung einer Offenen Volksschule in 22., Schüttaustraße 42		GR Mag. Christoph Chorherr	S. 50
2) Übernahme von Projektmanagementleistungen durch die Wiener Infrastruktur		GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 51
		GR Heinz Vettermann	S. 51
		GRin Sabine Schwarz	S. 52
		GR Markus Ornig, MBA	S. 53
		GR David Ellensohn	S. 55
		GR Mag. Manfred Juraczka	S. 55
		Berichterstatterin	
		GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely	S. 56
		Abstimmung	S. 56
		11. Ordnungsruf an GR Mag. Manfred Juraczka	S. 56

Abstimmung	S. 97	GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara	S. 107
25. 00604-2017/0001-GKU; MA 7, P 34: Verein Wiener Filmarchiv der Arbeiterbe- wegung; Subvention		GR Michael Stumpf	S. 108
Abstimmung	S. 97	Abstimmung	S. 108
26. 00314-2017/0001-GKU; MA 14, P 35: Zukauf externer Leistungen für IKT- Projekte		29. 00443-2017/0001-GWS; MA 69, P 53: Baurechtsvertrag mit der NEUES LEBEN Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Sied- lungsgenossenschaft reg. GenmbH, der MIGRA Gemeinnützige Wohnungs- ges.m.b.H. und der WOGEM Gemeinnüt- zige Wohn-, Bau- und Siedlungsgesell- schaft für Gemeindebedienstete GesmbH in 22., Kapellenweg 35	
Abstimmung	S. 97	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 108
27. 00773-2017/0001-GKU; MA 7, P 39: Kunst im öffentlichen Raum GmbH; Sub- vention		Redner:	
Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 97	GR Mag. (FH) Alexander Pawkowicz	S. 108
Rednerinnen bzw. Redner:		GR Christian Deutsch	S. 109
GRin Mag. Ulrike Nittmann	S. 97	Abstimmung	S. 110
GRin Katharina Schinner	S. 98		
GR Michael Stumpf	S. 98	30. 00460-2017/0001-GWS; MA 69, P 54: Nachtragsvereinbarung zum Baurechts- vertrag vom 23. August 1977 mit der DZH- Logistikpark-Lagerbetriebsges. m.b.H. in 22., Aspernstraße 33	
GR Ernst Woller	S. 99	Abstimmung	S. 110
Abstimmung	S. 99		
28. 00524-2017/0001-GKU; MA 7, P 42: Institut für die Wissenschaften vom Men- schen; Subvention		31. 00502-2017/0001-GWS; MA 69, P 55: Verkauf der Liegenschaften EZ 73 der KatG Biedermansdorf	
Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 99	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 110
Rednerinnen bzw. Redner:		Redner:	
GRin Mag. Beate Meini-Reisinger, MES	S. 100	GR Mag. Günter Kasal	S. 110
GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA	S. 102	Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 111
GRin Mag. Barbara Huemer	S. 103	Abstimmung	S. 111
GR Dr. Wolfgang Aigner	S. 104		
GR Mag. Manfred Juraczka	S. 105		
StRin Ursula Schweiger-Stenzel	S. 105		
GRin Mag. Faika El-Nagashi	S. 106		

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf alle bitten, die Plätze einzunehmen. Die 21. Sitzung des Gemeinderates ist hiermit eröffnet.

Entschuldigt sind GR Dietrich Kops und GRin Elisabeth Schmidt. Beide sind krank. GRin Mag. Meinl-Reisinger ist bis 10.30 Uhr dienstlich verhindert.

Bevor wir zur Fragestunde kommen, darf ich kurz um Aufmerksamkeit bitten. In den letzten Sitzungen hat es während der Fragestunde, aber auch danach, eine ziemlich starke akustische Entwicklung, aber nicht vom Redner, gegeben, sondern aus den Bänken und aus den hinteren Reihen. Ich darf Sie daher alle ersuchen, den Rednern zuzuhören und die Konversationen außerhalb des Saales zu führen, damit auch die, die der Sitzung folgen wollen, mit voller Aufmerksamkeit dies tun möchten und können.

Damit kommen wir nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 01120-2017/0001 - KNE/GM) wurde von Herrn Christoph Wiederkehr gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. Die Frage betrifft Cooling-off-Phase für ausgeschiedene Regierungsmitglieder. (Am 13. Jänner dieses Jahres gab Mag. Sonja Wehsely zeitgleich mit ihrem Abgang aus der Stadtregierung bekannt, dass sie mit Anfang April in leitender Position im Unternehmen Siemens Healthcare GmbH tätig sein werde - einem Unternehmen, das maßgebliche Geschäftsbeziehungen zum Wiener Krankenanstaltenverbund unterhält. Franz Fiedler, Ehrenpräsident von Transparency International Austria, führt in der Präsentation des jüngsten Corruption Perception Index (CPI) diesen Fall als konkretes Beispiel an, warum es Unvereinbarkeitsregeln für ehemalige Regierungsmitglieder geben muss. Frage: Wie stehen Sie als Vorsitzender der Stadtregierung zur Einführung einer zeitlich und sektoral befristeten Cooling-Off-Phase für ausgeschiedene Regierungsmitglieder?)

Bitte schön, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr. Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Vorweg möchte ich festhalten, dass die Regelung der Unvereinbarkeit dem Bundesgesetzgeber obliegt. Dieser hat im Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz, das im Jahre 2012 verschärft wurde, festgelegt, dass die Mitglieder der Landesregierungen - in Wien der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträtinnen beziehungsweise Stadträte -, während ihrer Amtstätigkeit keinen Beruf mit Erwerbsabsicht ausüben dürfen. Somit gilt derzeit, dass eine Unvereinbarkeit nur während der Amtszeit, nicht jedoch darüber hinaus besteht. Ich möchte das deswegen erwähnen, weil ich den Eindruck habe, dass nicht allgemein bekannt ist, dass wir hier keine eigenständigen Regelungen zu treffen haben und treffen können. Wie dem auch immer sei, meine persönliche Meinung dazu ist eine außerordentlich differenzierte. Ja, ich kann dem durchaus einiges abgewinnen, was dazu auch an internationalen Diskussionen heute geführt wird, sei es in der Bundesrepublik Deutschland, aber natürlich

auch in anderen europäischen Ländern, über diese Cooling-off- oder Cooling-down-Phase, je nachdem, wie man es benennen will. Allerdings wird man wohl hergehen müssen und auch andere damit im Zusammenhang stehende Regelungen mitdiskutieren. Denn ich mache darauf aufmerksam: Wenn heute ein Regierungsmitglied, auch ein Landesregierungsmitglied, de facto Berufsverbot hat, wenn es de facto keine Pension bekommt, wie das früher in den Regelungen war - und ich weine dem nicht nach -, dann wird man sich überlegen müssen, wovon ein Regierungsmitglied, das ausscheidet und keinen Beruf ausüben darf über, wie Dr. Fiedler vorschlägt, drei Jahre, dann leben soll. Das ist ein wichtiger Punkt; denn wir alle sagen natürlich, ja, okay, der soll sich halt dann in seinem Beruf sein Einkommen verdienen, darf er aber nach verschiedenen Überlegungen und Regelungen nicht. Daher denke ich, dass man natürlich darüber nachdenken kann, nachdenken soll. Aber man soll das auch in einer vom Hausverstand geleiteten Art und Weise tun. Abgesehen davon: Auch Transparency, wo Sie den Herrn Ehrenpräsidenten hier zitiert haben, den früheren Rechnungshofpräsidenten, sollte sich einmal einig werden, was für eine Phase oder was für eine Dauer man hier vorschlägt. Denn Herr Dr. Fiedler schlägt drei Jahre vor, im offiziellen Schreiben des heurigen Frühjahrs von Transparency an die Bundesregierung und Landesregierung wird ein Jahr vorgeschlagen. Wir selber haben bereits für Beamte unter ganz streng definierten Bedingungen eine derartige Cooling-down-Phase von sechs Monaten. Daher meine ich, da ist noch ein enormer Diskussionsbedarf bei einer Sache, von der ich prinzipiell glaube, dass man sie auch diskutieren sollte. Es ist keine verlorene Zeit und nicht sinnlos.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 1. Zusatzfrage kommt von den GRÜNEN. Herr GR Ellensohn, bitte. (GR David Ellensohn verneint.) Er zieht die Zusatzfrage zurück.

Die 2. Zusatzfrage kommt von der FPÖ. Herr GR Nepp, bitte.

GR Dominik **Nepp** (FPÖ): Guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Wir haben uns ja hier im Rahmen einer Fragestunde auch schon einmal über Cooling-off-Phasen unterhalten. Damals aber nicht bezüglich Regierungsmitglieder, sondern im Bereich der stadtnahen Unternehmen, wo ich dann auch in der gleichen Sitzung einen Codex zur Abstimmung gebracht habe, wo unter anderem auch solche Cooling-off-Phasen geregelt worden wären. Sie haben sich damals in der Fragestunde diesbezüglich auch positiv darüber geäußert, dass Sie sich das vorstellen können. In der gleichen Sitzung wurden Sie allerdings von Ihrem eigenen SPÖ-Klub „overruled“. Das ist auch noch ein paar andere Male passiert, sei es jetzt beim Karlsplatz, wo Sie sich dafür ausgesprochen haben, dass das anders wird. Da wurden Sie wieder „overruled“. Dann beim - was war noch? - Alkoholverbot am Praterstern. Da haben Sie sich auch dafür ausgesprochen, dass das kommen kann. Da wurden Sie wieder „overruled“.

Und nur, um die Politik berechenbar zu gestalten, möchte ich wissen, ob Ihre Meinungen eigentlich noch akkordiert sind und ob Ihr Wort immer noch Gewicht hat?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Bürgermeister, bitte.

Bgm Dr. Michael **Häupl**: Ich weiß zwar nicht ganz genau, was das jetzt mit der Cooling-off-Phase zu tun hat, aber sei es drum. Ich lasse mir auch vom Klubobmann der Freiheitlichen Partei nicht verbieten, gelegentlich frei nachzudenken und das auch zu äußern. Aber ich bin vertraut genug mit der parlamentarischen Demokratie, dass ich auch weiß, dass man für alle Ideen am Ende des Tages eine parlamentarische Mehrheit braucht. Und von den drei Themen, die Sie hier erwähnt haben, ist eines überhaupt noch nicht entschieden. Was den Praterstern betrifft, ist das eine Diskussion, die ordnungsgemäß und - wie immer - mit dem Bezirk zu führen ist. Die zweite Phase beim Wien Museum ist okay, nehme ich zur Kenntnis, ist halt so. Dass gute Gedanken und hinkende Rosse zu spät kommen - mit diesem Spruch, mit diesem uralten Spruch kann ich leben. Also machen Sie sich keine Sorgen um mich. Das kann ich Ihnen absolut versichern, es beruht ganz auf Gegenseitigkeit. Ich mache mir auch keine Sorgen um Sie. *(Heiterkeit bei der SPÖ und GR Mag. Wolfgang Jung. - Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 3. Zusatzfrage kommt von NEOS. Herr GR Wiederkehr, bitte.

GR Christoph **Wiederkehr**, BA (NEOS): Guten Morgen, Herr Bürgermeister!

Die Forderung nach der Cooling-off-Phase kommt ja von Transparency International. Die haben in ihrem Forderungspapier 2017 auch einige andere Forderungen drinnen, die durchaus von der Gemeinde umsetzbar wären. Das wären zum Beispiel Veröffentlichung von allen Ausschussunterlagen, Veröffentlichung der Tagesordnung der Ausschüsse, dass sie für Bürger einsehbar sind, oder auch ein Schutz für Whistleblower auf Landesebene. Das sind Forderungen, die wären durchaus von der Stadt beziehungsweise dem Land umzusetzen. Gibt es da von Ihnen Überlegungen, diese Anregungen auch zu prüfen oder gegebenenfalls umzusetzen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Bürgermeister, bitte.

Bgm Dr. Michael **Häupl**: Also was Veröffentlichungen von Tagesordnungen betrifft oder auch von Protokollen, stehe ich allem sehr offen gegenüber. Zur Frage von Whistleblowern, die wir hier schon einmal diskutiert haben, da haben wir sicherlich höchst unterschiedliche Auffassungen. Das ist überhaupt gar keine Frage, weil ich einfach der Auffassung bin, wenn heute jemand was zu sagen hat, zu kritisieren hat, dann soll er hintreten und soll das auch entsprechend sagen und soll für das, was er sagt, einstehen und sich nicht irgendwo verstecken. Wir leben in einer Demokratie, in einer Diktatur wäre das etwas anderes. Aber in einer Demokratie meine ich, dass das eine vernünftige Vorgangsweise wäre. Vom Grundsatz her bin ich der Auffassung, dass wir jetzt nicht neun verschiedene Transparenzgesetze schaffen sollten.

Ich bin sehr dafür, dass dies eine bundeseinheitliche Regelung ist, eine bundeseinheitliche Regelung bleiben soll und wir das auch gemeinsam in der Republik regeln, dann natürlich auch für die Länder, aber auch für die Gemeinden geltend. Das ist ja keine Frage, bei Bundesgesetzen ist das so. Ja, ich bin für verschiedene Dinge, die auch in diesem Vorschlagskatalog, in dem relativen langen Vorschlagskatalog von Transparency Austria, drinnen sind und bin durchaus offen, das zu diskutieren. Aber man sollte bei den bundeseinheitlichen Regelungen bleiben. Neun Transparenzregelungen, also ehrlich gesagt, selbst für einen Föderalisten wie mich ist das ein bisschen kindisch.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Danke schön. Damit ist die 1. Anfrage beantwortet.

Die 2. Anfrage (FSP - 01115-2017/0001 - KVP/GM) wurde von Frau GRin Dipl.-Ing. Elisabeth Olischar gestellt und ist an die Frau Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. Die Anfrage betrifft die Vorteile für Elektroautos mit grünen Nummernschildern im Sinne der Förderung der E-Mobilität. *(Seit dieser Woche werden grüne Nummernschilder für Elektroautos ausgegeben. Damit sollte auch Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden, für solche Autos im Sinne der Förderung der E-Mobilität Vorteile zu gewähren, wie beispielsweise etwa die Nutzung von Busspuren, die Erweiterung von Lieferzonen und Lieferzeiten oder etwa die Befreiung von Parkgebühren. Welche konkreten Maßnahmen gedenken Sie auf Wiener Gemeindeebene in die Wege zu leiten bzw. anzuregen?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Vielen Dank für Ihre Anfrage betreffend die Förderung von E-Mobilität in Wien.

Zu Ihren konkreten Vorschlägen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Grundsätzlich bewertet die Stadt Wien die Elektromobilität als positive Zukunftstechnologie mit dem Potenzial zur Verbesserung der Umweltbilanz des motorisierten Individualverkehrs und der Verminderung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Die Verbreitung der Elektromobilität ist in Wien und auch in ganz Österreich nach wie vor nicht zufriedenstellend. Die Entwicklung ist aber in Wien rasant, freilich auf niedrigem Niveau, muss man ehrlicherweise sagen. Dennoch, von 2015 auf 2016 hat es bei den neuzugelassenen Elektrofahrzeugen in Wien eine Steigerung von 128 Prozent gegeben. Das ist einfach ein deutliches Indiz, dass diese Entwicklung langsam in die Gänge kommt. Wesentliche Hemmschuhe für eine weitere Verbreitung sind nach wie vor zum einen die hohen Anschaffungskosten der Fahrzeuge. Dafür gibt es allerdings nun die Bundesförderung für Einzelfahrzeuge von 4.000 EUR pro Fahrzeug, und es gibt Anzeichen seitens der Hersteller, dass es bald günstigere Modelle am Markt geben wird. Zum anderen ist es aber auch klar, dass die Ladeinfrastruktur potenzielle NutzerInnen zusätzlich in der Entscheidung bestärkt, sich ein Elektrofahrzeug anzuschaffen. Deshalb hat die Stadt Wien beschlossen, sicherzustellen, dass es in den

kommenden Jahren ein ausreichend dichtes und öffentlich zugängliches Basisladenetz in der Stadt geben soll, das allen zur Verfügung steht. Daran wird aktuell gearbeitet.

Noch etwas vielleicht zum Abschluss. Wir wissen alle, dass die EinwohnerInnenzahl von Wien von Jahr zu Jahr um bis zu 40.000 Menschen wächst. Vor diesem Hintergrund ist völlig klar, dass das Hauptaugenmerk der Stadt auf dem öffentlichen Verkehr liegen muss. Die Öffis sind das Rückgrat urbaner Mobilität und stellen im Übrigen die effizienteste Form von Elektromobilität dar. Jede Maßnahme, die zu einer Behinderung des öffentlichen Verkehrs führt, ist keine gute Idee für Wien. Ein wesentlicher Anteil der städtischen Kfz-Fahrten sind allerdings Lieferfahrten. Für diesen Bereich wird derzeit geprüft, welche Bevorzugungen zielführend sind.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 1. Zusatzfrage kommt von der FPÖ. Herr GR Baron, bitte.

GR Karl **Baron** (FPÖ): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Sie haben sich noch vor wenigen Monaten gegen die Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Raum ausgesprochen. Ich gehe davon aus, dass Sie das etwas überdacht haben und stelle somit die Frage: Wie viele Parkplätze werden Ladestationen im öffentlichen Raum von Wien zum Opfer fallen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich glaube, hier liegt ein Missverständnis vor. Vor mehreren Monaten bereits hat der Wiener Gemeinderat über die entsprechende Elektromobilitätsstrategie der Stadt Wien diskutiert, die hier sehr wohl ein klares Bekenntnis zur Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Raum abgibt, allerdings auf Basis eines vernünftigen Konzepts. Was meine ich damit? Ich meine, dass wir möchten, dass es hier von vornherein eine kluge Überlegung, eine Planung gibt, wo Stellen sind, wo es Sinn macht, solche Stationen im öffentlichen Raum zu errichten und nicht eine Entwicklung zu haben, wo einfach jede und jeder, die auf die Idee kommen, es wäre jetzt gerade nett, eine Elektroladestelle im öffentlichen Raum errichten. Der Grund, warum wir hier sehr wohl sozusagen bedacht damit umgehen müssen, liegt ja darin, dass solche Ladestationen mit dem Reservieren von Parkplätzen im öffentlichen Raum verbunden sind, sodass wir hier erstens bei einem Wildwuchs eine Entwicklung hätten, wo wir dann mehrere solcher reservierter Stellen im öffentlichen Raum hätten, ohne dass diese genutzt sind, was wiederum zu einer großen Aufregung, wie man sich vorstellen kann, in der Bevölkerung führen kann. Zweitens ist es schlussendlich ein zusätzliches Element im öffentlichen Raum.

Wir alle haben hier seit Jahren eine Diskussion, dass, wenn man sich etwa die Gehsteige in Wien anschaut, sie sehr oft mit einer Vielzahl von Objekten und Elementen verstellt sind, seien dies jetzt Trafokästen und vieles, vieles Weitere mehr, Container für Altkleidersammlungen und, und, und, sodass wir sehr oft mit Beschwerden von

Wienerinnen und Wienern konfrontiert sind, die einfach sagen, ich muss irgendwie einen Parcours absolvieren, um von A nach B zu kommen, inklusive Stolperfallen, inklusive Behinderung für Menschen mit Behinderungen, und, und, und, und. Das heißt, hier macht es, wie gesagt, einmal mehr Sinn, eine Planung zu haben und zu sagen, ja, damit wir dieses Basisladenetz schön verteilt über die Stadt haben, braucht es eben konkrete, wie gesagt, Hot Spots, wo wir sagen, hier macht es Sinn, eine Ladestelle zu errichten. Unser Plan ist es, in einer ersten Etappe an die 500 solche Ladestellen zu errichten und, wie gesagt, nach strategischen Kriterien klug über das Stadtgebiet zu verteilen, und daran wird aktuell gearbeitet.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 2. Zusatzfrage kommt von NEOS. Frau GRin Mag. Emmerling, bitte.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Danke für die Ausführungen, wobei ich bemerke, dass, glaube ich, die ersten Fragen nicht beantwortet wurden, was jetzt mit der grünen Nummerntafel hier in Wien passiert. Ich überlasse das, glaube ich, dann meiner Kollegin.

Ich hätte jetzt noch die Frage zur Ladeinfrastruktur. Es gibt die Elektromobilitätsstrategie. Es ist eigentlich schon länger her. Das wurde im September 2015 beschlossen. Darin ist auch die Rede davon, dass man die zu setzenden Maßnahmen jährlich evaluiert und es ein jährliches Monitoring gibt. Bis jetzt haben wir von dieser Seite noch wenig konkrete Informationen.

Daher meine Frage, wann man hier konkret zur Arbeit dieser Elektromobilitätsstrategie kommt und ob dann in Zukunft auch eine jährliche Information so vorgesehen ist.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Ja, wobei, wie ich gerade erwähnt habe, dass das, worauf wir uns konzentrieren, derzeit in der Tat die Errichtung dieses Basisladenetzes ist. Das halte ich wirklich für zentral, damit wir hier in diese Richtung auch einen ersten wesentlichen Schritt setzen. Ich halte daher ein Monitoring für sinnvoll, eigentlich mit Ende dieses Jahres, weil zu diesem Zeitpunkt wir sinnvollerweise berichten können, wo wir mit dieser Planung stehen und was eigentlich auch als Nächstes, sprich, für das Jahr 2018, zu erwarten ist. Aber ja, ich kann einem jährlichen Monitoring sehr viel abgewinnen, und das werden wir hier sicher auch tun.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 3. Zusatzfrage kommt von der ÖVP, Frau GRin Dipl.-Ing. Olschar.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olschar**, BSc (ÖVP): Vielen herzlichen Dank, Frau Stadträtin, auch für Ihre Ausführungen. Wie die Kollegin von den NEOS schon gesagt hat, konkrete Maßnahmen, wie man jetzt die grünen Nummerntafeln in Wien nutzen könnte, sind jetzt nicht gekommen, sondern eher das, was nicht geht.

Ich möchte aber auf eine andere Frage hinaus und zwar, weil Sie gesagt haben, gerade das Thema Elektromobilität braucht noch etwas, um in Wien anzukommen. Da wäre es ja gerade als Vorbild für die Stadt Wien durchaus sinnvoll, hier eigene Taten sprechen zu lassen. Werden Sie sich dafür stark machen, dass beispielsweise die Flotte oder Teile der Flotte der Stadt Wien auf Elektromobilität umgerüstet wird?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Ganz will ich den Vorwurf, ich hätte das nicht beantwortet, jetzt nicht auf mir sitzen lassen. Es ist so: Mit den grünen Nummerntafeln haben die Gemeinden eben die Möglichkeit, hier verschiedene Bevorzugungsmaßnahmen sozusagen schlussendlich einzuführen. Was können diese sein?

Das kann zum Beispiel in Wien sein, dass man Elektrofahrzeuge auf den Busspuren fahren lässt. Da habe ich erläutert, dass wir in diesem Fall nicht diese Maßnahme, die der Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs dient, auf diese Art und Weise ad absurdum führen möchten. Die zweite Möglichkeit, die man hat, ist zum Beispiel verschiedene Bevorzugungen für den Lieferverkehr einzuführen. Da habe ich Ihnen gesagt, das wird aktuell geprüft, welche Bevorzugungen hier in Wien zulässig und zielführend sind. Also da sind wir dahinter. Es wird nur aktuell geprüft und insofern ist Ihre Frage ein bisschen zu früh gekommen. In zwei Monaten ab jetzt hätte ich Ihnen auch eine konkretere Antwort geben können, was hier für den Lieferverkehr möglich sein wird. Das halte ich übrigens für wesentlich, weil in der Tat einmal mehr ein beträchtlicher Teil der Kfz-Fahrten in der Stadt Lieferfahrten sind, und das heißt, Bevorzugungen in diesem Bereich können auch wirklich etwas auslösen.

Eine dritte Möglichkeit, die man hätte, die im Übrigen auch für kleinere Städte meiner Meinung nach durchaus zielführend sein kann, ist, zu sagen, Elektrofahrzeuge sind von der Gebührenpflicht in der Parkraumbewirtschaftung ausgenommen oder zahlen die Hälfte der Gebühren, um Ihnen jetzt ein Beispiel zu geben. Diese Maßnahme, wie gesagt, der ich persönlich durchaus hätte auch einiges abgewinnen können, ist aber in der Parkraummanagementkommission vor wenigen Jahren intensiv diskutiert worden und ist schlussendlich für Wien negativ beantwortet worden mit der Begründung, die Parkraumbewirtschaftung in Wien stellt auf die Parkplatznot ab. Ein Elektrofahrzeug ist daher ein Fahrzeug mit einem ökologischen Antrieb, das schon. Aber da die Parkraumbewirtschaftung einmal mehr auf die Parkplatznot abstellt und die Begründung, diese auch einzuführen, auch Überparkung ist und ein Elektrofahrzeug genauso viel Platz in Anspruch nimmt wie in diesem Bereich auch ein konventionelles Fahrzeug, sehen wir hier nicht, dass es zielführend wäre, Begünstigungen einzuführen. Soweit einmal zum Stand der Überlegungen, wie gesagt, wie sie durchaus auch mit breiter Beteiligung und auch unter Beteiligung von Expertinnen und Experten vor nicht allzu langer Zeit diskutiert worden

sind. Ich bitte um Verständnis, dass ich nicht ununterbrochen Kommissionen ins Leben rufen kann, die ununterbrochen dieselben Dinge noch einmal besprechen und noch einmal besprechen, wenn ich doch eigentlich recht aktuelle Ergebnisse habe. Soweit zu meiner Antwort. In diesem Bereich einmal mehr: Ja, der Lieferverkehr ist einer, der hier Begünstigungen erfahren soll und es wird aktuell geprüft, welche.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Vielen Dank, Frau Vizebürgermeisterin. Die 2. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 3. Anfrage (FSP - 01109-2017/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Armin Blind gestellt und ist an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Integration, Jugend und Personal gerichtet. Sie betrifft Maßnahmen zur Integration. *(Eine aktuelle WIFO-Studie zeigt, dass die Türken signifikant schlechter integriert sind, als andere ausländische Bevölkerungsgruppen. Das zeigt sich nicht nur im täglichen Zusammenleben und der Tatsache gelebter Parallelgesellschaften, sondern schlägt sich auch in einer extrem hohen Arbeitslosenquote nieder. Welche gezielten Maßnahmen werden Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit für Integration setzen, um der nachweislich bestehenden fehlenden Integration von Türken in Wien und damit auch der Entwicklung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken?)*

Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Sie sprechen in Ihrer Anfrage die Integration der türkischen Community an und die Ergebnisse einer aktuellen Wifo-Studie. Die Menschen mit türkischer Herkunft sind, das kann man so sagen, die älteste seit Beginn der Zuwanderungsbewegungen der 1960er und auch die zweitgrößte Migrationsgruppe in Wien. Es ist zu beobachten, was ja auch die Wifo-Studie bestätigt und in Ihrer Anfrage genannt wird, dass die Gruppe neben einer sehr großen Heterogenität - man kann da jetzt auch nicht so einfach von den Türkinnen und Türken sprechen - im Durchschnitt nicht den Integrationsstand aufweist, den sie de facto in Wien auf Grund ihrer langen Migrationsgeschichte haben sollte. Das liegt aber weniger an einer pauschalen oder fehlenden oder mangelnden Integrationsleistung, sondern vor allem, und das möchte ich ein bisschen näher ausführen, an sozialen Umständen und an Formen von langjähriger Diskriminierung. Zu einem ähnlichen Schluss kommt im Übrigen auch die Wifo-Studie. Die Stadt Wien beobachtet das seit Jahren. Seit zehn Jahren haben wir das Instrument eines ganz genauen Integrationsmonitorings der MA 17, auf dem wir Politikum und Maßnahmen aufbauen können.

Vielleicht nur in ein paar Worten: Was ist die Situation, um ein bisschen mehr ins Detail zu gehen? Im Bereich der Bildungsbeteiligung über der Pflichtschule sind bei der Wohnbevölkerung mit türkischer Herkunft durchaus positive Entwicklungen zu beobachten. In den letzten zehn Jahren gibt es hier einen starken Aufstieg, auch was Einstellungen zum Zusammenleben betrifft. Man muss aber sagen, dass die angespannte Wirtschaftslage Zugewanderte eher spüren, insbesondere die Generati-

on der sogenannten Gastarbeiter, von denen viele Türken stammen, da eindeutig Verdrängungen am Arbeitsmarkt zu beobachten sind und damit ein weiteres Auseinanderklaffen der sozialen Schere. Auch Phänomene von Diskriminierung schlagen sich auch beim Integrationsstand der zweiten Generation nieder. Besonders Jugendliche mit türkischer Herkunft sind davon betroffen und haben es deutlich schwieriger beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Daten zu den NEETs, das sind jene wie „Not in employment“ oder „Education in training“, also Jugendliche, die sozusagen aus Schule oder Ausbildung rausfallen, zeigen deutlich, dass aber der Großteil der Jugendlichen aktiv beschäftigungssuchend ist.

Jetzt aber zur eigentlichen Frage: Was sind die Integrationsmaßnahmen, die wir setzen, um auf das zu reagieren oder in den letzten Jahren gesetzt haben? Nun, die Stadt Wien steuert seit einigen Jahren in vielen Bereichen diesen Entwicklungen entgegen. Man kann und darf nicht leugnen, dass viele Probleme, die es zweifelsohne gibt, ihre Wurzeln in der sogenannten Zeit der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter haben, in einer Zeit, wo sowohl die damals Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft geglaubt haben, die kommen und gehen wieder. In den letzten zehn Jahren wurde aber in Wien ein intensives und engmaschiges Konzept an Maßnahmen entwickelt, die neuzugewanderten Menschen vom ersten Tag an Orientierung, Deutschkurse und Unterstützung beim beruflichen Einstieg bietet. Das ist eben unser Konzept der Integration ab Tag 1. Das Programm „Start Wien“ möchte ich da nur erwähnen: Deutsch- und Basisbildungskurse, Schwerpunkt auf Frauen und Jugendliche. Die Zahlen zeigen klar, dass zum Beispiel 90 Prozent der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei das Stadt-Coaching im Rahmen von „Start Wien“ nutzen und wir da gerade diese Zielgruppe sehr gut erreichen können. Insbesondere im Zusammenhang mit Frauen gibt es da von uns starke Schwerpunkte, die besonders die türkische Community erreichen und erreichen sollen, zum Beispiel „Mama lernt Deutsch“, weil es ein besonders gutes Beispiel ist. Da geht es darum, wir wissen aus diesem Integrationsmonitoring, türkische Frauen sind von einer besonders hohen Arbeitslosigkeitsquote betroffen. Das liegt an verschiedenen Dingen wie unzureichende Qualifikation. Aber sicher kann es auch an Dingen liegen wie einem verstaubten Frauenbild, an schlechten Deutschkenntnissen, an Kinderbetreuungspflichten und vieles mehr. „Mama lernt Deutsch“ ist ein Beispiel für ein sehr innovatives Programm, mit dem wir den Nerv treffen, weil wir eine Vielzahl dieser einzelnen Punkte ansprechen. In den letzten 10 Jahren haben 8.000 Frauen diese Kurse besucht, Kurse, wo Frauen, während die Kinder in Bildungseinrichtungen sind, Deutsch lernen. Die sprechen dadurch besser Deutsch, haben Kontakt zu den PädagogInnen der Kinder, sind aber auch zu Hause plötzlich in einer gestärkten Rolle und geben den Ton an, nämlich dann, wenn es um die Schulbildung der Kinder geht.

Ich könnte jetzt noch viele andere Details ansprechen, weil wir beim Thema Frauen sind, Frauencollege, das bildungsbenachteiligten Frauen mit weniger oder gar

keiner Schulbildung eine Basisbildung bietet, ganz viele Basisbildungskurse. Auch da erreichen wir insgesamt besonders viele Türkinnen und Türken. Um beim Frauencollege zu bleiben, da ist der Anteil an türkischen Staatsbürgerinnen bei 52 Prozent. Ähnlich hoch ist der Anteil von Kindern mit türkischer Muttersprache bei den Deutschkursen, die wir machen.

Was mir wichtig ist, ist, und das sieht man bei der Nutzung von „Start Wien“ - ich möchte noch einmal die 90 Prozent von Türkinnen und Türken, die das nutzen, in Erinnerung rufen -, es ist falsch, von Integrationsunwilligkeit zu sprechen. Und es ist auch falsch, weil die Gruppe sehr groß und sehr heterogen ist, eine ganze Personengruppe zu diffamieren und zu problematisieren. Viele unserer Angebote sind nicht nur in Wien und Österreich Beispiele für das, was in Zukunft verstärkt ausgebaut werden soll, zum Beispiel mit dem Integrationsjahr, sondern sind auch im europäischen Vergleich Best Practices. So hat eben gerade die EU-Grundrechtsagentur „Mama lernt Deutsch“ als Vorzeigeprojekt in ihrem Bericht zur Integrationspolitik der Mitgliedsstaaten ausgezeichnet. Ich möchte ... *(Beifall bei der SPÖ.)*

Überbordender Applaus für eine Trinkpause. Ich möchte zum Schluss kommen. Was die Wifo-Studie zeigt, ist, dass es sich auszahlt, ein bisschen genauer zu schauen, Einblick in verschiedene Bereiche zu nehmen. Auch zeigt sich, dass Österreich im Vergleich mit der Gruppe der traditionellen Zuwanderungsländer, und ich spreche hier von Belgien, Deutschland und Niederlande, eine durchaus gute Entwicklung hat. Hier zeigt sich besonders, dass die im Ausland geborene Bevölkerung in Österreich im Vergleich zu jenen Ländern gleich gut oder besser am Arbeitsmarkt integriert ist. Was die Wifo-Studie aber auch zeigt, ist, es gibt einen Schwerpunkt, den wir setzen müssen, und das ist genau der Weg, den wir in Wien gehen, das ist frühzeitige Intervention.

Mit unserem Zugang der Integration ab Tag 1, unabhängig vom Herkunftsort oder vom Status der Menschen, die zu uns kommen, mit dem Zugang zur Begleitung, zur Erstinformation, zu Spracherwerb und -qualifizierung machen wir genau das, weil wir sehen, Migrantinnen und Migranten, die bessere Sprachkenntnisse haben, die bessere Unterstützung bekommen, ihre Qualifikationen formal anerkannt zu bekommen, haben auch bessere Integrationserfolge. Also darauf bauen wir auf.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 1. Zusatzfrage kommt von der SPÖ, von Herrn GR Baxant. Bitte schön.

GR Petr **Baxant**, BA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Stadtrat, guten Morgen!

Die von Ihnen angesprochene Wifo-Studie hat ja auch andere, sehr interessante Ergebnisse zutage gebracht, unter anderem, dass die Erwerbslosigkeit oder die Problematik, die Menschen in den Arbeitsmarkt zu bekommen, vor allem bei jenen ziemlich hoch ist, die im Alter zwischen 15 und 24 zu uns gekommen sind. Könnten Sie bitte auf die Maßnahmen eingehen, die die Stadt Wien hier einsetzt?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Ja, Herr Gemeinderat, das ist ein gutes Beispiel, wie notwendig es ist, auf Grund der Datenlage zu sehen, es gibt nicht nur eine große Gruppe, sondern es gibt unterschiedliche Teile dieser Gruppe mit unterschiedlichen Problemstellungen. Gerade die Jungen, gerade jene im Alter zwischen 15 und 24, erreichen wir mit unseren neuen großen Projekten, unserem neuen großen Angebot wie zum Beispiel das Jugend College, wo eben genau das in die Tat umgesetzt wird, dass wir ab dem Tag 1 Bildung zugänglich machen. Das Jugend College hat 1.000 Kursplätze für junge Erwachsene zwischen 15 und 21. Das ist deshalb so wichtig, weil ohne Bildung geht es nicht. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe, und das Jugend College schließt genau eine Lücke in der Integration von Flüchtlingen zwischen der Schulpflicht, also dem Ende der Schulpflicht, und Arbeitsmarktmaßnahmen. Damit gehen wir auf die Faktenlage, die ja auch wir im Integrationsmonitor über Jahre beobachten können, aber auch in der Wifo-Studie erwähnt wurde, genau ein. Das ist jetzt das große Beispiel.

Ich könnte auch noch ein paar Details zu den 1.000 Basisbildungs- und Pflichtschulabschlusskursen nennen oder auch zu Deutsch, den hunderten Deutschkursen, die wir über die MA 17 und den FSW machen. Aber es soll ja noch für andere Fragen Zeit sein.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 2. Zusatzfrage kommt von NEOS, Herr GR Wiederkehr.

GR Christoph **Wiederkehr**, BA (NEOS): Guten Morgen!

Danke für die doch sehr klaren Worten und auch das Problembewusstsein, dass wir mit Teilen der türkischen Community nicht die Integrationsfortschritte erreichen konnten, die eigentlich nötig sind. Das sehe ich auch mit großer Sorge, vor allem bei Türken zweiter und dritter Generation. Ich glaube, was ein Mitaspekt in der türkischen Community ist, sind Vereine, Organisationen, Moscheevereine in der türkischen Community, die eine Tendenz haben, sich auch stark abzuschotten, in denen auch Werte wie Bildung und Bildungsaufstieg nicht so wichtig sind, hier vor allem stark dominiert auch vom konservativen Gedankengut und AKP-nahen Verhältnissen. Da ist die Frage: Was plant die Stadt oder was kann die Stadt tun, um genau diese Vereine wie UETD, ATIB, und so weiter stärker in die Verantwortung zu nehmen, auch für eine bessere Integration der Türken zu sorgen? Gibt es da Maßnahmen von der Stadt, oder was könnte man sich da vorstellen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Herzlichen Dank für die Frage. Erstens einmal ist es wichtig und auch Aufgabe der Stadt und unserer dafür verantwortlichen, geförderten Vereine, aber auch der Magistratsabteilung 17, im dauernden Kontakt auch mit der Community und unterschiedlichen Vereinen zu stehen und sicherzustellen, dass es einen Einbezug in einen gemeinsamen gesellschaftlichen Diskurs auch über die Dinge, die unsere Gesellschaft, unsere Demokratie, unsere Stadt ausmachen, gibt. Aber was man schon auch in diesem

Zusammenhang sagen muss und zu den Herausforderungen, die Sie angesprochen haben: Ich halte es für wichtig und richtig, dass Politik auch sagt, was ist. Im Zusammenhang mit der türkischen Community, aber auch allen anderen muss man natürlich sagen: Wir reden, und es ist wichtig, das zu tun, nicht von einer ganz großen Gruppe, im Fall der türkischen Community ist es eine besonders große Gruppe, 76.000 Menschen, die als Ganzes ein Problem darstellt. Das hieße nämlich, jenen, die zum Beispiel jetzt im Zusammenhang mit Erdogan und dem Referendum für Demokratie kämpfen, für Freiheit kämpfen, teilweise auch unter Bedrohung, Beschimpfung leiden, auch noch sozusagen, wenn man so will, das Hackel ins Kreuz zu hauen. Das Gegenteil muss der Fall sein. Wir müssen fähig sein, auch wenn es dann nicht ganz so leicht möglich ist, eine Symbolpolitik darauf aufzubauen, in unterschiedliche Gruppen zu trennen und mit unterschiedlichen Gruppen zu arbeiten, Menschen auch zu unterstützen und ihnen zu sagen, ihr seid auch willkommen hier und eure Einbindung. Aber auf der anderen Seite, wenn in irgendeiner Hinterhofmoschee ein Imam die Vollverschleierung predigt, dann müssen wir auch sagen: Das ist nicht unsere Gesellschaft, wir werden dagegen auftreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 3. Zusatzfrage kommt von Frau GRin MMag. Dr. Kugler.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (ÖVP): Guten Morgen!

Ich erlaube mir, auf Grund eines aktuellen Anlasses die Frage Integration ein bisschen zu verbreitern. Am 28. März wurde ja das neue Integrationspaket im Ministerrat beschlossen. Das sieht Rahmenbedingungen vor, die sowohl für die Stadt als auch für das Land sehr relevant sind und auch einer eigenen Umsetzung bedürfen.

Ich möchte Sie ganz konkret fragen, wie Sie das in den einzelnen Fragen angehen möchten, insbesondere die Frage Verhüllungsverbot, das Verbot der Verteilung durch radikale Gruppen und die Verpflichtung zur gemeinnützigen Tätigkeit für Asylwerber und Asylberechtigte für zwölf Monate. Wie wird die Stadt Wien das neue Integrationspaket, wenn es dann im Parlament beschlossen ist, umsetzen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Nun, zuerst einmal muss man kurz sagen, wenn es dann beschlossen ist und eindeutig klar ist, wie man auf die unterschiedlichen Dinge eingehen kann - das Verteilungsverbot oder die Maßnahmen gegen die Koranverteilung im öffentlichen Raum haben Sie angesprochen. Das ist ein so gutes Beispiel, das ist etwas, wovon auch viele hier im Haus und in den letzten Jahren immer gesagt haben: Wir wollen dagegen vorgehen. So einfach war das aber nicht, weil die Mittel von der Straßenverkehrsordnung bis zum Strafrecht alle nicht gegriffen haben. Also wir werden sehen, welche Möglichkeiten hier der Gesetzgeber vorsieht, und danach handeln. Insgesamt ist es aber, und es zählt sich durchaus auch aus, hier an diesem Ort vielleicht in den nächsten Monaten einmal bei mir im Ausschuss genauer drauf zu schauen, ein riesengroßes

Paket, und viele Dinge davon machen wir bereits jetzt in Wien und wollen wir auch gegenüber dem Bund einspielen, weil man hier von Wien lernen kann. Ich spreche das ganze Thema Integrationsjahr an, wo ich wirklich sagen möchte, das ist ein riesengroßer Fortschritt für diese Republik. Es ist ja auch eine Sache, die wir in Wien immer gefordert haben. Wir brauchen gemeinsame konkrete österreichweit gültige Maßnahmen, die alle betreffen, alle vom ersten Tag an erreichen. Und wir brauchen ein klares Monitoring, eine klare Datenlage, die die Menschen begleitet und mitnimmt - Was haben die für Integrationsangebote angenommen? Was haben die für Qualifikationen erworben? Was haben die für formale Bildungszugänge? -, und damit dann mit dem AMS redet in Verbindung mit den Jobtrainings, und so weiter, die da erarbeitet werden. Wir arbeiten bereits jetzt schon, weil es in Wien immer Zugang war, intensiv mit dem AMS zusammen. Wir arbeiten intensiv auch an dieser Datenbank. Wir scharren seit Monaten in den Startlöchern, die Wiener Erfahrungen auf dieses Modell des Bundes einzuspielen und werden hier in den nächsten Wochen, glaube ich, auch gute Erfolge leisten, weil wir ja, nehme ich einmal an, auch österreichweit schlecht beraten wären, wenn wir gute Erfahrungen nicht auch gemeinsam nützen können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 4. Zusatzfrage kommt von den GRÜNEN, von Frau GRin Mag. El-Nagashi.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (GRÜNE): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Vielen Dank für den Einblick in die umfangreichen Maßnahmen, die die Stadt Wien im Integrationsbereich setzt und zwar in den Bereich, um Perspektiven und Chancen zu schaffen. Das Anwerbeabkommen zwischen Österreich und der Türkei ist jetzt schon über 50 Jahre her. Damals ging es darum, Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen. Gekommen sind Menschen, Menschen mit ihren Familien. In dieser Zeit hat sich viel entwickelt. Es sind verschiedene Generationen, die jetzt schon lange hier leben.

Welche Unterschiede sehen Sie, welche Entwicklungen oder Veränderungen? Wie ist da die Datenlage oder die Fakten, was sich in dieser Zeit eigentlich getan hat, obwohl es am Anfang gar keine Maßnahmen dazu gegeben hat, weil es eben als ein temporärer Zustand verstanden wurde? Welche Entwicklungsschritte sind mittlerweile passiert?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Sie sprechen die Datenlage an und vor allen Dingen auch die Sachlage, dass wir hier von unterschiedlichen Generationen sprechen, ein weiterer Aspekt, der zeigt: Jeder, der von den Türkinnen und Türken spricht oder von der türkischen Community, macht einen groben Fehler. Es geht hier um ganz viele Sachen.

Ich könnte jetzt Stunden darüber reden, weil es eine Sache illustrieren könnte. Wir haben eben eine sehr gute Datenlage und können in Wien durch die jahrelange Erfahrung mit dem Integrationsmonitor auch ganz genau

auf unterschiedliche Communities und unterschiedliche Herkunftsgruppen bei dem angesprochenen Thema hinschauen.

Es stimmt, die türkische Herkunftsgruppe generell weist im Vergleich zu anderen Herkunftsgruppen deutliche signifikante Unterschiede bei der Bildung und bei der Beschäftigung auf. Sie hat einen höheren Anteil von Menschen, die maximal Pflichtschulabschluss haben und einen niedrigen Anteil mit höherem Abschluss, überhaupt keine Frage. Aber es ist total wichtig, diese Daten eben zu differenzieren, weil es einen riesengroßen Unterschied macht, wenn man auf die Generationen schaut, weil es so ist, dass stark zwischen der 1. und 2. Generation zu unterscheiden ist, also zwischen denen, die vor 50 Jahren zugewandert sind und den heutigen Zuwanderern. Warum? Wer in den 1960ern bis 80ern zugewandert ist, hatte meistens einen sehr niedrigen Bildungsstand. Der Anteil der Zugewanderten aus dieser Zeit mit maximal einem Pflichtschulabschluss liegt bei 58 Prozent generell und bei der Herkunft Türkei bei 70 Prozent. Da kann man schon sehen, diese Generation hat ein anderes Packerl zu tragen und die zeichnet auch eine andere Situation aus als andere Generationen. Wenn man das dann weiterdenkt, so ist dann natürlich auch die Folge davon, warum gerade diese Generation über ein sehr geringes Einkommen verfügt, über eine sehr geringe Pension, das ist ja 50 Jahre her, und ihre nachgezogenen Familienangehörigen bis in die 2000er Jahre auch auf Grund des damaligen gültigen Arbeitsrechtes und Aufenthaltsrechtes vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren. Das wirkt sich vor allem in der ökonomischen Situation, aber auch bei der Erwerbsbeteiligung vor allen Dingen von Frauen dieser ersten Zuwanderergeneration aus, wenn man so will, der Gastarbeitergeneration. Es ist auch so, dass 2016 der Anteil an sogenannten dequalifiziert Beschäftigten, das sind Menschen, die in einem Job arbeiten, der nicht ihrer Ausbildung entspricht, die könnten woanders auf Grund ihrer Ausbildung arbeiten, geht aber nicht, der ist in dieser Generation viel, viel höher. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Integrationsleistung der zugewanderten Menschen aber auch sehr hoch, weil wenn man sich anschaut, die Nachkommen halbieren bereits den Anteil am maximalen Pflichtschulabschluss und in der 3. Generation gibt es überhaupt keinen Unterschied mehr nach Herkunft.

Ich könnte jetzt noch weitere Details sagen. Spannend ist eben, dass man aber nur an diesem Beispiel eine grundsätzliche Situation feststellen kann, die generell für Integrationsleistung in Gruppen spricht. Es geht weniger um die ethnische Herkunft, sondern um solche Dinge wie Staatsbürgerschaft. Also wenn ich zum Beispiel aus der EU komme, dann bin ich rechtlich Österreicherinnen und Österreichern gleichgestellt, was zum Beispiel Bildungsanerkennung oder Beschäftigungseinstieg betrifft. Aber auch der Zeitpunkt und das Alter beim Zuzug, das ist genau das Thema, das wir jetzt besprechen, machen riesengroße Unterschiede, und das Geschlecht. Das allein zeigt schon, genau das ist der richtige Weg, den wir gehen. Wir schauen genauer hin und setzen Maßnahmen auf Grund der Herausforderungen,

die wir haben. Das ist dann manchmal schwieriger kommunizierbar, weil es eine Vielzahl an Maßnahmen ist. Aber es ist genau der richtige Weg. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 5. Zusatzfrage kommt von der FPÖ, Herr GR Blind.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Danke auch für Ihre vorherigen Beantwortungen. Ich möchte auch ganz kurz darauf eingehen. Danke, dass Sie einmal festgestellt haben, wer daran schuld ist. Offensichtlich wieder einmal der Inländer, der diskriminiert. Sie haben die Diskriminierung angesprochen, dass gerade hier ein besonderes Hemmnis einträte. Sie haben auch gesagt, die Qualifizierung beziehungsweise die Anerkennung von Qualifizierungen. Es liegt auch vielleicht an der Qualifikation selbst, nicht nur an der formalen Qualifikation des Heimatstaates, sondern dass Qualifikationen aus dem EU-Raum dann auch äqual sind und eine Universität in Vorderasien vielleicht nicht mit einer Universität in München oder in Paris vergleichbar ist.

Ich darf Sie aber zur Frage selbst zurückführen, und zwar zur Frage, was Sie als Stadtrat beabsichtigen, hier in diesem Bereich zu tun, weil so, wie ich das verstanden habe, ist das nur „more of the same“, nämlich das, was unter der StRin Frauenberger bereits „erfolgreich“ - das Ergebnis sieht man unter anderem in dieser Studie - praktiziert wurde. Ich darf auch darauf hinweisen, dass genau deswegen die Frau StRin Frauenberger im Herbst des vorigen Jahres ja auch erheblich unter Beschuss geraten ist und dann in einen meines Erachtens komplizierteren Aufgabenbereich weggelobt wurde. Deswegen meine Frage: Gibt es unter Ihnen „more of the same“, oder haben Sie die Zeichen der Zeit erkannt und werden innovative Schritte setzen, um die manifeste Problematik, die sich auch in dieser Studie abbildet, zu beseitigen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Herr Stadtrat, bitte.

Amtsf. StR Mag. Jürgen **Czernohorszky**: Die Frage war sehr kurz, die Statements waren sehr lang. Also ich antworte auf die Frage sehr kurz: Ja, es gibt „more of the same“, weil wir in vielen Dingen „the best“ sind. Und ja, wir haben die Zeichen der Zeit erkannt und setzen weitere und neue Schritte. Das war die Antwort auf Ihre Frage.

Aber zu den Statements möchte ich auch noch ein paar Statements geben. Wenn das Ergebnis von einer doch recht intensiven Auseinandersetzung mit Zahlen, mit Differenzierung, mit einem Hinschauen auf die eigentliche Situation und die Maßnahmen, die wir setzen, eine Zusammenfassung ist, die so ähnlich geklungen hat wie offensichtlich es tut sich nichts und niemand ist schuld ... *(GR Mag. Wolfgang Jung: PISA-Studie!)* PISA-Studie in dem Fall nicht. Ich habe es ja eh vorgelesen beziehungsweise gesagt. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Die Ergebnisse!)* Sie mussten es nur hören, nicht lesen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Auf die Ergebnisse!)* Dann zeigt sich doch, dass offensichtlich mehr Information, mehr Daten nicht immer dazu führen, dass es nachher zu besserem Verständnis kommt. Aber ich gebe das nicht auf. Wir können in Zukunft auch noch mehr darüber diskutieren und noch mehr darüber reden. Vielleicht zählt

es sich aber manchmal auch aus, sich selber was anzuschauen. Ich lade zu einer gemeinsamen Exkursion in die Bildungsdrehscheibe ein. Da sieht man nämlich genau das, was unser Zugang ist, was wir neu aufbauen. Alle jungen und auch ältere Menschen, die in die Bildungsdrehscheibe kommen, und es sind hunderte und tausende, bekommen dort vom ersten Tag an nicht nur eine Beratung, sondern eine Begleitung ihrer Integrationschritte von der Anerkennung und natürlich auch Einschätzung der Qualifikation, die sie mitbringen, bis zu den zusätzlichen Maßnahmen, ob es Deutschkurse, Alphabetisierung oder Zugänge in Bildungs- oder Arbeitsmarkt sind, vernetzt in einer Datenbank. Man könnte es auch Bildungspass nennen, um einen Antrag vom Herrn Kollegen Wiederkehr von gestern zu zitieren, der jeden einzelnen Schritt über Jahre begleitet, damit man nämlich sehen kann, wie es gehen kann und wie man unterstützen kann, um den Zugang zu Bildung, den Zugang in den Arbeitsmarkt, den Zugang zur Sprache zu fördern. Ich hoffe, wir können sie in Zukunft möglicherweise nicht für jede einzelne Maßnahme begeistern und überzeugen, aber dass der Zugang zu Bildung, der Zugang zu Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt die Mittel zur Integration sind, das hoffe ich schon. Aber sagen wir, ich stelle das jetzt einmal in den Raum, nachdem ich das Mikrophon habe. Das ist ein gutes Beispiel von dem, was wir neu aufbauen, was wir bereits aufgebaut haben und wovon gegenwärtig und im nächsten Jahr die ganze Republik profitieren wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Vielen Dank, Herr Stadtrat. Damit ist die 3. Anfrage beantwortet.

Die 4. Anfrage (FSP - 01107-2017/0001 - KSP/GM) wurde von Herrn GR Ernst Woller gestellt und ist an die Frau Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Frauen gerichtet. Die Anfrage betrifft Umstrukturierungen im Wiener Notarztsystem. *(Das Wiener Notarztsystem wurde umstrukturiert, welche Vorteile bringt das für die Wienerinnen und Wiener?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Danke schön. Einen schönen guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Wir haben es mit dem 1. April nun nach einer sehr intensiven Projektphase geschafft, die Eingliederung der Notärztinnen und Notärzte aus der Magistratsabteilung 70 in die Struktur des Krankenanstaltenverbundes zu schaffen. Erforderlich ist diese Maßnahme dadurch geworden, und die Debatte ist ja auch in den Medien sehr intensiv betrieben worden, dass wir eigentlich europaweit generell ein System haben, wo wir Rekrutierungsprobleme haben, wenn es darum geht, für das Notarztwesen/Notärztinnenwesen eben einen entsprechenden Nachwuchs zu finden. Ja, das ist ein Problem, das wir auch mit vielen anderen europäischen Städten haben. Aber wir haben uns überlegt, wie können wir eine Attraktivierung des Berufes so organisieren, dass wir das Notarztwesen gut aufstellen und damit natürlich unser allererstes Ziel erreichen können, nämlich eine gute Gesundheitsversorgung in dieser Stadt? Der Wechsel bedeutet viel. Es ist jetzt nicht nur so, dass man sagt, okay, da

wandern jetzt ein paar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der MA 70 hinüber in den Krankenanstaltenverbund, sondern ich habe ja schon gesagt, intensive Projektphase hat bedeutet, dass wir uns eben sehr intensiv damit auseinandergesetzt haben, wie können wir das Notarztwesen insgesamt gut aufstellen, weil wir auch wissen, dass das natürlich in der Versorgung ein sehr neuralgischer Punkt ist. Was wir gemacht haben, ist, dass wir jetzt einmal mit diesem Modell dafür gesorgt haben, dass wir wirklich eine kontinuierliche, eine gleich bleibende Anzahl von Notärztinnen und Notärzten im Dienst haben, damit wir eben eine Sicherstellung haben, eine Gewährleistung haben, dass die Versorgung gut funktioniert. Wir wollten ein System kreieren, wo es nicht jedes Wochenende so eine Situation gibt, dass man hoffen muss, dass man genug Notärztinnen und Notärzte zusammenbringt. Also das war einmal ein ganz ein wichtiges Ziel.

Ein weiterer Vorteil in diesem neuen System ist, dass das Berufsfeld für die Notärztinnen und Notärzte durch diese Maßnahme natürlich viel, viel breiter wird. Das heißt, die Notärztinnen und Notärzte fahren zum Rettungseinsatz, und wenn sie nicht den Rettungseinsatz fahren, dann arbeiten sie in der Zentralen Notaufnahme. Das ist natürlich jetzt, sagen wir einmal, für ihren eigenen Wissenstransfer unglaublich wichtig. Aber das ist natürlich auch für das Unternehmen Krankenanstaltenverbund sehr gut, wenn wir das Notarztwesen auf eine sehr breite Wissensbasis stellen und das Spektrum nicht nur auf präklinisch oder auf klinisch zuspitzen, sondern dass wir eben beides ermöglichen. Das ist auch das, was letztendlich dann bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wirklich sehr, sehr gut angekommen ist.

Ein weiterer Vorteil in dieser gesamten Neuorganisation ist natürlich, dass wir die Funktionsabläufe gut und neu mit dem Know-how aus der Magistratsabteilung 70 organisiert haben. Mit dem Know-how aus den Zentralen Notaufnahmen haben wir uns die Nahtstellen in der notärztlichen Versorgung angeschaut und haben die für uns auch neu definiert, um eben auch an diesen Nahtstellen das zu gewährleisten, was ich vorher angesprochen habe, nämlich den entsprechenden Wissenstransfer. Ich muss dazusagen, dass sich hier durch diese Neudefinition der Nahtstelle in erster Linie auch etwas besonders Gutes für wiederum die Patientinnen und Patienten ergibt, aber auch zusätzliche Benefits für die Ärztinnen und Ärzte, weil die betreuen jetzt einmal die Patientinnen und Patienten am Wagen, kommen dann mit ihnen auf die Station und können sie dort auch noch, bis sie eben weiterbehandelt, weitergeführt werden, betreuen. Das heißt, die PatientInnen haben eine durchgängige Betreuung, aber auch die Ärztin und der Arzt können gut nachvollziehen, gut mitvollziehen, gut an dem Prozess arbeiten. Das ist eine sehr, sehr gute Sache, und das, muss man sagen, all das, was ich hier erzählt habe, macht schon einmal insgesamt den Beruf natürlich attraktiver. Es ist so, dass die Vielfalt und die Größe des Unternehmens KAV natürlich auch eine bessere Karrierechance für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet. Aber man muss auch dazusagen, sie werden dadurch natürlich auch ins attraktivere Gehalts-

schema gehoben, und das ist gerade, wenn man jetzt noch einmal auf diese Situation eingeht, dass es in ganz Europa schwierig ist, Notärztinnen und Notärzte zu finden, natürlich auch nicht außer Acht zu lassen, dass eine attraktive Bezahlung für diesen sehr herausfordernden und sehr verantwortungsvollen Job, das muss man schon sagen, jetzt dadurch natürlich auch gewährleistet ist.

Was noch wichtig ist und was ich gerne sagen möchte, ist, dass wir durch diese Verortung jetzt auch ein dichteres Rettungsnetzwerk haben, weil wir eben mehr Stützpunkte in Wien haben und durch die erhöhte Anzahl an Stützpunkten wir natürlich noch schneller bei den Patientinnen und Patienten sein können. Das ist natürlich ganz, ganz wichtig, denn das war ja auch eine heftige Debatte: Schaffen wir es in der Zeit, in der wir es schaffen sollten? Ja, mit diesem Modell schaffen wir das und das ist gewährleistet. Was wir selbstverständlich tun werden, ist, wir müssen es auf der einen Seite natürlich gut evaluieren. Ich habe jetzt einmal vor, nach einem halben Jahr auf das Modell drauf zu schauen und hier eben noch einmal gemeinsam mit den Zentralen Notaufnahmen dann vielleicht tarieren, wenn noch etwas notwendig ist, um das schrittweise eben weiter zu optimieren, damit wirklich die Notfallversorgung in dieser Stadt eine ganz eine tolle Notfallversorgung ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 1. Zusatzfrage kommt von NEOS, von Herrn GR Dipl.-Ing. Dr. Gara.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Vielen Dank für Ihre Antwort. Ich finde grundsätzlich die Vorgangsweise, sage ich, einer integrierten Notfallversorgung für sinnvoll. Also insofern ist auch ...

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Entschuldige bitte kurz. Auf der Pressegalerie ist das Fotografieren nicht gestattet. Ich darf Sie bitten, das auch zu unterlassen. Danke.

Entschuldige! Bitte fortsetzen.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*fortsetzend*): Also ich finde grundsätzlich diese integrierte Strategie in der Notfallvorsorge für sehr sinnvoll. Strukturmaßnahme ist allerdings eine Geschichte. Wir sehen tatsächlich aber nach wie vor ein sehr, sehr großes Problem, Notärzte zu bekommen. Wir haben nach wie vor ein sehr großes Problem einer entsprechend qualifizierten Ausstattung in den Zentralen Notaufnahmen. Das ist etwas, was sich über das letzte Jahr massiv durchgezogen hat. Ich sehe nach wie vor hier keine wesentliche Veränderung. Die Alarmzeichen sind hier, stehen hier auf Rot, gerade bei den Zentralen Notaufnahmen.

Was gedenken Sie zu tun, um den Job, der extrem anstrengend ist, sehr stressig ist, die besten Köpfe im Bereich der Zentralen Notaufnahme verlangt und damit auch bei den Notärzten, was gedenken Sie hier zu tun und welche Anreize zu schaffen, um wirklich die besten Köpfe zu bekommen?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, ich bin absolut bei Ihnen. Ich habe es vorhin so verkürzt dargestellt, aber alleine die Tatsache, dass man jetzt MitarbeiterInnen von der MA 70 in den Krankenanstaltenverbund übergibt, das attraktiviert ja auch noch nicht. Was wir jetzt eben gemacht haben, ist, diese Punkte, die ich heute auch in meiner Beantwortung aufgezählt habe, auch besser zu kommunizieren. Wir haben zwei Informationsveranstaltungen gemacht, wo wir wirklich auch ins Recruiting gehen. Ich muss sagen, die waren sehr, sehr toll besucht und es gibt ein hohes Interesse. Und die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Zentralen Notaufnahmen ist mir auch sehr, sehr wichtig. Die Ärztinnen und Ärzte, die dort arbeiten, stehen hinter diesem neuen Konzept und haben auch im Transformationsprozess des Krankenanstaltenverbundes von uns die Zusicherung, dass sie die Personalressourcen, die sie brauchen, um in den ZNAs wirklich gute Arbeit leisten zu können, auch zur Verfügung bekommen. Ich sehe auf der einen Seite einmal die Situation, ein Notfall passiert und ich muss die PatientInnen dort vor Ort einmal betreuen und dann weiterbringen in das System des Krankenanstaltenverbundes hinein in die Zentralen Notaufnahmen. Da ist die ZNA der nächste wichtige Dreh- und Angelpunkt. Was wir merken, ist, dort, wo wir die Zentralen Notaufnahmen schon gut aufgebaut haben, wir dann natürlich einen unheimlichen Vorteil für das gesamte Spital ablesen können, weil die Patientinnen und Patienten, die in der Nacht dort hinkommen, die verweilen einmal in der Nacht dort, und am nächsten Tag entscheiden dann die behandelnden Ärztinnen und Ärzte, vielleicht schon auch der, der abgeholt hat und ins Spital gebracht hat, wie es mit dieser Patientin, mit diesem Patienten weitergehen soll. Es ist dort natürlich unglaublich stressig. Es ist dort eine sehr angespannte Situation. Es ist eine hohe Verantwortung. Aber es gibt, und das muss man schon auch sagen, viele, viele junge Leute, die bereit sind und die das spannend finden, in den ersten paar Jahren ihrer beruflichen Karriere hier auch einmal zu arbeiten und eigentlich sozusagen von Anfang an in der vollen Dichte das gesamte System einfach kennen zu lernen. Und die profitieren natürlich auch enorm davon. Wir haben es geschafft, dass wir in den ZNAs wirklich tolle verantwortliche Primärärzte/Primärärztinnen gefunden haben, die auch dieses System tragen und auch eine Vorbildwirkung, eine Role-Model-Funktion für die anderen Ärztinnen und Ärzte haben. Mit den Notärztinnen und Notärzten, die da aus der MA 70 dazukommen, bilden die jetzt eine Einheit, wo ich glaube, dass allein durch die Gestaltung und durch die Attraktivierung der Punkte, die ich vorhin vorgetragen habe, das schon ein spannender Job ist und wir für genau diesen Bereich, den wir so dringend brauchen, mehr begeistern können, damit das gewährleistet ist, was wir wirklich, glaube ich, alle miteinander wollen. Ich könnte jetzt noch viel länger darüber reden, aber wir sind in der Fragestunde und dann bin ich zu lang. Ich mache hier mal einen Punkt.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Danke. Die 2. Zusatzfrage kommt von der ÖVP, von Frau GRin Korosec. Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Herzlichen Dank für die umfassende Beantwortung. Ich möchte einmal positiv hervorheben, dass Sie sehr rasch reagiert haben. Das Notarztproblem ist ja kein neues, das haben wir ja schon lange und das wurde von Ihrer Vorgängerin immer schön geredet. Sie haben es in die Hand genommen und verändert, also das ist einmal positiv. Nicht so positiv sehe ich, dass wir alles über die Medien erfahren beziehungsweise heute von Ihnen hier dargestellt. Ich würde mir in Zukunft als Ausschuss, Gesundheitsausschuss wünschen, wenn wir da auch schon vorher mit eingebunden sind, weil nur über die Medien das zu hören, da muss nicht immer alles stimmen. Daher habe ich eine Verständnisfrage. Grundsätzlich halte ich das für richtig, notwendig, hätte man längst tun sollen.

Ich halte es auch für sehr positiv, dass im KAV die Ärzte, die dort arbeiten, eingebunden sind.

Wenn ich mir die Medien anschau, dann ist im „Kurier“ am 11. März, und das ist für mich eine Verständnisfrage, zu lesen, dass in bestimmten Spitälern, im Krankenhaus Hietzing, im Donaospital, im Wilhelminenspital sowie im AKH, diese Notärzte stationiert sind. Nur die Sanitäter sollen in den bestehenden zwölf Rettungsstationen stationiert bleiben. Wie soll das funktionieren? Da würde ich Sie bitten, zu erläutern, wie das zu verstehen ist.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin!

Es ist so zu verstehen, dass die Notärztinnen und Notärzte im KAV in den Zentralen Notaufnahmen stationiert sein werden. Dort gibt es auch die Sanitäterinnen und Sanitäter, die weiter in der MA 70 beschäftigt sind und mit den Notärztinnen und Notärzten hinausfahren. Wenn Sie möchten, gibt es im Sinne der besseren Information dazu ganz genaue Projektpläne und Beschreibungen. Es steht heute hier auch der Abteilungsleiter der MA 70 da. Wir können Ihnen das auch zur Verfügung stellen, wo genau beschrieben ist, wie die Abläufe sind. Dahinter gibt es selbstverständlich ein System.

Es geht um die Zuteilung der MitarbeiterInnen. Die Notärzte sind jetzt Beschäftigte des KAV. Die Sanitäterinnen und Sanitäter sind weiter Beschäftigte der MA 70. Sie fahren gemeinsam dort hin und versorgen die Patienten. Wie wir das organisieren, gebe ich Ihnen im Konkreten. Das machen wir dann nachher.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 3. Zusatzfrage kommt von den GRÜNEN. Frau GRin Meinhard-Schiebel, bitte.

GRin Brigitte **Meinhard-Schiebel** (GRÜNE): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Vielen Dank für diese bereits erfolgte ausführliche Beantwortung. Ich habe den Eindruck, dass diese neue Strukturierung des Notarztsystems, vor allem mit dieser Verbindung zu den zentralen Notaufnahmestellen, ein ganz wichtiger Schritt ist, der auch gelungen ist.

Meine Frage an Sie heißt: Gibt es dazu bereits Rückmeldungen aus der Belegschaft? Wie schaut das aus? Wie kommt das bei der Belegschaft an? - Danke.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Gemeinderätin!

Vielen Dank für diese Frage. Denn eines muss ich sagen, so wie es die GRin Korosec vorhin gesagt hat, das Problem ist eigentlich nichts Neues. Wir kämpfen jetzt schon sehr lange darum, das gut aufzustellen und gut hinzukriegen. Genau so lange, wie wir darum kämpfen, genau so lange gibt es auch Verunsicherung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wie wird das jetzt sein? Wo komme ich hin? Wo ist mein Dienstposten? Was heißt das für mich als Sanitäterin? Was heißt das für mich als Notfallarzt?

Das haben wir jetzt gut hingekriegt, weil es gibt eine genaue Prozessbeschreibung. Diese hat die MA 70 nicht alleine gemacht, sondern gemeinsam mit dem Krankenanstaltenverbund. Bevor wir es an die Medien oder sonst wohin kommuniziert haben, haben Einzelgespräche mit allen stattgefunden. Dann gab es natürlich auch noch eine MitarbeiterInnenveranstaltung. Seit 1. April ist das System so umgestellt, wie es umgestellt ist.

Es hat uns natürlich gefreut, dass es sehr erfolgreich gelungen ist. Was man in den Wochen davor von plötzlichen Krankenständen oder Ausfällen gehört hat, war an diesem Wochenende 1. April überhaupt nicht der Fall. Alle Autos waren unterwegs. Alle Leute waren im Dienst.

Wenn man jetzt mit den Leuten auf den Stationen spricht, sind alle sehr zufrieden. Erstens haben sie eben eine breitere Wirkungsmöglichkeit. Sie haben bessere Perspektiven. Es sind überwiegend viele erfahrene Ärztinnen und Ärzte dabei. Aber auch im Sinne dessen, dass wir Junge finden wollen, die sich als Nachwuchs bereit erklären, in diesen stressigen Job zu gehen, hat es, glaube ich, schon an Attraktivität gewonnen, wenn man mit den Leuten in diesen ZNA spricht. Ich habe sowohl mit dem Management des KAV als auch noch einmal mit der Personalvertretung gesprochen, weil mir das sehr wichtig war. Dort sind bisher eigentlich nur positive Rückmeldungen gekommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 4. Zusatzfrage kommt von der FPÖ. Herr GR Dr. Koderhold, bitte.

GR Dr. Günter **Koderhold** (FPÖ): Grüß Gott, Frau Gesundheitsstadträtin!

Es war zweifellos eine notwendige Entscheidung, die ärztliche Versorgung der Wiener Berufsrettung in den KAV zu übernehmen. Das war sicherlich klug und notwendig. Das wird aber nicht ausreichen. Dass es international zu wenige Rettungsärzte gibt, ist kein Wunder, wenn man sich den Tätigkeitsbereich ansieht. Notarzt sagt etwas über die Ausbildung, aber nicht über den tatsächlichen Tätigkeitsbereich aus. Rettungsdienste zählen zu den Einsatzdiensten, wie Polizei und Feuerwehr, und sind mit entsprechenden Belastungen verbunden. Das bedeutet, bei allem Enthusiasmus der jungen

Kolleginnen und Kollegen, dass es zu bestimmten Zeiten immer einen Mangel an Rettungsdiensten, an Rettungsärzten - ich sage absichtlich, Rettungsärzte und nicht Notärzte - geben wird.

Es gibt in Österreich im Unterschied zu anderen Ländern die Möglichkeit, frei praktizierende Rettungsärzte auf Honorarbasis zur Versorgung einzustellen. Das ist zum Beispiel in Deutschland nicht üblich.

Haben Sie sich schon die zu erwartenden Personalverknappungen überlegt? Diese werden Sie sicherlich haben, denn Rettungsarzt bedeutet schwere Konfrontationen. Sie haben Gewaltverbrechen, Todesfälle, Kopfschuss, sterbende Kinder. *(GR Christian Oxonitsch: Frage!)* Ich war selber fünf Jahre Journalarzt. Sie können in der Nacht auch Autounfälle bearbeiten. Das ist an sich nichts Neues. Das wird von den Rettungsärzten toleriert und wird auch weiter toleriert werden. Was dazugekommen ist, sind die vermehrten tötlichen Angriffe. *(GR Christian Oxonitsch: Das ist eine Fragestunde!)*

Jetzt die Frage: Haben Sie sich überlegt, die Möglichkeit offen zu lassen, dass frei praktizierende Notärzte auf Honorarbasis die Personalsituation verstärken?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Stadträtin, bitte.

Amtsf. StRin Sandra **Frauenberger**: Herr Gemeinderat!

Zuerst möchte ich sagen, dass ich einen ganz großen Respekt vor all unseren Rettungskräften habe, die wir in der MA 70 haben, natürlich auch vor den Notärztinnen und Notärzten, die von der MA 70 in den Krankenanstaltenverbund gegangen sind. Gerade in dieser Berufsgruppe haben wir in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Notversorgung in Wien eine Diskussion gehabt, die sehr viele negative Schlagzeilen gebracht hat und die eigentlich in den Schatten gestellt hat, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort tagtäglich leisten. Da möchte ich einmal meinen ganz großen Dank und Respekt aussprechen. Ich denke mir, es wäre sehr schön, wenn wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diesen Dank hier aus dem Gemeinderat ausrichten. Das ist wirklich eine große Herausforderung. Sagen wir es einmal so. *(Allgemeiner Beifall.)*

Was wir in den letzten Wochen gemacht haben, als wir diese Knappheit gehabt haben, ist, dass wir sehr wohl auch die Möglichkeit geschaffen haben, Ärztinnen und Ärzte über Honorarbasis in die MA 70 zu holen. Ich spreche mich aber hier noch ein bisschen mit meinem alten Hut als Personalstadträtin dafür aus, dass wir natürlich darauf schauen, dass wir einen guten Mitarbeiterstand und einen guten Ausbildungsstand in der MA 70 haben und dass wir diese Krücke, MitarbeiterInnen, Kompetenzen oder Expertisen über Honorarbasis in die Stadt zu holen, nur dann nutzen, wenn sozusagen wirklich Not am Mann und Not an der Frau ist. An sich finde ich, wir müssen das Wiener Rettungswesen so aufstellen und mit den notwendigen Personalressourcen ausstatten, dass es gut funktionieren kann und dass wir so attraktiv werden, dass wir eben mehr gewinnen können,

in diesen Beruf zu gehen, in diese Herausforderung hineinzugehen.

Aber wenn wir Engpässe haben, dann finde ich das als ein durchaus adäquates Mittel. Es geht nämlich immer um ein Ziel: Die Versorgung muss gewährleistet sein. Da ist mir das Mittel recht. Aber grundsätzlich möchte ich das Rettungswesen schon so aufstellen, dass es Beschäftigte der Stadt, der MA 70, sind, die ihren Job gut machen können und dass die Rahmenbedingungen entsprechend passen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Vielen Dank, Frau Stadträtin. Die 4. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 5. Anfrage (FSP - 01118-2017/0001 - KNE/GM) wurde von Herrn Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara gestellt und ist an die Frau Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. Die Frage betrifft die Umgestaltung des Areals am Heumarkt und ob Beratungsleistungen hinzugekauft wurden. *(Im Kurier vom 22. März 2017 ist in der Kolumne von Thomas Trenkler in Bezug auf das umstrittene Hochhausprojekt am Heumarkt zu lesen: 'Vielleicht gelingt es ja noch, mit Hilfe des Lobbyisten Wolfgang Rosam, der für die MA 21 (Stadtteilplanung und Flächennutzung) arbeitet, die Stimmung ins Positive zu kehren'. Frage: Welche Leistungen wurden von Ihrem Ressort bzw. Ihren Magistratsabteilungen im Zusammenhang mit der geplanten Umgestaltung des Areals am Heumarkt von Wolfgang Rosam bzw. einer seiner Agenturen bezogen?)*

Bitte schön, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Wir haben im Bereich der Stadtplanung eine vollständige Neuorganisation der Informations- und Kommunikationsarbeit in Umsetzung. Dieser Umbau ist aktuell in vollem Gange.

Wir haben auch deshalb die Wiener Planungswerkstatt in diesem Jahr ausgesetzt. Es ist ein sinnvoller und üblicher Vorgang, dass bei Umstrukturierungen im Magistrat externe Expertise zugezogen wird. Das macht übrigens jedes größere Unternehmen genauso.

Im Bereich der Stadtplanung stehen derzeit hochkomplexe Projekte an. Damit meine ich nicht jene 10.000 Wohnungen, die Wien derzeit braucht, um das Wohnen weiterhin leistbar zu behalten. Diese 10.000 Wohnungen müssen allerdings gewidmet werden. Das Ressort arbeitet aktuell an mehreren neuen Stadtteilen. Zu diesen Projekten kommen aber auch einige sehr sensible Projekte, wie zum Beispiel das Projekt am Heumarkt oder aber auch die Neugestaltung des Franz-Josef-Bahnhofs.

Diese Anforderungen fordern, wie ich eingangs erwähnt habe, eine Neuausrichtung der Informationsarbeit, der Vermittlungsarbeit und der Kommunikation in diesem Bereich. Dazu braucht es Know-how und den Aufbau von Kompetenzen, also auch die Einbeziehung von externen Experten, die in diesem Bereich unterstützen können.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 1. Zusatzfrage kommt von der ÖVP. Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar, bitte.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Frau Stadträtin!

Nachdem wir jetzt erfahren haben, dass innerhalb Ihrer Fraktion nicht alle immer einer Meinung sind, was das Projekt Heumarkt konkret betrifft und jetzt diese Urabstimmung angekündigt wurde, meine Frage diesbezüglich: Kann die Urabstimmung das Projekt kippen? Welche Auswirkungen wird die Urabstimmung auf das Projekt haben?

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Frau Gemeinderätin!

Das ist vorerst ein Vorgang, der die innerparteiliche Demokratie innerhalb der Partei der GRÜNEN betrifft. Ich denke, jede Partei hat ähnliche Strukturen, die es ermöglichen, dass die Mitglieder zu Wort kommen. Wir werden erst einmal abwarten müssen, bis ein Ergebnis vorliegt. Danach werden wir beraten, wie mit diesem Ergebnis umzugehen ist.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 2. Zusatzfrage kommt von der FPÖ. Herr GR Unger, bitte.

GR Christian **Unger** (FPÖ): Schönen guten Morgen auch von meiner Seite, Frau Vizebürgermeisterin!

Zuerst eine kurze Information: Gestern haben in der Bezirksvertretung Landstraße die GRÜNEN diesem Projekt zugestimmt. Ich erinnere nur an die Zeit des Präsidentschaftswahlkampfes, wo die GRÜNEN massiv dagegen waren, wie Sie auch das Projekt vor der Präsidentschaftswahl kurzfristig gestoppt haben. Vielleicht ist da ein Zusammenhang zu bemerken.

Was mich sehr freut, ist, dass Sie innerparteilich die Demokratie bei den GRÜNEN schätzen. Auf der anderen Seite finde ich es sehr enttäuschend, dass Sie die Meinung der Bürger nicht abfragen. Daher meine Frage, ob Sie sich vorstellen können, auch die Meinung der Bürger im Sinne einer Volksbefragung abzufragen.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich halte sehr viel davon, Bürgerinnen und Bürger in komplexen Planungsprozessen einzubeziehen. Ich halte viel davon, auch mit Befragungen zu arbeiten, die zum Beispiel konkrete Bedürfnisse in der Umgebung einholen und rechtzeitig in die Planung einfließen lassen.

Wovon ich nichts halte, und das habe ich, glaube ich, sowohl hier im Haus als auch mehrfach öffentlich gesagt, ist, Widmungsverfahren per Abstimmung zu entscheiden. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Warum fragt ihr dann eure Mitglieder?)* Ich finde, das ist ein Weg, der bedeutet, dass es sehr schwer wird, eine Gesamtstrategie für eine Stadt umzusetzen. Das ist ein Weg, der nicht nur das große Projekt, sondern genauso den kleinen Häuslbauer betrifft. Ich, einmal mehr, glaube nicht, dass es die geidehlichste Art und Weise ist, eine Millionenmetropole

weiterzuentwickeln. (GR Mag. Wolfgang Jung: *Warum macht ihr es dann?*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Die 3. Zusatzfrage kommt von den NEOS. Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara, bitte.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Vielen Dank für Ihre Antwort auf meine Frage, die sehr allgemein ausgefallen ist. Ich verstehe schon, wenn man die Kommunikationsstruktur, Kommunikationsleistungen umgestaltet, wird man natürlich externe Experten auch einbeziehen. Meine Frage ging sehr speziell um das konkrete Projekt und ob im Rahmen dieses Widmungsverfahrens tatsächlich externe Kommunikationsleistungen beauftragt wurden, wie der Artikel im „Kurier“ geschrieben hat, speziell für dieses Projekt.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Frau Vizebürgermeisterin, bitte.

VBgm.in Mag. Maria **Vassilakou**: Wie gesagt, die Kommunikationsleistungen in diesem Zusammenhang, und, hier einmal mehr, im Besonderen die Expertise, die in diesen Bereich einfließt, sind darüber hinaus beauftragt worden, aber schon auch mit einem Fokus auf dieses Projekt, weil dieses Projekt zweifelsohne das komplexeste ist, das die MA 21 derzeit zu bewältigen hat.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Danke schön. Damit ist die 5. Anfrage beantwortet.

Nachdem wir fünf Fragen beantwortet und länger als 60 Minuten diskutiert haben, ist die Fragestunde beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Grüne Klub im Rathaus hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Vom Lastenrad bis zum E-Auto: moderne Antworten auf die logistischen Herausforderungen einer wachsenden Stadt“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs. 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt.

Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Mag. Chorherr, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. Bitte schön, Herr Gemeinderat.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Verkehrsfragen sind irgendwie der Blutkreislauf einer Stadt. Da tut sich sehr viel. Wir werden in den nächsten 15, 20 Jahren eine Stadt in der Größe von Graz, 200.000, 300.000 Menschen, dazubekommen. Da stellt sich die Frage angesichts lokaler, aber auch globaler Herausforderungen, wie wir es mit dem Verkehr machen. Da gibt es einmal das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs, das permanent ausgebaut wird. Es gibt aber auch neuere wesentliche Entwicklungen, auf die wir achten müssen.

Das Thema innovativer Lösungen ist immer so etwas, wo man leicht darüber lacht. Darum haben wir ganz bewusst hier ein Thema gewählt, das einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit bedarf. Wie kann Lastenverkehr in einer Stadt organisiert werden? Da gab es vor wenigen Wochen eine große internationale Konferenz zum Thema Lastenräder, wo hunderte Experten interna-

tional referiert haben. Was mich sehr freut, ist, dass auch große Transportunternehmen wie DHL dort waren und auch die Wirtschaftskammer dort war, die dies im Unterschied zu manchen Reaktionen von der Opposition sehr ernst nimmt, auch vor dem Hintergrund, dass sich der Handel in dieser Stadt in einer Transformationssituation befindet, dass einzelne Branchen bis zu 30 Prozent Internethandel vornehmen, wo die Pakete unmittelbar zugestellt werden, große Transportunternehmen draufkommen, dass das mit großen LKWs vom Parken bis zum Stau einfach nicht mehr geht und sich anschauen, was innovative Städte, wie zum Beispiel Kopenhagen, machen, dass ein elektrisch betriebenes Lastenrad wirklich signifikante Beiträge für die Transportwirtschaft, aber auch für die Stadt, bringen kann.

Was ist der große Rahmen? Ich will drei Themen nennen, die uns in den nächsten Jahrzehnten den Rahmen des Stadtverkehrs geben.

Das eine sind die Sicherheit und die Lebensqualität. Das sage ich durchaus vor dem Hintergrund, dass vor wenigen Tagen wieder ein 7-jähriges Kind in einer 30er-Zone getötet wurde, wo der Fahrer das Tempolimit nicht eingehalten hat. Ich habe gestern einen Blog-Beitrag geschrieben, wo ich gesagt habe, bei internationalen Terrorordnungen, so schrecklich sie sind, gibt es ein großes Aufbegehren, gibt es große Schlagzeilen, gibt es massive Eingriffe. Wir gehören nicht zu denen, die Unfalltote als systemisch notwendig zur Kenntnis nehmen, sondern wir wollen hier etwas ändern. Also, die Verkehrssicherheit ist das eine.

Das Zweite ist der Platz. Wenn wir in Wien 300.000, vielleicht sogar 400.000 Menschen mehr haben, weil diese Stadt so attraktiv ist, brauchen wir Verkehrssysteme, die weniger Platz brauchen. Weil auch in Zukunft der Individualverkehr und der notwendige Wirtschaftsverkehr wichtig sind, soll man hier auch darauf bauen.

Das Dritte, ganz Wesentliche ist die Luftbelastung. Ich erinnere daran, dass wir von der Europäischen Union ein Vertragsverletzungsverfahren haben, das insbesondere die Stickoxide betrifft, dass wir hier dringend etwas tun müssen. Hier ist der Elektroantrieb eine weitere Möglichkeit, entlastend vorzugehen.

Darum haben wir einerseits im Verhältnis zum Bund eine sehr bescheidene Lastenradförderung aufgelegt, die innerhalb weniger Wochen ausgebaut war, im Verhältnis ungefähr 80 Prozent Private, 20 Prozent Gewerbliche, und wollen das jetzt in Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner, um diesen Schwung zu nützen, um das auch einmal im Straßenraum sichtbar zu machen, um weitere 100.000 EUR aufstocken, um zu zeigen, was in den Köpfen vieler noch nicht ausreichend gelandet ist, dass das Lastenrad eine Ergänzung darstellt, die vielleicht 20 Prozent, vielleicht sogar 30 Prozent, des Volumens ausmachen kann.

Ich freue mich sehr - das sage ich jetzt in Richtung der ÖVP -, dass auch die Wirtschaftskammer sehr hochrangig bei dieser Tagung vertreten war und sehr innovativ darüber nachdenkt, wie man den gesamten Lastenverkehr in dieser Stadt neu organisieren kann.

Ein zweites Thema: Kollege Maresch wird dann nicht nur erwidern, weil ich glaube, dass die Reden nicht nur unterstützend zu unserer Position sein werden, sondern wird auch weiter ausführen. Ich möchte nur ganz kurz sagen, auch der Elektroantrieb hat einen zentralen wesentlichen Vorteil, nämlich, in der Stadt abgasfrei zu sein. Anderes löst er nicht. Elektroautos lösen nicht das Platzproblem. Wir sind dafür, das zu unterstützen, und werden auch einiges tun. Der Kollege Maresch wird ausführen, was wir im Bereich der Elektrotankstellen bereits im heurigen Jahr im öffentlichen Raum anbieten werden. Trotzdem ist Politik nie, dass alles nur entweder total super oder total schlecht ist. Das Elektroauto in der Stadt hat, wie gesagt, den enormen Vorteil des Abgasfreien, wenn die Stromerzeugung erneuerbar ist. Was das Elektroprivatauto nicht löst, ist der Platzbedarf.

Der öffentliche Verkehr ist deswegen von so elementarer Bedeutung, weil wenn sich 400.000 Menschen mehr in der Stadt bewegen, wird der öffentliche Verkehr aus Platzgründen das Zentrale sein. Aber wenn ich jetzt noch einmal kurz zurückgehen darf zum Lastenrad, muss ich oft lachen, wenn ich täglich mit meinen Kindern im Lastenrad unterwegs bin und einen Besetzungsgrad von 3 auf einem Viertel des Platzes habe, während bei allen Autos, die sich rund um mich herum stauen, ein Besetzungsgrad von 1 oder 1,2 gegeben ist.

Wir müssen uns davon lösen, und das geht nicht ohne kontroverse Diskussionen, eine Einzelperson staufrei in Wien mittels Auto von A nach B zu bewegen, insbesondere mit Verbrennungsmotor. Das wird in den nächsten drei, vier, fünf, sieben Jahren nicht mehr möglich sein. Der Stau liegt nicht an der Verkehrsplanung, die den Platz nicht gibt, sondern, um es ein wenig provokant zu sagen, das Problem des Staus ist, dass zu viele Autos gegeben sind. Sie kennen diese berühmten Graphiken, wo man eine riesige verstaute Straße sieht und dann die Leute mit dem öffentlichen Verkehr fahren, wie viel weniger Platz dieser hat.

Diese Platzfrage und die Sicherheitsfrage müssen ins Zentrum einer modernen wachsenden Stadt gehen. Darum ist der öffentliche Verkehr, darum sind Fahrräder, darum sind Lastenräder besser, wo ich Sie bitte, sich die Fotos ein wenig anzuschauen. Teilweise haben sie schon Fassungsvermögen, die einen Kombi nicht zu scheuen brauchen, mit dem großen Vorteil, viel weniger Platz zu brauchen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Die Lastenräder brauchen doch auch viel Platz!)*

Ich schließe mich jetzt der Initiative, dass man immer sehr wertschätzend mit der Opposition umgeht, an. Das möchte ich auch tun. Der Kollege Hager von der Radlobby hat auf den Vorwurf - ich weiß nicht, von wem er erhoben wurde -, wie denn ein Installateur eine Therme transportieren soll, ein YouTube-Video erstellt, wo nicht eine Therme, sondern zwei Thermen mit dem Lastenrad transportiert wurden. Dabei hat er sich noch gar nicht jene Lastenräder angeschaut, die wenige Hundert Meter von hier bei der Lastenradkonferenz gegeben waren. Damit könnte man sogar vier oder fünf Thermen mit allem transportieren. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wie soll man damit fahren?)* - Sie schaffen es, Herr Kollege,

damit zu fahren! Es macht auch wirklich Spaß, damit zu fahren. Man steht nicht hinter dem Rad und ärgert sich, sondern fährt luftig, vielleicht manchmal überdacht. Eine wunderbare Alternative, die von innovativen Betrieben gewählt wird. Deswegen geht unsere Lastenförderung auch so gut.

Frohen Mutes gehen wir in eine schöne, saubere, lebensqualitätsorientierte, sichere Stadt, die mit öffentlichem Verkehr, mit Lastenrädern und einem notwendigen Verkehr abgewickelt wird, wo die Luft sauber ist und eine hohe Zufriedenheit herrscht. Daran arbeiten wir. Deswegen freue ich mich über diese Politik und freue mich auf die Diskussion. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zum Wort melden dürfen und die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara gemeldet.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Mobilität der Zukunft ist zweifelsohne eine der zentralen Fragestellungen, vor allem einer stark wachsenden Stadt. Es ist eine der zentralen Fragestellungen für Innovation. Es ist eine der zentralen Fragestellungen für Jobs und Standortpolitik. Ich glaube, das ist etwas, was wir in einem größeren Rahmen sehen sollten. Mir geht es weniger um die Diskussion der einzelnen Fahrzeuge. Ich denke, da kann man sagen, das lasse ich offen. Ich möchte jedem die Möglichkeit bieten, jenes Fahrzeug zu wählen, das er gerne nutzen möchte. Allerdings ist es natürlich wichtig, zwei Trends massiv zu verfolgen. Der eine heißt Dekarbonisierung des Mobilitätssystems. Der zweite Trend heißt Digitalisierung. Beides führt dazu, dass wir radikale Veränderungen in Mobilitätslösungen erleben werden und auch schon erleben.

Worüber ich immer wieder etwas enttäuscht bin, auch über die Politik in Wien, ist, dass wir letztendlich diesen gigantischen Trend der Veränderung nicht so nutzen, dass wir Wien zu einem Hot Spot für die Mobilität der Zukunft machen, dass wir Wien so attraktiv machen, dass die besten Unternehmen nach Wien kommen, weil sie sagen, da spielt sich Zukunft ab. Wir diskutieren leider Gottes auf einer Ebene Lastenfahrrad versus Auto, ob der Installateur die Therme mit dem Lastenfahrrad oder mit dem Auto bringt. Das sind wichtige Fragen. Aber sie sind nicht so zentral für die Standortpolitik und für die Zukunft Wiens. *(Beifall bei den NEOS.)*

Die Frau Stadtplanungsstadträtin Vassilakou hat heute schon das Thema der Elektromobilitätsstrategie erwähnt. Diese wurde im Jahr 2015 hier im Gemeinderat beschlossen. Es steht allerdings auch darin, dass es hier jährlich eine Aktualisierung, ein Monitoring des Fortschrittes gibt. Das haben wir schon in Wien. Wir haben sehr viele Papiere. Wir haben sehr viele Strategien. Was allerdings fehlt, ist, zu sagen: Was ist passiert? Wo stehen wir? Wie können wir weiterkommen? Was mir in der ganzen Diskussion fehlt, ist eine Dynamik, zu sagen, wir wollen Wien zu einem Zentrum von Innovation machen,

wir wollen Wien als Innovationscluster, als Forschungscluster weltweit positionieren, um die besten Unternehmen im Kontext der Mobilität der Zukunft nach Wien zu bringen. Das ist das, was ich nicht höre. Es fehlt mir hier von der Stadtregierung ein ganz klares Commitment, zu sagen, dort wollen wir stehen. Das macht Berlin. Das macht Amsterdam. Das machen andere europäische Städte.

Es stimmt schon, Wien nimmt an vielen Forschungsprojekten teil. Ich kenne viele dieser Forschungsprojekte, weil ich selbst in diese Projekte involviert war. Aber am Ende des Forschungsprojektes läuft es aus. Es gibt einen Endbericht. Das ist es dann. Aber diese Dinge aus der Forschung in den Markt zu bringen, Innovationen zu schaffen, neue Technologien zu schaffen, Rahmenbedingungen zu schaffen, wo man sagt, Wien ist der Hot Spot für neue Mobilität der Zukunft, das fehlt mir. Hier gibt es kein klares Bekenntnis der Stadtregierung. Das ist das, was ich vermisste. Denn wir brauchen neue Jobs. Wir brauchen eine aktive Standortpolitik, die über das Bestehende hinausgeht, um einfach diesen Zukunftstechnologien Raum zu geben, Experimentierräume zu geben.

Deswegen waren wir auch immer etwas skeptisch, was Förderungen betrifft. Denn eigentlich möchte ich für Innovationen Deregulierungen, Vereinfachungen haben, Chancen schaffen. Ich möchte eigentlich nicht einen Förderdschungel schaffen, wo man sagt, natürlich ist die Förderung für die Lastenfahräder relativ schnell vergriffen. Das ist schon klar. Aber ich glaube, dass das zu wenig ist. Mir fehlt hier ein klares Zukunftssignal der Stadtregierung, um zu sagen, das sind die Technologien der Zukunft, da wollen wir hingehen, da schaffen wir die Jobs und das ist Standortpolitik für die Zukunft. *(Beifall bei den NEOS.)*

Wenn Sie von Vereinfachung gesprochen haben, auch im Bereich der Logistik, gibt es das in Amsterdam bereits seit zwei Jahren. Wir können hier sehr schnell über die Grenzen schauen und sehen, was dort läuft. Hier gibt es ganz klare Deregulierung für Logistik im Bereich der Elektromobilität, um Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen.

Das heißt, wir fordern Deregulierung statt nur Förderungen. Wir fordern Testlabors für neue Formen der Mobilität. Ich möchte, dass Wien endlich zu einem Innovationscluster für neue Mobilität wird und dass wir diesen Trend der Zukunft nicht verschlafen. - Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Galerie eine Abordnung der Pariser Polizei, an der Spitze mit Herrn Kommandanten Olivier Boulenguez, begrüßen. Herzlich willkommen in Wien! *(Allgemeiner Beifall.)*

Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag. Juraczka gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe durchaus ein Faible für das Instrumentarium der Aktuellen Stunde, weil dieses Stakkato, diese rasche

Abfolge der unterschiedlichen Wortmeldungen, meistens einen sehr kompakten Überblick über die wichtigen Themen in dieser Stadt gibt.

Auch die Themenwahl der jeweiligen einzelnen Fraktionen ist immer sehr interessant zu beobachten. So gebe ich durchaus zu, dass sich meine Fraktion, die ÖVP, sehr gerne mit Themen beschäftigt, die die wirtschaftliche Gebarung dieser Stadt zum Inhalt haben. Die FPÖ wird nicht bestreiten können, dass sie ganz gerne über Themen der Migration und den daraus resultierenden Problemen spricht. Die NEOS haben bei der Aktuellen Stunde eher immer ein globales Thema, ein bisschen ein philosophischer Fünf-Uhr-Tee, während die SPÖ ganz klar Mercer ein bisschen huldigt, meint, sie sei eine ganz leiwande Partei und ändert das in der Formulierung immer nur ganz sanft ab. Bei den GRÜNEN war ich bis dato gewohnt, dass man eigentlich sehr kontroversielle Themen zur Sprache brachte, wo es wirklich um etwas für die Stadt ging, sei es darum, dass die GRÜNEN gern in der Sozialpolitik davon reden, dass Eigentum Diebstahl ist oder jeder Wohlhabende sich ein bisschen schämen muss. Auch die Verkehrspolitik war in der letzten Legislaturperiode durchaus dazu angetan, darüber diskutieren zu können.

Was haben wir heute? Wir reden über Lastenfahräder, eine Förderung, die immerhin 200 Personen in dieser Stadt zu Gute kommt. 200, ich muss jetzt darauf achten, wie ich es richtig formuliere, Gleichgesinnten des Radfahrbeauftragten, Kollegen Blum. Jetzt wird aufgestockt auf 300. Da geht es nicht um die wirklich wichtigen Themen in dieser Stadt, meine Damen und Herren! Da will eine Partei, die gerade in einer massiven Obfraudiskussion steckt, auf Bundes- wie auf Landesebene, ablenken, eine Partei, die ihre eigene Jugendorganisation ausschließt und uns jetzt erklärt, wie zukunftsorientiert sie denn agieren möchte, eine Partei, die eine Standardrede hat, nämlich alle anderen Parteien zu kriminalisieren, und wo der häufige Vortragende dieser Rede, der Klubobmann, jetzt selbst mit einem Auslieferungsbegehren konfrontiert ist.

Meine Damen und Herren, wir hätten durchaus vieles, gerade in der Verkehrsthematik zu diskutieren, beim Lobau-Tunnel, wo sich diese Stadtregierung noch immer nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen kann, bei der 3. Piste, wo es so wichtig für den Wirtschaftsstandort Wien ist, dass die Flugbewegungen nicht in Bratislava oder woanders stattfinden, bei der Parkraumbewirtschaftung, wo Hietzing Ihnen jetzt als der nächste Bezirk gesagt hat, dass dieses Modell einfach zum Scheitern verurteilt ist. Ich wage die Prophezeiung, bei der Befragung in Simmering wird es vor dem Sommer sehr ähnlich sein.

Da zeigt sich doch, dass das, was Rot und Grün 2013 versprochen haben, nämlich Lösungen auch bei der Parkraumbewirtschaftung zu finden, die den Menschen entsprechen, ein Gebot der Zeit wäre. Von all dem gar nichts, meine Damen und Herren!

Auch die Anwesenheit der großen Regierungspartei ist eigentlich wieder ein beschämendes Bild. Jede der Oppositionsparteien in dieser Stadt hat seit dem Oktober

2015 thematisch mehr geleistet als diese Stadtregierung. Gibt Ihnen das nicht zu denken? *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren von der rot-grünen Stadtregierung, missbrauchen Sie dieses Haus, missbrauchen Sie diesen Saal, missbrauchen Sie dieses Gremium nicht als Therapiefeld für Ihre internen Probleme! - Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Baron zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Karl **Baron** (FPÖ): Werter Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das heutige Thema der Aktuellen Stunde lautet: „Vom Lastenrad bis zum E-Auto“. Zu diesem Thema würde aber viel eher passen: „Die Entwicklung der Motorisierung Asiens.“ Denn genau diesen Weg haben asiatische Länder hinter sich, vom Lastenrad zu einer modernen Mobilität. *(GRin Dr. Jennifer Kickert: Eine Überheblichkeit sondergleichen!)* Frau Stadträtin, wenn Sie Ihr Vorhaben einem chinesischen Stadtpolitiker mitteilen, dass Sie in Wien des Rätsels Lösung im Lastenfahrrad finden, dann werden Sie dort wahrscheinlich höchstens Kopfschütteln vorfinden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, Wien hätte doch viel wichtigere Verkehrsprobleme zu lösen. Jahrzehntelang fehlt uns eine zusätzliche Donauquerung. Es gibt die Südostumfahrung, aber es geht nicht weiter in den Norden. Der Transitverkehr geht quer durch Wien. Alles, was praktisch im Süden abgeleitet und über Schwechat auf die A4 geleitet wird, kommt im Zentrum frisch wieder heraus. Meine Damen und Herren, das sind wichtige Verkehrsprobleme! Ein Ablenkungsmanöver mit einem Lastenfahrradkisterl ist doch ein Wahnsinn! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber genau das Lastenfahrrad soll es sein, das in wundersamer Weise all diese Verkehrsprobleme lindern soll. Bis zu 30 Prozent, haben wir gerade vernommen, des Lieferverkehrs könnten mit dem Lastenfahrrad vorgenommen werden. 30 Prozent! Stellen wir uns einmal vor, wie viel das ist. Oder stellen wir uns einmal vor, was der Arbeitsinspektor dazu sagt, wenn die Therme vom Monteur mit dem Lastenfahrrad transportiert werden soll. Da steht doch jeder zweite Unternehmer beim Arbeitsgericht, weil der Arbeitnehmer sagen wird, er will nicht mit dem Lastenfahrrad fahren. Was macht man denn dann, meine Damen und Herren? Oder witterungsbedingt führen wir diese Therme nur im Sommer oder nur im Herbst oder nur, wenn die Sonne scheint? Was ist, wenn die Sonne scheint und er montiert das Ding, aber wenn er aus dem Stiegenhaus kommt, regnet es? Bleibt das Lastenfahrrad dann dort stehen? Oder nimmt er sich ein Taxi und führt die zweite Therme dann mit dem Taxi aus? Oder wie soll das weitergehen? Das sind Hirngespinnste, die nicht verwirklicht sind! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Des Weiteren ist so ein Lastenfahrrad doch viel zu sperrig und viel zu langsam für den Fließverkehr. Man stelle sich doch vor, was für eine zusätzliche Verkehrsbelastung auf uns zukommt, wenn ein solcher Drahtesel

die Neulerchenfelder Straße hinauffährt, wenn man zu treten anfängt und eine ganze Verkehrskolonne hinter sich nachzieht. Das ist unverantwortlich!

Oder ein Sicherheitsrisiko, wenn man damit noch Kinder transportieren soll. Stellen Sie sich vor, die Kinder sitzen in dem Kisterl vorm Lenker in Stoßstangenhöhe mit dem Auspuff des vor Ihnen Fahrenden direkt vor der Nase. *(GR Mag. Christoph Chorherr: Wer ist da schuld?)* Das ist doch um Gottes willen unverantwortlich! Herr Chorherr, Sie können doch nicht Ihre Kinder in so eine Kiste setzen und sie solch einer Gefahr aussetzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, so ein Lastenfahrrad gehört nicht gefördert! So ein Lastenfahrrad gehört aus dem Verkehr gezogen, aber endgültig!

Ganz im Gegenteil die Förderung, die Elektroautos betrifft. Da bin ich durchaus Ihrer Meinung. Gehört gefördert. Hier bin ich davon überzeugt, dass nur massive Förderungsmaßnahmen und Bevorzugungen im täglichen Verkehr, wie freies Parken, die Benützung der Busspur und eventuell eine Absetzbarkeit bei der betrieblichen Nutzung von PKWs, einen Sinn machen.

Oslo zum Beispiel ist quasi die Hauptstadt des Elektroautos. In Oslo hat man gesehen, wozu es führt. In Oslo ist mittlerweile jedes vierte Auto, das neu zugelassen wird, ein elektrobetriebenes Fahrzeug. Aber genau dort sind diese Maßnahmen in Kraft getreten. Dort wird es honoriert und auch genutzt. Bei uns und in Deutschland ist dieser Effekt nicht eingetreten, weil wir eben nicht entsprechend fördern.

Oder China: China hat eine Weltvorreiterrolle in der Elektromobilität. In China gibt es Zuschüsse von 20 bis 30 Prozent bei der Neuanschaffung eines Elektrofahrzeugs, aber selbstverständlich - für Chinesen selbstverständlich - nur für chinesische Produktionen. Es gibt keinen Zuschuss für einen Tesla, für einen VW oder für einen Toyota. Das muss man sich auch einmal vor Augen führen. Unser Förderprogramm sieht vor, dass wir selbstverständlich ausländische Fahrzeuge mitfördern und nicht nur in der EU produzierte.

Warum ist hier nichts gemacht worden? Bitte um ein Umdenken. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Lindenmayr. Ich erteile ihm das Wort.

GR Siegi **Lindenmayr** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kollege der NEOS hat ein schönes Wort hereingebracht, nämlich Dekarbonisierung. Das gefällt mir ganz gut, denn das Rückgrat der Mobilität in Wien ist der öffentliche Verkehr und dieser ist zum größten Teil immer schon dekarbonisiert gewesen, nämlich die Elektromobilität, also Straßenbahn, U-Bahn und neuerdings auch Elektrobusse. Ich meine damit nicht O-Busse, wie es sie in anderen Städten gibt, sondern zwölf E-Busse im 1. Bezirk mit Bügel zum Laden. Der Bügel fährt hinunter, dann fährt er die Strecke entlang und an der Endstelle fährt er wieder den Bügel aus und lädt die Akkus. Dekarbonisierung hat es bei uns immer schon gegeben.

Ich freue mich sehr, auch wenn es heute schon mehrmals erwähnt worden ist, auch in der Fragestunde, dass das Rückgrat der Mobilität in Wien der öffentliche Verkehr ist. 954 Millionen Fahrten im Jahr 2016 sprechen eine deutliche Sprache. Auch 733.000 Jahreskarten sprechen eine deutliche Sprache. 40 Prozent, genau genommen 39 Prozent, des Verkehrs in Wien werden über den öffentlichen Verkehr abgewickelt. Man kann natürlich nicht alles darüber abwickeln. Das ist ganz klar.

Wir haben vor wenigen Tagen, und es ist schon erwähnt worden, dass das sofort ausgeschöpft worden ist, eine Förderung für Elektrolastenfahrräder beschlossen. Wir werden das über Initiative meines Kollegen Kubik jetzt verlängern, und zwar speziell für Privatpersonen und nicht nur für Betriebe, um auch das wieder weiterzumachen. Das musste ich erwähnen. Das war mir wichtig. Wir werden das etwas ausweiten. Aber natürlich kann man auch mit dem Lastenfahrrad nicht alles transportieren. Man muss sich jedoch überlegen, dass sich das Konsumentenverhalten schon sehr stark geändert hat, leider auch des Verhalten vieler Handelsbetriebe, beispielsweise beim Lebensmittelhandel. Dort wird immer mehr Verkaufsfläche zu Lasten der Lagerräume geschaffen. Das ist eine sehr schlechte Entwicklung. Eine Zeit lang war es besonders extrem. Billa hat seine Wägen den ganzen Tag am Gehsteig deponiert und erst am Abend wieder hineingestellt. Das ist zum Glück wieder eingestellt worden. Aber die Lieferungen erfolgen immer mehr „just in time“. Die Firmen privatisieren sozusagen ihre Lagerräume auf den öffentlichen Raum. Dem muss man schon etwas entgegensetzen. Man muss darauf achten, dass die LKW-Transporte nicht zu viel werden, insbesondere weil sie auch sehr gefährlich sind. Im letzten Jahr - auch das wurde schon kurz erwähnt - gab es leider insgesamt knapp 20 Verkehrstote, der größte Teil durch LKWs, noch dazu am Zebrastreifen. Hier haben wir sehr viel zu tun.

Wichtig ist jetzt, nicht monothematisch nur Radfahrer, nur Autofahrer, nur Elektrofahrzeuge, nur der Transport, sondern wir als verantwortungsvolle Stadtregierung müssen das Gesamte sehen. Wien hat hier sehr gute Konzepte in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch für die Zukunft gehabt. Wenn davon gesprochen worden ist, es fehlt ein Monitoring unseres Elektromobilitätskonzeptes, hat mich der Kollege Juraczka daran erinnert, dass es dieses Monitoring, nämlich eine Art Benchmarking, weltweit seit vielen Jahren gibt. Es wird immer heruntergespielt. Es handelt sich um Mercer. Ich danke Ihnen, dass Sie ihn erwähnt haben. Aber es gibt auch viele andere Studien, die Wien immer auf Spitzenplätzen oder dem ersten Platz präsentieren. Das ist ein großes Zeichen dafür, dass wir tatsächlich am richtigen Weg sind, dass die rot-grüne Stadtregierung tatsächlich am richtigen Weg ist. Wir haben die richtigen Rezepte, von der Wohnstraße und Fußgängerzone bis zum Lobau-Tunnel. Wir wollen alles abdecken, aber, und das ist das Wichtigste, es muss stadtverträglich sein, es muss vor allem umweltverträglich sein.

Wenn andere Städte als Vorbild genommen werden, hat Oslo 650.000 Einwohner, Amsterdam, glaube ich,

etwa 800.000. Wir haben fast 2 Millionen. Das sind ganz andere Maßstäbe. Wir machen für diese Stadt, für fast 2 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner in Zukunft, das richtige Programm. Rot-Grün hat das richtige Programm. Das beweisen die internationalen Benchmarks. Wir haben die besten Rezepte für die Gegenwart und die Zukunft. Wir werden auch weiterhin für die Wienerinnen und Wiener daran arbeiten. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss ehrlich gestehen, ich habe das Thema rund um die E-Mobilität als Thema der Aktuellen Stunde ein bisschen amüsant gefunden, weil gerade hier habe ich massiv das Gefühl, dass in der Stadt Wien nicht sehr viel weitergeht. Bund und andere Länder in Österreich geben bei der Thematik um nachhaltigen Verkehr ziemlich Gas. Aber Wien hinkt leider immer wieder ein bisschen hinterher.

Wenn man sich den Anstieg der Neuzulassungen ansieht, dann fällt mir nur eines dazu ein, und zwar, Wien muss Waidhofen an der Thaya werden. Weil wenn man sich die Vergleichszahlen ansieht, dann sieht man, dass dort im Gegensatz zu Wien die Neuzulassungen um 5,4 Prozent gestiegen sind, in Wien nur um 0,7. Das spricht für sich! *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Aber das ist ein Auto in Waidhofen an der Thaya! In Wien sind es viel mehr!)*

Wien redet immer nur über die Elektromobilität, aber es folgen keine Taten. Das sieht man auch daran, dass die Antwort auf meine Frage in der Fragestunde zum Thema Flotte für die Stadt Wien nicht beantwortet wurde und offen geblieben ist.

Es bedarf aber mehr dazu, als nur in der Aktuellen Stunde darüber zu sprechen. Schon lange thematisieren wir von der ÖVP die Wichtigkeit der Elektromobilität und dass weitere Schritte in diesem Bereich gesetzt werden müssen. Die großen Vorteile haben Sie, Herr Kollege Chorherr, schon angesprochen. Null Emissionen, um einen der wichtigsten Vorteile diesbezüglich zu nennen.

Aber eines ist schon auch klar, wer nachhaltigen Verkehr möchte, muss auch an mehreren Stellschrauben drehen. Deswegen können nicht die einzigen zwei Antworten sein, wie in der Aktuellen Stunde angekündigt, Lastenfahrräder und Elektromobilität, sondern den Herausforderungen der wachsenden Stadt ist umfassender zu begegnen. Es bedarf mehr als dieser zwei Maßnahmen.

Wichtig, und das ist auch etwas, was ich hier bei der Thematisierung der Aktuellen Stunde ein bisschen vermisse, ist, dass Verkehrsmaßnahmen nicht immer separat betrachtet werden dürfen. Sie müssen immer im Kontext mit anderem gesehen werden. Unser Ziel ist auch die vernetzte Stadt. Weil Sie von der Kombination mit dem öffentlichen Verkehr gesprochen haben, vermisse ich da schon auch konkrete Maßnahmen.

Ein bisschen ein Problem sehe ich hier schon auch in der Ressortaufteilung. Gerade was Maßnahmen im öffentlichen Verkehr betrifft, haben wir es auch hier mit einem anderen Ressort zu tun. Wichtig wäre hier natürlich ganz klar, Verkehrsmaßnahmen untereinander auch abzustimmen, denn Öffis, wie schon angesprochen, finden einen sehr wichtigen Stellenwert in der Stadtentwicklung.

Gerade hier ist es wichtig, auch Knotenpunkte mit der Infrastruktur auszustatten, ob es Stellplätze sind, Park-and-ride-Anlagen schon weit außerhalb der Stadt oder Fahrradboxen, die auch ein bisschen hinterherhinken, zusätzliche Ladepunkte, gerade was die Elektromobilität betrifft. Hier mag sich auch das eine oder andere tun. Aber man hat das Gefühl, viele Maßnahmen begrenzen sich auf den innerstädtischen Bereich, die Außenbezirke werden oft vergessen oder werden mit haarsträubenden Ideen konfrontiert, wie zuletzt ein konkreter Fall im 19. Bezirk rund um die Einbahnstraße in der Peter-Jordan-Straße inklusive Radweg. Ich kann mich gut daran erinnern - ich komme ursprünglich auch aus dem 19. Bezirk, was die Politik betrifft -, dass wir in der Bezirksvertretung diese Radgeschichte thematisiert haben, Citybike-Verleih beispielsweise rund um die Peter-Jordan-Straße und auch bei der BOKU. Da hieß es seitens des Büros der Stadträtin, dass dort eine Erweiterung eigentlich sinnlos ist, weil die Leute mit dem Fahrrad nur bergab und nicht mehr hinauf fahren. Das ist ein Argument. Aber jetzt kommt prompt dort doch ein Fahrradweg hin. Ich frage mich schon, was sich seit dieser Antwort diesbezüglich geändert hat. Auch die Citybike-Stationen generell wurden vor Kürze erst abgefeiert, welche tolle Entwicklung sie gemacht haben. Auch in den Außenbezirken war keine Rede davon, die Citybike-Stationen noch auszuweiten. Wir haben damals den Vorschlag gebracht, Citybikes mit E-Antrieben auszustatten. Das wurde seitens der GRÜNEN auch eher abgelehnt.

Ich würde Sie bitten, machen Sie sich einmal die Mühe und besuchen Sie gelegentlich die Außenbezirke. Dann wissen sie Bescheid ob der Topographie und der Entfernung. Vergessen Sie nicht auf die Außenbezirke! Setzen Sie Maßnahmen, die tatsächlich Entlastungen für sie bieten. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Mag. Maresch. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Rüdiger **Maresch** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Jetzt hab ich nur fünf Minuten. Das ist ein bisschen schwierig.

Ich möchte unbedingt auf die Frau Olischar eingehen. Die Geschichte mit den 5 Prozent in Waidhofen an der Thaya habe ich Ihnen gesagt. Das ist ein Auto. Das ist immer ein bisschen relativ. Ich war in Waidhofen an der Thaya. Es handelt sich um ein Fahrzeug. Es ist immer leicht mit den Prozenten, ein schönes Spiel.

Grundsätzlich haben Sie recht. Wir haben viel Nachholbedarf. Ob sich das allerdings mit den 4.000 EUR der Bundesregierung lösen lässt, denke ich mir, wird schwierig. Vor allem, wenn man 10 Prozent der Autos durch E-

Autos ersetzen möchte. Dann macht das am Schluss des Tages Milliarden aus. Da denke ich mir, sie sind in anderen Bereichen der Politik besser angesiedelt.

Wo Sie recht haben, ist in Wirklichkeit, das möchte ich noch einmal sagen, dass man Verkehrspolitik nicht allein nur über den Verkehr diskutieren soll. Das möchte ich aber auch ganz gerne Ihrem Klubobmann zurückgeben, der sich heute herausgestellt und wieder einmal Haltungsnoten ausgeteilt hat. Am Schluss ist er auf die Lobau-Autobahn gekommen. Jetzt sage ich Ihnen, glaube ich wirklich, schon zum 20. Mal, die Lobau-Autobahn ist ein Projekt des Bundes und die Entscheidung fällt beim Bundesverwaltungsgericht. Dort wird entschieden, ob die Lobau-Autobahn gebaut werden kann oder nicht. Was wir entscheiden müssen, und das werden wir gemeinsam sicher machen, ist, welche Begleitmaßnahmen und welche Maßnahmen in der Donaustadt, in Transdanubien insgesamt und in Wien zu treffen sind, um etwaige Vorteile oder Nachteile abzufedern. Das ist der Punkt. Die Entscheidung fällt bei Gericht, nicht hier und auch nicht im Parlament, sondern dort. Wir müssen über das andere entscheiden. Ganz egal, ob uns die Lobau-Autobahn gefällt oder nicht, wir müssen uns über Begleitmaßnahmen zur Lobau-Autobahn unterhalten. Das tun wir auch.

Über den Kollegen Baron möchte ich echt den Mantel des Schweigens breiten, einfach zu sagen, das geht nicht. Ich bin ihm vor nicht allzu langer Zeit draußen begegnet. Er ist mit einem Muldentransporter herumgefahren und hat gesagt: „Da schaust du, was ich alles kann.“ Da denke ich mir, wunderbar, mit einem LKW-Führerschein wird man das hoffentlich fahren müssen. Ich glaube auch, dass er ein guter Unternehmer ist. Aber das hat mit den Fahrrädern zunächst gar nichts zu tun.

Interessant war meiner Meinung nach der Kollege Gara, weil das ist schon eine Debatte. Da ist der Unterschied zwischen dem, was ich von ein paar Oppositionsmitgliedern und ihm gehört habe. Da geht es in Wirklichkeit um die Dekarbonisierung und um die Digitalisierung im Verkehr. Aber das ist für die anderen überhaupt kein Thema. Wir reden zwar angeblich immer, wir fördern die Elektromobilität, aber wenn es geht, woanders, nicht bei mir.

Wenn es zum Beispiel um Ladeinfrastruktur geht, wollen wir in Wien bis zu 1.000 E-Tankstellen im öffentlichen Raum machen. Aber es ist schon klar, da reden wir vom öffentlichen Raum und da sind pro Ladesäule zwei Stellplätze gefragt. Das kann man sich in anderen Städten Österreichs anschauen, in anderen Ländern auch. Da ist eine nette Ladesäule, und zwar nicht am Gehsteig, sondern an der Gehsteigkante. Dort wollen wir sie platzieren. Sie soll nicht die FußgängerInnen beeinträchtigen. Dort geht es um zwei Stellplätze. Ich kann mich erinnern, bei Carsharing hat es unisono dort drüben *(Der Redner zeigt auf die rechte Saalhälfte.)* - die NEOS waren noch nicht da - geheißen, Parkplatzraub, Schweinerei. Wir haben mit den Bezirken verhandelt. Im 19. Bezirk zum Beispiel ist es darum gegangen, einen Stellplatz für Carsharing zu kriegen. In der Donaustadt ebenso um einen Stellplatz. Die Blauen in der Donaustadt haben

sich überschlagen, Parkplatzraub. Wegen einem Stellplatz? Da denke ich mir: Was ist, wenn ein Wasserrohrgebrechen ist? Ist das auch ein Parkplatzraub?

Noch einmal, wenn wir so etwas wollen, das muss klar sein, braucht es ein Umdenken. Wir brauchen Platz im öffentlichen Raum für die Elektromobilität, wenn wir das wollen.

Das zweite Problem: Die Elektromobilität ist eine Möglichkeit, gerade was Stickoxidbelastung oder auch Feinstaubbelastung betrifft. Das Gleiche gilt auch beim CO₂-Ausstoß. Da können wir Dinge machen. Es muss uns nur klar sein, es geht nicht zum Nulltarif. Da müssen wir investieren. Das muss vorangetrieben werden.

Allerletzter Punkt: Es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer. Da geht es um City-Logistik. Da war das Lastenfahrrad bei kleinen Transporten sehr wohl ein Teil. Es geht nicht an, dass der ungarische oder auch der niederösterreichische LKW als 40-Tonner liefert, irgendwo in die Stadt hineinfährt und dann, wie schon einmal passiert, auf der Kärntner Straße den Belag kaputt macht. Wir brauchen City-Logistik. Da spielen Lastenfahrräder, auch elektrisch angetriebene Lastenfahrräder, genauso wie kleine Einheiten, eine Rolle. Da ist der Gesprächspartner die Wirtschaftskammer. Da sind wir auf einem guten Weg. Ich freue mich sehr, dass sich das so gut entwickelt. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Fürnkranz zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Georg **Fürnkranz** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch liebe Zuschauer auf der Tribüne beziehungsweise vor dem Livestream!

Wir wiederholen jetzt die Lastenfahrraddebatte der vorigen Sitzung. Hauptsache ist, die GRÜNEN haben wieder einmal Gelegenheit, ihr Lieblingsthema Fahrräder irgendwie aufs Tapet zu bringen. Langsam aber sicher erinnert mich das Vorgehen der GRÜNEN an den „Wüden“ vom Qualtinger, nach dem Motto frei verändert, ich weiß zwar nicht, wo ich hin will, aber Hauptsache ist, ich bin mit dem Rad dort. *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Rüdiger Maresch: Herr Kollege, wir können auch über etwas anderes reden!)*

Sie haben es also geschafft - es ist wirklich eine großartige Leistung -, 200.000 EUR innerhalb eines knappen Monats zu verschenken. Eine großartige Leistung! Dafür sind Ihnen die Steuerzahler unglaublich dankbar! Weil wir so erfolgreich beim Verschenken von Geld waren, tun wir es gleich noch aufdoppeln und setzen weitere 100.000 aufs Spiel, das alles für eine Angelegenheit, die auch noch kräftig beworben wird. Ich sage jetzt einmal, es ist ein sehr beachtliches Inserat, das Sie in der „Presse“ geschaltet haben. *(Der Redner zeigt das angesprochene Inserat.)* Diese Inserate und überhaupt die Werbung der Fahrradagentur oder Mobilitätsagentur, wie sie jetzt heißt, sind eine bemerkenswerte Einrichtung. Ich habe Ihnen letztes Mal schon so ein Sujet gezeigt, wo die Kinder ohne Fahrradhelm unterwegs waren. Diesmal - schauen Sie sich das Bild genau an - de-

monstrieren Sie ein anderes Sicherheitsproblem, das bei den Lastenfahrrädern auftritt. Nämlich genau dann, wenn die Last so groß ist, wie es der Herr Chorherr bejubelt hat, dass es so toll ist, dass man Thermen und was weiß ich alles transportieren kann, sieht der Fahrer nämlich nicht mehr drüber und ist im Blindflug unterwegs. *(GR Mag. Rüdiger Maresch: Geh, bitte!)* Das propagieren Sie hier! Es zeigt demonstrativ ein ganz massives Problem bei der ganzen Geschichte, nämlich das Sicherheitsproblem, das mit so großen und schweren Fahrrädern in einem Ausmaß auftritt, wie einfach die Sicherheitsspielregeln für Fahrräder nicht ausgelegt sind. Das ist das Problem, das wir vor allen Dingen bei dieser Angelegenheit sehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Sicherheit ist vor allen Dingen deswegen ein Problem, weil die Fahrräder ja generell keiner Genehmigungs- und Überprüfungspflicht wie Kfz unterliegen. Sie haben aber, wie Kollege Chorherr ja selber bejubelt hat, durchaus die Dimensionen eines Kleinwagens. Das jetzt ohne weitere Maßnahmen auf die Bewohner der Stadt loszulassen, ist einfach verantwortungslos.

Wir haben uns deswegen Gedanken darüber gemacht, wie man mit diesen Problemen umgehen kann, haben deswegen ein ganzes Sicherheitspaket geschnürt und das in Form eines Antrags heute eingebracht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber die Sicherheit im Radverkehr ist ja ganz generell ein Thema. Ich habe es in meiner Zeit als Bezirksrat vor einiger Zeit erreicht, dass wir einmal bei einer Radfahrerüberfahrt ein Radar aufgestellt und Messungen durchgeführt haben, wie schnell die Radfahrer sich der Radfahrerüberfahrt annähern. Für alle jene, die es nicht wissen: Das ist im Gesetz auf 10 Stundenkilometer beschränkt. Sie sehen: 21! Und das war nicht die höchste Zahl, die wir dort gemessen haben.

Man fragt sich: Wozu ist das alles gut? Sie ideologisieren die Fahrradpolitik einfach deswegen, weil Sie ansonsten politisch in der Bredouille sitzen. Kollege Juraczka hat das ja schon relativ schön dargestellt. Eine schönere Parteikrise haben sie schon länger nicht mehr zuwege gebracht.

Heute in der Früh schreibt Johannes Huber unter dem Titel „Wer braucht die Grünen?“: „In Wien gelten sie als ernstzunehmende Radfahrerlobby. Kann Stammwähler begeistern, aber ansonsten wird es dünn.“ Ja, das ist es genau! Es wird sehr dünn beziehungsweise ganz dick, wenn Sie sich auf ein anderes Gebiet verlagern wie zum Beispiel beim Thema Heumarkt. Warum fragen Sie dort nicht die Bürger?

Wie auch immer, ich schließe mit einem Appell: Liebe GRÜNE, lassen Sie Wien nicht für Ihre innerparteilichen Probleme büßen, das hat es nicht verdient! Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Holzmann zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ernst **Holzmann** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Liebe Gäste auf der Galerie!

Zum heutigen Thema der Aktuellen Stunde „Vom Lastenrad bis zum E-Auto“ möchte ich sagen, dass in einer wachsenden Stadt, wie es Wien nun einmal ist, es von großer Bedeutung ist, den Verkehr so zu organisieren, dass die Mobilität jedes Einzelnen garantiert und auf die Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsgruppen abgestimmt ist.

Aufbauend auf das Fachkonzept für Mobilität im Rahmen des STEP 2025, welcher bereits 2014 im Gemeinderat beschlossen wurde, kann das Lastenrad eine besonders umweltfreundliche Ergänzung - und ich betone: Ergänzung, nicht Ersatz! - sein und die Elektromobilität, ob jetzt das Fahrrad, das Auto, die Bahn oder der Bus, auf lange Sicht möglicherweise sogar eine Alternative zu den heutigen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren darstellen.

Der STEP 2025 hat sich ja zum Ziel gesetzt, dass die Wienerinnen und Wiener im Jahr 2025 80 Prozent ihrer Verkehrswege mit dem öffentlichen Verkehr, dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen, während der motorisierte Individualverkehr auf 20 Prozent zurückgehen soll. In den letzten Jahren konnte beim Radfahrverkehr bereits eine deutliche Steigerung bemerkt werden.

Hierbei sollten aber nicht Verbote im Vordergrund stehen, sondern entsprechende Anreize - wie etwa durch Förderungen, den Ausbau der Infrastruktur und ein entsprechendes Angebot, ein breites Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln - zu einer positiven Entwicklung beitragen, wie man es am Beispiel der erst im März beschlossenen Förderung der Transportfahrräder gesehen hat, und zwar in wenigen Wochen. Weil zuerst die Zahl 200 genannt wurde: Es waren 222 in 3 Wochen. Also muss man das auch in einer gewissen Relation sehen. Wie gesagt, das war in wenigen Wochen ausgeschöpft.

Vielleicht auch zum Kollegen Fürnkranz: Von den ursprünglich 200.000 eine Verdoppelung um 100.000 - das ist aus meiner Sicht keine Verdoppelung, sondern eine Aufstockung. Aber wie auch immer, ich denke, das ist, wie gesagt, auch ein guter Beitrag, der hier ergänzend zum Verkehr in Wien geleistet werden kann. Man sieht auch bei dieser Ausnutzung der Förderungen, dass es sehr wohl ein Anliegen der Wienerinnen und Wiener ist, hier für die Umweltschonung einzutreten und einen Beitrag für eine gesündere Umwelt zu leisten.

Ein wesentlicher Beitrag wird auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur sein. Hier wurde auch schon gesagt, dass das zwar überwiegend etwa auf Parkplätzen von Einkaufszentren, auf Tankstellen oder in Garagen passieren soll, aber sehr wohl auch im öffentlichen Raum ergänzend ein entsprechendes Angebot geschaffen werden soll.

Zu überlegen sind auch weitere Förderungsmaßnahmen für Elektrofahrzeuge, sowohl für private als auch für gewerbliche Nutzung, wie etwa im Bereich des Taxigewerbes. Auch im Bereich des Carsharings wäre der Einsatz von elektrobetriebenen Fahrzeugen eine sinnvolle Entwicklung.

Was ein attraktives Angebot an umweltfreundlichem öffentlichen Verkehr insbesondere auch in den Randge-

bieten der Stadt betrifft, wurde heute auch von Kollegin Olschar schon angesprochen, dass die Randbezirke manchmal ein wenig möglicherweise nicht so toll ausgestattet sind, wie es die inneren Bezirke an Verkehrsmitteln haben. Aber auch dieser Beitrag könnte eine sinnvolle Ergänzung sein und zu einer Verbesserung beitragen, damit die Wienerinnen und Wiener den öffentlichen Verkehr noch mehr in Anspruch nehmen, als es bereits der Fall ist.

Wichtig ist es aber auch, Forschung und Entwicklung zu unterstützen und für eine breite Bewusstseinsbildung zu sorgen. Wenn sich die Technologie der Elektromobilität durchsetzt und der Markt sich entsprechend entwickelt, ist es sicherlich nur eine Frage der Zeit, bis die Reichweite der Fahrzeuge deutlich verlängert werden kann und die Ladezeiten deutlich verkürzt werden können. Gerade in einer Stadt mit doch eher kurzen Wegen kann die Elektromobilität aber auch schon derzeit, eben mit dem Problem einer geringeren Reichweite, eine taugliche Alternative für die Zukunft darstellen.

Leisten wir einen wertvollen Beitrag für eine gesündere Umwelt und für eine Mobilität der Wienerinnen und Wiener, damit diese Mobilität auch weiterhin gewährleistet ist und nicht eingeschränkt werden muss, durch Angebote und nicht durch Verbote! Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen 19, des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 27 und des NEOS-Rathausklubs 16 schriftliche Anfragen eingelangt sind.

Vor Sitzungsbeginn sind von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen sieben und des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien fünf Anträge eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 7 bis 10, 14, 16 bis 18, 20, 24, 26 und 27, 29, 31 bis 33, 36 bis 38, 40 und 41, 44, 51, 56, 57 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummern 5, 6, 11 und 12 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 5, 6, 11, 12, 1, 2, 3, 13, 15, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 4, 43, 19, 21, 22, 23, 25, 28, 30, 34, 35, 39, 42, 53, 54 und 55. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gebracht.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlung über die Geschäftsstücke 5, 6, 11 und 12 der Tagesordnung - sie betreffen den Bildungscampus Seestadt Aspern Nord sowie die Errichtung beziehungsweise Erweiterung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen - zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Daher können wir dementsprechend vorgehen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Hanke, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Marina **Hanke**, BA: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist jetzt an und für sich Frau GRin Schwarz, nach meiner Kenntnisnahme, nachdem sich Frau GRin Meinel-Reisinger gestrichen hat und dann hintennach - oder haben Sie beide getauscht? (GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: *Es ist nicht mehr ... - Weitere Zwischenrufe.*) Mir wurde es anders kommuniziert.

Frau Kollegin Schwarz, ist es Ihnen recht, wenn Kollege Wiederkehr anfängt? Ich glaube, dann ... (GRin Sabine Schwarz: *Ja!*) Bitte, Herr Kollege Wiederkehr, Sie haben das Wort. (*Zwischenrufe bei ÖVP und NEOS.*)

GR Christoph **Wiederkehr**, BA (NEOS): Sehr geehrter Vorsitzender! Werte Damen und Herren!

Nachdem jetzt geklärt ist, dass ich als Erster reden darf, freue ich mich, dass dieses wichtige Thema Bildung heute der Schwerpunkt ist. Ich glaube, wir haben sehr viel Gesprächsbedarf, wenn es um Bildung in Wien geht. Spätestens seit den Bildungsstandards in Deutsch, die getestet worden sind, sollte uns wieder bewusst geworden sein, was für einen Aufholbedarf wir in dieser Stadt haben, was für große Herausforderungen im Bildungsbereich wir haben und wie schlecht wir dastehen.

Wenn man sich diesen Test der Bildungsstandards in Deutsch ansieht, sieht man, dass Wien weitaus schlechter abschneidet als die anderen Bundesländer. Natürlich ist sehr viel erklärbar über eine große Herausforderung durch viele Schüler mit Migrationshintergrund, viele Schüler aus soziokulturell schlechteren Umgebungen.

Es ist viel erklärbar, aber nichtsdestoweniger ist es alarmierend, wenn 51 Prozent der Kinder eine hohe oder sehr hohe soziale Benachteiligung haben und nur 50 Prozent der Kinder die Bildungsziele aus Deutsch überwiegend erreichen. Das heißt, nur jedes zweite Kind schafft es, die Bildungsziele in Deutsch - diese sind sehr allgemein gehalten und sind erforderlich, um auch ein gutes Leben in der Arbeitswelt zu haben - zu halten. 50 Prozent schaffen das nicht! Es muss ein alarmierendes Zeichen sein, dass hier jeder Zweite eigentlich auf der Strecke bleibt, wenn es ums sinnerfassende Lesen geht.

Natürlich ist eine sehr starke Varianz von Schulstandort zu Schulstandort da, und genau das müsste man sich genauer anschauen: Was sind jetzt die Schulen, in denen besondere Herausforderungen sind? Leider gibt es diese Daten noch nicht. Diese würden mich sehr interessieren, dass man es wirklich auf einzelne Schulstandorte herunterbricht, um genau an diesen Standorten noch intensiver zu arbeiten.

Es wäre im Bildungsbereich wichtig, wirklich an diesen Brennpunkten - und auch in dieser Bildungsstandards-Erfragung sind diese Brennpunkte wieder ersichtlich -, dass man genau dort ansetzt, über Förderung an diesen Standorten, über einen Chancenbonus, der diesen Kindern auch zugeteilt wird, damit am Standort selber solche Defizite auch ausgemerzt werden. Das ist uns ein besonders großes Anliegen, vor allem auch der Übergang von der Volksschule zum weiteren Bildungsweg. Dort wird es festgemacht, ob Leseschwächen mitgetragen werden oder nicht. Man muss sehr früh ansetzen, um diese Defizite auch auszumerzen.

Nur eingangs, weil es eben sehr aktuell und wichtig ist, wollte ich auch über dieses Thema gesprochen haben, aber in den folgenden Aktenstücken geht es ja großteils um Schulbau, Schulausbau und -neubau. Auch hier haben wir in Wien eine sehr große Herausforderung von der stark wachsenden Schülerpopulation, was ja sehr gut ist für eine wachsende Stadt, wenn viele junge Leute in die Schule kommen. Aber natürlich bringt das ordentliche Herausforderungen mit sich, Herausforderungen im Schulneubau, im Schulausbau, und hier vor allem auch - was lange übersehen worden ist - in den innerstädtischen Bezirken einen enormen Druck im Schulausbau, der angestaut worden ist. Das heißt, hier müssen wir investieren, neuen Schulraum schaffen und diesen Schulraum auch so schaffen, dass er allen gerecht wird.

Was mir besonders wichtig ist und was wir auch immer wieder mitgeteilt bekommen, ist vor allem im Rahmen der Diskussionen um Inklusion und um Auflösung der Sonderschulen, dass, wenn man Schulen umbaut, diese wirklich so barrierefrei sind, dass sie auch für Kinder mit Gehbehinderung zugänglich sind. Es wäre im Bereich Schulbau extrem wichtig, dass man darauf achtet.

Und natürlich, die Debatte hatten wir hier schon einige Male: Wie machen wir den Schulbau? Ist PPP wirklich das sinnvolle Konzept? Da gab es sehr oft schon von Rot-Grün auch das Eingeständnis: Nein, es ist nicht das richtige Konzept.

Dann macht es halt nicht weiter, sondern schaut, dass ihr in anderen Bereichen die Stadtfinanzen in den Griff bekommt! Dann könnt ihr auch den Schulbau so machen, wie ihr es eigentlich ideologisch wollen würdet, wie es auch sinnvoll wäre, denn bei den meisten PPP-Modellen, die wir jetzt abstimmen, könnte man sich innerhalb von 30 Jahren auch einen Neubau leisten.

Es ist kein nachhaltiges Wirtschaften, es ist keine nachhaltige Stadtpolitik, wenn man da sagt, ja, die böse EU ist schuld wegen der harten Vorgaben von Maastricht. Hier ist die Verantwortung der Stadt gegeben, in anderen Bereichen einzusparen, um in einem wesentlichen Bereich wie der Bildungsinfrastruktur auch zu investieren. Da nehme ich Sie nicht aus der Verantwortung, hier auch mehr zu machen.

Was mir im Bildungsbereich sehr wichtig ist und mich seit Wochen beschäftigt, ist im Bereich der Kindergärten vor allem die Finanzierung. Ich weiß, hier ist etwas geplant, ein neuer Schlüssel, ein neues Modell, ein neues

Finanzierungsmodell. Was ich bis heute nicht einsehen kann, ist diese Ungerechtigkeit oder diese Ungleichbehandlung im Bereich der Verwaltungszuschüsse, dass die großen Träger, die ohnehin viel Geld und viele Ressourcen haben, pro Gruppe viel mehr Geld als die kleinen Träger bekommen.

Es ist für mich unersichtlich, warum das der Fall ist. Normalerweise hat man, wenn man im privatwirtschaftlichen Bereich wächst und größer wird, mehr Synergieeffekte und kostet die Verwaltung eigentlich weniger. Im Bereich der Kindergruppen und Kindergärten in Wien ist genau das Gegenteil der Fall: Je mehr Gruppen ein Betreiber hat, desto mehr Verwaltungszuschüsse bekommt er auch.

Das halte ich für extrem ungerecht, unfair den Kleinen gegenüber und eine ungerechtfertigte Privilegierung den großen institutionellen Trägern gegenüber, die natürlich sehr eng mit der Sozialdemokratie oder auch der ÖVP verflochten sind. Hier bekommen Träger einen Vorteil, die nahestehend sind. Es sollte in einer Stadt nicht der Faktor sein, wie gut man sich durchsetzen kann, sondern: Was ist objektiv gerechtfertigt?

Da bringen wir einen Antrag ein, dass die Verwaltungszuschüsse neu aufgestellt werden. Auch im Rahmen der neuen Förderung fände ich es wichtig, dass man hier einen neuen Ansatz wählt.

Ich bin vorhin schon ein bisschen auf das Thema Inklusion eingegangen. 2020 ist ja das Ziel der Bundesregierung. Es ist für mich noch sehr unklar, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Auch bei Betroffenen ist eine große Unsicherheit in dieser Stadt da, wie es denn dort hingeht. Wir sind in einem ständigen Dialog mit den Betroffenen.

Ein Punkt, der uns immer wieder gesagt wird oder der bei Einzelfällen problematisch war, war die Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung an den Schulen, dass da im Bund diese Persönliche Assistenz finanziert wird, in der Stadt nicht. Es wäre extrem wichtig, dass es auch in dieser Stadt diese Persönliche Assistenz gibt, um den Schulgang von Menschen mit Behinderungen auch zu ermöglichen. Denn wenn dieser erste Schritt nicht gemacht wird, ist eine Vollinklusion überhaupt illusorisch.

Auch dazu haben wir einen Antrag vorbereitet. Ich bitte da um Zustimmung.

Zusammengefasst haben wir viele Herausforderungen im Bildungsbereich. Wir sehen die Finanzierungsmodelle der PPP als nicht sinnvoll an, sehen die Projektvergabe an die WIP auch nicht für sinnvoll an und hoffen, dass es da mittelfristig auch ein Umdenken von Rot-Grün gibt. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin Schwarz hat mich darauf hingewiesen, dass wir auf der Galerie Vertreterinnen und Vertreter der Wiener Landeschülervertretung begrüßen können. Herzlich willkommen im Wiener Gemeinderat! *(Allgemeiner Beifall.)*

Auch zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schwarz. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Zuseherinnen und Zuseher!

Wir haben heute ja den Schwerpunkt Bildung in der Diskussion. Ich möchte gleich darauf zu sprechen kommen, werde im Zuge dieser Diskussion einige Anträge einbringen und auch über die vorliegenden Akten sprechen.

Die Art, wie zur Zeit Bildungspolitik in Wien gemacht wird, hat das Ergebnis - und das zeigen ja auch die letzten Standardtests -, dass wir hier wirklich in eine Bildungskatastrophe hineinschlittern. Sie sind anscheinend parteiideologisch so gefangen, dass Sie Realitäten nicht anerkennen und einfach munter so weitermachen, ohne wirklich den Punkt und den Kern der Ursache anzugreifen. Sie lassen ja nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer im Stich, sondern auch die Familien. Ich komme dann gleich dazu.

Beginnen wir einmal in den Kindergärten. Sie loben sich ja ständig dafür, wie großartig der Ausbau ist, wie toll mittlerweile das Platzangebot ist. Was Sie aber nie erwähnen, ist die Qualität vor Ort. Denn wenn man sich den Bericht des ÖIF durchliest, dann sieht man ganz deutlich, dass Wien Schlusslicht in der Qualität im Kindergarten ist.

In den Wiener Kindergärten, besonders in den städtischen Kindergärten, haben Kinder am wenigsten Platz zum Spielen. Wir haben viel zu große Gruppen, und der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule funktioniert nur sehr holprig. So haben wir 21 Prozent der Kinder, die gerade einmal Buchstaben erkennen können, wenn sie in die Volksschule kommen. Europamäßig liegt der Durchschnitt bei 72 Prozent.

Ich denke, dass man hier wirklich einmal genau hinschauen sollte, dass man sich überlegen sollte: Wo muss man anfangen, und wo gibt es einen Nachholbedarf? Denn es ist schon ein Armutszeugnis, dass wir, wenn wir in der Bildung über die Förderung von Kindern und Schülern reden, immer nur den Nachholbedarf, das Ausmerzen von Schwächen meinen und nie auf die Stärken, die Talente und die Kompetenzen eingehen können.

Wir haben eine Anfrage an die Frau Stadträtin gestellt bezüglich Kriterien der Vergabe von städtischen Kindergartenplätzen. Denn auch hier sind wir der Meinung, dass es einen enormen Nachholbedarf gibt. Wir haben dann die Kriterien bekommen. Da hat uns die damals zuständige Frau Stadträtin gesagt, es geht um die Berufstätigkeit der Eltern, da muss man einen schriftlichen Nachweis erbringen, dass man auch berufstätig ist, einen Nachweis über die Ausbildung. Es geht darum, dass Kinder, die Geschwister haben, die bereits in den städtischen Einrichtungen sind, natürlich bevorzugt behandelt werden. Es geht um soziale Aspekte, es geht um die Nähe des Wohnortes und um das Alter des Kindes.

Das Interessante ist: Das mit der Berufstätigkeit kann ich ja bei Null- bis Dreijährigen noch verstehen. Aber was Sie vollkommen vergessen, ist, dass wir Familien haben, besonders Familien mit Migrationshintergrund, wo die Mutter zu Hause ist. Da spreche ich von Familien, wo die Eltern kein Deutsch sprechen. Das

heißt, diese Kinder haben überhaupt keine Chance, einen Platz in einem städtischen Kindergarten vor dem verpflichtenden Kindergartenjahr zu bekommen.

Das ist schon eine Sache, die man einmal andenken sollte, denn ich denke mir, dass das gegenüber den Kindern nicht besonders fair ist. Wenn man diesen Kindern früher die Möglichkeit gäbe, sich im Kindergarten zu integrieren - private Träger machen das übrigens nicht, es ist ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt Wien, dass sie sehr auf die Berufstätigkeit der Eltern geht -, wenn wir den Kindern die Möglichkeit gäben, in den Kindergärten früher einen Platz zu bekommen, dann hätten sie die Chance, schneller Deutsch zu sprechen. Denn je früher ein Kind damit anfängt, desto schneller geht es, und der Umstieg in die Volksschule wäre dann auch leichter.

Noch viel interessanter war aber die Nachfrage, nachdem wir das vermehrt gehört haben, dass, wenn ein Kind einen Ganztagesplatz im Kindergarten hat und ein Geschwisterl kommt, das Kind, das diesen Ganztagesplatz hat, den Anspruch auf diesen Ganztagesplatz verliert und automatisch spätestens um 14 Uhr abgeholt werden muss. Wir haben da eine Beantwortung bekommen, und die Antwort möchte ich jetzt gerne einmal vorlesen.

Da hat die Frau Stadträtin geschrieben: „Jedoch sind auch Eltern in der Karenz gefordert, ihr Leben mit mehreren Kindern so zu gestalten, dass sowohl die Bedürfnisse eines Neugeborenen wie auch jene eines Geschwisterkindes wahrgenommen werden, das bis um 14 Uhr den Kindergarten besucht.“ Seien Sie mir nicht böse, aber das ist ja in Wirklichkeit eine sehr freche Antwort! Das haben doch nicht Sie zu entscheiden, wie ein Familienmodell gelebt wird, und auch nicht Sie zu entscheiden, ob diese Familie, wo ein Geschwisterkind unterwegs ist, den Platz braucht oder nicht.

Daher bringen wir auch folgenden Antrag ein, dass es eben so ist, dass die Kinder, die schon einen Ganztagesplatz haben, unabhängig vom Familienmodell diesen Anspruch nicht mehr verlieren. Ich bringe dann alle Anträge insgesamt ein.

Das Nächste ist die Volksschule. Ich habe in einer Rede einmal gesagt, dass jedes Kind eine Begabung hat und dass jedes Kind soziale und musische Kompetenzen hat. Es gibt eine breite Palette an verschiedenen Begabungen. Es ist nicht eine Frage der Größe des Geldbörserls des Kindes, ob das Kind eine Begabung hat oder nicht. Was jedoch Rot-Grün geschafft hat, ist, dass es mittlerweile die Sache der Eltern beziehungsweise der Größe des Geldbörserls der Eltern ist, wenn es um die Förderung der Begabungen oder Kompetenzen der Kinder geht.

Jetzt haben wir eine neue Herausforderung, und die ist sehr aktuell. Jetzt ist es nämlich so, dass mittlerweile die Familien vor folgender Herausforderung stehen. Ihr Kind muss schon einen sehr, sehr großen Förderbedarf haben, damit er überhaupt in der Schule abgefangen werden kann.

Ich will Ihnen eine Geschichte erzählen. Mich haben Eltern angerufen, und sie haben mir Folgendes erzählt: Ihr Kind geht in die 1. Klasse einer Volksschule, und es

wurde durch die Lehrerin ein grobmotorischer oder feinmotorischer Förderbedarf festgestellt. Es wurde dann das mobile Team angefordert. Die haben festgestellt: Ja, es gibt einen Förderbedarf. Sie haben das Gespräch mit den Eltern gesucht und haben gesagt: Es gibt einen Förderbedarf, aber leider ist Ihr Kind nicht schlecht genug, sodass wir das in der Schule abfangen können.

Das heißt, die Eltern haben jetzt 500 EUR investiert - Erstinvestition -, nur um einmal diesen Förderbedarf abzufangen. Das heißt, wir haben mittlerweile die Situation, dass es auch schon eine Frage der Geldbörse der Eltern ist, um die Schwächen rechtzeitig auffangen zu können! Da muss ich mich wirklich fragen, ob wir da in die richtige Richtung gehen.

Mich hat dieses Thema nicht wirklich losgelassen, und ich habe dann mit Sozialpädagogen darüber gesprochen, wie denn jetzt unser Gesellschaftsbild ist oder woran es liegt, dass es mittlerweile - egal, ob es um Begabungen geht, egal, ob es um Förderbedarf geht - auf die Größe der Geldbörse der Eltern ankommt. Dann habe ich als Antwort bekommen: Wir sind einfach viel zu wenige für diesen Bedarf, den wir haben.

Das ist etwas, wo ich mir gedacht habe: Wie oft sind wir hier im Gemeinderat gestanden und haben gesagt, wir brauchen mehr Unterstützungspersonal, wir brauchen mehr Sozialpädagogen, wir brauchen mehr Personal an den Schulen! Wie oft? Ich habe beim, glaube ich, gefühlten hundertsten Mal zu zählen aufgehört. Und was ist von Ihnen gekommen? Nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein!

Lassen Sie mich noch kurz bei den Eltern bleiben. Anscheinend sind wir - und das müssen wir auch einmal sehr klar und sehr deutlich ansprechen -, anscheinend sind wir zur Zeit mit Eltern konfrontiert, die ein wenig mit der Elternrolle, mit dem Elternsein überfordert sind. Ich denke, dass wir hier als Politik sehr wohl Unterstützung geben müssen. Es ist für viele Eltern nicht klar, dass die Bildungsentscheidung eine Familienentscheidung ist. Es ist für viele Eltern nicht klar, dass es auch zum Elternsein gehört, die Kinder auf dem Bildungsweg zu begleiten und, so gut es geht, auch zu unterstützen.

Ein Ansatz wäre, dass man zum Beispiel das Elterngespräch, das Entwicklungsgespräch, das es in den Kindergärten gibt und das ja auf freiwilliger Basis besteht, verpflichtend einführt. Denn ich denke mir, dass wir von Anfang an die Eltern mit einbinden - und ich hoffe, dass besonders Sie von Rot-Grün auch der Meinung sind, dass die Bildungssache eine Familienentscheidung ist und nicht eine staatliche oder eine städtische Vorschreibung sein sollte -, dass wir von Anfang an die Eltern einbinden müssen.

Wenn wir dieses Elterngespräch oder Entwicklungsgespräch verpflichtend machen würden, dann wäre es für die Eltern irgendwann vollkommen klar, dass sie ihre Kinder auf diesem Weg begleiten. Auch diesbezüglich bringen wir einen Antrag ein.

Noch einmal kurz zu den Eltern, die sich für ihre Kinder engagieren. Wir wissen, dass die Stadt Wien immer sehr freudig und großartig Schulen umwidmet, die jetzt Halbtagschulen sind, dass sie zu verschränkten Ganz-

tagsschulen werden sollen, ohne aber teilweise auch auf die bauliche Substanz oder auf die baulichen Voraussetzungen achtzugeben. Also: Gibt es genug Freiräume? Und so weiter.

Wir haben wieder einmal einen aktuellen Fall, und zwar im 18. Bezirk die Bischof-Faber-Schule. Hier hat es im Dezember eine Informationsveranstaltung gegeben, wo die Eltern darüber informiert wurden, dass diese Schule umgewidmet werden soll von einer Halbtagschule mit Hort zu einer verschränkten Ganztagschule.

Es wurde in diesem Schulkollegium vereinbart, dass es zu einem regelmäßigen gegenseitigen Austausch der Planungen kommt. Das ist nicht geschehen. Es ist das Schulkollegium einfach wieder einmal nur informiert worden, und bis heute hat es kein weiteres Gespräch gegeben.

Deswegen bringen wir hier den Antrag ein, dass der Gemeinderat der Stadt Wien sich dafür ausspricht, dass das Schulforum der Schule bis Ende April über die aktuellen Planungen informiert wird und der vereinbarte Informationsaustausch eingehalten wird.

Ich möchte jetzt, weil wir gerade bei Schulen sind, kurz wieder einmal auf so einen Akt zurückkommen: das PPP-Modell. Wir haben wieder einmal ein PPP-Modell. Sie kennen unsere Meinung, wir sagen das immer wieder: Ja, in Wien brauchen wir Schulen, aber PPP-Modelle sind für uns nicht die geeignete Finanzierungsvariante für den Schulbau und für die Schulbauoffensive der Stadt Wien. Auch die Arbeiterkammer Wien gibt uns recht und meint, dass PPP-Modelle, also die Mobilisierung privaten Kapitals zur Erfüllung staatlicher Aufgaben, zu viel zu hohen Kosten führt.

Unsere Meinung ist, und das betone ich jetzt wieder: Es ist Aufgabe der Stadt, Schulen zu bauen, Schulen zu betreiben, und nicht von privaten oder semiprivaten Unternehmen!

Ich möchte jetzt noch kurz einen Sidestep zu den Bildungsstandards-Testungen machen. Da war es ja von rot-grüner Seite extrem ruhig, als wir diese katastrophalen Ergebnisse von Schülern, die in der 8. Schulstufe getestet wurden, bekommen haben. In Wien fehlen jedem dritten Jugendlichen in mehreren Bereichen des Faches Deutsch grundlegende Kompetenzen. Es wurden aber die außerordentlichen Schüler bei dieser Testung schon ausgenommen.

Unter anderem können 24 Prozent aller Jugendlichen nicht oder nicht sinnerfassend lesen; das heißt, das ist jeder 4. Schüler. 32 Prozent der Schüler mit 14 können mehr oder minder nicht schreiben, und ihre Ausdrucksfähigkeit ist extrem begrenzt. Während das Gymnasium hier eigentlich noch sehr gut abschneidet, ist - das zeigen die Zahlen leider deutlich, und das tut mir wirklich leid - die NMS zu einer absoluten Restschule geworden.

Aber es gibt einfach keinen Plan von Rot-Grün, wie man das auffangen kann. Sie haben die Lehrer und Lehrerinnen wirklich im Stich gelassen. Diese haben schon hundert Mal und immer wieder darauf gepocht, was sie brauchen, sind aber teils auf taube Ohren gestoßen. Ich sage Ihnen wirklich nur eines: Jeder Schulabgänger, der weder lesen noch schreiben kann, ist ein

Mindestsicherungsempfänger der Zukunft! Wir steuern hier nicht nur auf eine bildungspolitische Katastrophe, sondern auch auf eine arbeitsmarktpolitische Katastrophe zu.

Ich möchte jetzt noch kurz zu einem anderen Antrag kommen, bezüglich Standort Central European University. Wir kennen alle die aktuelle Entwicklung, dass es sein kann, dass die Universität ihren Standort aufgeben muss. Wir wissen aber auch, dass sie das eigentlich nicht will. Wir wissen auch, dass Bundeskanzler Kern - ich glaube, es war gestern - das Telefonat geführt und gemeint hat, es gibt Unterstützung von Seiten des Bundes.

Wir möchten auch, dass es Unterstützung von Seiten der Stadt Wien gibt, denn ich glaube oder wir glauben, dass das natürlich eine schöne Bereicherung für Wiens Universitätsszene wäre. Es ist auch ein wichtiges Zeichen dafür, dass wir sozusagen diese Universität mit diesem Lehrangebot nicht im Stich lassen, sondern die Hand reichen und sagen: Wenn ihr uns braucht als Stadt, sind wir da und geben wir euch sozusagen auch das Versprechen, dass wir genug Kapazitäten haben - und das haben wir in dieser Stadt -, um euch in Wien anzusiedeln. Deswegen bringen wir hier auch einen Antrag betreffend Standortangebot ein:

„Die Stadt Wien bietet der amerikanischen Privatuniversität im Falle des gesetzlichen Verbots durch das ungarische Parlament ihre vollste Unterstützung an, ihren Sitz nach Wien zu verlegen, und wird ihr dafür Angebote geeigneter Standorte unterbreiten. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die notwendigen Schritte und Maßnahmen zu setzen, im oben genannten Sinn passende Standorte zu suchen und so rasch wie möglich diesbezüglich mit der Führung der Universität in Gespräche einzutreten.

Weiters werden die zuständigen Stellen der Stadt Wien aufgefordert, auch mit den führenden Universitäten Großbritanniens Kontakt aufzunehmen, um im Falle des Brexit ein entsprechendes Interesse Wiens an eventuellen Niederlassungen ihrer Universitäten zu bekunden.“

Jetzt möchte ich abschließend zu einem Thema kommen, das mir, wie Sie wissen, schon sehr lange am Herzen liegt. Es geht um die Einbindung der Schülerinnen und Schüler in unser Gremium. Es geht darum, das Schülerinnen- und Schülerparlament in unserer Geschäftsordnung zu implementieren. Es geht darum, dass wir uns im Bildungsausschuss damit auseinandersetzen, welche Anträge im Schülerinnen- und Schülerparlament beschlossen wurden. Es freut mich wirklich sehr, dass wir da heute einen gemeinsamen Antrag mit der FPÖ und mit den NEOS einbringen können, wo es einfach darum geht, dass das Schülerinnen- und Schülerparlament hier implementiert wird.

Wir hatten vor einiger Zeit oder vor einigen Tagen auch eine Podiumsdiskussion in einer AHS. Christoph Wiederkehr wird mich, glaube ich, hier bestätigen können: Da waren Vertreter aller Parteien da, auch Julian Schmid von den GRÜNEN. Er hat gesagt, er ist vollkommen dafür, dass das Schülerinnen- und Schülerparlament implementiert wird, er versucht das auch auf

Bundesebene, und man könnte das auf Landesebene genauso gut machen.

Mein Appell an die GRÜNEN ... (GR Mag. Manfred Juraczka: *Der ist jung! Der ist, glaube ich, schon ausgeschlossen! - Heiterkeit bei ÖVP und FPÖ.*) Nein, er übernimmt das in Zukunft. (GR Mag. Manfred Juraczka: *Ach so!*) Er ist nicht von den Jungen. Er darf die Jungen jetzt neu aufbauen.

Meine lieben Kollegen von den GRÜNEN und ... „GRÜNEN und GRÜNINNEN“ hätte ich jetzt beinahe gesagt. (Heiterkeit der Rednerin.) Liebe Kollegen und Kolleginnen von den GRÜNEN, bitte, geben Sie sich einen Ruck! Sie setzen sich ja auf Bundesebene schon stark dafür ein. Wir wissen, dass die SPÖ hier die einzige Partei ist, die blockiert, auch auf Bundesebene, warum auch immer. Aber geben Sie sich doch bitte einen Ruck: Unterstützen Sie diesen Antrag! Und sorgen wir dafür, dass dieses Schülerinnen- und Schülerparlament auf eine gesetzliche Grundlage kommt. Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP und auf der Galerie.)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (mehrere von GRin Sabine Schwarz überreichte Schriftstücke in Empfang nehmend): Gesammelte Werke - alles da? Danke schön.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, im Laufe der nächsten paar Minuten auf ein paar der Vorschläge, worauf die GRÜNEN etwas sagen sollen, auch etwas zu sagen. Es geht aber nicht alles gleichzeitig.

Ich beginne beim Akt selber: Wieder ein PPP-Modell zur Schulerrichtung. Das wurde gerade vorhin kritisiert, vielleicht wird es noch einmal kritisiert. Die Position von Grün und Rot in der Frage ist einfach: Alle hätten lieber, wir würden keine PPP-Modelle brauchen. Warum machen wir es trotzdem? Weil die Ausgaben für Schulen oder die Ausgaben für Spitäler einfach genau gleichgesetzt werden, wenn du Geld wie die Wohnbaumillionen, dutzende Millionen in Niederösterreich, verspekulierst. Das ist einfach das Gleiche im Budget: Ob du etwas schaffst, was bleibt, oder ob du es verzockst, ist leider das Gleiche.

Dafür bemühen sich viele auf europäischer Ebene und auf österreichischer Ebene, dass man sagt: Wenn wir investieren und ein Spital bauen, wenn wir eine Schule bauen, soll das anders ausschauen. Das heißt einmal Silver Rule und einmal Golden Rule, diese Regel gibt es nicht, und das, was man dann versucht, ist: Man macht es mit Privaten. Ja, und im Long Run ist das leider teurer. Die Alternative dazu ist: Du baust nur halb so viele Schulen. (GR Armin Blind: *Man könnte auch woanders sparen!*) Ist das das Beste? Nein, das ist nicht das Beste! (GR Armin Blind: *Man könnte auch bei Okto einsparen! Eine Million könnte man dort ...*)

Ja, Ihre Vorschläge zum Einsparen hätten wir ja gerne, aber das kenne ich ja nicht. Ich kenne nur ein Bundesland, das an Ihnen gescheitert ist und für das wir alle zahlen. (GR Armin Blind: *Kärnten, oder? Kärnten!*) Des-

wegen brennen wir alle für Kärnten die nächsten ... (GR Dominik Nepp: *Jetzt habe ich eine Wette verloren! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ja, Fakt ist Fakt, das ist eine sehr teure Angelegenheit. Günstigerweise dürfen Sie das in Wien nicht versuchen.

Aber jeder, der sich mit uns dafür einsetzt, dass Investitionen anders dargestellt werden dürfen: Gerne und willkommen! Das sieht die SPÖ so, das sehen die GRÜNEN so. Das sehen offensichtlich auch die NEOS so, da sind wir ohnehin schon sehr viele. Suchen wir quer durch Europa Verbündete dafür! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag. Wolfgang Jung: *Arbeiten Sie lieber an Ihrer Rede dafür, die Partei ...*)

Bildung fängt bei den ganz Kleinen an, fängt im Kindergarten an. Momentan haben wir die ... „Momentan“ ist gut! Seit ich lesen und schreiben kann, haben wir eine Bildungsreform in Österreich, glaube ich - zumindest fühlt es sich so an, wahrscheinlich schon vorher -, und wahnsinnig viel geht dabei nicht weiter. Jetzt gibt es wieder ein Bildungsreformgesetz 2017 auf Bundesebene, und mittlerweile, weil ja die Stellungnahmen schon eingeholt werden, gibt es auch Stellungnahmen aus Wien dazu, von verschiedenen Berufsverbänden, und Auswirkungen auf das Wiener Bildungswesen insgesamt.

Ich möchte bei den Kindergärten anfangen. Kollegin Schwarz war bei den Kindergärten und hat unter anderem kritisiert, dass immer noch nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen. Nein, es sind natürlich nie genug, bis nicht alle, alle, alle genau den Platz haben, den sie möchten, der genau dann offen hat, wenn man ihn braucht, und der genau die Qualität hat. Das wäre quer durch Österreich super!

Wo sind wir jetzt so gut, dass wir zumindest sagen können, wir sind gut, aber wir würden es gern besser machen? Na, ich weiß schon, niemand von uns oder die wenigsten wohnen in zwei Bundesländern gleichzeitig. Aber wenn wir quer durch Österreich vergleichen, wie das mit der Anzahl an Plätzen ausschaut, dann hat man halt schon das Gefühl: Dort, wo die ÖVP mehr zu sagen hat, ist die Platzsituation derart schlecht, dass ja schon Leute - tatsächlich vornehmlich junge Frauen, weil bei denen am Schluss die Last bleibt und sie dann berufliche Karriereschritte nicht machen können -, dass Leute in Städte abwandern, wo die Situation besser ist.

Wir haben in Wien momentan bei den 3- bis 6-Jährigen über 100 Prozent - Sie kennen die Zahlen: 107 Prozent - Plätze zur Verfügung. Bei den 0- bis 3-Jährigen gibt es das Barcelona-Ziel, das Barcelona-Ziel ist ein Drittel; das hat in Österreich Wien erreicht, und auf die anderen warten wir noch, vom Bodensee bis zum Neusiedler See. Wir haben dort 44,5 Prozent, also sogar deutlich darüber, als Anzahl der Plätze für 0- bis 3-Jährige, da 0- bis 1-Jährige tatsächlich wenige Plätze beanspruchen, wo Eltern diese Erziehungszeit in einem höheren Ausmaß zu 100 Prozent selber leisten.

Bei den 1- bis 3-Jährigen haben wir sogar über 70 Prozent, es sind 71,5 Prozent, für die, die es genau wissen wollen. Das ist im österreichischen Vergleich

nicht nur der 1. Platz, sondern das ist der 1. Platz, und da ist weit niemand dahinter.

Kann man das weiter verbessern? Na sicher! Bauen wir deswegen weiterhin Kindergartenplätze aus? Selbstverständlich, 2.000 neue Kindergartenplätze auch heuer wieder. Wir bauen also ... (*GRin Sabine Schwarz: Qualität!*) Frau Schwarz, das zählt ein auf das Konto, ob es einen Platz gibt, der offen ist. Sie sagen, manche dürfen bis 14 Uhr. Wenn Sie in Vorarlberg hingehen, kriegen Sie keinen Platz! Nicht bis 14, nicht bis 15, sondern keinen Platz, weil es keinen gibt. (*Zwischenruf von GRin Sabine Schwarz.*)

Ist es hier perfekt? Nein, hat auch keiner gesagt. Deswegen arbeiten wir daran. Eindeutig - das werden wohl alle so sehen, sonst müssen wir bei den Grundrechnungsarten anfangen, die kommen aber nicht im Kindergarten, sondern etwas später -, eindeutig beim Platzangebot, bei den Öffnungszeiten: Wien am 1. Platz in ganz Österreich!

Wir sind im Kindergartenbereich damit beschäftigt, die Qualität zu verbessern. Da, würde ich sagen, haben Sie recht: Da gibt es welche, die ausgezeichnet sind. Die meisten in diesem Saal, die Kinder im Kindergarten hatten, werden engagierterweise gesucht haben, bis sie einen Platz gefunden haben, der ihnen passt. Ich nehme an, die meisten haben oder hatten einen für den eigenen Nachwuchs.

Es gibt viele ausgezeichnete Kindergartenplätze. Es gibt vor allem wahnsinnig viele Leute, Kindergartenpädagoginnen, die unter Bedingungen arbeiten, die man besser machen kann, die sie anstrengen. Bei denen könnte man sich auch zwischendurch einmal bedanken, statt es immer so darzustellen, wie wenn die alle schlechte Arbeit leisten würden. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Auch rund um die Kindergartenskandale, wie sie heißen: In erster Linie waren das Skandale, wo einzelne Private geglaubt haben, sie können Geld abzocken. Aber es war ja nicht einmal jedes Mal die Qualität das Problem. Es war nicht einmal jedes Mal so, dass die Eltern gesagt haben, es passt mir nicht, wie mein Kind dort betreut/unterrichtet wird, sondern es waren tatsächlich einzelne Private, die geglaubt haben, sie müssen abzocken. Die hat man erwischt, da wird man schauen, dass man das Geld zurückbekommt.

Aber sogar dort war es nicht die Frage der Qualität. Insgesamt jede Verbesserung der Qualität und sogar des Platzangebots vorantreiben? Selbstverständlich!

Was sagt aber jetzt zum Entwurf auf Bundesebene, der uns ja auch beschäftigt, Raphaela Keller - das ist eine Stellungnahme, die man in diesen vielen Stellungnahmen lesen kann, es sind ja dutzende bereits eingelangt -, der österreichische Berufsverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren bis zu sekundären Bildungseinrichtungen?

Die bemängeln, dass die Bundesregierung - und da ist einer der zwei Partner mehr verantwortlich dafür, dass es nicht klappt - in dem Bereich genau gar nichts macht. Nichts, einfach nichts! Man kann nicht einmal sagen, was schlecht läuft, denn es passiert einfach nichts. Es steht

einfach drin: Die bestehende Vollziehung - und so weiter - bleibt unverändert. Punkt.

Keine einzige Verbesserung in dem ganzen Entwurf von einer Bundesregierung, in der die ÖVP seit 30 Jahren sitzt! Da herinnen sind Abgeordnete, die noch gar nicht auf der Welt waren, so lange sitzen Sie in der Bundesregierung. Und jetzt kommt heraus: Nichts! Also im Kindergartenbereich, finde ich, dort, wo die ÖVP die Möglichkeit hat, weil sie tatsächlich in Regierungsverantwortung ist - es sind ja doch mehrere Bundesländer -, oder in der Bundesregierung diese Vorschläge umzusetzen, die da eingebracht werden, wo man in Opposition ist, wäre nicht schlecht.

Ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr hätten wir gerne, es scheitert an der Volkspartei. In Wien ist es nicht ganz so dringend, denn in Wien sind fast alle zwei Jahre im Kindergarten. Das würden wir aber außerhalb von Wien brauchen. Auf jeden Fall: Im Kindergartenbereich passiert einmal gar nichts!

Zur Volksschule: Ich bin insgesamt ein bisschen verwundert über dieses Bildungsreformgesetz und würde in dem Fall die sozialdemokratischen Freunde und Freundinnen bitten, das genauer anzusehen. Denn die Vorteile für Wien erschließen sich mir nicht, wenn ich das durchlese. Ich habe den Eindruck, die Einzigen, die da wirklich gewonnen haben, sind vor allem die Personalvertreter der ÖVP, die noch stärker in allen Gremien drinsitzen und noch mehr Einfluss nehmen können, wer wo Direktor wird und wer wo ausgesucht wird.

Ich sehe also sonst überhaupt keine Gewinner und Gewinnerinnen in dem ganzen System und nehme jetzt einmal für die Volksschule die Steuerungsgruppe der ganztägigen Wiener VolksschuldirektorInnen. Die sind mit dem derart unzufrieden, und das sollte uns in Wien schon Kopfzerbrechen bereiten. Die sagen, mit dem Entwurf, wenn dieser eins zu eins so umgesetzt wird - zum Glück ist das eine Zweidrittelmaterie -, bedeutet das für die ganztägigen Volksschulen: „Die verschränkte Form der Ganztagesvolksschule ist nicht mehr umsetzbar, und die nicht verschränkte Form wird zur Verschränkung gezwungen.“ Also die verschränkte Form, wie Sie sie gerne hätten - die GTVS, in der Abkürzung -, ist nicht mehr umsetzbar. Das ist die Stellungnahme von denen.

Dann geht es noch weiter hinunter: Die Schulautonomie geht in diesem Bereich zu 100 Prozent verloren. Das ist das Papier, das momentan, von der ÖVP vorangetrieben, in der Bundesregierung vorliegt, noch keine Zweidrittelmehrheit hat und hoffentlich auch keine bekommen wird. Da steht überhaupt nichts Gescheites drin. Ich kann jetzt nicht alle Stellungnahmen durchlesen, es sind ein ganzer Haufen Stellungnahmen, wo wenigstens ein paar Pluspunkte drinnen sind. Es ist ja nicht nichts, was drinnen ist, aber sehr wenig. Für Wien gibt es praktisch keine Verbesserungen.

Wenn wir es durchgehen, und das hat alles Auswirkungen auf uns: Wir reden da von der Entpolitisierung der Schule. Wie macht man das? Da kommt ein Papier heraus, wo der Zugriff von zwei Organisationen - es ist fast ein 70er-Jahre-Papier, wenn man das hernimmt: Der

Zugriff von Rot und Schwarz, von den Personalvertretungen, hin auf die DirektorInnen ist größer, als er ohnehin schon ist. Das wollen nicht einmal alle. Das wollen ja zum Glück nicht alle in der ÖVP, das wollen nicht alle in der SPÖ, aber in dem Papier steht es so drin.

Dazu gibt es ohnehin auch Kritik. Das Schräge daran ist ja, dass man dann beim Durchlesen die Kritik sieht. Ich fange im westlichen Bundesland an. Wenn dann jemand sagt, das ist Vorarlberg und hat mit Wien nichts zu tun, könnte ich mir den Spaß erlauben und sagen, ups, es gibt aber die gleiche Stellungnahme in anderen Bundesländern! Das mache ich jetzt nicht, weil wir uns mit diesen Witzen nicht aufhalten wollen.

Aber die ÖAAB-LehrerInnen sagen zu diesem Bildungsreformgesetz: Lehnen autonome Mangelverwaltung ab, lehnen Klassenschülerhöchstzahlen-Abschaffung ab. Jedes Grüne, was ich da ankreuze: Jedes Mal steht „Ablehnung“ dabei. Lehnen Verclustering gegen den Willen der Betroffenen ab, lehnen Eingriffe in die Entscheidungsbefugnisse der Schulpartner ab, lehnen Schwächung des Schulgemeinschaftsausschusses - Moment! Das war das, was Frau Schwarz gesagt hat, nämlich: Man möge doch mehr einbinden. Also es kommt genau das Gegenteil! Es kommt eine Schwächung von allem, das lehnen die ÖAAB-LehrerInnen - die heißen da immer nur „Lehrer“, aber ich nehme an, auch beim ÖAAB sind das eher Lehrerinnen als Lehrer, oder zumindest auch viele -, lehnen die ÖAAB-Lehrer und -Lehrerinnen ab.

So geht es dahin. Da kann man auch den Bundes-ÖAAB nehmen: Das Gleiche wieder. Das Einzige, was sie insgesamt herausreißen, ist eben der Zugriff auf die DirektorInnenbestellung. Den lehnen sie übrigens nicht ab, den finden sie gut. Also dass sie jetzt mehr Zugriff haben und noch mehr Personalentscheidungen machen, das finden sie großartig, aber sonst fast nichts.

Was hat das mit uns zu tun? Wenn wir in Wien noch einen stärkeren Durchgriff von Bundesseite haben, können wir uns viele engagierte Schulversuche ... Viele engagierte DirektorInnen, die in Wien arbeiten, können ihre Arbeit nicht mehr so machen wie jetzt. Es wäre günstig, wenn das von SPÖ-Seite auch so gesehen wird, denn da sind keine Verbesserungen für uns drinnen. Ich weiß überhaupt nicht - wirklich, beim schnellen Durchlesen habe ich nichts gefunden -, warum jemand aus Wien für dieses Papier sein soll. Ich behaupte auch nicht, dass das jemand ist.

Aber da sind derart viele Verschlechterungen für den gesamten Bereich drinnen, dass wir die Fragen, die Probleme, die wir vorher besprochen haben und besprochen wurden, nicht nur nicht lösen können, sondern dass es schlechter wird.

Ich nehme ein konkretes Beispiel noch heraus. Zu Recht sagt Frau Schwarz, es wäre gut, wenn man beim sonderpädagogischen Förderbedarf darauf schauen würde, dass alle, die das brauchen, auch genug bekommen. Jetzt wissen aber alle, die im Bildungsbereich tätig sind, dass es in dem Bereich eine Deckelung gibt, von Bundesseite über den Finanzausgleich. Das sind 2,5 Prozent.

Wer schaut darauf, dass es ja nicht mehr wird? Der Finanzminister Schelling. Er will nicht, dass es mehr wird, und sagt das auch. Was macht Wien? Wir kommen damit tatsächlich nicht aus. Das muss man zugeben, man kommt mit dem nicht aus. Was macht Wien? Es gibt fast das Doppelte, nämlich 4,7 Prozent, für diesen Bereich aus und ist damit in Österreich natürlich schon wieder Spitzenreiter. Das machen ja die anderen nicht.

Das heißt, Frau Schwarz kritisiert, dass wir in Wien das Doppelte von dem tun, was ihr Finanzminister uns erlaubt, kritisiert es nicht, dass die anderen Bundesländer das nicht machen, und sagt nicht dazu - es gibt trotzdem, da bin ich bei Ihnen, noch mehr Bedarf -, aber Sie sagen nicht dazu, dass wir es am besten von allen gelöst haben! So wie wir die Kindergartenöffnungszeiten am besten gelöst haben, so wie wir die Ganztageschulen am besten gelöst haben, so wie es hier am leichtesten ist für Familien - das Wort ist öfters strapaziert worden -, für Familien, das so zu regeln, wenn beide arbeiten gehen wollen und einen Arbeitsplatz haben - dann gehören sie heutzutage ohnehin schon zu den Glücklichen -, und das auch machen können.

Wo kann man das am besten? Wo können eine Frau und ein Mann, beide zusammen, am leichtesten zwei kleine Kinder erziehen und das alles organisieren? In Wien, mit Abstand! Den direkten Vergleich mit Vorarlberg und meiner Verwandtschaft habe ich laufend, aber die Zahlen geben es ja für alle anderen auch her. Alle wissen das.

Insgesamt möchte ich sagen, Arbeit gibt es trotzdem mehr als genug, Aufgaben gibt es mehr als genug. Brauchen würden die Schulen - das steht übrigens fast in jeder Stellungnahme, egal, wen man fragt - mehr Mittel, mehr Unterstützung, bessere Ausbildungen. All das würden wir brauchen.

Aber ich möchte mich trotzdem bei allen bedanken, die sich bei diesen tatsächlich nicht leichten Bedingungen um unsere Kinder kümmern und schauen, dass die Kinder möglichst viel im Kindergarten, in der Schule, in der Lehre lernen und am Schluss Erwachsene sind, mit denen wir uns hier besser unterhalten können als mit manchen anderen. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Maximilian Krauss. Ich erteile ihm das Wort.

GR Maximilian **Krauss** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Vielleicht vorweg ein kurzes Wort zum Herrn Klubobmann Ellensohn, wo ich mich ja in den letzten eineinhalb Jahren, in denen ich jetzt hier bin, oft gefragt habe, warum in jeder Rede immer Kärnten vorkommt und warum - egal, welches Thema zur Behandlung steht - Kärnten stets das Thema ist. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Ich glaube, dass es eigentlich so weit gekommen ist, dass Sie das gar nicht mehr nur auf uns beziehen, sondern dass Sie jetzt auch im innerparteilichen Konflikt eine Kärntnerin im Visier haben und dieses Thema bei

Ihnen wirklich schon immanent geworden ist. *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Es freut mich, dass wir heute auch zum ersten Mal die Gelegenheit haben, mit dem neuen Bildungsstadtrat Czernohorszky in einer ausführlicheren Art und Weise über die Themen Jugend, Jugendpolitik, Bildung und Bildungspolitik zu diskutieren. Ich glaube, dass es wirklich darauf ankommen wird, ob Sie das schaffen, was Ihre Vorgängerin nicht geschafft hat, nämlich einerseits die parteipolitische Brille abzulegen, andererseits im Interesse der Schülerinnen und Schüler zu arbeiten und als Conclusio daraus zum Wohl der jungen Menschen dieser Stadt zu arbeiten. Das haben Ihre Vorgängerinnen nicht geschafft, und ich hoffe im Interesse der jungen Menschen dieser Stadt, dass Sie dazu in der Lage sein werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie allerdings heute in der Fragestunde auf die Frage des Kollegen Blind, was Sie vielleicht anders zu machen gedenken oder ob ohnehin alles in Ordnung ist, geantwortet haben, es wird „more of the same“ geben, und das als klassische Antwort parat gehabt haben, dann müssen wir uns schon einmal grundsätzlich anschauen, wovon es „more of the same“ geben wird.

Denn genau in diesem Jugend- und in diesem Bildungsressort hat es diese katastrophalen Ergebnisse gegeben beim Lesetest, den wir uns später noch anschauen, bei den Bildungsstandards, die wir uns später noch anschauen, und auch im Integrations-Jugendbereich bei der Studie, wo zwei Drittel aller jungen Muslime in einem freiwilligen Test angegeben haben, dass sie grundsätzlich radikalen Ideen offen gegenüberstehen, dass sie die Rechte der Frauen nicht ernst nehmen und dass sie unsere Gesellschaft in guten Teilen ablehnen. Davon wollen Sie „more of the same“? Ich sage, das ist sicher nicht im Interesse der jungen Menschen dieser Stadt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir uns auch anschauen, was es bis jetzt von Ihnen gegeben hat, dann ist es leider nicht das, was wir uns erhofft haben, obwohl wir nach dem Prinzip Hoffnung immer positiv gestimmt waren. Wenn wir uns anschauen, dass Sie da den Spruch „It takes a Grätzl to raise a child“ entworfen haben: Ich weiß nicht, es hat schon einmal ein paar Stadträtinnen gegeben, die versucht haben, auf Englisch zu dichten und damit erfolgreich zu sein: Das waren die „Good Weibs“. Was politisch aus ihnen geworden ist, glaube ich, sehen wir. Sie sollten da vielleicht den Berater wechseln. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das ist vielleicht nur der innerparteiliche Anspruch, der Ihnen selbst überlassen bleibt. Ich glaube, wenn wir allerdings an die Schulen schauen, dann sollten wir da nicht versuchen, mit irgendeiner Form des schlechten Englisch - man könnte sagen, Denglisch - auf die Schüler loszugehen, sondern man sollte einmal sicherstellen, dass die Schüler, die in Wien in einer Schule und in einer Klasse sitzen, überhaupt die Unterrichtssprache verstehen! Nicht einmal das ist ja zu einem großen Teil gegeben. Also bevor man da versucht, ein Pseudo-Englisch zu implementieren, weil man vielleicht

kein richtiges kann, sollte man schauen, dass zumindest einmal Deutsch an unseren Schulen gesprochen wird. Das sollten Sie umsetzen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Statt dieses bildungspolitischen Blablas - von wegen „It takes a Grätzl to raise a child“, et cetera, wir wollen nichts Konkretes - sollten Sie versuchen, echte Maßnahmen umzusetzen, sollten Sie versuchen, Ideen zu haben und diese auch tatsächlich zu implementieren. Zäumen wir das Pferd von vorne auf, schauen wir uns an, was in Ihr Ressort fällt und wo es wirklichen Handlungsbedarf gäbe!

Das wären natürlich die Kindergärten, die ja heute auch schon erwähnt wurden. Da wird jetzt immer der Betreuungsschlüssel gelobt, und die Betreuungsquote sei in Wien so gut. Aber erstens muss man einmal feststellen, dass internationale Standards ergeben - ich bin niemand, der immer internationale Standards braucht, aber Sie beziehen sich ja so gerne darauf -, dass der Betreuungsschlüssel für Kleinstkinder bei eins zu vier, eins zu fünf, eins zu sechs liegen sollte, und in Wien liegt er bei eins zu zehn bis eins zu zwölf! Also wenn ich einfach sage, ich habe einen Betreuungsschlüssel, der doppelt so schlecht ist wie der internationale Schnitt, und dann bin ich ein bisschen besser als Vorarlberg mit einer ländlichen Struktur, ist das wirklich zu wenig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nicht nur dieser Betreuungsschlüssel funktioniert ja in Wahrheit nicht, so wie auch sonst nicht wirklich viel funktioniert. *(GR Christian Oxonitsch: Sie haben mit Mathematik ...)* Ich glaube, wir haben ja real auch zwei Arten von Kindergärten in Wien. Der eine Kindergarten ist der, der nach dem angeblichen Wiener Bildungsplan funktioniert, auf den ich gleich eingehen werde; und der andere Kindergarten ist der, der de facto in einer Parallelwelt existiert, wo radikalislamische Vereine Einfluss haben, wo es auf der einen Seite zu finanziellen Ungeheimnissen gekommen ist, wo es zu Malversationen gekommen ist, wo Kindergartenbetreiber sich Marmorbrennen bauen könnten und Reitgestüte betreiben, ohne dass Sie merken, dass da vielleicht zu viel Geld ausgezahlt wird.

Wenn Sie sagen, es hat eh nicht an der Qualität gefehlt, dann hat es zumindest daran gefehlt, dass die Steuergelder korrekt verwendet wurden. Denn hier zu sagen, wir haben Millionen hineingepumpt, es war vielleicht zu viel, halb so schlimm, ist definitiv der falsche Ansatz und nicht im Interesse der Steuerzahler dieser Stadt! *(Beifall bei der FPÖ und von StR Mag. Gernot Blümel, MBA.)*

Aber der Islamkindergarten ist ja schon ausreichend debattiert worden. Ich hoffe, dass es hier zu einem Umdenken kommt. Allein, Sie haben noch nichts dazu gesagt! Wir haben die öffentliche Debatte gehabt, wo es darum gegangen ist, ob es endlich ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen sowie im gesamten öffentlichen Dienst geben soll. Ich habe aus der Stadtregierung nichts zu diesem Thema gehört!

Wir wollen, dass junge Mädchen nicht gezwungen werden, in Kindergärten, in Kleinstkinder-Vorbereitungsklassen, in Volksschulen ein Kopftuch zu

tragen, wo man sich dann hinausredet und sagt, na, die machen das eh freiwillig! Also dass ein zweijähriges Mädchen aus freien Stücken sagt, sie will das Kopftuch aus Überzeugung tragen, das müssen Sie mir zeigen - aber das können Sie nicht, denn dieses Mädchen gibt es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sich hier vor die jungen Menschen dieser Stadt zu stellen, vor allem vor die Kinder, und diese auch wirklich zu bewahren vor einer Indoktrination in einer radikalislamischen Weise, da wir in Zukunft nicht wieder solche Ergebnisse haben wollen bei Studien unter jungen Muslimen, das wäre Ihre Aufgabe. Der sollten Sie nachkommen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich glaube, dass wir uns bei dieser Gelegenheit auch die anderen Kindergärten, die es in der Stadt gibt - ich meine, offiziell müssten ja alle dem Wiener Bildungsplan folgen, de facto passiert es nur nicht -, dass wir uns auch die anderen Kindergärten, die diesen Bildungsplan befolgen müssten, ansehen müssen. Wenn wir uns anschauen, was da drinsteht, dann würde mich auch hier Ihre Stellungnahme zu dem Thema interessieren.

Denn wenn wir da festmachen müssen, dass davon gesprochen wird, dass Kinder sexuelle Wesen sind, dass wir sie mit ihrer Sexualität vertraut machen müssen, dass Drei- und Vierjährige die Grenzen ihrer Sexualität ausloten müssen und sich mit ihrer Geschlechtsidentität befassen müssen, als könnte man die jeden Tag wechseln, und dass all das nur ein soziales Konstrukt sei, dann sage ich Ihnen schon eines: Im steirischen Landtag ist diskutiert worden, diesen Unsinn aus dem Plan für Volksschulen zu streichen.

Wir haben das sogar bei Kindergärten. - Dazu sage ich: Entschuldigung! Finger weg von unseren Kindern im Kindergarten im Hinblick auf Frühsexualisierung und solchen Unsinn! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nur vom Wegschauen wird es nicht besser! Da nützt es auch nichts, mit der Hand zu wedeln, denn das steht im Wiener Bildungsplan auf Seite 46, so Sie ihn noch nicht kennen: Dieser gesellschaftspolitische Crash-Kurs, den sie da niedergeschrieben und manifestiert haben, gemäß welchem man einreden möchte, dass es keine Buben und keine Mädchen gibt, ist insgesamt irgendwie selbst konstruiert. Das widerstrebt ja jedem, der irgendwie einen normalen Gedankenansatz hat und der jedenfalls der Meinung ist, dass man seine Geschlechtsidentität kennt und diese nicht wie die Unterhose wechselt.

Diese Programme und diesen Unsinn hat es in der Vergangenheit gegeben, das steht noch im Wiener Bildungsplan gemäß dem Prinzip Hoffnung. - Ich habe es schon am Anfang gesagt: Mich würde es freuen, wenn Sie vielleicht auch hier zu einem Umdenken kommen würden *(Beifall bei der FPÖ.)*

Schauen wir uns das an! Es gibt in Österreich Dinge, die auch durchaus gut funktionieren. Da gibt es beispielsweise Vorbilder auch aus Ihren Reihen etwa im Bundesland Burgenland, wo es eine rot-blaue Koalition gibt und wo man auch im Schul-, Bildungs- und Jugendbereich bereit ist, auf unsere Konzepte einzugehen und

diese umzusetzen, um in der Folge Verbesserungen und Optimierungen zu erzielen.

Es gibt gute Bundesländer wie Oberösterreich, wo man bereit ist, unsere Konzepte betreffend „Deutsch vor Schule“ einzuführen, um im Interesse aller Beteiligten sicherzustellen, dass alle Schüler, die in die Schule eintreten, bereits die Unterrichtssprache verstehen. Das ist einerseits im Interesse der Schüler, die zugewandert sind, weil sie in einer eigenen Klasse die Möglichkeit haben, Deutsch nachzulernen, in der Folge in den Unterricht einzusteigen und dann auch eine eigene Bildungskarriere zu haben. Das ist aber auch - das sage ich auch - im Interesse der Schüler, die mit fünf, sechs Jahren bereits Deutsch können und nicht aufgehalten werden müssen von den Mitschülern, die von ihren Eltern Deutsch nicht beigebracht bekommen haben, wie es eigentlich deren Verpflichtung gewesen wäre. Diese Sprache zu vermitteln, wäre Aufgabe der Eltern, und nur weil manche das nicht fertigbringen, haben unsere eigenen Kinder auch in Zukunft ein Recht darauf, Deutsch ab der 1. Klasse bereits zu beherrschen und in dieser Sprache lernen zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit man nicht behaupten kann, dass das irgendein Hirngespinnst der FPÖ oder rassistisch oder dumm ist, wenn man zu diesem Zweck eigene Klassen machen möchte, sage ich: Das wurde erst vor Kurzem von einer Studie der Schülerunion unter 10.000 Schülern bestätigt: Über 85 Prozent aller Schüler in Wien haben, gleichgültig, ob sie Migrationshintergrund haben oder nicht, angegeben, dass sie es als richtig und sinnvoll erachten würden, wenn man Schüler, die die Unterrichtssprache nicht verstehen, zuerst in eigenen Klassen nachschult, damit sie dann in den Unterricht einsteigen und Bildungserfolg haben können. - Das ist kein Hirngespinnst! Das wird in Oberösterreich in Zukunft so praktiziert werden. Das sagen Ihnen die Schülerinnen und Schüler in Wien. Das sagt auch die gleiche Umfrage unter Pädagogen in Wien. Das wäre nützlich. Das wäre sinnvoll. Legen Sie die parteipolitische Brille ab! Arbeiten Sie zum Wohl der Wiener Schülerinnen und Schüler! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein Thema sollten wir uns jetzt auch noch ganz kurz anschauen, weil es dazu einen Antrag der ÖVP gibt. Ich verstehe diesen eigentlich nicht, denn Sie sind ja auf internationaler Ebene in einer Partnerpartei der Partei von Viktor Orbán! Wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen, und ich glaube, man sollte vielleicht einmal die Relationen sehen: Wenn man eine 5-Prozent-Partei ist, einem direkt gewählten Kanzler oder Präsidenten, der über 50 Prozent der Stimmen in Ungarn vereinen konnte, auszurichten, was er in seinem eigenen Land zu tun hat, ist vielleicht etwas vermessen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, dass es in diesem Bildungsbereich in den nächsten Jahren sehr viel Aufholbedarf gibt. Es gibt sehr viele Maßnahmen, die auf dem Tisch liegen. Es gibt die Studie der Schülerunion, an der man sich orientieren und im Hinblick auf welche man den Kontakt mit Schülerinnen und Schülern suchen sollte. Es gibt jetzt leider auf Bundesebene die Bestrebung, die Schulpartnerschaft

ganz abzuschaffen, den direkten Draht zwischen Schülern, Eltern und Schulvertretung komplett auszuschalten und abzuschaffen. - Das kann nicht zukunftsweisend sein!

Zukunftsweisend ist es, diesen Dialog zu fördern und hier auch die Schülervvertretungen zu stärken. Deswegen gibt es auch unseren gemeinsamen Antrag, das Schülerparlament in einer positiven Form einzubringen, hier auch über die Anträge der jungen Leute zu diskutieren und sich nicht von den jungen Menschen in dieser Stadt zusehends abzuschotten, wie Sie es tun. - Vielen Dank. *(Beifall bei er FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Berichterstatterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Landesschülervertretung!

Zuerst zu dem, was von den Kolleginnen und Kollegen gekommen ist. - Kollege Wiederkehr hat die Studie entweder nicht ganz richtig gelesen oder diese Standardmessung nicht ganz verstanden. Er vermischt offenbar alles mit allem, mir ist nämlich nicht nachvollziehbar, wie er auf diese Zahlen kommt!

Kollegin Schwarz hat dann zumindest richtiger zitiert, etwa betreffend die 14 oder 15 Prozent, bei denen es eklatante Leseschwächen gibt, und, und, und. Irgendwie kommt sie dann auf 51 Prozent, die nicht optimal sind, ich meine jedoch, dass man da gerechtigkeitshalber sehr wohl differenzieren sollten, einfach um zu wissen, worüber man eigentlich spricht. Wenn man - das wurde ja auch gesagt - einen Sozial- und Bildungsindex darunterlegt und sich anschaut, wie das zum Beispiel bei sozial eher Schwachen aussieht, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, und das dann mit allen Bundesländern vergleichen, dann kann man feststellen, dass Wien hier bei Weitem am besten abschneidet.

Natürlich haben wir von allen Bundesländern die allermeisten Herausforderungen und Probleme in diesem Zusammenhang. Diesbezüglich sind wir dann auch nicht ganz so gut. Aber innerhalb dieser schwierigen Bedingungen haben wir durchaus Erfolg und machen es besser als die anderen Bundesländer, und wir sind durchaus so erfolgreich, dass sich viele internationale Gruppen anschauen, wie wir das schaffen.

Aber trotzdem bin auch ich nicht zufrieden und kann man nicht zufrieden sein mit den Ergebnissen, sondern muss entsprechend aktiv werden. - Jetzt komme ich wieder zurück zu Kollegen Wiederkehr. Da wollen wir ja auch etwas tun. Eine der Forderungen, die wir stellen - und ich glaube, der Kollege hat sie auch gebracht -, ist der Chancenindex, dass man nämlich die Mittel in dem Wissen vergibt, dass es eine Frage sozialer Schichtung und sprachlicher Herkunft ist, wie es mit den Schülerinnen und Schülern weitergeht. Vergeben wir daher nach diesen Herausforderungen auch das Geld! Diese Idee ist richtig, das fordern wir ein. Das würde in Wien wirklich etwas bringen, und zwar auch deshalb, wie wir die ent-

sprechenden Herausforderungen in einem sehr hohen Ausmaß haben.

Daher jetzt gerechterweise auch zum PPP-Modell, weil dieses auch diskutiert wurde und vielleicht dann auch noch weitere Redner darüber sprechen werden. - Ich muss sagen: Ja. Es stimmt: Wir wollten dieses Modell nie haben! Wir müssen uns aber dafür entscheiden, solange die Regelungen so sind, wie sie sind, weshalb das nicht anders möglich sein wird, weil wir mit dem Schulneubau nicht einfach aufhören können. Wir können nämlich nicht in Infrastruktur investieren, indem wir das über Kredite machen, auch wenn diese noch dazu momentan noch immer sehr günstig wären und es deshalb überhaupt in besonderer Weise geschickt wäre, in Schulneubau zu investieren.

Individuell muss ich im Hinblick auf meine Abwehr dagegen sagen: Wenn ich mir anschau, wieviel es dann wirklich gekostet hat, stelle ich fest, dass es auch nicht viel teurer ist, weil zugegebenerweise oft, wenn die Gemeinde oder die öffentliche Hand selbst baut, wie durch Zauberhand auch die Baukosten ein bisschen steigen. Wir versuchen, das statt mit dem Billigstbieterprinzip mit dem Bestbieterprinzip sozusagen auch qualitativ ein bisschen hintanzuhalten.

Das heißt: Ja. Wir würden gerne selber mehr bauen. Wir müssen einmal schauen, dass die diesbezüglichen Regeln geändert werden. Solange wir das nicht schaffen, werden wir den entsprechenden Schulneubau natürlich über PPP-Modelle vorantreiben und nicht wie gelähmt zuschauen, wie Wien wächst, jedoch die Zahl der Schul- und Bildungsbauten nicht zunimmt. Das ist auch eine klare Sache.

Zur Persönlichen Assistenz: Dem Antrag auf Zuweisung werden wir zustimmen, weil darin tatsächlich auch sehr diskussionswürdige Punkte enthalten sind und wir darüber auch ernsthaft diskutieren sollten. Im Zusammenhang mit den großen Trägerinnen und Trägern geht es meiner Meinung nach darum, dass wir ein gewisses Ausmaß an Sicherheit haben wollen, dass diejenigen, die Kindergärten betreiben wollen, schon gezeigt haben, dass sie das gut können. Das soll nach einer sehr strengen Prüfung durchaus auch neue Träger betreffen können.

Dass wir aber die Mittel zu denjenigen lenken, mit denen wir gute Erfahrungen haben, ist, glaube ich, legitim und bringt uns auf die sichere Seite.

Auf die Ausführungen der Kollegin Schwarz wurde von Kollegen Ellensohn sehr gut geantwortet: Ja, es stimmt. Wir haben bei den 3- bis 6-Jährigen, bei denen es das Problem ja nicht gibt, über 100 Prozent. Da können wir das also abdecken. Wir haben aber 71 Prozent bei den 1- bis 3-Jährigen. Das bedeutet, dass diese Fälle vorkommen können, denn es ist klar: Wenn man 71 Prozent hat, also weit mehr als anderen Bundesländer, dann ist das international eine sehr gute Benchmark, aber man kann den Bedarf dann nicht zu 100 Prozent abdecken, das ist ja ganz logisch. Diesbezüglich muss man natürlich schauen, wer das ganz dringend braucht und wie wir dem entgegenwirken können, indem wir, zwar nicht wie verrückt, aber doch weiterhin massiv

ausbauen und auch jetzt wieder 2.000 neue Plätze schaffen. Wenn wir nämlich das Angebot verbessern, dann werden wir auch derartige Druckpunkte entschärfen können. Diesbezüglich sind wir also gut unterwegs. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zu den Inhalten: Im Hinblick auf die Wiener Vorgaben stellt sich heraus, dass wir hier unsere eigenen Vorgaben natürlich einhalten. Wenn wir aber einen Vergleich mit den anderen ziehen wollen, ob das dort besser oder schlechter ist, dann stellen wir fest, dass das teilweise überhaupt nicht vergleichbar ist, weil viele gar keine Regelung haben: Viele schreiben keine Mindestgröße in Quadratmetern und letztlich gar nichts vor und haben es dann dementsprechend leicht, sozusagen etwas zu schaffen, das ihren eigenen Regeln nicht widerspricht. Wie es bei der Ferienbetreuung mit den Schließtagen ausschaut, ist ja schon oft diskutiert worden. Daher wäre ich da alles in allem sehr vorsichtig. Innerösterreichisch irgendwelche Vorbilder zu geben, das kann nur schiefgehen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Im Zusammenhang mit der Forderung nach mehr Förderung muss man sagen: Diesbezüglich sind wir eh einer Meinung! Wir fordern das ja auch immer. Es wurde schon gesagt: Das ist gedeckelt. Wir Wiener zahlen aber trotzdem doppelt so viel, statt 2,5 Prozent haben wir praktisch 5 Prozent. In unserem Regierungsprogramm steht, dass wir 100 Personen Unterstützungspersonal in die Schulen bringen werden. Das heißt: Hier geschieht viel.

In der Bischof-Faber-Schule werden wir natürlich nicht vorschreiben, dass das gerade im April sein muss. Ich meine, das wäre ein lustiger Versuch. Ich weiß aber garantiert, dass es gemeinsam mit dem Stadtschulrat einen Raumplan geben wird, und dann werden die Eltern verpflichtend informiert werden. Das wird sicherlich vor dem Sommer der Fall sein. Wie die Kommunikation mit der Direktorin jetzt läuft, kann ich im Moment nicht überprüfen, aber alles in allem kann ich sagen, dass ich weiß, dass das geplant ist und dass das daher auch geschehen wird.

Ich habe schon gesagt, dass wir die PPP-Modelle halt so zur Kenntnis nehmen und wir damit alles in allem inzwischen auch ganz gute Erfahrungen gemacht haben. Das wurde ja schon von mir ausgeführt. Was mich aber, ehrlich gesagt, wundert, ist, dass inzwischen auch die ÖVP dagegen ist. Die NEOS waren von Anfang an eher dafür, doch auch die ÖVP hat uns jahrelang, als wir noch selber gebaut haben, gesagt: Macht doch endlich einmal Public-Private-Partnership-Modelle! Jetzt tun wir das, die ÖVP ist aber plötzlich, anscheinend im Sinn der Opposition, dagegen. Aber es ist ja egal, selbst wenn das Private machen, stehen wir dem prinzipiell skeptisch gegenüber. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Wir sind überhaupt nicht dagegen! Wir haben nichts gegen Private, aber sinnvoll muss es sein!)* Das ist ein merkwürdiger Schwenk!

Die Freiheitlichen sind in ihrer Ablehnung konsistent, denn sie wollten das nie. Die ÖVP verstehe ich da aber nicht, wenn sie das zuerst fordert und dann plötzlich

ablehnt. Auf was hinauf eigentlich? - Das wurde bisher nicht ausgeführt, aber vielleicht kommt da noch etwas!

Zur Central European University werden wir gemeinsam mit den NEOS einen Antrag einbringen, der wesentlich besser und richtiger ist. Wir wollen nämlich nicht faktisch abwerben, sondern wir wollen, dass es dort einmal gelingt, dass das bleiben kann. Wir bieten das widrigenfalls nur für den Worst Case an. Ich meine, nachdem ich ihn gelesen habe, dass der ÖVP-Antrag sozusagen ein bisserl einen falschen Zungenschlag im Sinn der aktiven Abwerbung hat. Darum geht es nicht, und daher werden wir dem Antrag so nicht zustimmen. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Dann lassen Sie es bleiben!)* Wir werden aber zu diesem Thema einen gemeinsamen Antrag einbringen, den wir unterstützen möchten.

Wenn es heißt: Was ist eigentlich eure Idee? Wie könnte man diesem Phänomen entgegenwirken, dass die NMS ein bisserl schlechter liegt als die AHS? Dann muss ich sagen: Hören Sie nie zu? - Ich fordere, seitdem ich darüber rede, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen. Das ist die grundlegende Idee, die wir haben, wie wir dem entgegenwirken können und wollen. *(Beifall bei der SPÖ. - GR Mag. Manfred Juraczka: Das will nicht einmal mehr Bundeskanzler Kern! Das ist ja uralte Retro-Politik!)*

Ja, ja! Seien Sie sicher, dass der Bundeskanzler und ich inhaltlich auf einer Linie sind! Schrecken Sie sich also nicht! *(Rufe und Gegenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

Denn was wir trotzdem machen - und das ist ja das Gute -: Wir werden Schulmodelle ausarbeiten, in denen es auch die NMS gibt, und das Ganze trotzdem besser geht und besser wird. - Nur für den Fall, dass es heißt, dass es keine grundlegende Idee gibt, wollte ich einfach einmal erwähnt haben, dass es solche Ideen sehr wohl gibt, diese aber im Moment nicht umsetzbar sind.

Zu David Ellensohn: Wir sind fürs Assessment, wir wollen das weiter beibehalten, ich bin guten Mutes, und auch ich meine, dass es nicht so sein kann, dass die verschränkte Ganztagschule dann de facto nur sehr schwer oder so, wie wir es in Wien machen, gar nicht mehr funktioniert, weil das Stundenangebot zu gering wird, indem freie Tage neben den Freitag verpflichtend vorgeschrieben werden. Daher werden wir uns hier in Wien mit vollem politischen Gewicht darauf stürzen, um das zumindest zu ermöglichen, aber vielleicht kommt das ja dann eh nicht. - Alles in allem sehen wir aber auch die positiven Seiten. Wir sind ja die Hauptstadt der Schulversuche. Die Autonomieregelung bringt dann schon etwas, weil das sonst nicht möglich ist, aber bei diesen beiden Punkten muss noch nachgeschärft werden.

Im Hinblick auf Assessment ist klar, dass auch die DirektorInnenauswahl so stattfinden sollte und nicht durch dieses wertvolle Vierergremium, weil es tatsächlich so ist, dass über die Personalvertretung auch ein möglicher parteipolitischer Einfluss neu dazukommt.

Zu Kollegen Krauss: Warum Kärnten immer wieder erwähnt wird, liegt deshalb auf der Hand, weil dort einmal die Freiheitlichen sein konnten und ein Bundesland abgewirtschaftet und alles ruiniert haben. Jetzt erzählen Sie uns aber in Wien, wie es besser geht. Natürlich ist

das trotzdem legitim und richtig, aber auch, dass man hier und da Kontra gibt und sagt: Dort habt ihr es nicht zusammengebracht, also Vorsicht! - Das liegt ja sozusagen auf der Hand, und daher würde ich an Ihrer Stelle eine Zeit lang einfach zur Kenntnis nehmen, dass es dieses Beispiel nun einmal gibt.

Das allein kann es aber auch nicht sein, daher jetzt zu den Vorschlägen, die gebracht wurden.

Zu den zwei Dritteln: Die Aktion der Schülerunion war keine Studie, sondern eine Umfrage, also etwas gänzlich anderes. Ich habe nichts gegen eine Umfrage, ich bin ja selbst interviewt worden. - Man hat also jemanden befragt, und dann hat es Ergebnisse gegeben, und es war auch gut, dass diese präsentiert wurden. Ich halte aber nochmals fest: Das war keine Studie, sondern einfach eine Umfrage.

Das Zweite, was Sie auch ein bisschen verächtlich kommentiert haben, waren die Bildungsgrätzler, die der Stadtrat vorgeschlagen hat: Diese haben wirklich sozusagen einen Charme, dass nämlich das, was bisher geschieht, in einer wesentlich intensiveren und dichteren Form vor sich geht. Manches wird nämlich die Schule allein nicht lösen können, etwa die Frage, was mit jenen aus bildungsfernen und sozial ein bisschen schwächeren Schichten geschieht, wenn sie aus der Schule draußen sind: Wo können sie lernen? Wie kann das vor sich gehen?

Das können sie zum Beispiel in Volkshochschulen. Dort hat man in den Ferien einen Lern-Point beziehungsweise Bildungs-Point eingerichtet, und man hat damit gerechnet, dass zum Beispiel im 6. Bezirk 40 bis 50 Schüler kommen werden. Es sind aber über 100 gekommen! Sie sind jeden Tag gekommen, sie wollten lernen, und 90 Prozent davon hatten Migrationshintergrund.

Das heißt, man kann das mit Volkshochschulen verbinden, man kann das mit dem Medienzentrum verbinden, wo die Teilnehmer zum Beispiel einmal selber einen Film drehen können. Man kann das mit der Jugend-Info und den Jugendzentren verbinden. Man kann das aber natürlich auch mit den Kindergärten verbinden, um einen guten Übergang zu gewährleisten. Diese Infrastruktur kann zusammengefasst werden, um auch am Nachmittag und auch in den Ferien das entsprechende Angebot zu bringen, das notwendig ist, damit, wenn es keine familiäre Förderung gibt, weitergelernt werden kann. *(Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.)* Wenn auch das nicht gelingt? - Das wird gelingen! Das offensiv und aktiv anzugehen, ist eine tolle Sache, und das würde eigentlich eher Zustimmung als Spott und Hohn verdienen! Aber es sei Ihnen unbenommen dazwischenzurufen!

Zu Kopftuch und Kindergarten: Salzburg wird immer wieder als gutes Beispiel genannt. - Salzburg tut genau das, was auch Wien tut, nichts anderes, nicht mehr und nicht weniger: Wir stellen in den Wiener Kindergärten sicher, dass niemand gegen seinen Willen ein Kopftuch tragen muss und dass es entsprechende verpflichtende Elterngespräche gibt, um dagegen vorzugehen. Genau das macht Salzburg auch, da gibt es keinen Unterschied!

Und wenn das in Salzburg Best Practice ist, dann ist es das in Wien ebenfalls.

Jetzt noch zu einigen Inhalten, die Sie gebracht haben: Das mit der Sexualerziehung ist immer eine ein bisschen heikle Geschichte, das ist klar. Seit Sigmund Freud wissen wir, dass das mit dem Doktorspielen im entsprechenden Alter vorkommt und dass es geschickt ist, das pädagogisch entsprechend zu beantworten und nicht einfach wegzuschauen. Das weiß man seit dem 19. Jahrhundert, und wenn der Vorwurf kommt, dass das in allen Kindergärten vorkommt, halte ich das für einen seltsam verklemmten, aber auch unwirklichen Zugang, denn das gibt es einfach und das sollte auch behandelt werden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn Sie sagen, im Burgenland bei Rot-Blau ist das so super: Dort wird das im Kindergarten genauso gehandhabt. Glaubt ihr, das kommt dort nicht vor und wird inhaltlich nicht behandelt? - Natürlich kommt es vor, ist ja ganz klar! Gott sei Dank für die burgenländischen Kinder! Ich weiß nicht, was für einen seltsamen Kreuzzug Sie da führen wollen! Das ist aber auf alle Fälle nicht nötig!

Zwei Punkte sollen auch nicht unerwähnt bleiben: Erstens wollen wir 2017 114 neue Klassen zu dem, was wir jetzt eigentlich verhandeln, bauen. Da geschieht sehr viel, indem wir auch baumäßig reagieren: Es wird einen neuen Bildungscampus in Aspern, einen 12-gruppigen Kindergarten, 17 Ganztagsvolksschulen und eine 16-klassige NMS geben. Es gibt die Erweiterung einer NMS, im 22. Bezirk geschieht etwas, in der Längenfeldgasse wird die Berufsschule ausgebaut, und es kommt eine Ganztagesvolksschule hin.

Das war jetzt ein Überblick im Eilzugstempo, nur um zu zeigen, dass es da wahnsinnig viel an Logistik an Planung gibt. Wir werden all das beschließen. Und es wird einen entsprechenden Ausbau und Erweiterungen dort geben, wo schon etwas besteht. - Es geschieht also sehr viel, damit wir das voranbringen. *(Beifall von GRin Mag. Nicole Berger-Krotsch.)*

Mein letzter Punkt - ich möchte meine Redezeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, aber es ist so viel gekommen - betrifft die von mir sehr hoch geschätzte Landesschülervertretung. Ich bin übrigens oft bei den Schülerparlamenten dabei. *(GR Maximilian Krauss: Ich auch!)* Ich weiß, wir haben uns auch schon hin und wieder gesehen, beziehungsweise habe ich Sie nur ein Mal gesehen. Immer, wenn ich da war, waren Sie nicht da, aber das ist jetzt wurscht, darum geht es jetzt nicht, wer dort auch dabei ist.

Der Antrag ist der kleinste Oppositionsnenner, auf den Sie sich einmal einigen konnten, und daher bin ich nicht dafür, dass wir dieses Zwutschkerl beschließen. Das findet ohnedies statt, es gibt ja die Schülerparlamente. Sie können im Übrigen so lange bleiben, wie sie wollen, das hat unser Landtagspräsident Harry Kopietz durchgesetzt, das ist ein entsprechendes Entgegenkommen, und das wird auch niemand abschaffen. Es gibt auch Kinder- und Jugendparlamente in den Bezirken, im Hinblick darauf erhebt sich nur die Frage, wie wir diese in die Landesschülervertretung einbinden werden.

Natürlich geht es auch darum, dass die Inhalte auch weitergeleitet werden, und ich kann Ihnen garantieren, dass die Informationen immer an den Stadtschulrat und auch in die inneren Diskussionen weitergeleitet werden, indem ich sie bekomme und immer weiterleite. In diesem Sinne ist auf alle Fälle gewährleistet, was hier verpflichtend vorgesehen ist.

Es kann aber noch nicht allein die Institutionalisierung sein, dass man sagt, dass die Anträge hier auch behandelt werden müssen. Da wäre das Einfachste und Billigste. Das ist es aber nicht. Die Schülerparlamente finden statt, sie diskutieren so lange, wie sie wollen, und wir werden das einmal weiterleiten.

Ich bin aber auch für eine institutionelle Einbindung in anderer Form, ich persönlich hätte auch die Kinder- und Jugendparlamente gerne mit dabei, und wir befinden uns in Diskussion, wie wir das in eine institutionalisierte Form des Austausches bringen können. Dementsprechend ist das eine wichtige Arbeit, denn gerade die SchülerInnenparlamente hier sind eine Vorbereitung auf den wirklichen Parlamentarismus. Das taugt mir, und das läuft immer sehr gut, ich muss sagen, teilweise wie bei uns! Es gibt auch Diskussion und Abstimmungen über das Procedere, und, und, und. Ich war teilweise erstaunt, dass die jungen Leute, obwohl sie quasi das schlechte Beispiel gar nicht gekannt haben, trotzdem in ähnliche Mechanismen verfallen sind. Aber so ist eben die Demokratie, so laufen Diskussionen ab, und wir werden das wohlwollend und entsprechend unterstützend vorantreiben.

Jetzt zurück zu den Anträgen: Wien gibt der Bildung den Raum, den sie braucht. Wir haben für die Schulen neue gemeinsame pädagogische Konzepte, und wir werden auch diese Herausforderungen schaffen, und das ist gut so, weil Bildung frei macht! - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich Gäste auf der Galerie begrüßen, und zwar SchülerInnen und den Bürgermeister aus Svilajnac in Serbien. Herzlich willkommen hier im Wiener Rathaus! *(Allgemeiner Beifall.)*

Als Nächste zu Wort gemeldet ist GRin Mag. Meinl-Reisinger. Ich darf in Erinnerung bringen, dass die Redezeit ab jetzt 20 Minuten beträgt.

GRin Mag. Beate **Meinl-Reisinger**, MES (NEOS): Danke, Frau Vorsitzende. - Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte junge Gäste, insbesondere auf der Zuschauertribüne! Herzlich willkommen in Wien! Auch die Landesschulvertretung heiße ich herzlich willkommen!

Ich möchte ein bisschen auf das Generalthema eingehen. Ich freue mich sehr, dass wir Bildung hier wieder einmal zum Schwerpunktthema gemacht haben, weil das tatsächlich in meinen Augen die entscheidende Zukunftsfrage für diese Stadt ist. In einer Stadt wie Wien, wo es keine Rohstoffe gibt und kein Erdöl abgebaut wird, ist die einzige Frage: Wie gut gebildet und auch wie gut ausgebildet sind unsere jungen Menschen? Bildung eröffnet schließlich diesen jungen Menschen Chancen, und da-

rum sollte es uns allen hier gehen, nämlich allen jungen Menschen entsprechende Chancen zu eröffnen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ganz Grundlegendes wurde bereits von meinem Kollegen Christoph Wiederkehr gesagt und durchaus auch der Finger in einige Wunden gelegt. Ich möchte mich jetzt nicht zu viel damit aufhalten, aber hier trotzdem auch hervorstreichen, dass wir an ganz vielen Ecken im Bildungssystem, und zwar wirklich auch in den Schulklassen und in den Kindergärten, fraglos Baustellen haben.

Dies betrifft zum einen Skandale, die es im Bereich der Frühkindpädagogik in den Kindergärten gegeben hat, wo natürlich die Qualität im Vordergrund stehen muss. - Ich möchte an dieser Stelle unterstreichen, dass das für uns einer der wichtigsten Aspekte ist. In diesem Zusammenhang wurde ganz richtig von der ÖVP und auch von der FPÖ der Betreuungsschlüssel angesprochen, und natürlich müssen wir dort hinkommen, gar keine Frage!

Das gilt zum anderen aber auch für die Schulklassen. Es handelt sich hierbei zwar um keine Studie, sondern um eine Umfrage, aber ich möchte Ihnen schon sagen, dass ich diese sehr ernst nehme.

Ebenso nehme ich es ernst, wenn eine Direktorin einer NMS in Wahrheit einen Hilferuf über die Medien abgibt und sagt, ich habe 96 Prozent SchülerInnen in den NMS-Klassen, die eigentlich dem Unterricht nicht folgen können, weil sie nicht genug Deutsch sprechen! - Dabei handelt es sich nicht um außerordentliche Schüler, sie sprechen also nicht so schlecht Deutsch, dass sie als außerordentliche Schüler mitgenommen werden, aber sie sprechen schlecht genug Deutsch, dass sie beispielsweise dem Biologieunterricht nicht folgen können, weil sie nicht wissen, was ein Zweig, eine Knospe oder ein Blatt ist.

Das heißt: Da muss der Unterricht ganz anders stattfinden, nämlich viel basaler! Wir müssen und auch Sie sollten diesen Hilferuf nicht nur der LehrerInnen, sondern auch vieler SchülerInnen sehr ernst nehmen! Daher bitte ich wirklich darum, die ideologischen Scheuklappen abzulegen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass man das Problem in Zukunft löst und nicht in die nächsten Jahre weiterschleppt! *(Beifall bei den NEOS.)*

Ein grundsätzlicher Satz zu PPP, weil das auch erwähnt wurde: Rein grundsätzlich stehen wir PPP nicht kritisch gegenüber. Die alles entscheidende Frage ist aber: Wo macht es Sinn? - Im Bereich der Schulbauten macht es keinen Sinn. Es macht insbesondere dort keinen Sinn, wo man mit guten Freunden baut!

Ich nenne Ihnen jetzt ein Beispiel, wo PPP Sinn gemacht hätte, nämlich beim Krankenhaus Nord. Dort hätte das definitiv Sinn gemacht, dann hätten wir uns vielleicht ein Milliardendebakel erspart. Aber ich möchte über PPP vielleicht an einer anderen Stelle noch einmal sprechen.

Auch zur CEU werde ich sprechen, aber erst bei einem späteren Tagesordnungspunkt, möchte aber jetzt schon erwähnen, dass ich sehr dankbar bin, dass wir hier gemeinsam etwas schaffen und ein starkes Zeichen für die Freiheit und für die Bildung setzen.

Ich möchte jetzt auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, das natürlich, wenn es um Grundziele der Bildung, also Lesen, Schreiben und Rechnen, geht - und schon das schaffen wir in Wien nicht einmal gescheit -, wie ein Nebenaspekt wirkt, den ich aber für sehr wichtig halte: Ich spreche jetzt von der Frage des Wirtschaftswissens, der wirtschaftlichen Bildung und letztendlich auch der unternehmerischen Bildung in unseren Wiener Schulen.

Es gibt eine meines Erachtens alarmierende Studie - diesmal wirklich eine Studie! - des Instituts für Wirtschaftspädagogik der WU-Wien, die jetzt österreichweit ausgerollt wird. In dieser Studie wird deutlich festgestellt, dass die SchülerInnen am Ende der Sekundarstufe I, also mit 14 Jahren, massive Defizite betreffend Wirtschaftswissen aufweisen.

So geben etwa knapp 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler an, dass der Staat gemäß unserer Wirtschaftsordnung vorrangig über Importe und Exporte entscheidet. - Das ist einfach falsch! Fast die Hälfte der Befragten glauben, dass der Staat die Höhe der Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten festlegt. - Mag sein, dass viele von Ihnen das wollen, aber es ist nicht so! Das ist einfach falsch. Auch hier gilt eigentlich der Markt. Immer noch vier von zehn Schülerinnen und Schülern gehen davon aus, dass der Staat die Preise von Produkten festlegt. Das heißt, auch in Wien glauben 4 von 10 Schülerinnen und Schülern mit 14 Jahren, wenn sie in den Billa gehen und dort ein Red Bull kaufen, dass der Staat den Preis festgelegt hat.

Wissen Sie, das ist alarmierend, und ich sage Ihnen auch, warum das alarmierend ist: Weil das der direkte Weg in den finanziellen Analphabetismus ist. Wir wissen, dass wir ein Problem mit Jugendlichen haben, die überschuldet sind, die mit ihren Handyverträgen überfordert sind, die Probleme haben, wenn sie das erste Mal in ihrem Leben einen Mietvertrag abschließen. All das sind Fallen, in die die jungen Menschen rennen, weil sie einfach kein basales Wirtschaftswissen haben.

Ich habe in Vorbereitung zu diesem Thema gelesen, dass eine Schülerin aus Deutschland gesagt hat: „Ich kann zwar ein Gedicht in vier verschiedenen Sprachen interpretieren, mir wurde aber nicht beigebracht, was in einem Handyvertrag oder in einem Mietvertrag steht.“ - Ich komme dann im Zusammenhang mit CEU noch darauf zu sprechen, das ist ein anderes Thema.

Ich halte es für wesentlich, darauf ein Augenmerk zu legen. Matthias Strolz und ich haben das diese Woche in einer Pressekonferenz thematisiert und auch Vorschläge gemacht. Und ich muss sagen, ich bin einigermaßen erstaunt, wenn nicht geradezu empört, was in den sozialen Medien vor sich geht! Ich wurde insbesondere von linker Seite her beschimpft, dass ich jetzt ideologisch in die Schulklassen eingreifen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt die Möglichkeit, Wirtschaftswissen deskriptiv zu vermitteln, etwa einfach zu erklären, was ein Markt ist und wie er funktioniert, wie die gesetzliche Lage sozusagen in Bezug auf die Regelung von Löhnen ist, was Kollektivver-

träge sind. - Es gibt einen Weg, das auch unideologisch zu beschreiben.

Wenn Sie der Meinung sind, es wäre von mir Ideologie, zu sagen, dass ich will, dass unsere Jugendlichen in Wien ein gewisses Wirtschaftswissen vermittelt bekommen, damit sie nicht glauben, dass der Staat die Preise festlegt und Löhne und Gehälter festsetzt, dann werfen Sie mir eigentlich das vor, was Sie hier unter Umständen tun! Ich weiß nicht, ob Sie es sind, aber es gab auf jeden Fall sehr viele pikante linke Kommentare vor allem auf Twitter.

Ich halte es für wirklich gefährlich, diesen Weg zu gehen! Man kann gerne kapitalismuskritisch sein. Kapitalismuskritik ist ja nachgerade ein Mainstream geworden, und das äußert sich dann auch entsprechend, wenn man etwa in einem kapitalismuskritischen Shirt zu McDonald's geht, um sich einen Burger zu kaufen. - Aber das ist eben so. Okay. D'accord. Jedermann hat das Recht dazu, seine Kritik zu äußern. Aber ich meine, man muss zuerst verstehen, wovon man redet! Zuerst muss man verstehen, worum es geht, und dann kann man sich kritisch dazu äußern. Und wenn vier von zehn Schülerinnen und Schülern glauben, dass der Staat die Preise festsetzt, dann haben wir ein Problem. *(Beifall bei den NEOS.)*

Das ist tatsächlich auch ein Thema im Zusammenhang mit Schulbüchern. Darin finden sich ganz einfach falsche Aussagen, In zwei Büchern habe ich Beispiele gefunden. In dem einen Schulbuch für Geographie und Wirtschaftskunde steht, dass die Arbeitslosenrate angibt, wie viel Prozent der Menschen eines Staates ohne Arbeit sind. - Nach dieser Definition wären in dieser Zahl Kinder, Schüler und Pensionisten auch enthalten, und das ist einfach falsch! Auch steht darin, dass sich Höhe und Auszahlung des Arbeitslosengeldes auch nach dem Alter der betroffenen Personen richten. - Es stehen also einfach falsche Dinge drinnen.

Außerdem finden sich auch ideologische Verfärbungen: Man mag Christian Felber schätzen oder nicht. Aber diesen in Büchern in eine Reihe mit Nobelpreisträgern zu setzen, ist einfach unmöglich! Das geht nicht!

Jetzt ist es so, dass wir Approbationstellen haben, von welchen die Schulbücher freigegeben werden, und das in einer Zeit des digitalen Unterrichts und in einer Zeit, in der wir auch mehr Autonomie wollen, in der wir Lehrerinnen und Lehrern nicht nur Vertrauen geben, sondern noch mehr geben wollen, indem wir sagen: Gestaltet den Unterricht durchaus fächerübergreifend! Immerhin sind übrigens Wirtschafts- und auch Verbraucherkunde ein Bildungsprinzip, und die Vermittlung des dementsprechenden Wissens sollte sich daher nicht nur in einem Unterrichtsfach abspielen, sondern wirklich durchziehen.

Vertrauen wir doch den Lehrerinnen und Lehrern! Wir brauchen solche Approbationstellen überhaupt nicht mehr, wo entschieden wird, was ein gutes Lehrbuch ist, das verwendet werden darf, und was ein schlechtes Lehrbuch ist. Vertrauen wir doch darauf, dass die Materialien von den Pädagoginnen und Pädagogen selbst zusammengestellt werden! Ich glaube, das ist in einer

Zeit, in der eh viele Informationen und viele Unterlagen aus dem Internet, aber auch aus anderen Bereichen genommen und gesammelt werden, tatsächlich modern und zukunftsweisend! Außerdem geht das auch schneller. Wir wissen nämlich, wie lange Approbationen dauern.

Das ist jetzt aber nicht das Thema für Wien, für Wien möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Machen wir es uns doch in den nächsten Jahren zum Schwerpunktthema, dass wir das Wirtschaftswissen unserer Schülerinnen und Schüler verbessern! Auch dafür braucht es aber tatsächlich eine Gesamtstrategie, weshalb ich hier jetzt auch einen entsprechenden Beschlussantrag einbringe.

Fangen wir einmal gleich bei der Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen an. Ich unterstelle keine ideologische Verfärbung auf den pädagogischen Hochschulen. Tatsache ist aber, dass wir wissen, dass wir bei den Pädagoginnen und Pädagogen anfangen müssen, wenn es um Wirtschaftswissen und auch um unternehmerisches Wissen geht. Deshalb schlage ich vor, dass wir in eine diesbezügliche Fortbildungsinitiative investieren.

Im Hinblick darauf wiederhole ich, weil mir das wirklich wichtig ist und ich es heute ohnedies wieder von irgendwelchen selbsternannten linken Ideologen kriegen werde, die mir erklären, dass ich Ideologie in den Unterricht bringen will: Nein! Das stimmt nicht! Ich will einfach, dass die Schülerinnen und Schüler verstehen, was ein Markt ist und wie er funktioniert. Dann kann jeder frei und mündig entscheiden, ob er das kritisch sieht oder nicht. Genau deshalb möchte ich eine Fortbildungsinitiative auch für unsere Pädagoginnen und Pädagogen. - Das ist der zweite Antrag, den ich einbringe. *(Beifall bei den NEOS.)*

Noch ein Grund, warum mir das so wichtig ist - und jetzt möchte ich noch einmal auf diesen Gedanken zurückkommen -: Wir haben ein Bildungsprinzip, das „Wirtschafts- und Verbraucherkunde“ heißt. - Es ist tatsächlich durchaus wichtig, dass wir mündige Verbraucherinnen und Verbraucher haben, also Menschen, die nicht durch ein völlig entmündigendes Verbraucherrecht entmündigt sind, sondern die durchaus mündige Verbraucherentscheidungen treffen können. Diesen Zielen schließe ich mich an und weise darauf hin, dass ich nicht davon überzeugt bin, dass wir mit vielen Verbrauchervorschriften tatsächlich diesen Weg oder nicht doch eher in Richtung Entmündigung gehen.

Aber es ist mir gleichermaßen wichtig, dass wir nicht nur Verbraucher als Ziel haben, sondern auch Unternehmerinnen und Unternehmer. Ich glaube, die Vermittlung von unternehmerischem Denken, unternehmerischen Prinzipien und Sichtweisen ist, egal, ob ein junger Mensch sich später entscheidet, selbstständig tätig zu werden oder nicht, etwas ganz Wichtiges für die Zukunft.

Ich wage sogar, die These zu äußern, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer der Zukunft die Welt retten werden. Warum sage ich das? - Schauen Sie einmal in die Bereiche des Social Entrepreneurship, und schauen Sie sich an, was da an tollen, innovativen Pro-

dukten unterwegs ist! Diese Unternehmen reagieren im Bereich der Entwicklungshilfe, der Ökologie, der Mobilität, der Energiegewinnung und auch im Bereich der Bildung und der Digitalisierung letztlich auf die Herausforderungen der Zeit und der Zukunft weitaus schneller als Magistratsabteilungen.

Dieses unternehmerische Denken müssen wir fördern! Dort liegen die Lösungen und die Chancen der Zukunft! Dort liegen letztlich auch die Wachstumschancen und die Jobs der Zukunft. Daher müssen wir dieses unternehmerische Denken selbstverständlich in Wien auch im Unterricht verankern. Es gibt tolle Projekte. Das sind Einzelprojekte, die teilweise von der Europäischen Union, teilweise aber auch, glaube ich, von der Stadt oder zumindest vom Ministerium gefördert werden. Das gehört selbstverständlich ausgerollt!

Wir haben einen jungen Mitarbeiter, der bei uns und auch an einer Schule in Wien aktiv ist. Er hat gerade ein Projekt laufen, bei dem er unternehmerisch tätig wird. Er und seine Freunde haben beschlossen, Seifen zu produzieren. Er steht in der Schule im Keller und produziert Seifen mit Rosenduft, mit Lavendelduft, mit Minzduft, ausgezeichnete Produkte. Ich kann gerne einen Kontakt herstellen, wenn Sie wollen. Ich bin der Meinung, es wird ein bisschen zu billig verkauft. Aber wir haben mit ihm gemeinsam über das Produkt, über die Entwicklung des Produkts, über die Verpackung und über die Preisgestaltung geredet, ihn gefragt, ob er ein so hochwertiges Produkt nicht zu billig anbietet und ob es nicht attraktiver verpackt werden soll, und die Möglichkeiten erörtert, wie man so etwas in den Vertrieb bringen wird. - Ich glaube nicht, dass alle jungen Wienerinnen und Wiener in die Seifenproduktion einsteigen werden, aber ich finde das großartig! Ich finde es großartig, was dieser junge Mensch an einem solchen Projekt mitbekommt, was er da lernt!

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir brauchen definitiv mehr von diesem unternehmerischen Denken für die Zukunft der Stadt und nicht weniger. - Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Amhof. Ich erteile es ihm. GR Nikolaus **Amhof** (FPÖ): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Ich wollte eigentlich etwas anderes sagen, gestatten Sie mir aber jetzt, nachdem ich die Bildungsdebatte hier verfolgt habe, eine kurze Anmerkung: Ich bin 1968 in die Volksschule eingetreten, Autokaderstraße, Gemeindebau, und dort gab es eine Tafel, eine Kreide, eine einzige Lehrkraft und gebrauchte Schulbücher. Das Ergebnis nach vier Jahren kann man eigentlich als ein sehr positives darstellen: Alle Mädchen und Buben konnten - und das bei einer Klassenschülerhöchstzahl von 35, 36, 37 Kindern - sehr gut lesen und sehr gut schreiben, sie konnten die Grundrechnungsarten und hatten bereits gewisse Ansätze einer Grundbildung. - Man muss also der Lehrerin, die all das in der damaligen Zeit allein gemacht hat, eine gewisse Anerkennung zollen, und das möchte ich hier tun.

Ich hatte dann einige Jahre später die Gelegenheit, die Ergebnisse der Bildung sozusagen von der anderen Seite mitzubekommen, und zwar als Offizier beim österreichischen Bundesheer. Diejenigen von Ihnen, die dort eingerückt waren, wissen, dass es dort auch sehr viele Schreibarbeiten, Tests und Überprüfungen gibt. Und ich muss Ihnen sagen: Was ich dort, beginnend in den 90er Jahren, erlebt habe, ist wirklich erschütternd! So kann man zum Beispiel einfache Dienstbeihilfe, Gerätebeschreibungen oder Dienstvorschriften nicht ausgeben, weil man darauf kommt, dass zumindest ein zweistelliger Prozentsatz der Eingerückten, also immerhin österreichische Staatsbürger, nicht lesen kann. Oder es wenden sich Untergebene, also 20-Jährige, an ihre Vorgesetzten und ersuchen sie, ihnen beim Ausfüllen von Formularen bei Amtswegen behilflich zu sein, weil sie nicht schreiben können. Oder man muss sich überlegen, keine Situationen zu schaffen, in denen Handys abgedreht werden, weil ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Jugendlichen die Grundrechnungsarten nicht beherrscht und einfache Rechnungen nicht durchführen kann.

Ab Anfang der 90er Jahre war es außerdem eine stetige Entwicklung, dass man sich mit einigen 20-jährigen Österreichern, die immerhin die Staatsbürgerschaft haben, nicht auf Deutsch unterhalten kann, weil sie diese Sprache nicht oder nicht ausreichend sprechen, und, wenn man das bemerkt, ist das ein erschütterndes Erlebnis!

Zwei Aspekte waren dabei besonders unangenehm. Erstens wird das immer schlechter: Es hat angefangen, es geht langsam, aber es wird jedes Jahr schlimmer. Zweitens kommt man, wenn man die Hintergründe kennt und zum Beispiel solche schriftlichen Arbeiten verbessert, zu dem Ergebnis, dass es eine sehr starke Kluft zwischen jenen, die Privatschulen besucht haben, und denjenigen, deren Eltern sich nur die öffentliche Schule leisten konnten, gibt.

Das heißt, Sie haben eigentlich genau das Gegenteil von dem erreicht, womit Sie angetreten sind. Wenn sich die Eltern eine private Ausbildung leisten können, ist das Niveau hoch und sind die Probleme kleiner, und im anderen Fall sind die Kinder die Leidtragenden.

Mich würde daher interessieren, wenn man davon ausgeht, dass es früher diese Probleme nicht gegeben hat und diese jetzt auftreten, wo nach Meinung der Sozialdemokratischen Fraktion und der GRÜNEN - das habe ich nämlich noch nie gehört! - die Gründe dafür liegen: Sind die Kinder dümmer geworden, oder was ist sonst passiert? Wie gibt es das?

Die GRÜNEN verlangen mehr Mittel und eine bessere Ausstattung der Schulen. - Dafür sind wir natürlich auch, aber das kann ja nicht der eigentliche Grund sein!

Im Hinblick auf die diesbezügliche Debatte meine ich - Maximilian Krauss hat das angeführt, wir alle kennen das -, dass diese Probleme nicht wir Wiener, sondern zum Großteil Sie geschaffen haben. Das wurde heute schon erwähnt, ich will jetzt nicht mehr darauf eingehen.

Nun zur Bildungspolitik. Bei NEOS, das muss man auch sagen, bin ich immer fasziniert von den sehr langen

Ausführungen. - Es gibt da ein russisches Sprichwort: „Man kann viel reden und nichts sagen.“ Und genau diesen Eindruck habe ich immer bei Politikern gehabt: Es wird einfach um den heißen Brei herum geredet. Sie haben es ja selber zugegeben, als Sie gesagt haben, das ist vielleicht nicht das Wichtigste, denn Lesen und Schreiben wäre wichtig. Dann ist aber eine Ausführung über den Handyvertrag gekommen. - Dazu sage ich: Wenn einer nicht lesen und schreiben kann, wird er sich beim Lesen des Handyvertrags wohl auch schwer tun!

Der eigentliche Grund meiner Wortmeldung ist allerdings, dass ich auf die Lastenverteilung bei der Finanzierung der Schulen eingehen wollte, weil der 9. Bezirk davon besonders betroffen ist. Auch das ist ein Teil der Bildungspolitik. - Ich zitiere: „Bei uns gehen gleich drei Fünftel des Gesamtvoranschlags dafür“ - also für die Schulsanierung - „weg. Für alle anderen Bezirksaufgaben bleibt dadurch nur ein Sparbudget über. Minus 20 Prozent Budget etwa für Straßenbau und Stadtplanung, für Märkte und Sonstiges.“ - Das sind die Fakten. Das stammt aber nicht von den Freiheitlichen, sondern das stammt von unserer roten Bezirksvorsteherin am Alsergrund.

Das heißt, wenn Sie ohnedies der Meinung sind, wenn freiheitliche Anträge gestellt werden wie in der Oktobersitzung des Gemeinderates, dass die Finanzierung der Schulsanierung aus dem Wiener Zentralbudget kommen soll, und Sie dann hier dagegen stimmen, dann fragt man sich: Kommunizieren Sie nicht mehr untereinander? Oder vielleicht gehört die Bezirksvorsteherung einem anderen Flügel an, das wechselt ja auch relativ schnell!

Wenn Sie sich so verhalten, dann würde ich jetzt gerne bei Kollegen Haslinger anknüpfen, der gesagt hat: Wenn Sie es einfach nicht schaffen, einem solchen Antrag, der notwendig ist, zuzustimmen, weil Sie, wenn ein freiheitlicher Antrag kommt, eine Art Pawlow'schen Beißreflex entwickeln und einfach dagegen sein müssen, dann formulieren Sie den Antrag halt um, so wie Sie das wollen, und dann werden wir ihn gemeinsam annehmen! Dieses Finanzierungsproblem lastet nämlich auf den Bezirken und muss gelöst werden.

Kommen wir zum Ende: Diese finanzielle Auslaugung der Bezirke muss ein Ende haben und die schlechte Bildungspolitik von Rot-Grün ebenfalls! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Danke sehr, sehr geehrte Frau Vorsitzende. - Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte da gleich anknüpfen, wo mein Vorredner, Kollege Amhof, aufgehört hat, nämlich bei der Frage des Schulbaus, der Finanzierung und der Lastentragung zwischen Zentrale und Bezirken. In diesem Zusammenhang haben wir natürlich auch eine PPP-Problematik, denn dieses PPP ist ja kein echtes PPP, bei dem ein Privater etwas echt einbringt und auch das Risiko übernimmt, sondern das ist im Prinzip eher eine Finanzierungsform und eine Verbrämung von Schuldenmachen.

Und die Kosten des PPP belasten dann über die Erhaltung und über die Aufteilung der Lasten zwischen Zentrale und Bezirken natürlich auch in Zukunft die Bezirke. Das heißt, wir greifen hier nicht nur auf zukünftige Gemeindebudgets vor, sondern auch auf viele Bezirksbudgets, und deshalb kommen wir mit dieser Form von privaten Partnerschaften nicht mit, weil es ist eben keine Partnerschaft in dem Sinne, dass auch der andere Partner etwas Nennenswertes einbringt und Risiko übernimmt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Einer der Gründe, warum wir den Akt mit der Postnummer 12 betreffend Schüttaustraße ablehnen, ist, dass sich dahinter ja „Danube Flats“ verbirgt: Es ist dies eine ausgesprochen eigenartige Flächenwidmungsgeschichte, die vor ein paar Wochen auch die Volksanwaltschaft beziehungsweise den Bürgeranwalt im Fernsehen beschäftigt hat. Wie Sie wissen, ist das sozusagen eine Angelegenheit im Sinne von „Sie wünschen, wir widmen“.

Es handelt sich um das Areal des Cineplexx-Centers mit 26 m, wo im seinerzeit gültigen Flächenwidmungsplan keine Wohnbebauung vorgesehen war. Dann kommt ein Privater daher, entwickelt ein riesiges Projekt mit einem Turm von - ich weiß nicht genau - 150 Stockwerken, und dann wird die Widmung genau für dieses Projekt nachgereicht. Man schafft einen irrsinnigen Mehrwert für diesen privaten Investor, wobei ich bewusst nicht „Spekulant“ sagen will, denn wenn man spekuliert, hat man ja auch eine gewisse Unsicherheit, ich glaube aber nicht, dass diesfalls allzu viel Unsicherheit bestanden hat, ob das dann auch so kommen wird. Und jetzt kommt ganz wenig von dem Mehrwert, der hier durch die Widmung durch die Gemeinde geschaffen wurde, retour und fließt in den Schulbau im Wege eines städtebaulichen Vertrages.

Da wäre es doch viel gescheiter gewesen, dass die Stadt Wien das Grundstück selbst übernimmt, selbst ein Projekt entwickelt und selbst daran entsprechend verdient! Dann können wir uns unsere Schulen auch selber leisten und brauchen nicht ein paar Peanuts von einem privaten Investor und dafür noch Danke sagen!

Ein paar Worte zum schon angesprochenen Schulautonomiepaket: Ich habe Herrn Klubobmann Ellensohn sehr genau und aufmerksam zugehört und habe dabei für mich persönlich mitbekommen, dass die GRÜNEN diesem sogenannten Schulautonomiepaket doch sehr kritisch gegenüber stehen. Wir Freiheitlichen stehen diesem auch sehr kritisch gegenüber, und ich möchte nur ein paar wenige Punkte ansprechen.

Zum einen: „Autonomie“ hört sich sehr gut an und ist auch wichtig. So wird etwa Mitsprache der Schulstandorte bei Lehrereinstellungen im BHS-Bereich - ich habe das schon mehrfach hier gesagt - bereits jetzt gehandhabt, und das machen der Wiener Stadtschulrat und die Schulen hervorragend. Die Bewerbungen, vor allem in den technischen Fächern, die schultypenbildend sind, erfolgen in den Schulen, und die Abwicklung erfolgt über unseren Stadtschulrat. All das gibt es schon, und das kann man natürlich, ohne viele gesetzliche Änderung

vornehmen zu müssen, auch in anderen Schultypen handhaben.

Ich vermute aber und habe die Befürchtung, dass hinter der „Autonomie“ nichts anderes als ein Sparpaket steckt, denn der Staat, der ja alles durchfluten und überall mitreden möchte bis in den letzten Winkel gerade der eigenen Einrichtungen, gibt Autonomie in der Regel erst dann, wenn das Geld alle ist. Und dann hört sich das halt super an, wenn sozusagen gesagt wird: Ihr könnt den Mangel autonom verwalten! - Das ist aber, glaube ich, nicht Sinn und Zweck einer wohl verstandenen Autonomie. Daher fürchte ich, wenn es um Fragen wie Klassenschülerhöchstzahlen, und so weiter geht, dass es, wenn man das aufmachen kann, bereits einen massiven Druck in die Richtung gibt, das aufzumachen.

Wir haben erst vor ein paar Jahren die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen sehr stark bejubelt und haben uns darüber gefreut. Diese war ja auch notwendig, weil wir es halt mit sehr vielen Schülern zu tun haben, die nicht aus Österreich sind, sondern zugewandert sind und sich entsprechend auch mit unserer Unterrichtssprache schwer tun. Wenn schon 60, 70 oder 80 Prozent nicht Deutsch als Muttersprache haben, dann ist klar, dass man sich in kleineren Klassen leichter tut. Wenn man dann aber mit der Klassenschülerhöchstzahl in die Höhe geht, dann kann das, glaube ich, keine gute Entwicklung sein. Da werden die Schulen wohl massiv unter Druck kommen, das auch tun zu müssen.

Auch im Zusammenhang mit dem nächsten Punkt, der Behördenstruktur, habe ich bei den GRÜNEN und auch in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen der SPÖ ein bisschen Kritik durchgehört. Diesbezüglich hat Wien seit vielen Jahren ein Best-Practice-Modell: Wien hatte nie eine eigene Landesschulabteilung wie andere Bundesländer. In Wien hat der Stadtschulrat, der ja eine Bundesbehörde ist, auch die Landeslehrer mitadministriert. Das ist auch sehr gut gegangen, wir hatten nicht eine solche Doppelgleisigkeit wie in manchen Bundesländern, und die politische Spitze sind der Landeshauptmann und der amtsführende Präsident, und dann gibt es eben die Kollegien.

Wenn man jetzt wirklich entpolitisieren wollte, dann müsste man natürlich die Politik auf der Ebene der Landeshauptleute aus den Schulbehörden herausbekommen. Dann ist die Politik nicht mehr drinnen. Das tut man aber nicht, dafür reicht offenkundig auch der Einfluss des Bundes nicht oder sind die Landeshauptleute zu mächtig. Jetzt will man einzig das Stadtschulratskollegium beseitigen, aus dem Präsidenten macht man einen Bildungsdirektor, und der jetzige Stadtrat Czernohorszky war ja bis vor Kurzem Präsident des Stadtschulrats und hat mit seiner sehr sympathischen und auf die Menschen zugehenden Art, glaube ich, auch für ein sehr gutes Klima gesorgt. Ich hatte nie den Eindruck, dass Stadtschulratspräsident Czernohorszky sich durch das Kollegium in irgendeiner Weise behindert fühlte!

Im Kollegium sitzen Elternvertreter und Lehrervertreter, die Aufteilung auf die politischen Fraktionen erfolgt entsprechend dem Landtagswahlergebnis, und kosten tut das Kollegium so gut wie gar nichts. Wenn die Kolle-

gien jetzt beseitigt werden, dann sind die Schulpartner, die jetzt auf Grund der Verfassung herinnen sind, auf einmal draußen, und diese werden dann mühsam und hoppatatschig in einem Beirat wiederum hereingeholt. - Ich glaube, diesen Umweg könnte man sich sparen! Wenn man nämlich die Landeshauptleute nicht wirklich sozusagen aus den Schulbehörden hinausbekommt, dann braucht man bei den Kollegien nicht auf einmal so tun, als ob das der Hort der politischen Einflussnahme sei!

Zum Nächsten: Man muss schon sagen, dass die Attraktivität der Schuldirektorenposten in den letzten Jahren ganz massiv zurückgegangen ist! Das zeigt sich daran, dass wir teilweise Schwierigkeiten haben, überhaupt Dreivorschläge zusammenzubringen, weil sich so wenige Kolleginnen und Kollegen bewerben. Im Hinblick auf das, was noch vor ein paar Jahren so quasi als politischer Einfluss galt und worum sich die Leute gerissen haben, sind, glaube ich, heute alle froh, wenn sich mehr Kolleginnen und Kollegen bewerben! Dann muss man vielleicht auch einmal darüber nachdenken, warum das so ist: Gibt es zu viel Administration? Hat man zu wenige Gestaltungsmöglichkeiten? Gibt es zu wenig autonomes Budget? - Die Gefahr der politischen Einflussnahme ist aber allein dadurch schon relativ gering geworden, weil sich ohnehin leider Gottes so wenig Menschen für diese Leitungsfunktionen bewerben. Ich meine, auch diesbezüglich könnte man in der Behördenstruktur das Ganze anderes gestalten, als das jetzt vorgesehen ist. Ich bin gespannt, ob die Zweidrittelmehrheit zustande kommt!

Ganz generell ist zu sagen: Der Schulbereich ist ein Bereich, der von permanenten Reformbestrebungen geprägt ist. Wir in der Politik bekommen das oft gar nicht mehr mit, weil wir ständig auch von den Medien und von manchen internationalen Organisationen gehetzt werden. Da kommt zum Beispiel immer wieder die OECD und fordert noch mehr Reformen.

Dazu darf ich Ihnen sagen: Manche Reformen, die wir vor Jahren beschlossen haben, befinden sich gerade jetzt erst im Zustand der Implementierung. Eine ganz große Umstellung wird der Übergang zur neuen Oberstufe sein. Das ist eine ganz andere Form der Unterrichtsorganisation! Das wurde vor Jahren beschlossen, jetzt laufen die Übergangsfristen ab, und wir müssen die ganze Oberstufe neu gestalten. Die Zentralmatura hat ganz massive Umstellungen mit sich gebracht. In vielen Lehrplänen hat es gravierende Umgestaltungen gegeben.

Ich kann also den Eindruck, dass im Schulbereich nichts geschieht, überhaupt nicht bestätigen! Im Gegenteil: Die vielen Reformen müssen letztendlich jetzt von den Lehrerinnen und Lehrern, den Kolleginnen und Kollegen umgesetzt werden. Es stimmt also ganz einfach nicht, dass da nichts geschieht! Ich meine, im Hinblick darauf sollte man auch als Politiker durchaus den Mut haben, einmal innezuhalten und zu sagen: Lassen wir die Reformen erst einmal wirken! Gehen wir nicht so vor wie bei der Neuen Mittelschule, wo man einen Schulversuch, der noch nicht einmal einen ganzen Durchgang

absolviert hat, ohne Evaluierung telquel ins Regelschulwesen einfließen lässt! Das ist eine Hunderte-Millionen-Belastung! Dafür hätte man sich mehr Zeit lassen und schauen sollen, welche Erfahrungen gemacht wurden und ob das so wirklich der Weisheit letzter Schluss ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir befinden uns also in einer spannenden bildungspolitischen Situation. - Nun noch ein Wort zu Frau Kollegin Meinl-Reisinger: Sie haben völlig recht, dass wir an unseren Schulden zu wenig Vermittlung von Wirtschafts- und Rechtskundewissen haben! Ich verstehe nicht, warum jemand acht Jahre in ein Gymnasium, also in eine Allgemeinbildende Höhere Schule, gehen kann und dort nie strukturiert gelernt hat, was ein Vertrag ist oder wie die Wirtschaft funktioniert! Das ist jetzt ein kleiner Teil des Gegenstands „Geographie und Wirtschaftskunde“, aber diesbezüglich müsste man selbstverständlich die Lehrpläne entsprechend adaptieren.

Ich halte es für ganz wesentlich, dass es in Zeiten wie diesen auch ein Basiswissen in juristischen Dingen gibt. Das ist ganz einfach notwendig, auch wenn jetzt meine Zunft der Juristen davon lebt, dass eben viele davon keine Ahnung haben. So soll es aber nicht sein! Dafür müsste man keine großartigen Reformen machen, sondern nur ein entsprechendes Fach schaffen und eine entsprechende Stundenanzahl dafür bereitstellen. Im BHS-Bereich wird zwei, drei Jahre die ehemalige „Staatsbürgerkunde“ unterrichtet, „Wirtschaft und Recht“ heißt der Unterrichtsgegenstand jetzt. Das sollte in der AHS genauso praktiziert werden, dann könnte man dieses Manko entsprechend abbauen und dieses Wissen, das ganz wesentlich für das spätere Leben ist, vermitteln.

Zur Soros-Universität: In diesem Punkt verstehe ich die ÖVP wirklich nicht! Ich bin kein großer Soros-Experte, aber ich glaube, der steckt ja auch hinter der „A Way to Europe“-Organisation, mit welcher ganz massiv auch die Fluchtbewegung unterstützt wird und sehr viele Leute nach Europa gelotst werden. - Ich verstehe also nicht, warum wir uns darum reißen sollen, dass sozusagen eine Universität zu uns kommt, die offenkundig auch eine politische Agenda hat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es geht um ein EU-Land, ein Nachbarland, eine Demokratie. Gestern ist, glaube ich, das Wort Regime gefallen. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Von mir nicht!)* Nein, nicht von der ÖVP, ich glaube, von den NEOS! - Wenn irgendwo ein Regime gerade dabei ist, die Demokratie auszuschalten, dann ist das die Türkei, da können wir live zuschauen. Aber da gibt es keine Sanktionen, und es werden nicht einmal die Beitrittsverhandlungen abgebrochen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube jedenfalls nicht, dass wir in einen Wettbewerb um die Soros-Universität eintreten sollten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass Herr GR Mag. Pawkowicz ab sofort und Herr GR Damjanovic ab 13.30 Uhr entschuldigt sind.

Das zweite Mal zu Wort gelangt Frau GRin Schwarz. Ich erteile es ihr. Die Restredezeit ist 20 Minuten. - Bitte.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Es wird nicht so lange dauern, ich möchte nur kurz auf einige Wortmeldungen eingehen.

Herr Kollege Vettermann, Sie haben gesagt, als Sie über die Bildungsstandards gesprochen haben, dass ja die AHS nur ein bisschen besser als die NMS abgeschnitten hat. Ich darf Sie bitte auf Seite 70 verweisen, wo ganz klar hervorgeht, dass in allen 4 Bereichen, bei denen Standards erreicht beziehungsweise übertroffen wurden, diese bei den AHS bei 66 Prozent und bei den allgemeinen Pflichtschulen bei 12 Prozent liegen. Ein bisschen besser performed, wie Sie das gesagt haben, ist da ein wenig über- oder auch untertrieben, je nachdem, auf welcher Seite man steht.

Was mich wirklich interessiert und worauf mir noch niemand eine Antwort gegeben hat: Die NMS bekommt pro Schüler pro Jahr 1.000 EUR mehr an Ressourcen als eine AHS. Das steht ihnen auch zu, ist gar keine Diskussion, die Frage ist nur, da hier ganz viele Autonomiebefürworter sind, inklusive meiner Person, warum müssen dann die NMS dieses Geld zwingend für Teamteaching verwenden und können nicht einfach frei entscheiden, was sie damit machen. Das wäre doch einmal ein Ansatz.

Sie haben außerdem von „Zwutschkerlsache SchülerInnenparlament“ gesprochen. Mutig. Dann wollen Sie das SchülerInnenparlament mit dem Jugend- und Kinderparlament vermischen. Da muss ich Ihnen sagen: Das geht nicht. Das SchülerInnen- und Kinderparlament auf Bezirksebene befasst sich nicht mit der Bildung und den Bildungsanforderungen in der Schule. Das Schülerinnen- und Schülerparlament befasst sich ausschließlich damit, dass die Schüler sagen, was sie brauchen und was sie in der Schule mögen. Und im Jugend- und Kinderparlament im Bezirk geht es um Gestaltung von Spielplätzen, zum Beispiel, welche Spielgeräte sich Kinder wünschen, dass sie eine Wand irgendwo anmalen wollen, aber doch nicht um Bildung. Diese beiden Sachen miteinander zu vermischen, wäre ja wirklich eine Aberkennung und Abwertung des Schülerinnen- und Schülerparlaments. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Was mich wirklich geärgert hat, und zwar von Grün, eigentlich war es nur der Herr Ellensohn, der Herr Vettermann hat ja gar nichts dazu gesagt: Sie haben gesagt, es sei ja jeder gegen das Autonomiepaket, auch die ÖAABler, und die Klassenschülerhöchstzahl und bli bla blö. Wir als ÖVP haben einen Antrag eingebracht, dass die Klassenschülerhöchstzahl beibehalten bleiben soll. Und jetzt raten Sie, wer den im Gemeinderat abgelehnt hat? Grün und Rot. Ich gratuliere! (Beifall bei der ÖVP.)

Zum sonderpädagogischen Förderbedarf: Ja, stimmt, er muss gedeckelt werden, denn man kann nur das Geld ausgeben, das es gibt. Ich darf Sie noch einmal kurz an diese Geschichte von dem Schüler erinnern, der fein- und grobmotorische Schwierigkeiten hat, das heißt, Probleme beim Schreibenlernen, Zahlenschreiben, und so weiter hat, der in der 1. Klasse keine Förderung bekommt, weil er nicht schlecht genug ist. Und jetzt nehmen Sie dazu das Programm, das sich die Stadt Wien zum sonderpädagogischen Bedarf überlegt hat. Nur ein

Kind, das zwei Mal sitzen bleibt, hat einen Anspruch auf sonderpädagogischen Bedarf. Jetzt ist es aber so, dass man sich in der 1. Klasse Volksschule als Elternteil oder als Elterngemeinschaft in der Klasse für eine alternative Beurteilung entscheiden kann oder nicht. Entscheidet man sich für eine alternative Beurteilung, kann der Stadtschulrat sagen, diese Klasse wird bis zur 4. Klasse nicht mit Noten beurteilt. Das heißt, dieses Kind, bei dem jetzt in der 1. Klasse feinmotorische oder grobmotorische Schwierigkeiten erkannt werden, muss 2 Mal in der 4. Klasse sitzen bleiben, damit es eine Förderung kriegt, und dann ist es wahrscheinlich immer noch nicht schlecht genug. Ich meine, wen verarschen Sie hier gerade? (Beifall bei der ÖVP.) Entschuldigung (in Richtung Vorsitzende GRin Gabriele Mörk), ich nehme einen Ordnungsruf hin, ich sage es gleich, ich habe mich entschuldigt, veräppeln wollte ich sagen. Verzeihung. Ja, ich werde echt emotional bei diesen Sachen, da ich wirklich nicht verstehe, in welche Richtung Sie da gerade gehen.

Und dann noch ganz kurz zum Bischof-Faber-Platz. Man kann es ja absichtlich falsch verstehen. Da sind Eltern, die wirklich konstruktiv mit Ihnen arbeiten wollen, dann versprechen Sie diesen, sie werden in die laufenden Planungen einbezogen, und der Kollege Vettermann steht dann draußen und sagt, die Planungen, wir präsentieren dann eh den Eltern den Raumplan. - Das ist nicht Einbeziehen, das ist Informieren, aber es war ein Einbezug, ein gemeinsamer Austausch ausgemacht, und nicht ein Drüberfahren über die Eltern. - Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Frau GRin Schwarz hat sich ja selbst den Ordnungsruf erteilt. Ich kann das nur unterstreichen und bestätigen.

Ich darf dem nächsten Redner das Wort erteilen. GR Vettermann ist zum zweiten Mal zu Wort gemeldet. Redezeit 20 Minuten.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Liebe KollegInnen!

Eigentlich hat mich ja die Kollegin Meinel-Reisinger zur zweiten Wortmeldung veranlasst, da aber nun doch einiges gekommen ist, sage ich zu den anderen Punkten auch ganz kurz etwas.

Zur Kollegin Schwarz: Es ist so, wir haben 2,5 Prozent Deckel, wir haben 4,7 Prozent SPF festgestellt. Es ist klar, dass sich das nicht ausgeht. Ihr prinzipieller Denkfehler ist aber, dass man einen sonderpädagogischen Förderbedarf braucht, um Förderung zu bekommen. Es gibt auch Förderungen, wenn man keinen SPF hat, es gibt Begabtenförderung, und so weiter. Es gibt Kommissionen, die das feststellen, und da kann es immer einmal vorkommen, dass man rein- oder rausfällt, aber auf alle Fälle ist es so. Man braucht keinen SPF, um gefördert zu werden. Wir fordern immer, dass man uns diesen entsprechenden Bedarf, die 4,7 Prozent auch abdeckt, wir bekommen aber nur 2,5 Prozent, da werden sie uns ja hoffentlich unterstützen. So ist das zu sehen.

Es ist klar, dass die AHS, so wie Sie es gesagt haben, deutlich besser ist. Damit ist das auch klargestellt. Das spricht aber nicht gegen eine gemeinsame Schule, sondern würde das Argument ja sogar unterstützen. Zum

Geld der LehrerInnenressourcen muss man sagen, das ist ja jetzt schon nicht mehr nur auf LehrerInnenkonferenzen beschränkt, sondern auch auf Schwerpunkte, die sich die Schule gibt, auf entsprechende zentrale Fächer, und soll ja, wenn die Autonomie so kommt, wie vorgesehen, überhaupt gänzlich autonom werden. Daher sehen Sie da aus Ihrer Sicht ja einer frohen Zukunft entgegen. Und wenn Sie sagen, das Kinder- und Jugendparlament redet nur über den Park, stimmt das einfach nicht. Ich kenne zum Beispiel das Jugendparlament in der Josefstadt, wo auch entsprechende AHS dabei sind, und die reden nicht nur darüber, wie sie ihren Vorhof bemalen - was allerdings bei Volksschulen tatsächlich öfters der Fall ist. In dem Modell, das ich vor Augen habe, soll es natürlich um allgemein politische Äußerungen der Kinder- und Jugendparlamente, in dem Fall vermutlich der Kinderparlamente gehen können, aber auch Kinder unter entsprechend pädagogischer Anleitung durchaus zu allgemein politischen Themen etwas sagen.

Zu den Kollegen Amhof und Aigner: Das war ja jetzt aus meiner Sicht relativ unpolemisch dargestellt und eigentlich ein guter Diskurs. Beim Kollegen Amhof habe ich mir allerdings ein bisschen schwer getan, dem tieferen oder durchgängigen Sinn zu folgen. Ganz allgemein kann ich zu zwei, drei Dingen, die gekommen sind, doch etwas sagen.

Die Schwierigkeiten, Verträge und dergleichen zu verstehen, gibt es tatsächlich. Die haben aber auch Erwachsene, das haben nicht nur die SchulabgängerInnen. Das haben auch 30-Jährige oder 50-Jährige, das ist ein gesellschaftliches Phänomen. Dem stehe ich kritisch gegenüber, ich möchte es auch in der Schule lösen, aber man kann nicht so tun, als würden es alle verstehen, nur die, die jetzt aus der Schule kommen, nicht. Das wäre falsch.

Was die PPP-Modelle betrifft, muss es sicher Gespräche geben, da das die Bezirke in einer anderen Art als die bisherigen Modelle belastet. Wenn man das ewig fortschreibt, wird sich das nicht ausgehen. In diesem Sinne bin ich auch guten Mutes, dass es hier zu einer Lösung kommen wird, die wie auch immer aussehen kann, aber auf alle Fälle werden die Bezirke auch eingebunden werden, wenn diese Modelle entsprechend vorschreiten.

Zum Kollegen Aigner noch gesagt: Bei den DirektorInnenbewerbungen gebe ich ihm absolut recht. Die Assessments haben ja sogar dazu geführt, dass manches Mal aufgehoben wurde, da man gesagt hat, von den drei kann es niemand. Das ist zwar jetzt auch keine Supersache und eigentlich eine Frage, die man kritisch hinterfragen kann. Aber ich bin genau deshalb für Assessments, da es auch solche Rückmeldungen geben kann, bei denen man dann neu ausschreiben muss, egal, woher oder von welcher Couleur alle drei, die nicht geeignet sind, kommen. Dementsprechend unterstützen wir ja diese Möglichkeit so massiv und werden das auch vorantreiben.

Aber jetzt zur Kollegin Meinel-Reisinger: Ja, klar, ich gebe Ihnen vom Prinzip her total recht, dass das eine wichtige Sache ist. Ich weiß ja nicht genau, welche Lin-

ken das waren, zumindest kenne ich keine SozialdemokratInnen. Ich selber bin ja ursprünglich marxistisch inspiriert und weiß, dass die Logik von Karl Marx, vom dem eines seiner berühmten Werke „Das Kapital“ ist, ja ein bisschen anders war. Der hat gesagt, man muss zunächst einmal verstehen, wie der Kapitalismus funktioniert, ehe man ihn kritisiert, und dann vielleicht versuchen, ihn zu überwinden. Aber dass man ihn erst versteht, ist sozusagen eine Grundvoraussetzung dessen, dass man sich überhaupt fachlich, sachlich damit auseinandersetzen kann. In diesem Sinn rennen Sie bei mir offene Türen ein, dass man Grundlagen - allerdings tatsächlich wertneutral, soweit es möglich ist - darstellt, um darauf aufbauend einen gesellschaftlichen Diskurs führen zu können.

Ich möchte aber sagen, es geschieht ja schon einiges in Wien. Wir gewinnen alle möglichen Sachen, zum Beispiel die EuroSkills, wir sind EuroSkills-Weltmeister. Wir haben eine eigene Schiene für Entrepreneurship, das Europa-Büro läuft gut, setzt auch in allen Schulen Aktivitäten. Es gibt Smart Branches, wo Unternehmer in alle Schulen kommen, und mit allen Schulen meine ich jetzt nicht nur HAK und berufsbildende Schulen, sondern auch Volksschulen, NMS. Es gibt einen Businessplan-Wettbewerb. Das heißt, es geschieht in einer breiten Form etwas. Trotzdem kenne ich auch die Studie, die Sie zitiert haben. Dazu muss man zwei Sachen sagen. A, wir sind teilweise Weltmeister, B, die Unternehmer kommen, wir fördern Entrepreneurship und die Ergebnisse schauen so aus, wie sie ausschauen. Daraus leite auch ich ab, dass wir, was die Massenverbreitung dieses Wissens betrifft, etwas tun sollten und müssen. Da werden wir uns vielleicht auch finden, dass wir hier gemeinsam einen Schritt vorankommen. - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Wir kommen zu Postnummer 5. Auch hier gibt es eine getrennte Abstimmung.

Wer für Punkt 1 der Postnummer 5 ist, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von FPÖ, SPÖ, GRÜNEN gegen die Stimmen von ÖVP und NEOS mehrstimmig so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 2. Wer dem Punkt 2 seine Zustimmung gibt, darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS und FPÖ mehrstimmig so angenommen.

Bei dieser Postnummer kommen wir jetzt auch noch zur Abstimmung von einer Reihe von Anträgen.

Beschlussantrag der NEOS, GR Wiederkehr und weitere Gemeinderatsabgeordnete, betreffend Persönliche Assistenz. Hier wird die Zuweisung beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen zum Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderätin Schwarz betreffend Kindergar-

tenplätze. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Dieser Antrag wird von ÖVP und NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat somit nicht die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen zum Beschluss- und Resolutionsantrag der Gemeinderätinnen Schwarz und Kugler betreffend verpflichtendes Elterngespräch. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist ebenfalls mit Stimmen ÖVP und NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE. Dieser Antrag hat nicht die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen zum Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderätin Schwarz betreffend Volksschule Bischof-Faber-Platz. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Dieser Antrag wird von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE unterstützt und hat damit nicht die ausreichende Mehrheit.

Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-Gemeinderäte Juraczka, Aichinger und Schwarz betreffend Standortangebot an die Central European University in Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen der ÖVP gegen NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE und hat somit nicht die ausreichende Mehrheit.

Beschluss- und Resolutionsantrag der Gemeinderäte Juraczka, Schwarz, Nepp, Krauss, Meinel-Reisinger, Wiederkehr betreffend gesetzliche Implementierung des Schülerinnen- und Schülerparlaments. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Dieser Antrag wird von ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE unterstützt und hat damit nicht die ausreichende Mehrheit.

Beschlussantrag der GRin Meinel-Reisinger und weiterer Gemeinderatsabgeordneter betreffend Gesamtstrategie für Wirtschaftsbildung in Wien. Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Der Antrag wird von ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE unterstützt und hat damit nicht die ausreichende Mehrheit.

Und der letzte Beschlussantrag zu dieser Postnummer, eingebracht von NEOS, GRin Meinel-Reisinger und weitere Gemeinderatsabgeordnete betreffend Fortbildungsoffensive unternehmerische Bildung. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Der Antrag wird von ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE unterstützt und hat somit nicht die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 6. Wer der Postnummer 6 seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Hier sehe ich eine Einstimmigkeit.

Auch bei dieser Postnummer gibt es einen Beschlussantrag, eingebracht von den NEOS, GR Wiederkehr und weitere Gemeinderatsabgeordnete betreffend Verwaltungszuschüsse für Kindergärten. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Der Antrag wird von NEOS und FPÖ gegen ÖVP, SPÖ und GRÜNE unterstützt und hat damit nicht die ausreichende Mehrheit.

Wir kommen nun zu Postnummer 11. Hier gibt es wieder eine getrennte Abstimmung.

Wer dem Punkt 1 der Postnummer 11 seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu Punkt 2 der Postnummer 11. Wer dem Punkt 2 seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von SPÖ und GRÜNEN gegen ÖVP, NEOS und FPÖ mehrstimmig so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 12. Wer der Postnummer 12 seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das wird von SPÖ und GRÜNEN gegen ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt und ist somit mehrstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlung über die Geschäftsstücke 1, 2, 3 der Tagesordnung, sie betreffen Subventionen im Bereich der Integration und Diversität, zusammenzuziehen und die Abstimmung getrennt durchzuführen. Gibt es dagegen einen Einwand. - Das sehe ich nicht. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi**: Ich ersehe um Zustimmung für die vorliegenden Akte.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich eröffne Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz.

GRin Angela **Schütz** (FPÖ): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Alle Jahre wieder breitet sich die Subventionsgießkanne der rot-grünen Stadtregierung über die gleichen Vereine in einem nicht enden wollenden Füllhorn aus. Wir haben hier schon mehrfach angemerkt, dass private Initiativen in Vereinen eine willkommene Sache sind. Sie sind ein Dienst an der Gesellschaft, der eben privat ist, privat bleiben soll und daher auch zu begrüßen ist. Das heißt aber auch konkret, wer sich engagiert, der darf eben nicht das Geld von Steuerzahlern benutzen, verteilen oder ausgeben.

Wie schaut es aber tatsächlich in Wien aus? Ganz anders. In der Stadt Wien wird ein Verein nach dem anderen aus dem Boden gestampft, die meisten bieten das Gleiche an und nur ganz wenige etwas Besonderes. Für die angebotene Arbeit benötigt man natürlich Personal und Kapital, und weil keiner etwas aus seiner eigenen Tasche begleichen möchte und das Klientel, das er betreut, nicht hergeben möchte, muss es eben der Steuerzahler berappen. Das ist die Mentalität. Man wen-

det sich dann einfach an die Stadt und dann bekommt man jährlich eine Subvention, so lange man halt in dieser Stadt genehm geduldet wird.

Und hier möchte ich schon ganz massiv die Kritik wiederholen, die wir jedes Jahr haben und die wir immer wieder vorbringen, dass wir dieses System der Subventionspolitik an Vereine, die sich ausnahmslos nicht aus eigener Kraft finanzieren können oder wollen, massiv ablehnen.

Es soll und es kann auch nicht Aufgabe der Stadt sein, alles und jeden zu finanzieren. Das ist ganz egal, ob es hier ein paar Tausend Euro, 10.000, 100.000 oder ein paar Millionen Euro sind. Meistens ist Wien nicht der einzige Geldgeber, sondern es gibt ja dann auch noch Mittel aus dem Bund, aus der EU, aus diversen Trägerorganisationen, von privaten Vereinen und anderen Quellen, die dann auch noch in diese Vereinsarbeit zusätzlich zu den Mitteln der Stadt Wien einfließen. Es ist einfach unerträglich geworden, dass wir für jede Aufgabe, die eigentlich die Stadt erledigen sollte oder müsste, entweder einen eigenen Verein gründen, den man auslagert, sodass er der Kontrolle des Gemeinderates oder Landtages entzogen ist, oder dass wir die Geldmittel einfach an Vereine, die wir ja schon haben, verteilen, damit wir dort den Geldsegen auch rechtfertigen können. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sei es zum Beispiel der von Frau Dr. Struppe - das ist die Leiterin der MA 17 - gegründete Verein Interface, der inzwischen von der Stadt Wien fast 2 Millionen EUR Subvention für Deutschkurse, Nachhilfe und Lerngruppen bekommt, sei es der Verein Birlikte Ögrenelim, der fast 160.000 EUR erhält und in etwa dasselbe Spektrum abdeckt, oder aber der Verein Hemayat, der Folter- und Kriegsoffer betreut und dafür 30.000 EUR kassiert.

Zu letzterem Verein würde ich sagen, prinzipiell sind die Inhalte dieses Vereins begrüßenswert, da es eine spezielle Einrichtung und vor allem auch für Kinder ist, aber, wie ich vorher schon ausgeführt habe, wenn es bei privaten Spenden oder Zuwendungen aus der EU bliebe, was nicht der Fall ist. Außerdem können diese Institution nur wenige Leute nützen und das Ergebnis ist auch nicht immer nachhaltig. Ich möchte schon hier an dieser Stelle auch einmal sagen, dass es in Wien schon viele Kinder und Jugendliche und auch Frauen gibt, die sehr wohl auch traumatisiert sind, aber das Angebot dieses Vereins zum Beispiel nicht nützen können. Die Stadt Wien hat selbst spezielle psychotherapeutische Einrichtungen und Institutionen, die diese Aufgaben sehr wohl lösen und übernehmen könnten. Ich erinnere, in diesem Verein geht es um Traumaarbeit, Beratung, Psychotherapie, Shiatsu, wir haben da wirklich gute Institutionen, die gerade für Erwachsene diesen Aufgabenbereich sehr wohl übernehmen könnten.

Damit komme ich schon zu dem großen Defizit, das wir in dieser Stadt haben und das die Stadtregierung verursacht hat. Das größte ist, dass die Psychotherapie für Kinder und Jugendliche massiv ausgehungert worden ist. Diese Tatsache rechtfertigt für mich noch nicht eine Subvention an den Verein Hemayat, sondern sie zeigt auf, dass hier endlich etwas von den Verantwortlichen zu

ändern und zu tun ist. Wir sollten die Mittel lieber genau in den Bereich stecken, wo wir etwas für die Allgemeinheit tun, etwas, was sozusagen allen zu Gute kommt. Diese Vereine, die wir da heute auf der Tagesordnung haben, zeigen einmal mehr auf, dass die sozialistische Integrationspolitik in allem und jedem vollkommen gescheitert ist, daher werden wir diese Projekte ablehnen.

Zusammenfassend kann ich nur eines sagen: Schluss mit der Vereinsmeierei, Schluss mit den Rundum-Sorglospaketen in dieser Stadt, und vor allem keine Finanzierung auf Schuldenbasis auf Kosten unserer Kinder. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Akcay. Ich erteile es ihr.

GRin Safak **Akcay** (SPÖ): Sehr geehrte Vorsitzende! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werter Stadtrat!

Ich sage es immer wieder, wenn ich hier stehe, die Vereine, über die wir heute reden, Hemayat, Miteinander Lernen und Interface - wobei Interface ja ein Bildungsträger und Partner eines „Start Wien“ Programms ist - haben nun einmal die Expertise und bestehen ja schon seit mehreren Jahren, manche über 30 Jahre.

Fakt ist, dass diese Vereine einen großen Beitrag für ein gutes Zusammenleben in dieser Stadt leisten und damit auch zur Lebensqualität beitragen. Sie unterstützen die ehestmögliche Integration und tragen einen erheblichen Teil zur Sichtbarmachung von Lebenssituationen sozial benachteiligter Menschen bei. Nur so ist nämlich auch ein respektvolles Miteinander auch möglich, meine Damen und Herren! Und was macht die FPÖ? Sie macht wie immer diese wertvolle Arbeit der Vereine einfach klein oder schlecht. Ich denke, dass es wirklich an der Zeit wäre, meine Damen und Herren, wenn die KollegInnen der FPÖ endlich den Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, auch einmal auf einer gleichen Augenhöhe begegnen. Denn dank der guten Kooperationen mit den Vereinen sichert man auf der einen Seite, dass unterschiedliche Personen dadurch erreicht werden, und auf der anderen Seite, dass das Angebot von allen angenommen werden kann.

Für mich, meine Damen und Herren, gilt es, das Positive in den Vordergrund zu stellen und für uns und unser Wien zu arbeiten und nicht gegen die Menschen dieser Stadt, denn wir wollen die Lebenssituation der Wienerinnen und Wiener mit unseren Maßnahmen sicher in die Zukunft führen. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu Wort gelangt Frau GRin Mag. Ei-Nagashi.

GRin Mag. Faika **Ei-Nagashi** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Schütz, ich habe wirklich gehofft, dass Sie das heute nicht machen, dass Sie uns das ersparen, dass Sie sich, wenn es eigentlich um die ausgezeichnete Arbeit von drei Vereinen geht und um die sehr wichtige *(StR Anton Mahdalik: Meinungspluralismus!)* Integrationsarbeit, die die Stadt Wien fördert und unterstützt, und damit ganz klar ein Signal setzt und ein Zeichen, wie wir Integrationspolitik angehen, nicht schon

wieder hier herstellen und alles nur schlechtreden. Und genau das machen Sie, Sie reden alles schlecht und behaupten Sachen. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Es geht nur um das Faktenaufzeigen!*) - Ich komme noch zu Ihren alternativen Fakten. - Was mir besonders leid tut, ist, dass Sie sich überhaupt nicht auf die Arbeit der Vereine beziehen, auf die ausgezeichnete Arbeit der Vereine. Und Ihre Behauptungen oder Ihren Ärger oder Ihren Grant oder Ihren Unmut über Rot-Grün oder über Rot, über das, was die Stadt Wien macht, vermischen Sie mit dem, was Sie über die Vereine und über die Arbeit der Vereine sagen. Und das ist sehr, sehr schade.

Tatsächlich habe ich mir ein paar Notizen zu dem gemacht, was Sie gesagt haben, und ich werde das jetzt sehr gerne Punkt für Punkt durchgehen und werde das jetzt ein bisschen paraphrasieren, was Sie hier in den Raum gestellt haben, damit wir so ungefähr die Argumentationslogik in Ihrer Rede nachvollziehen können.

Was haben Sie hier alles behauptet: Zum einen haben Sie gesagt, da werden irgendwelche Vereine aus dem Boden gestampft. In dieser Diktion: „werden Vereine aus dem Boden gestampft“. Warum ist das notwendig, dass Sie sich in dieser Art und Weise über die Vereine äußern? Den Verein Miteinander Lernen gibt es seit über 30 Jahren, wo wurde da was aus dem Boden gestampft? Seit über 30 Jahren. Den Verein Hemayat, das werden Sie sicher wissen, gibt es auch seit 1995. Und Interface gibt es auch nicht erst seit gestern. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Und alle haben sie nichts erreicht!*) - Herr Jung, bitte, ich höre schon eine eigene Wortmeldung hier bei Ihnen. - Also aus dem Boden gestampft wurde gar nichts. Worum ist es Ihnen dann gegangen? Mit Ihrer schlechten Stimmung hier alles schlechtzureden.

Dann meinen Sie, es wären irgendwie immer dieselben Vereine. Ja, es sind immer dieselben Vereine, weil das die Vereine sind, die gut arbeiten. Ja, wenn Sie sich mit der Arbeit der Vereine beschäftigt hätten, dann wüssten Sie ja, dass sie ihre Arbeit gut machen.

Und warum machen sie ihre Arbeit gut? Hemayat ist eine Spezialeinrichtung, es gibt keine andere Einrichtung, die diese Arbeit auffangen könnte. Es ist eine Spezialeinrichtung im Bereich Traumatherapie und der Arbeit mit Kriegs- und Folterüberlebenden. Die Überlebenden von Krieg und Folter. Und ich würde Sie wirklich darum bitten, Frau Schütz, seien Sie einmal ein bisschen stolz! Seien Sie einmal ein bisschen stolz auf das, was die Vereine in dieser Stadt an großartiger Arbeit machen. Und das ist etwas, das der Verein Hemayat zum Beispiel macht, mit großem Engagement.

Sie haben dann gemeint, das ist eine Arbeit, die die Stadt erledigen sollte. Jetzt stelle ich Ihnen, wie schon beim letzten Mal, die Frage: Würde die Stadt diese Integrationsarbeit machen, wären Sie dann dafür? Würden Sie dann zustimmen? Stört Sie tatsächlich die Struktur, dass es Vereine sind, NGOs, ausgegliedert, die diese Arbeit übernehmen, und nicht die Stadt? Ich glaube nicht, dass es Ihnen darum geht. (*StR Anton Mahdalik: Sie glauben eine ganze Menge!*) - Was glauben Sie, wie viel Sie erst glauben! - Das wäre Ihnen vollkommen egal.

Darum geht es also nicht. Aber Sie machen hier so ein Paket an Kritik und an Vorwürfen, und das alles trifft die Vereine. Und weil es die Vereine vollkommen ungerechtfertigterweise trifft, stelle ich mich hier her und habe diese Diskussion mit Ihnen.

Was sagen Sie noch? Es würden nur wenige Leute nutzen. Vielleicht haben Sie sich das angesehen, vielleicht auch nicht. Hemayat: über 6.000 Beratungsstunden im Jahr, über 700 Menschen in Beratung, davon fast die Hälfte Frauen. Worum geht es da? Um die Unterstützung von Frauen und spezielle Angebote für Kinder und für Jugendliche. Das sind Frauen, das sind Kinder und Jugendliche, die selber betroffen und Opfer von Folter und von Kriegen sind, für die ein spezielles Angebot entwickelt wird. Und es geht tatsächlich um die Verhinderung und um die Behandlung von Folter- und Kriegsleiden. Natürlich können selbstverständlich alle Menschen in der Stadt, die davon betroffen sind, dieses Angebot wahrnehmen. Das können natürlich alle Menschen, aber das ist eine Spezialeinrichtung für Folter- und Kriegsüberlebende, die mit großem Engagement von Ärztinnen und Ärzten, von Psychologinnen und Psychologen und von Therapeutinnen und Therapeuten betrieben wird. Und das ist ein sehr wichtiger Integrationsbeitrag. Die Arbeit des Vereines beinhaltet Diagnose, Gutachten, Beratung, Krisenintervention, Psychotherapie, Rehabilitation und Kunst- und Körpertherapie - das, was Sie so abfällig dann immer noch mit bla, bla, bla erwähnen, und Shiatsu. Das ist Körpertherapie, die hier für Überlebende von Folter und Kriegstraumatisierungen angeboten wird. (*GR Dominik Nepp: Ich hätte auch gerne eine Gratis-massage. Ich muss zahlen!*)

Die Psychotherapie für Kinder würde ausgehungert werden: Das ins Treffen zu bringen, wenn es darum geht, Vereine, die einen ganz wichtigen Beitrag leisten, zu fördern, vermischt verschiedene Bereiche miteinander. Sie wollen in diesem Bereich keine positive Entwicklung, Sie wollen in diesem Bereich keine Arbeit leisten.

Sie widersprechen sich selbst permanent im Laufes eines Tages, wenn Sie heute in der Früh den Bildungsbericht angesprochen haben und wie wichtig es hier wäre, Integrationsmaßnahmen zu setzen, und gleichzeitig Einrichtungen, die ganz stark im Bildungsbereich Integrationspolitik machen, wie Interface zum Beispiel, dann nicht finanzieren wollen, nicht fördern wollen, und eigentlich auch gar nicht als einen wichtigen Beitrag erkennen. Denn was macht Interface anderes, als im Bildungs- und im Beratungsbereich tätig zu sein? Interface ist ein ÖSD-Prüfungsinstitut. Es werden Kurse für junge Menschen angeboten, auch für Erwachsene, für Eltern. Es gibt den Schwerpunkt „Sowieso Mehr!“, das sind die Sommer-Deutschkurse, die stattfinden, die werden alle von Interface durchgeführt. Es gibt ein Startcoaching, und das ist mehr oder weniger eine Integrationsbegleitung, also auch etwas, an dem Ihnen eigentlich liegen müsste.

Und zu guter Letzt der Verein Miteinander Lernen, der Verein Miteinander Lernen ist eine Frauenorganisation, eine Migrantinnenorganisation. Eigentlich sollte Ihnen das ein Anliegen sein, es geht dem Verein zentral um die Stärkung der Selbstständigkeit und der Unabhängigkeit von

Frauen, und zwar von Frauen, die in Wien leben. Das ist anscheinend nicht Ihre Zielgruppe.

Uns sind die Frauen in dieser Stadt sehr, sehr wichtig, deswegen fördern wir dieses Projekt und die anderen integrationspolitischen Projekte, denn wir machen tatsächlich Integrationspolitik, im Gegensatz zu Ihnen. Sie sind tatsächlich die Integrationsverweigerer und Integrationsblockierer. Und noch einmal: Seien Sie ein bisschen stolz auf die Arbeit dieser Vereine in dieser Stadt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Aigner. - Bitte.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin El-Nagashi, das kann man natürlich so nicht stehen lassen. Ich glaube, es gehört einfach zum Wesen des Diskurses, dass es hier Pro- und Kontra-Rede gibt, und ich weiß nicht, wieso Sie immer Kolleginnen, die natürlich einen anderen Zugang zu den Dingen haben, die ja auch andere Wähler repräsentieren, so maßregeln. Ich weiß schon, das Liebste wäre Ihnen, wenn man einfach nichts redet und nur dagegen stimmt, solange das noch gestattet ist.

Frau Kollegin Schütz hat Ihnen ja auch gezeigt, was wir grundsätzlich kritisieren. Grundsätzlich kritisieren wir nicht nur im Integrationsbereich, sondern auch im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit diese Vereinsmeierei. Ich habe Ihnen das hier schon mehrfach gesagt, ich sage es gerne heute auch noch einmal. Das sind ja keine echten Vereine, wo sich die Zivilgesellschaft selbst zusammenschließt, wo ehrenamtliche Vereinsmitglieder etwas beibringen, das sind ja vielfach Dinge, wo kaum ehrenamtlich Tätige sind, sondern wo auch Angestellte tätig werden, wo keine Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden. Schauen Sie sich einmal einen richtigen Verein an, der bekommt nichts von der Stadt, oder kaum etwas, das zahlen die Mitglieder. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man kann und soll sich ehrenamtlich engagieren, und das geschieht in sehr vielen Fällen, wo sich eben die Zivilgesellschaft organisiert. Das, was aber hier großteils stattfindet, ist, dass kommunale Aufgaben, die zu 100 Prozent öffentlich finanziert werden, nicht von der Kommune direkt erbracht werden, sondern im Wege von Vereinen, die ja oft gar nicht so offen sind, dass man da beitreten könnte. Es ist eben nicht so, dass das offen ist für Menschen, die ein Interesse haben. Wenn Gemeinderäte dieses Hauses nicht einmal Mitglied des Vereins der Freunde der Donauinsel werden dürfen, da sieht man schon, wie weit es mit dem Einbau der Zivilgesellschaft her ist. (*Beifall bei der FPÖ.*) Im Verein Kunst und Kultur für die Wiener Berufsschüler ist es Mitgliedern des Gemeinderates bis heute nicht gestattet worden, Mitglied zu werden, weil Sie eben unter sich sein wollen. Das ist eine rot-grüne Partie, da können Sie Jobs schaffen, und so weiter, und gegen diese Vereinsstruktur verwehren wir uns einmal grundsätzlich. Das sind auch gute Argumente, die man nicht oft genug wiederholen kann.

Zu den konkreten Geschichten mit der Integration: Wenn das alles so erfolgreich wäre, dann hätten wir doch nicht diese desaströsen Ergebnisse. Sie müssen ja

schon selbst einräumen, dass wir diese Parallel- und Gegengesellschaften haben, die jeder mit den Augen sehen kann, der durch unsere Stadt geht. Das heißt also, wenn die Integrationspolitik so erfolgreich wäre, dann hätten wir ja die Zustände nicht, da müssten ja die Vereine auch einen Beitrag geleistet haben. In Wirklichkeit bilden sich Subkulturen, man bleibt unter sich, und so weiter, jeder hat so seine Spielwiese, das ist genau das Gleiche. (*GR Prof. Harry Kopietz: Wie bei den Burschenschaftlern!*) Im Endeffekt ist das nicht Integration, es werden auch nicht unsere Werte vermittelt, denn sonst hätten wir ja auch die Probleme in den Schulen nicht. Und diese sind ja mittlerweile so arg, da können Sie, selbst wenn Sie noch so bewusst wegschauen, nicht sagen, dass Ihre sogenannte Integrationspolitik erfolgreich ist.

Letztlich ist die Grundsatzfrage, die man sich ja schon auch stellen muss, ob man aus gewissen Kultur- und Religionskreisen Menschen in dieser Zahl auch integrieren kann. Ich glaube, dass das nicht möglich ist. Ich glaube, dass wir da wirklich schon längst eine Belastungsgrenze erreicht haben, dass man sich wahnsinnig schwer tut, Menschen aus diesem ganzen Mittleren und Nahen Osten, Menschen aus dem Orient in dieser Zahl und in dieser Fülle zu integrieren. Da können Sie noch so viele Vereine gründen, es wird uns nicht gelingen. Und die negativen Folgen sehen wir vom Kindergarten über die Schulen bis zu unseren öffentlichen Plätzen, wo man sich wirklich nicht mehr wohlfühlt. Das Scheitern Ihrer sogenannten Integrationspolitik ist leider tagtäglich mit Händen und Augen und mit allen Körperorganen fühlbar geworden (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dipl.-Ing. Omar **Al-Rawi**: Ich muss mich als jemand melden, der selbst aus dem Nahen Osten stammt und von dem der Dr. Aigner der Meinung ist, dass man diese Leute, wenn sie in großen Mengen da sind, nicht integrieren kann. Jetzt muss ich mich als Berichterstatter ein bisschen zusammenreißen und bitte trotzdem um Zustimmung. Es geht hier immerhin um Vereine - die Frau El-Nagashi hat es ja schon erzählt -, die es schon lange gibt. Ein Verein ist 30 Jahre alt, wer lange in der Integrationsszene tätig ist, weiß, wie lange Interface und wie lange Hemayat schon tätig sind, 1990 gegründet. Da geht es nicht um irgendwelche Vereine, die jetzt aus dem Boden gestampft worden sind, und ich ersuche um Zustimmung. - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 1. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 1 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist gegen die Stimmen der FPÖ von den anderen Parteien mehrstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 2. Ich bitte jene Damen und Herren, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist gegen die Stimmen von FPÖ und ÖVP mehrstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 3. Jene Damen und Herren, die der Postnummer 3 ihre Zustimmung geben wollen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Gleiches Abstimmungsverhältnis, gegen die Stimmen von FPÖ und ÖVP, mit den Stimmen von NEOS, GRÜNEN und SPÖ mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 13 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die gemeinnützige Community TV-GmbH. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag. Tanja Wehsely, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag. (FH) Tanja **Wehsely**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr StR Mag. Blümel. - Bitte.

StR Mag. Gernot **Blümel**, MBA: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Im Laufe dieser Woche hat die SPÖ-Wien eine Aussendung getätigt, mit dem Titel „Kein Geld für Schall und Rauch“, und hat dabei leider Gottes nicht den Verdienstzug für die rot-grüne Stadtregierung gemeint - das wäre nämlich angemessener gewesen -, sondern hat darauf hingewiesen, dass es kein Geld für Großveranstaltungen geben soll, wie beispielsweise die MTV Europe Music Awards, die eigentlich ein wichtiges Standortprojekt wären. Stattdessen beschließen wir jetzt unter diesem Tagesordnungspunkt 1,08 Millionen EUR für einen Fernsehsender, der ein paar Tausend Zuschauer hat und ein paar Hundert Leute im Internet. Aber, kein Geld für Schall und Rauch, wenn es um ein Großevent wie die MTV Europe Music Awards geht, denn bei diesem Event gibt es ja 20 Millionen Leute, die zuschauen, 75 Millionen Mal wird währenddessen die Website aufgerufen, 230 Millionen Mal wird das Video aufgerufen, und 2016, als sie in Rotterdam stattgefunden haben, wurde die Stadt Rotterdam in Zusammenhang mit diesem Event sage und schreibe 900 Millionen Mal in den sozialen Medien erwähnt, Umwegrentabilität zirka 30 Millionen EUR. Das ist eben nichts wert in Wien, denn Rot-Grün macht nichts für den Standort, und das ist verantwortungslos, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man könnte jetzt eine gerechtfertigte Diskussion darüber führen, ob MTV schon einmal relevanter war für die Musikbranche, ja, vollkommen richtig, aber dieses Event ist noch immer relevant genug für den Standort Wien, um für diese Stadt etwas an Umwegrentabilität zu bringen, an Arbeitsplätzen, und vor allem für den Tourismusstandort. Sie haben sich ja auch bei anderen Groß-Events nicht gescheut, Geld zu investieren, was ja auch okay ist. Beim Eurovision Song Contest hat die Stadt Wien sage und schreibe 11,7 Millionen EUR an Naturalleistungen zur Verfügung gestellt. Das ist auch okay, hat

auch viel gebracht, 100 Millionen EUR Werbewert im Gegenzug, nur die MTV Awards haben ebenfalls eine sehr große Relevanz, und warum das jetzt da nicht gemacht und mit zweierlei Maß gemessen wird, das kann ich einfach nicht verstehen. Ich halte es für fahrlässig, was den Standort Wien betrifft.

Ich darf zur Information für alle, die es nicht mitbekommen haben, aus dieser Aussendung der SPÖ - die Frau GRin Bluma hat ihren Namen dafür hergeben dürfen - zitieren: „Es gibt kein Steuergeld für Schall und Rauch. Warum sollte ein Wiener oder eine Wienerin etwas dazu beitragen, damit sich ein privates Unternehmen selbst darstellt?“ Nein, lieber geben wir 1,08 Millionen EUR für Okto TV aus. Super! Gratuliere! Großartig! Kein Geld für Schall und Rauch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weiter hinten in der Aussendung von der SPÖ heißt es dann, und das ist ein besonderes Bonmot: „Eine Geilomobil-Tour wäre für Wien in etwa so interessant wie die MTV Music Awards.“ Okay, ich verstehe den Witz an der Sache, wir haben auch eine sehr selbstbewusste Jugendorganisation, das ist richtig, aber im Gegensatz zu anderen Parteien schließen wir unsere Jugend nicht aus, sondern hieven sie in Ministerämter. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir sind aber auch nicht so überselbstbewusst, eine regionale Jugendkampagne mit den MTV Music Awards zu vergleichen. - Aber herzlichen Dank für dieses Lob, Frau Bluma. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sind nicht nur wir der Meinung, dass die Music Awards für Wien eine super Sache wären und der Tourismusstandort davon wesentlich profitieren würde. Ich darf dazu teilweise einen offenen Brief von der Wiener Top-Hotellerie an die Stadt vorlesen: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung! Wien hat die einzigartige Chance, im Jahr 2018 Gastgeber für die MTV Europe Music Awards zu sein. Packen wir die Gelegenheit beim Schopf. Machen wir Wien für ein Jahr zum internationalen Zentrum der Pop- und Jugendkultur. Das kann gelingen.“ - Und weiter unten heißt es dann: „Wir hoffen, dass die Stadt Wien die positiven Effekte und Strahlkraft der MTV Awards für den Tourismusstandort Wien erkennt und die notwendigen Schritte setzt. Hochachtungsvoll gezeichnet“ - nur damit Sie sehen, dass das jetzt nicht irgendjemand ist – „Horst Mayer - Grand Hotel, Simone Dulies - Hotel Bristol, Norbert Lessing - Hilton Hotels Wien), Ronald Diesenreiter - Hilton Stadtpark, Matthias Welzel - Hilton Plaza, Markus Hussler - Hilton Vienna Danube, Mario Habicher - Imperial, Brigitte Trattner - InterCont Wien, Dieter Fenz - Marriott Hotel, Peter Lorenz - Imperial Riding School Hotel, Philipp Pratl - Arcotel Kaiserwasser, Friedrich Infeld - Arcotel Wimberger, Sonja Bohrer und Petra Schönhart - Renaissance Hotel Wien, Reiner Heilmann - Sacher, Gabriele Benz - Le Méridien Wien, Oliver Braun - Gerstner Hospitality Group, Michael Pohn - Hotel de France, Daniela Reutterer - NH-Hotel Airport, Elisabeth Perwanger - Steigenberger Hotel Herrenhof, Bastian Becker - Melia Vienna“ - es geht noch ein bisschen weiter - „Alexander Moj - Sofitel Vienna Stephansdom, Roland Hamberger - Palais Coburg Hotel Residenz, Peter Knoll - Kempinski, Christian Zandonella

- Ritz Carlton Vienna, Monique Dekker - Park Hyatt, Angelika Ponecz - Falkensteiner Hotels.“

Aber nein, Rot-Grün sagt, das brauchen wir nicht, wir geben 1,08 Millionen EUR lieber für ein paar Hundert Leute bei Okto TV aus. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das sind Lobbyisten!)* Herzliche Gratulation, das ist Standortpolitik. *(Beifall bei der ÖVP. - (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Sie sind Lobbyisten für 5-Sterne-Hotels-Subventionierung!))*

Insgesamt muss man sagen, dass es eine verantwortungslose Haltung dieser rot-grünen Stadtregierung gegenüber dem Tourismusstandort Wien ist, das ist sowas von „Unhospitality“, wenn man das so sagen möchte, und deswegen bekommen Sie *(der Schriftführerin eine Statuette übergreichend)* den Award für den schlechtesten Gastgeber Europas. Herzliche Gratulation! *(Beifall bei der ÖVP. - Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen GRÜNEN und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Ich bitte um Ruhe. Zu Wort gelangt Herr GR Mag. Chorherr.

GR Mag. Christoph **Chorherr** *(GRÜNE)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt kurzfristig mit dem Kollegen Ellensohn getauscht, weil ich Ihnen dann in der Folge ein bisschen die Geschichte von Okto erzählen will - es ist ein gewisser Vorteil, wenn man schon länger im Haus ist -, da das ein sehr starkes Projekt war, das ich damals mit der Sozialdemokratie verhandelt habe. Deshalb habe ich auch einigen Gemeinderatsdebatten gelauscht, und es gab einmal einen ÖVP-Abgeordneten, das war der GR Franz Ferdinand Wolf, der 2006 zu Okto gesagt hat: „Wien braucht eine große Medienvielfalt, dazu gehören unter anderem auch Okto und Radio Orange.“ *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Das war 2006 die ÖVP, da hatte man noch mehr für Medienvielfalt über und hatte nicht - sagen wir es jetzt höflich - eine gewisse Verengung, wie sie die ÖVP jetzt hat.

Ich will Ihnen erzählen, wie das damals entstanden ist. Anfang 2000 waren die GRÜNEN in Opposition, da war eine Regierungsbeteiligung lange nicht absehbar. Damals haben wir mit der Sozialdemokratie einige - wie wir es damals genannt haben - rot-grüne Projekte vereinbart, bei denen man sich verständigt hat, auch als Oppositionspartei Akzente setzen zu können. Einige von diesen Dingen sind bis heute etwas, worauf Wien sehr stolz ist und was in Wien sehr gut funktioniert. Ich sage ein Beispiel: Es war der autofreie Stadtteil, der jetzt bald in sein 20. Jahr geht - in wenigen Wochen darf ich wieder eine Führung für internationale Städteplaner machen - und damals Vorreiter für eine Passivhaussiedlung war. In wenigen Tagen gibt es eine große Passivhauskonferenz in Wien mit, glaube ich, 2.500 Menschen. Und ein anderes Projekt war ein Community TV. Die Grundidee bestand darin, jungen Leuten eine Plattform zu bieten, damit sie eine mediale Kulturtechnik kennen lernen - schneiden, fernsehmachen, interviewen -, und das nicht nur erproben, sondern einem breiten Publikum anbieten. Das gibt es, einem breiten Publikum anbieten. Inzwischen gibt es dieses Okto TV seit vielen, vielen Jahren, es ist in ganz Europa unterwegs, ist das größte

Community-TV-Projekt Europas, ist bei vielen Konferenzen eingeladen, und, wenn Sie es vielleicht auch nicht wahrnehmen, man macht eine Reihe von Sendungen, die hervorragend bei Wettbewerben abschneiden. Es würde jetzt eine Weile dauern, alle Preise vorzulegen, die Okto-Sendungen neben dem ORF und anderen Privatsendern abräumt. Auch die Herausgeberschaft halte ich für eine ganz wesentliche Sache. Es war eine lange Diskussion mit der damaligen Stadträtin Laska, und ich glaube, wir sind heute alle froh, dass wir diese Konstruktion gewählt haben. Obwohl es zu einem beträchtlichen Teil von der Stadt Wien finanziell unterstützt wird, gibt es eine unabhängige Trägerschaft. Ein unstrittiger Journalist - der mittlerweile auch schon ein höheres Alter erreicht hat -, Armin Thurnher - er hat neulich einen hervorragenden Preis bekommen -, ist der Vertreter der Herausgeberschaft. Astrid Zimmermann, auch eine anerkannte Journalistin, ist ebenfalls in diesem Herausgeberkomitee, um auch sicherzustellen - und da verwehre ich mich auch ganz eindeutig und kühl gegen alle Unterstellungen -, dass hier parteipolitische Sendungen stattfinden. Das Gegenteil ist der Fall, es ist eine unabhängige Trägerschaft *(GR Dominik Nepp: Der AKP!)*, in der die Sendungsmacher diejenigen sind, die das inhaltlich gestalten. Daher gibt es auch ein sehr breites Spektrum. Im Vordergrund steht, dass Menschen selbst ermächtigt werden, ermutigt werden, sich mit diesem zentralen Bildmedium auseinanderzusetzen. Das sage ich jetzt 20 Jahre später. Wie wichtig das ist, sehen wir auf Social Media, wie stark auch Bewegtbild eine relevante Funktion hat. Und es ist eine Plattform, ich kann Ihnen jetzt nicht die exakte Zahl nennen, aber ich würde einmal sagen, 300, 400, 500, 600 Menschen machen dort selbst Fernsehen, organisieren sich selbst, erhalten eine technische Ausbildung, machen Websites und kriegen Grundkompetenz. Das ist sozusagen eine Medienschule, ohne Schule im behelrenden Sinn zu sein, das ist eine Infrastruktur in hervorragendem Ausmaß. Ich bin froh, dass es das gibt und verstehe nicht ganz den Furor der Gegnerschaft.

Ich könnte das jetzt mit einem Theater vergleichen, da wir leidenschaftlich für Theaterunterstützungen sind, damit es diese Theater gibt. Das ist auch eine Möglichkeit, sich in einer medialen Zeit zu artikulieren. Ich finde eigentlich grandios, was daraus geworden ist, nämlich dass heute viele nach Österreich kommen, um sich anzuschauen, wie das funktioniert, um sich anzuschauen, wie man Menschen einbindet, wie man auch mit dem technischen Wandel umgeht, der da passiert. Man kann stolz auf diesen Medienstandort Wien sein.

Abschließend zu den polemisch genannten Zahlen, die ich gar nicht wiederholen will, weil sie so absurd sind: Das Ziel war nie, mit dem ORF zu konkurrieren, sondern auch Sendungen zu bringen, die sonst kein so großes Interesse hervorrufen und keinem Quotendruck unterliegen. Aber 20.000 bis 30.000 Menschen pro Tag schauen auch Okto. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Offensichtlich aus Ihrer Sicht zu viele, denn sonst würden Sie sich nicht so aufregen.

Ich bedanke mich bei allen Macherinnen und Machern von Okto. Ich bedanke mich für die Herausgeber-schaft. Ich bedanke mich bei den vielen, die dort ehren-amtlich die Chance ergreifen, Fernsehen zu machen und der Wiener Medien- und Bildungslandschaft einen weite- ren Punkt hinzufügen. Ich freue mich, dass wir diesem erfolgreichen Projekt (*GR Mag. Wolfgang Jung: Das Projekt ist fast so erfolgreich wie die GRÜNEN!*) heute eine Unterstützung geben können, um es in die neuen Jahre zu führen. - Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster ist Herr GR Dr. Aigner zu Wort gemeldet.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich habe dem Kollegen Chorherr sehr aufmerksam zugehört. Wenn Sie das jetzt historisch betrachten, dann haben Sie aber eine Entwicklung ein bisschen ausge- blendet, nämlich dass sich die Medienkompetenz und die Technologie mittlerweile ganz massiv geändert haben. Ich meine, heutzutage stellen Zehnjährige etwas auf YouTube. Wenn ich mir bei mir in meiner Medientechni- kabteilung anschau, was da für Projekte gemacht wer- den, dann sage ich Ihnen ehrlich, das schaut professio- neller aus als dieses Projekt, das Sie uns als einen Bei- trag für die Erhaltung der Medienvielfalt verkaufen wol- len. (*Beifall bei der FPÖ und von StR Mag. Gernot Blü- mel, MBA.*)

Das geschieht also in anderen Bereichen, und Medi- enkompetenz ist ja auch eine wichtige Aufgabe der Schule. Wenn wir von der Medienvielfalt sprechen, dann sollten wir uns schon auch ein paar bedenkliche Entwick- lungen, die wir gerade gesehen haben, vor Augen füh- ren, etwa die Medienkonzentration im Printbereich, jetzt wiederum im Privatfernsehbereich die Übernahme von ATV durch eine deutsche Privatsendergruppe. Da hätte die Medienpolitik eine ganz massive Aufgabe. Natürlich ist es eher Bundessache, aber uns zu verkaufen, dass Okto TV, wo ein paar Hundert Leute zuschauen, alle aus Ihrer Community, teilweise braucht man dort Fremdspra- chenkenntnisse, um überhaupt den Sendungen folgen zu können ... (*GR Mag. Christoph Chorherr: Das ist ganz übel, Fremdsprachenkenntnisse! Das ist ein Skandal!*) - Ja, es gibt ja auch Sendungen auf Türkisch, oder? Also ich sage ganz ehrlich, das Okto ist kein Beitrag zur Me- dienvielfalt. Es ist, was es ist, es ist ein rot-grünes, in erster Linie ein grünes, Projekt, und als solches möchten und müssen wir es auch bezeichnen. Deswegen lehnen wir das schlichtweg ab. (*Beifall bei der FPÖ und von StR Mag. Gernot Blümel, MBA.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Bevor ich GR Vettermann das Wort erteile, möchte ich feststellen, dass Frau GRin Reif wieder anwesend ist.

Als Nächster ist Herr GR Vettermann zu Wort gemel- det.

GR Heinz **Vettermann** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Noch zu meinen Vorrednern, vor allem zum Herrn StR Blümel: Zuerst einmal muss man historisch gesehen feststellen, dass die ÖVP jahrelang für Okto gestimmt

hat, aber jetzt in einem Sinneswandel unerklärlichen Ausmaßes oder F-getrieben oder ich weiß nicht, warum, dagegen ist. (*Ruf bei der FPÖ: Jeder kann gescheiter werden!*) Franz Ferdinand Wolf hat übrigens sehr gut begründet, warum er das auch aus journalistischer Sicht unterstützen muss, er war damals Kultursprecher. - Wie auch immer. Kollegin Bluma übrigens verfasst ihre Aus- sendungen selbst und gibt nicht ihren Namen für irgen- detwas her; das muss ich schon auch klarstellen. Das war ein bisschen flapsig. (*StR Mag. Gernot Blümel, MBA: Das verstehe ich, dass Sie sich davon distanzieren! Das verstehe ich!*) Ich distanziere mich nicht von der Kollegin Bluma, sondern von Ihrer Aussage, dass sie nur ihren Namen hergibt, davon distanziere ich mich, nicht von der Kollegin Bluma, die ist ganz in Ordnung. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Was den MTV Award betrifft, ist die Gemeinde Wien noch im Gespräch. Man kann aber nicht sagen, egal, wie viel das kostet. Es muss natürlich das Preis-Leistungs- Verhältnis passen, als dass da Private einfach gefördert werden. Das muss man auch sehen. Natürlich kommen da sicher viele zur Stadthalle hin, aber wie viele werden das genau sein? (*GR Dominik Nepp: Sagt's das beim Life Ball dann auch?*) - Na ja, da gibt es schon einen kleinen Unterschied, denn sowohl der Life Ball als auch andere Veranstaltungen haben einen Fan-Kreis, der mitreist. Das ist ja bei MTV Award deutlich weniger der Fall. Es wäre aber zugegebenerweise ein schönes An- gebot für die Wienerinnen und Wiener. Wir werden schauen, ob es passt oder nicht. Das sollte aber nicht mit Okto ursprünglich und inhaltlich vermengt werden. Ent- weder es ist ein gutes Projekt oder nicht. Darüber stim- men wir eben ab.

Das Community TV - ich komme zum Kollegen Aig- ner - ist natürlich manches Mal auch in anderen Spra- chen, wenn man so will, weil eben für eine eigene Com- munity mitgesendet wird. Das, würde ich sagen, ist ja eigentlich mit eine der Überlegungen und Möglichkeiten, warum es das gibt. Mich schreckt es nicht, sondern ich finde es gut, dass es das auch gibt. Sie sagen, na gut, es ist ein grünes Projekt, deshalb müssen wir es ablehnen. Erstens würde ich es so von der Entstehungsgeschichte her gar nicht bezeichnen. Zweitens: Was ist das für eine qualitative Bewertung? Das bedeutet ja noch gar nichts. Es kann sehr viele gute grüne Ideen geben, für die man dann doch stimmt. Ich vermute, selbst die Freiheitlichen haben das das eine oder andere Mal schon getan. Daher finde ich, das letzte Argument hat zwar ein bisschen eine emotionale Wucht, aber sachlich, inhaltlich bringt es gar nichts.

Ich habe mich auch erkundigt, wie es jetzt wirklich mit den Serien und den Zusehern ausschaut, nachdem Sie das im Antrag - das finde ich ein bisschen missverständ- lich - selbst dargestellt haben. Es gibt einen TELETEST, der die Reichweiten der Sender, ORF und alle privaten Sender, misst. Dieser hat zwischen 11.000 und 19.000 Zuseher pro Tag festgestellt, beim Onlinestream sind es 15.000. (*Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.*) - Ich rede jetzt vom TELETEST, und dieser ist, glaube ich, unbestritten, weil ihn alle anderen Sender auch akzeptie-

ren. Beim Onlinestream sind es 15.000 pro Tag, und das heißt, an sich sind hier gute Zuseherzahlen, denn wenn man sich das im Vergleich zu den Mitteln, mit denen wir hier fördern, anschaut, so ist der Wirkungsgrad enorm hoch, auch verglichen mit anderen Privatsendern, auch verglichen mit dem ORF und allen anderen. Das heißt, schaut man sich diesen Wirkungsgrad an, so ist das eine gute Geschichte.

Was uns aber trotzdem obliegt, ist ja nicht, ob es einen guten Wirkungsgrad hat - ich möchte nur dem Argument entgegen, dass sich das niemand anschaut -, sondern ob man politisch, inhaltlich, didaktisch der Meinung ist, dass sie eine Förderung verdienen oder nicht. Wir finden, ja, weil es eben zu einem Empowerment verschiedenster zivilgesellschaftlicher Gruppen, die da ihre eigenen Sendungen produzieren, ihre Sichtweisen darstellen können, führt. Das eröffnet natürlich neue Diskursräume, man kann in Austausch treten. Das ist gut für die Demokratie und fördert den zivilgesellschaftlichen Austausch. Deshalb, aus diesen inhaltlichen Gründen, sind wir dafür, dass wir das heute, wie vorgeschlagen, fördern. - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste ist Frau GRin Schwarz zu Wort gemeldet.

GRin Sabine **Schwarz** (ÖVP): Vielen Dank.

Wir lehnen Okto TV ab, das hat unser Stadtrat schon gesagt. Herr Kollege Vettermann, Sie tun mir ja fast ein bisschen leid, denn nach den Informationen, die man so bekommt, ist das sozusagen das Liebkind der GRÜNEN, und Sie stehen jetzt hier draußen und verteidigen das. *(GR Dominik Nepp: Da wedelt der Schwanz wieder mit dem Hund!)* Sie haben auch gemeint, es ist irgendwie unfair, das mit MTV zu vergleichen. Ich meine, das Match haben schon Sie selber aufgemacht. Denn wenn jemand MTV als einen Nischensender bezeichnet, dann muss man davon ausgehen, dass man sich einmal anschaut, was Okto TV ist, und das ist dann ja wohl weniger als ein Nischensender.

Zur Geschichte mit den Zusehern, und so weiter: Ich habe jetzt genau zugehört, Herr Kollege Christoph Chorherr, Sie haben gesagt, 600 Communities - Kollege Chorherr ist nicht da, okay - arbeiten da irgendwie mit und stellen ihre Sachen rauf. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: 600 Menschen arbeiten im Monat regelmäßig mit!)* -Freiwillig? *(Ruf bei den GRÜNEN: Ja!)* - Okay, gut.

15.000 Leute schauen zu. Das sind dann immer Zahlen, zu denen ich mir denke, wenn man die aber mit MTV vergleicht, dann kommen sie einfach nicht ran, egal, was Sie machen, egal, was Sie jetzt noch hochrechnen, und so weiter. *(GR Christian Oxonitsch: Wir haben am Tag drei Mal so viele Zuseher wie Sie!)* - Ja, natürlich, sicher, na sicher. Ich meine, es gibt 20,4 Millionen Zuseher auf MTV. *(Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* - Schauen Sie sich die Zahlen zu Rotterdam an: 20,4 Millionen Zuseher haben es verfolgt, 230 Millionen Videoabrufe, Nummer 1 bei Twitter, 900 Millionen Mal genannt worden. Ich meine, die Zahlen haben wir ja nicht erfunden.

Dann finde ich es überhaupt total nett, wenn Sie sagen: Es ist so arg, Radio Orange haben wir immer subventioniert und Okto nicht. Ich meine, die GRÜNEN

waren die, die vor der Wahl gesagt haben, 30 Prozent Reduktion für die Medien und für die Mediensubventionen, und es soll einfach gekürzt werden. - Radio Orange ist gekürzt worden, Okto TV nicht. Das sind auch einmal so Dinge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das macht einfach eine schiefe Optik. Ich finde es auch total nett, worüber Sie sich dann in Ihrer Aussendung beschwert haben. Ich muss Ihnen leider sagen - ich war selber einige Jahre in der Musikbranche tätig -, ich habe so leicht das Gefühl, dass Ihnen bei der SPÖ vielleicht ein bisschen das Know-how fehlt. Es ist nämlich ganz normal, dass, wenn ein Veranstalter oder jemand einen Act bucht, die Zimmer bezahlt werden. Da braucht man sich nicht aufzuregen. Das macht jeder Discobetreiber, der einen Act bucht. Das zahlst du jedem DJ, das zahlst du dann für die Technik, und so weiter. *(Zwischenrufe von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies und GR Siegi Lindenmayr.)* - Dann schauen Sie sich doch einmal an, wer kommt! Ich meine, das kann doch nicht wahr sein! Streichen Sie einfach 3 Jahre Okto TV, dann haben Sie 3 Millionen EUR für MTV, und haben aber mehr davon als von 3 Jahren Okto TV. Aber öha, das ist ja nichts Parteipolitisches! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Schön finde ich auch, dass Sie als Begründung angeführt haben, MTV Europe Music Awards ist eine Nischengeschichte oder eine Spartengeschichte, und Sie haben es kleingeredet, weil Justin Bieber seinen Preis nicht abgeholt hat. Ich möchte Sie nur darüber informieren, Gabalier hat gestern auch nicht seinen Preis bei Echo abgeholt, und Echo ist trotzdem einer der größten deutschen Musikpreise, egal, ob er dort war oder nicht.

Die Geschichte ist, dass das wirklich einmal eine Chance für die österreichische und auch für die Wiener Musikbranche wäre. Wo ist denn jetzt die Popbranche bei uns angesiedelt? Wir sind ja wirklich seit Jahren am absteigenden Ast, und das wäre eine gute Möglichkeit, damit sich regionale Künstler präsentieren können, um ihnen wieder eine Plattform geben zu können. *(GR Christian Oxonitsch: Bei was sind wir am absteigenden Ast?)* - Bei der Popbranche. Oder kennen Sie die aktuellen Verkaufszahlen von österreichischen Künstlern? *(GR Christian Oxonitsch: Da haben Sie aber keine Ahnung!)* - Dann können Sie sie mir gerne zeigen. Vergleichen Sie sie einmal mit Deutschland zum Beispiel. *(Zwischenruf von GR Prof. Harry Kopietz.)* - Ich finde das sehr schön, dass Sie sich so aufregen, denn da wissen wir dann immer, dass man Sie wirklich wo gezwickt hat, wo es weh tut. Aber wir lehnen Okto auf jeden Fall ab. - Danke.

Wir bringen auch noch einen Antrag zum Thema MTV ein, in dem es heißt: „Die Stadt Wien begrüßt das Interesse der Ausrichter an der Stadt Wien als Ausrichtungsort und Gastgeberin des renommierten MTV Europe Music Awards EMA für das Jahr 2018 und wird sich um die Ausrichtung dieser weltweit übertragenen Veranstaltung umgehend bewerben. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, die entsprechenden Schritte und Maßnahmen zu setzen und auch mittelbar die mit der Wiener Wirtschaft für die Ausrichtung eines derartigen Events notwendigen Gespräche zu führen.“ -

Danke. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Prof. Harry Kopietz: Es sprach eine Fachfrau!)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster ist Herr GR Ornig zu Wort gemeldet.

GR Markus **Ornig**, MBA (NEOS): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke sehr für die sehr angeregte Debatte. Ich würde gern zu Anfang auf Okto TV eingehen. Es liegt ein Förderantrag über ein Strategiepapier bis 2020 vor, um Okto als innovative cross-mediale Plattform der Contentproduktion, Verwaltung und Distribution neu zu positionieren. Maßnahmen sind Neugestaltung der Website, Programmschwerpunkte und Themenwochen, Überarbeitung des Kursangebots. Die aktuell beantragte Förderung bezieht sich pro Jahr auf 1,08 Millionen EUR und insgesamt auf 3,24 Millionen EUR.

Ich finde freie Sender gut. Das brauchen wir, wir brauchen eine vielfältige Medienlandschaft, da bin ich voll dabei. Deswegen werden wir hier auch zustimmen, aber mit einem Vertrauensvorsprung. Die Höhe der Förderung, meine Damen und Herren, ist nämlich schon etwas, zu dem ich sage, da gibt es andere freie Sender in österreichischen Bundesländern, die das wesentlich kosteneffizienter machen. Da haben wir in Wien jetzt die 1,8 Millionen EUR vom Land, zusätzlich bekommt Okto aber auch noch 438.000 EUR von der RTR. Der Sender DORF aus Oberösterreich kommt aber mit lediglich 87.000 EUR vom Land und mit 283.000 EUR von der RTR aus. FS1 Salzburg bekommt lediglich 20.000 EUR von der Stadt Salzburg und 237.000 EUR von der RTR.

Reichweiten: Ich war sechs Jahre lang in der Medienvermarktung tätig, ich bitte Sie, dass wir uns einfach darauf einigen, dass sowohl Okto TV als auch W24 als auch MTV als Paychannel unter der Wahrnehmungsgrenze agieren. Ob wir jetzt da diskutieren, ob das 1.000 Leute oder 2.500 Leute sind, ist, glaube ich, völlig unnötig, es ist unter der Wahrnehmungsgrenze. Das ist aber nicht das Argument. Hier geht es um die Ausbildung junger Menschen. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Ich bin schon sehr verwundert über die ÖVP, denn es gibt, wie wir alle wissen, die FH für Journalismus und Medientechnik der Wirtschaftskammer Wien, regiert vom Wirtschaftsbund, der ja durchaus sehr ÖVP-nahe ist, die Jungjournalisten ausbildet. Da gibt es mehrere Sendungen, die von diesen Jungjournalisten und auch sozusagen von der Wirtschaftskammer oder der FH bespielt werden. Da gibt es die Sendung „Strawanzer“ oder „Tiefenschärfe“. Und in der Programmdirektion von Okto sitzt ebenfalls die FH der Wirtschaftskammer Wien. Jetzt frage ich mich, was Sie diesen jungen Leuten, die eine Ausbildung der Wirtschaftskammer Wien im Moment genießen, erzählen, wo sie das in Zukunft machen sollen? Wohin sollen sie gehen? *(GRin Mag. (FH) Tanja Wehsely: MTV!) - MTV? Vielleicht, ja. Viel Spaß! (Heiterkeit bei der SPÖ.)* Aber da, glaube ich, gibt es schon einmal ein bisschen eine Diskrepanz in der Ehrlichkeit.

Jetzt möchte ich noch einmal zur Kritik zurückkommen, die ich durchaus noch an Okto habe. Hier muss man natürlich auch hinterfragen: Braucht es wirklich

einen 24-Stunden-Betrieb? - Ja, für die Ausbildung braucht es Formate, aber 24 Stunden lang einen linearen TV-Sender oder Fernsehbetrieb zu bespielen, ist, meiner Meinung nach, ein bisschen am Ziel vorbeigeschossen. Wenn man jetzt vielleicht in die Richtung geht, da Content zu produzieren, den ich dann über Kanäle, die moderner sind, wie YouTube, wie Facebook, wie andere soziale Kanäle und soziale Medien, wenn ich das darüber distribuiere, kann ich massiv an Kosten sparen, und ich muss nicht einen Sender betreiben, der absolut unter der Wahrnehmungsgrenze agiert. Das würde ich sehr schön finden.

Jetzt weiß ich, in der Strategie gibt es auch Initiativen, die in diese Richtung gehen. Aber, wie gesagt, ich möchte es mir noch ein Jahr anschauen. Wenn es in diese Richtung geht, dann machen wir das.

Zu guter Letzt zu Okto TV: Es gibt da ein Format, das mir sehr im Magen liegt, es heißt Avusturya Günlügü von Adil Elmas. Wir wissen, dass Herr Elmas auch Berichte für das türkische Staatsfernsehen produziert und als sehr AKP-nahe gilt. Ich bitte deswegen die Betreiber, da auch ein wenig darauf zu schauen, was Sendungsinhalt ist und ob man sich vielleicht Sendungen wie diese, in denen durchaus auch Propaganda gemacht wird, nicht ein wenig genauer anschauen sollte, denn das ist natürlich für mich ein absolutes No-go. *(Beifall bei den NEOS.) - Vielen Dank.*

So, jetzt werde ich aber erst warm. Die Diskussion zum Thema MTV, es tut mir sehr leid, ich habe sie mir bisher angeschaut, es sind sehr viele Argumente vorgebracht worden. Ich muss ganz ehrlich sagen, ganz am Anfang, bei meiner ersten Emotion habe ich irgendwie gesagt, cool, ja, MTV Music Awards, cool. Jetzt bin ich aber aus der Generation, in der MTV noch etwas wert war. Ende der 90er Jahre, da habe ich mir das durchaus noch angeschaut. Da hat man Musikvideos noch im Fernsehen angeschaut, und das war noch etwas.

Der Herr Blümel sagt, die MTV Europe Music Awards gehören nach Wien. Sie bringen enormen Werbewert, Wertschöpfung, Wachstum und Arbeitsplätze für Wien.

Die Wiener SPÖ muss endlich mit ihrer vollständigen Blockade und den völlig unsinnigen Ausreden aufhören. Wir haben jetzt die Chance, dass wir Wien zur Stadt der Popkultur machen. - Das hört sich alles sehr cool an, ein Event löst alle Probleme. *(Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.)* Bei den ÖVP-Wien-Forderungen und deren Begründungen muss man allerdings genau hinschauen, und das wissen wir zu guter Letzt erst - Sie können sich gerne zu Wort melden, Kollege Juraczka - seit der Argumentation für die Demo-Zonen, da waren wir dann bei genauer Prüfung von 100 Tagen Ring-Sperre dann doch nur bei 27 Tagen. Bei den Music Awards geht es in eine ähnliche Richtung. Sie fahren mit Zahlenmaterial auf, das einfach unglaublich ist.

Ich möchte gerne darauf etwas eingehen, denn das Event wäre ganz nett - wie gesagt, ich bin aus der Generation -, aber nun zur ersten Behauptung: enormer Werbewert. Jetzt stellt sich leider heraus, dass es eigentlich ein bisschen anders ist, als wir aus dieser Generation es noch im Kopf haben, MTV ist de facto tot, in Österreich,

eigentlich in ganz Europa, es hat kaum Reichweiten, ist Pay TV. Es ist nicht mehr in der österreichischen Medienanalyse zu finden, auch nicht im TELETEST - da ist, „by the way“, sogar OKTO zu finden. Das ist jetzt keine Meinung, das ist ein Fakt. Dazu schreibt zum Beispiel die Tageszeitung „Die Presse“, die grundsätzlich ÖVP-Projekte durchaus immer unterstützt, schon im Jahr 2011: „Der leise Abgang einer Popkultur-Ikone. MTV leidet an Quotenschwund und muss das Feld MySpace und YouTube überlassen. Die Reichweite lag zuletzt bei nur 1,8 Prozent. Ab 1. Jänner 2011 ist MTV nur mehr als Pay-Sender abonnierbar. Seiner Kernkompetenz widmet sich MTV nur mehr bei Award-Shows, bei denen man sich im Glanz von Stars sonnt, die MTV nichts verdanken - wie Lady Gaga im Fleischkostüm. Es ist herbe Ironie, dass MTV ihr Video ‚Telephone‘ als zu anstößig empfand. Gut, dass es YouTube gibt.“

Das sagt jetzt „Die Presse“ dazu. Ich dachte, wenn man sagt, der ganze Fokus liegt auf dem Award, vielleicht hat die ÖVP doch recht. Deshalb hab' ich mir nun die Berichterstattung der letzten paar MTV Europe Music Awards und explizit das 20-jährige Jubiläum angeschaut. Ich dachte, 20 Jahre MTV Music Awards, das muss doch ohne Ende gebrummt haben. Der folgende Bericht ist aus einer Stadtzeitung einer Stadt, wo tatsächlich eine lebendige Pop- und Jugendkultur herrscht, nämlich von der „Berliner Zeitung“ aus Berlin. Da ich noch Zeit habe, wie ich gerade sehe, möchte ich Ihnen den Artikel ganz kurz vorlesen, weil die Inhalte sehr viel über den derzeitigen Status dieser Veranstaltung aussagen. Nur zur Erinnerung, es handelt sich um die Jubiläumsgala, also 20 Jahre MTV Europe Musical Awards. Die Headline ist: „MTV Europe Music Awards - Die große MTV-Party ist vorbei.“

Am Sonntagabend hat der Musiksender MTV das 20-jährige Jubiläum seiner Awards in Glasgow gefeiert. Glasgow ist eine Stadt mit langer musikalischer Geschichte, zahlreiche Künstler werden hier ausgezeichnet, unter anderem wurden dort Oasis entdeckt. Das heißt, die Stadt hat eine lebendige Popkultur. Der Beginn einer Weltkarriere, wie sie heute für streitlustige Arbeiterjungs aus Manchester wohl unmöglich wäre, wird hier beschrieben. Es waren gute Zeiten für den Pop und deshalb auch für MTV. Als der Sender ein Jahr später die European Music Awards ins Leben ruft, war er auf der Höhe der Zeit. Die absolute Referenz, wenn es um Popkultur ging. Ein Ort, an dem Maßstäbe gesetzt wurden. Damals fand die Preisverleihung in Berlin, am Brandenburger Tor, statt. 20 Jahre später wird in der deutschen Hauptstadt die ungeteilte Stadt gefeiert, während die European Music Awards in Glasgow wohl unmissverständlich zeigen, dass ihre Zeit vorbei ist. Immer wieder nimmt die Veranstaltung in kleinen Videos Bezug auf die Geschichte. Man sieht einen Wutanfall von Kanye West aus dem Jahr 2006 oder Robbie Williams, wie er sich im Jahr 2000 bei MTV für seine drei Häuser, fünf Autos und seine Supermodelfreundin bedankt. Das waren noch Zeiten! Es ist der Vergleich zu diesen Videos, der die Veranstaltung in Glasgow zu einer besonders traurigen

Angelegenheit macht. Pop findet längst woanders statt als bei solchen Awards.

Stars sind kaum da. Deshalb haben sich die Veranstalter Mühe gegeben, auftretende Künstler und Preisträger kostensparend einzusetzen. Erster Auftritt: Ariana Grande. Erste Preisträgerin: Ariana Grande. Später bekommt sie noch einen Preis. In ihrer Mehrfachverwertung wird sie nur von der Moderatorin des Abends, der US-Rapperin Nicki Minaj, übertroffen, die auch den Preis als beste Hip-Hop-Künstlerin entgegennimmt.

Die anderen Preise gehen größtenteils an Künstler, die sich per Video bedanken. Katy Perry meldet sich aus Australien mit einem pinkfarbenen, bauchfreien Katzentop - wen auch immer das interessiert - und erzählt bei beiden Preisen, die sie gewinnt, wie müde sie doch sei. Als sie den Preis für den ‚Best Look‘ bekommt, betont sie, dass sie täglich fünf Stunden fürs Make-up braucht. Da passt es, dass es einen Preis für den ‚Song mit Botschaft‘ gibt. Den gewinnt nämlich Beyoncé für ihr Stück ‚Pretty Hurts‘, das den Schönheitswahn kritisiert.

Generell dominieren Frauen die Veranstaltung. Männer treten wie One Direction und Justin Bieber meist in kurzen Dankvideos auf - also auch nicht persönlich. Vor Ort sind sie von Slash, Jahrgang 1965, und Ozzy Osbourne, 1948, vertreten. Letzterer bekommt von Ersterem den Preis für das Lebenswerk. Und dann sind da noch U2, die so blass bleiben, dass Teile des Publikums die Gelegenheit nutzen, um endlich mal ein Bier zu holen.

Ansonsten steht Moderatorin Minaj, die gerade mit ihrem Lied ‚Anaconda‘ erfolgreich ist, im Mittelpunkt der Show. Eine Frau wie ein übersexualisierter Botox-Lollipop, die vor allem mit ihrem eindrucksvollen Hintern auf sich aufmerksam macht. Auf den verweisen auch andere Künstler. Etwa die Chinesin Bibi Zhou mit ‚I love your butt‘ und US-Rapper Redfoo mit der verstörenden Bemerkung, seine Anaconda würde sich angesichts dieses prachtvollen Gesäßes in das Lochmonster Nessie verwandeln.

Minaj selbst widmet Schottland ein paar Rap-Zeilen und betont, wie sehr sie das Land liebt. Ansonsten beeindruckt sie damit, dass keine einzige ihrer Pointen sitzt. Am Ende des zweistündigen Programms zeigt Minaj in einem Video, wie ihre Aftershowparty aussehen könnte. Es wird wild gefeiert, sie kommt einem Waschbrettbauch im Schottenrock nahe und wacht verkaternt im Hotelbett auf. Nein, sagt die Minaj auf der Bühne, darauf habe sie keine Lust. Sie werde sich mit einem Tee und einem ‚Downton Abbey‘-Boxset ins Bett verkümmeln. Und damit ist die Party vorbei.“ (*Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.*)

Auf Grund der Reichweiten von MTV werden also definitiv nicht die versprochenen Bilder - wie sie die ÖVP verspricht - rund um die Welt gehen. Bei Life Ball und Song Contest, was Sie ja gerne vergleichen, ist es ein anderer Sender, da ist es ein Verbund von öffentlich-rechtlichen Sendern, und diese haben eine weitere Reichweite. (*GR Mag. Manfred Juraczka: Kulturell hoch wertvoller Song Contest, na freilich!*) Da gehen tatsäch-

lich Bilder um die Welt. Das heißt, für das Argument Werbewert gibt es von mir ein klares Nein.

Bleiben wir noch bei der Wertschöpfung und beim Wachstum. Wir haben schon einige Hotelnamen gehört. Die Hotellerie würde profitieren. - Richtig, kurzfristig. Der Handel würde profitieren. Vielleicht, vielleicht, weil der Award auch immer an einem Sonntag stattfindet. Wir wissen aber, dass wir in Wien die Problemstellung haben, dass es mit dem Handel und dem Sonntag schwierig ist, aber wenn wir da darüber diskutieren, haben wir vielleicht einen Lösungsansatz, dass wir es dort einmal testen, vielleicht aber mit einer anderen Veranstaltung.

Das heißt, die Umsätze des Handels werden sich wahrscheinlich in Grenzen halten, die Gastronomie würde ebenfalls profitieren. Viele Gäste, viel Umsatz. Aber wie die Hotellerie eben kurzfristig, weil langfristige Arbeitsplätze, es tut mir leid, so sehr ich es mir wünsche, wird ein Award wie dieser nicht schaffen.

Ich sehe, ich habe noch 39 Sekunden und möchte diese nutzen, um hier kurz zu sagen, was ich mir wünschen würde. Ich möchte Wien tatsächlich zu einer Hauptstadt für Popkultur machen, aber nicht für Popkultur, die wir uns importieren und die wir uns mit einem teuren Event kaufen müssen, sondern wir brauchen rasch eine bereits erwähnte Wertschöpfung für die Wiener Nachtwirtschaft. Wir wollen endlich wissen, wie der Ist-Stand der österreichischen Nachtwirtschaft ist, ob es ein wichtiger Wirtschaftszweig ist oder ob es das nicht ist. Auf Basis dieser Studie würde ich gerne haben, dass Wien eine Strategie entwickelt, wie man in Zukunft mit dieser Klientel und mit jungen Künstlern und Unternehmen und Veranstaltern umgeht.

Und: Wir brauchen mehr freie Räume für Pop- und Jugendkultur. Die Stadt schießt nämlich mehr oder weniger eine Veranstaltungs-Location nach der anderen ab, und das geht auf Kosten der Kunst- und Kulturschaffenden. Diese werden nämlich systematisch ausgehungert. Wenn wir das machen, dann schafft es Wien vielleicht wirklich zu einer Hauptstadt für Jugend- und Popkultur. - Vielen Dank. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Wir haben noch zwei Wortmeldungen. Zuerst hat sich Herr GR Ellensohn zu Wort gemeldet.

GR David **Ellensohn** (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Danke an GR Markus Ornig, der mit den paar Fake News hier aufgeräumt hat. Das wäre überhaupt gut, wenn wir uns ernst nehmen wollen, dass wir das so tun würden. Ich hätte fast eine tatsächliche Berichtigung gemacht, das führt aber immer dazu, dass alle reinrufen: Das ist keine Berichtigung, hätten Sie sich zu Wort gemeldet! - Es dauert aber trotzdem nicht länger.

Eine kleine Kritik habe ich, nämlich: Ozzy Osbourne und die Black Sabbath muss man aus meiner Sicht nicht beleidigen. *(GR Markus Ornig, MBA: Das war keine Beleidigung!)* - Nein, es war keine Beleidigung, okay. Aber er hatte eine sehr schöne, zweite LP - für diejenigen, die Vinyl sammeln -, „Paranoid“. Diese würde sich auch hier immer wieder, überhaupt prinzipiell in der Poli-

tik immer wieder einmal, zum Anhören anbieten. *(Allgemeine Heiterkeit.)*

Zum ernsteren Teil: GRin Schwarz hat gesagt, Drittelinserate, und so weiter. Das ist natürlich kein Inserat, sondern es ist eine Subvention, und diese fällt natürlich nicht da drunter. Das könnte man schon wissen, wenn sich ohnehin immer alle darüber echauffieren, wie viel wo ausgegeben wird. Bürgermeister, Vizebürgermeister haben bei der Antrittspressekonferenz gesagt, ein Drittel wird vom Bereich X eingespart. Das war das, was in der Datenbank steht. Da steht halt Okto nicht dabei, so wie viele andere Dinge dort nicht dabeistehen. Also ist es ein Blödsinn, vorzuwerfen, dass man das nicht macht. Die Kürzungen bei den Alternativradios hätte ich jetzt in den letzten drei Jahren nicht gefunden, und vorher auch nicht. Die sind im Wesentlichen eingefroren, das ist richtig, so wie viele Subventionen, aber eine Kürzung finde ich auch nicht. Das bleibt dann immer so stehen, und wenn jemand das Protokoll liest, könnte er, falls es jemand tun sollte, den Eindruck haben, dass man da gewinnt.

Mir scheint auch, das hat Herr Ornig aber schon ausgeführt, deswegen brauche ich es nicht exzessiv zu machen, die Hotelierversammlung war gleich da und hat gesagt, das brauchen sie, weil man nämlich 1.200 5-Sterne-Zimmer zur Verfügung stellen muss. Angeblich eine ganze Woche lang. Na, das bringt dann in Summe ungefähr 1 Million EUR. Das ist dann ungefähr die Förderung, die jetzt Okto hat. Nur damit Sie einmal ein Gefühl für eine Woche Hotelzimmer bekommen. Das ist okay, die brauchen auch alle Unterstützung. Der Tourismus läuft zum Glück sehr gut in Wien. Da gibt es Leute, die sehr gut arbeiten. Eine der besten Abteilungen wahrscheinlich und ein Riesenerfolg in den letzten Jahren. So arm ist die Hotelierversammlung nicht dran, dass sie da mit der ÖVP ein Projekt verfolgen muss, das aus der Vinylzeit kommt. Ich sammle noch Vinyl, aber das machen nicht mehr alle Jungen. Meine drei Söhne wissen kaum, was das ist und dürfen sie auch nicht abspielen. - Danke. *(Allgemeine Heiterkeit. - Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Jetzt ist Herr GR Juraczka am Wort.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin durchaus überrascht, in welche Bereiche diese Diskussion abgeglitten ist. Es geht ganz offensichtlich nicht mehr darum, dass wir durch Veranstaltungen dem Standort Impulse geben, sondern es geht darum, dass sich irgendwelche Abgeordneten dazu berufen fühlen, die Qualität von Kultur-Events zu bewerten. Ich kann mich erinnern, 2013 war es, da ist eine politische Sternschnuppe am Himmel aufgegangen, es sind nämlich die NEOS überraschenderweise im Parlament eingezogen und deren Vorsitzender Matthias Strolz hat gemeint, er nimmt für sich in Anspruch, bei jeder Wortmeldung etwas Positives, Produktives einzubringen. Wir haben jetzt vier Jahre später die Situation, dass Kollege Ornig beispielsweise bei der Thematik Demonstrationen auf der Wiener

Ringstraße meint, die Geschäftsleute in der Innenstadt sollen sich nicht so anstellen, das werden sie schon ertragen. Wir haben jetzt die Situation, dass wir unbestritten einen Event haben, der für den WienTourismus und für die Wiener Wirtschaft Impulse setzen würde, darüber kann man durchaus intensiv diskutieren, aber Kollege Ornig zieht es vor, hier ein bisschen den Pausenkasperl zu machen und über die Qualität der Kulturveranstaltungen zu sprechen. *(Zwischenrufe bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)* Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Kollege Ornig, so kulturell hochstehend wie der Song Contest sind die MTV Awards sicher. Ich kann auch sagen - da Sie immer davon sprechen, dass es ein 90er-Jahre-Event ist -, gestern wurde Bundeskanzler Kern mit dieser Thematik konfrontiert und er konnte sich sofort erinnern: Ah, das war ja - ich kann jetzt nur Kern zitieren, ich will das gar nicht werten -, das war ja, wo Britney Spears mit der Madonna geschmüsst hat. Das war sehr wohl in den 2000er-Jahren. *(Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)* Schön, was für Assoziationen das beim Bundeskanzler weckt; soll sein.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger** *(unterbrechend)*: Ich bitte um ein bisschen Ruhe im Saal!

GR Mag. Manfred **Juraczka** *(fortsetzend)*: Wenn es dem Standort hilft, dann sollten wir diesen Event jedenfalls zu uns holen und nicht wirtschaftsfeindlich argumentieren. - Danke schön! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Es tut mir leid, Herr Kollege Juraczka, aber ich muss dir einen Ordnungsruf erteilen, weil „Pausenkasperl“ ist der Würde dieses Saales nicht angemessen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag. (FH) Tanja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte natürlich um Zustimmung zum vorliegenden Akt. Ich möchte Ihnen aber ganz kurz nur vier Sachen sagen. Das eine ist der Punkt, dass sich Okto schon hervorgetan hat, weil Sie ja auch für die großen internationalen Awards und den Tourismus, und so weiter sind. Das sind wir ja auch, deswegen hat es unter anderem damals auch den Song Contest in Wien und in Österreich gegeben. Es wird Sie erstaunen, dass damals diese weltweit erstmalige Übertragung des Song Contests in die Volksrepublik China durch Okto und die Kontakte dorthin bewerkstelligt wurde. Das hat uns als Österreich und auch als Wien, glaube ich, schon sehr viel gebracht.

Ab nächster Woche werden die türkischen Sendungen alle von Okto übersetzt und in deutscher Sprache untertitelt, das finde ich auch gut. *(GR Dominik Nepp: Jetzt muss man nur mehr lesen können!)* Ich weiß aber auch ganz sicher, dass Okto dazu beitragen kann und beitragen wird, auch weiterhin, weil wir das gut und richtig finden, Einsprachigkeit zu bekämpfen. Das ist uns ein sehr, sehr großes Anliegen.

Und zu guter Letzt möchte ich sehr gerne dem letzten großen verbleibenden MTV-Fan StR Blümel die goldene Klobürste überreichen. *(Beifall bei SPÖ und*

GRÜNEN. - Allgemeine Heiterkeit. - Die Rednerin überreicht, da StR Mag. Gernot Blümel, MBA nicht anwesend ist, Herrn GR Mag. Wolfgang Juraczka eine goldene Figur mit einer WC-Bürste im schwarzen Sockel.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Ich nehme an, das war das Ende des Redebeitrages der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 13. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS gegen die Stimmen von FPÖ und ÖVP so angenommen.

Es liegt ein Beschlussantrag der ÖVP vor: Die Stadt Wien begrüßt das Interesse der Ausrichter an der Stadt Wien als Ausrichtungsort und Gastgeberin der renommierten MTV Europa Music Awards für das Jahr 2018 und wird sich um die Ausrichtung dieser weltweit übertragenen Veranstaltung umgehend bewerben. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. - Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist mit den Stimmen von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN und hat somit nicht die erforderliche Mehrheit. *(Ruf bei der SPÖ: NEOS haben nicht mitgestimmt!)* - Also ohne die Stimmen von NEOS. Entschuldigung, jedenfalls nicht die erforderliche Mehrheit.

Es gelangt nunmehr Postnummer 15 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Wiener Kinderfreunde aktiv. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Aktenstück zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mehrstimmig mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN gegen die Oppositionsparteien so angenommen.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlung über die Geschäftsstücke 45, 46, 47, 48 und 49 der Tagesordnung, sie betreffen die Verhängung von zeitlich begrenzten Bausperren im 22. Bezirk, zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. Ich ersuche um Zustimmung zu allen erwähnten Akten. - Danke.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz.

GRin Angela **Schütz** *(FPÖ)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Frau Vizebürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer!

Im letzten Ausschuss hat uns das Ressort unserer grünen Vizebürgermeisterin einen Nachtrag beschert, der, gelinde gesagt, eine Zumutung war. Eine Zumutung aus dem einfachen Grund, weil er sachlich falsch und inhaltlich zu hinterfragen ist. Wir sprechen von diesen fünf Plandokumenten aus Stadlau, Eßling, zwei aus Kagran und einem aus Kaisermühlen, die in gewissen

Bereichen eine zeitlich begrenzte Bausperre nach § 8 Abs. 2 der Wiener Bauordnung vorsehen. Sieht man sich diesen Antrag an, so kann man nur feststellen, es war eine wörtliche Abschreibübung des § 1 der Wiener Bauordnung. Es sind wieder einmal ein paar Bausperren befristeter Natur mehr im 22. Bezirk, und wofür? - Weil man dort eine Schutzzone plant und einrichten möchte. Offensichtlich ist das Ressort unserer Stadträtin nur noch in der Lage, zu reagieren und zu verwalten, aber nicht mehr in der Lage, in irgendeiner Form zu agieren, was ich hier den GRÜNEN an dieser Stelle wirklich massiv vorwerfen möchte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man eine Schutzzone will, dann muss man auch eine Schutzzone einrichten. Das Instrument der Schutzzone ist im § 7 der Wiener Bauordnung geregelt, und dieser sagt aus, wenn wegen des örtlichen Stadtbildes das äußere Erscheinungsbild eines Gebietes erhaltungswürdig erscheint, dann kann man die Flächenwidmung und die Bebauungspläne als Schutzzone ausweisen, sprich, als Geschlossenes Gebiet. Und das ist genau der Punkt heute hier. Und nur der ist zu beantragen, weil genau diese Schutzzone schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Keine Frage, man kann dagegen gerichtlich vorgehen, aber das ist in einem Rechtsstaat nun einmal das gute Recht, und das ist in der Demokratie fair und üblich.

Was machen Sie? Sie schaffen Rechtsunsicherheit mit einer befristeten Bausperre, in der Sie die Flächenwidmung aushebeln und der Willkür des Planungsausschusses unterziehen. Da kann man natürlich leicht die Frage aufwerfen, und die kommt einem natürlich: Welches Interesse verfolgen Sie wirklich? Was haben Sie dort konkret vor? Soll es Ihnen jetzt wirklich nur um die Errichtung einer Schutzzone gehen, dann machen Sie es doch einfach gleich richtig! Kommen Sie nicht mit so fadenscheinigen Ausreden wie: Na ja, das braucht so lange Vorlaufzeit und das geht sich alles nicht aus und das kann so nicht funktionieren und deswegen müssen wir eine Überbrückung machen.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Ihr Ressort hatte in den letzten Jahren wirklich Zeit genug, so etwas vorzubereiten. Sieht man sich den Akt oder alle fünf Akten genau an - ich habe es getan -, dann kann man auf der Seite 3 ganz deutlich ersehen, dass die Bezirksvorstehung Donaustadt von der Magistratsabteilung 19 bereits im April des letzten Jahres, also genau vor einem Jahr, da steht das Datum, einen Entwurf einer Schutzzone vorgelegt bekommen hat. In diesem sind ganz genau alle Details dieser Schutzzone mit der Geschichte, mit dem Plan und mit den Bildern beschrieben, so wie es für eine Schutzzone in der Dokumentation vorgeschrieben ist. Es ist alles ganz genau vorgelegt worden.

Jetzt frage ich Sie: Worauf wollen Sie eigentlich jetzt noch warten, um eine Schutzzone einzurichten? Wollen Sie eine Doktorarbeit schreiben oder geschrieben bekommen? - Wie gesagt, wenn es Ihnen wirklich um den Erhalt geht, dann haben Sie heute die Möglichkeit, diesen Fehler zu korrigieren, die Schutzzone tatsächlich einzurichten und Rechtssicherheit für diesen Bereich zu schaffen. Deshalb haben wir auch einige Abänderungs-

anträge und Beschlussanträge vorbereitet, aber dazu später.

Wir haben uns diese Schutzzone alle angesehen, und ich frage mich natürlich schon, ob Sie das auch gemacht haben. Ich bezweifle ganz, ganz massiv, dass Sie sich auch nur irgendetwas in diesem Bereich angeschaut haben. Nehmen wir zum Beispiel die Hans-Steger-Gasse in Stadlau heraus. Warum gerade die Hans-Steger-Gasse und nicht zum Beispiel die Wurmbrandgasse oder irgendeine dieser Parallelgassen, die allesamt die gleichen schützenswerten Vorstadtzinshäuser enthalten, die mit sezessionistischem Dekor ausgestattet sind? Es ist nicht nachvollziehbar. Aber eines kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen: In der Hans-Steger-Gasse wird kein einziges Haus zu Spekulationszwecken abgerissen werden, nur weil eine Schutzzone, eine angebliche Schutzzone rufbar wird. Und ich frage Sie jetzt wirklich: Kennen Sie die Hans-Steger-Gasse überhaupt? Waren Sie jemals in Ihrem Leben schon einmal in der Hans-Steger-Gasse? - Ich glaube nicht, dass Sie dort auch nur einmal vorbeigeschaut haben. *(GR Mag. Thomas Reindl: Ich schon, Frau Kollegin!)* Keiner der Eigentümer und Mieter dort wird seine Wohnung verlassen, damit das Haus für Spekulationsobjekte abgerissen wird, denn wenn man sich die Hans-Steger-Gasse genau anschaut, dann sieht man, dass nämlich der größte Teil dieser Häuser in den letzten Jahren liebevoll und sehr, sehr schön restauriert wurde. Die Nummer 6, die auch in dieser Schutzzone steht, ist gerade vor zwei Wochen erst einmal fertig geworden, und die Leute sind noch nicht einmal fertig eingezogen. Und es ist toll geworden, es schaut einfach wirklich gut aus.

Jetzt frage ich natürlich auch, warum wir, wenn wir schon Schutzzone einrichten, dann auch die Chance vergehen und verstreichen haben lassen, den gesamten Ortskern von Stadlau mit dem wunderschönen Jugendstil-Hotel und die Volkragasse, in der wirklich auch noch diese kleinen einheitlichen, altertümlichen, niedrigschoßig gebauten Vorstadthäuser existieren, nicht mit einbezogen haben. Das entzieht sich wirklich meiner Kenntnis. Eines ist auch sicher, für den zweiten Bereich, den es in diesem Plandokument zum Beispiel gibt, den ursprünglichen, alten Ortskern von Stadlau, kommen die Maßnahmen in jedem Fall zu spät, denn eines dieser alten Fuhrwerkhäuser, die dort beschrieben sind, ist nämlich in den letzten Wochen bereits abgerissen worden. Da gähnt jetzt eine tiefe, große Baugrube, in der gerade eine Garage gebaut wird.

Das, Frau Vizebürgermeisterin, haben einzig und alleine Sie zu verantworten, und zwar nicht mit einer Bausperre, sondern einfach damit, dass Ihr Ressort seine Hausaufgaben nicht machen kann. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ich habe es vorhin schon erwähnt, das Papier ist seit über einem Jahr fertig. Sie hätten es in der Hand gehabt, längst schon etwas machen zu können.

Ein weiterer Punkt entzieht sich meiner Kenntnis: Donaustadt ist ja ein Zusammenschluss von vielen alten Dörfern, das heißt, es gibt auch noch Süßenbrunn, es gibt auch noch Hirschstetten und es gibt auch noch Breitenlee, die einen historischen Ortskern haben, der es

städtebaulich wert wäre, erhalten zu bleiben. In jedem Fall werden meine Kolleginnen und ich heute zu jedem einzelnen dieser fünf Plandokumente einen Abänderungsantrag stellen. Im Sinne der Vereinfachung erlaube ich mir, das jetzt allgemein zu halten, und zwar betreffend die Abänderungsanträge: Für fünf beantragte Plandokumente soll anstelle der befristeten Bausperren nach § 8 Wiener Bauordnung eine Schutzzone nach § 7 Wiener Bauordnung verhängt werden, um den Zielen des Planungsressorts Rechnung zu tragen. Ich reiche Ihnen jetzt einmal die fünf Anträge.

Und für den Fall, dass jetzt von Ihrer Seite das Argument kommt: Na ja, das ist ein bisschen kurzfristig, jetzt kommen die mit den Abänderungsanträgen, darauf haben wir uns jetzt nicht einstellen können und eigentlich, na ja, werden wir das ablehnen, haben wir uns erlaubt - sollte es Ihnen wirklich ernst mit der Schutzzone sein und sollten Sie das wirklich wollen und nicht irgendwas anderes dort vorhaben, was Sie ja mit dem § 8 der Bauordnung auch machen können -, gleich für jedes dieser einzelnen Plandokumente einen Beschlussantrag zu stellen. Dieser lautet jeweils ident, nämlich dass die umfassenden Gebiete des jeweiligen Plandokuments einer unverzüglichen Prüfung hinsichtlich des § 1 Abs. 14 der Bauordnung unterzogen werden und darauf aufbauend durch ein neuerliches Plandokument entweder in eine Schutzzone nach § 7 der Bauordnung umgewandelt oder die Aufhebung der zeitlich befristeten Bausperre veranlasst wird. Auch die fünf Anträge gebe ich nach hinten.

Zum Schluss bringe ich gemeinsam mit meinen Kollegen einen Beschlussantrag ein, in dem beantragt wird, dass die Anzahl der mit der Bausperre belegten Gebiete im 22. Bezirk - Sie können mir glauben, es sind unzählige - nicht durch weitere Bausperren vergrößert wird, damit die Beamten Ihres Ressorts nicht noch einer größeren Überlastung unterzogen werden. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung und sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste ist Frau GRin Däger-Gregori zu Wort gemeldet. Ich möchte nur der Ordnung halber darauf hinweisen, dass es eine Erstlingsrede ist.

GRin Luise **Däger-Gregori**, MSc (SPÖ): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich halte heute erstmals hier im Gemeinderat eine Rede und möchte zunächst Allgemeines über Schutzzone, über Bestimmungen der Schutzzone nach § 7 der Bauordnung berichten. Dann möchte ich kurz auf formelle Erfordernisse bei Bauvorhabenansuchen, auf allgemeine Themen wie Inventarisierung, wie häufig Schutzzone in Wien vorkommen, eingehen, und zum Schluss möchte ich noch auf die Bausperren eingehen und darauf, dass zeitlich begrenzte Bausperren ihren Sinn haben.

Schutzzone ist prinzipiell ein Landesgesetz, das wissen wir, Schutzzone ist ein bestimmter Bereich wie ein erhaltungswürdiges Gebiet, ein Straßenzug. Im Jahr

1972 wurde in die Wiener Bauordnung eine Bestimmung aufgenommen, die der Stadt Wien die Möglichkeit bieten sollte, historisch oder architektonisch bewahrenswerte Gebiete vor größeren Veränderungen zu bewahren. Im Wesentlichen ist die Schutzzone ein Instrument des Ortsschutzbildes beziehungsweise der Altstadterhaltung. Die Schutzzone werden in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen ersichtlich gemacht. Der Bebauungsplan enthält Auflagen für die Anforderung beziehungsweise die Gestaltung einzelner Baukörper. Es handelt sich um jene Bereiche, in welchen die Erhaltung des charakteristischen Stadtbildes gewährleistet wird. Das betrifft seine natürlichen Gegebenheiten, seine historischen Strukturen, seine prägende Bausubstanz und die Vielfalt der Funktionen. Bestimmungen dazu finden Sie natürlich im § 7 der Bauordnung für Wien unter Schutzzone.

Ganz kurz darf ich § 7 erläutern: In den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen können die wegen ihres örtlichen Stadtbildes in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltungswürdigen Gebiete als in sich geschlossenes Ganzes - Schutzzone - ausgewiesen werden. Bei der Festsetzung von Schutzzone sind die prägende Bau- und Raumstruktur und die Bausubstanz sowie auch andere gestaltende und prägende Elemente, wie die natürlichen Gegebenheiten oder Gärten und Gartenanlagen, zu berücksichtigen.

Ich zitiere absichtlich § 7, weil man sich mit dem vielleicht nicht immer auseinandersetzt und vielleicht jetzt einmal die Möglichkeit besteht, dass man auch hier ein bisschen ins Detail gehen kann.

Die Schutzzone sind von den übrigen Gebieten eindeutig abzugrenzen. Die Grenzen der Schutzzone können mit Fluchtlinien zusammenfallen. Für Schutzzone können im Bebauungsplan über die Festsetzung gemäß § 5 Abs. 4 hinaus die erforderlichen Bestimmungen über die Anordnung einzelner Baukörper, wie Brunnen, Säulen, Bildstöcke, Schuppen oder dergleichen, die Anordnung und Ausgestaltung von Höfen und die Ausgestaltung der öffentlichen Bereiche, wie Verkehrsflächen, Beleuchtungskörper und dergleichen, festgesetzt werden. Umfassen Kataloge oder planliche und bildliche Darstellungen, wie Fassadenpläne, Fotos und dergleichen, zur Präzisierung der gemäß § 5 Abs. 4 und § 7 Abs. 3 festgesetzten Bestimmungen einzelner Bauwerke und Bauwerksteile, wie Brunnen, Säulen, Bildstöcke, Dachaufbauten, Ein- und Abfriedungen, Fenster und Türverzierungen, Hauszeichen, Inschriften und dergleichen einer Schutzzone, bilden diese einen Bestandteil des Bebauungsplanes. Durch die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre über ein Stadtgebiet, das in einer Schutzzone liegt, werden die aus der Schutzzone erfließenden Verpflichtungen nicht berührt.

Die formellen Erfordernisse bei Bauvorhaben, Ansuchen und Baubewilligungen nach § 60 - da möchte ich gerne zwei Abschnitte herausnehmen -: Der Abbruch von Bauwerken in Schutzzone und Gebieten mit Bausperre. In Schutzzone darf die Abbruchbewilligung nur erteilt werden, wenn an der Erhaltung des Bauwerkes infolge seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild kein

öffentliches Interesse besteht und es seiner Ausführung, seinem Charakter oder seinem Stil nach den benachbarten Bauwerken in derselben oder gegenüberliegenden Häuserzeile nicht angeglichen ist oder sein Bauzustand derart schlecht ist, dass die Instandsetzung seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild nach nicht gerechtfertigt erscheint oder das Bauwerk nach der Instandsetzung technisch als ein anderes angesehen werden muss.

Änderungen an Gebäuden in Schutzzonen, die die äußere Gestaltung, den Charakter und den Stil eines Gebäudes beeinflussen.

Lassen Sie mich auch etwas über die Inventarisierung sagen. Seit dem Jahr 1997 wird eine Inventarisierung der bedeutenden Wiener Gebäudebestände durchgeführt. Daten für rund 56.000 Objekte - 56.000 Objekte! - sind erhoben worden und werden bis heute laufend aktualisiert und detailliert. Wie viele Schutzzonen gibt es ungefähr und wie häufig kommen selbige in Wien vor? - Schutzzonen gibt es in Wien seit 1973. Damit kann die Stadt unabhängig vom Denkmalschutzgesetz erhaltenswerte historische Ensembles vor dem Abbruch oder zu großer baulicher Veränderung schützen. Wien-weit gibt es ungefähr 130 Schutzzonen, die oft ganze Straßenzüge umfassen, mit insgesamt etwa 10.000 Häusern.

Ein Wort noch zu den Bausperren: Eng mit dem Thema der Schutzzonen verknüpft ist natürlich auch das Instrument der Bausperren laut Bauordnung. Sobald eine Schutzzone geplant ist, wird eine zeitlich begrenzte Bausperre ausgesprochen. Dies deshalb, damit in der Umsetzungsphase der Schutzzone allfällige kontraproduktive Aktivitäten hintangehalten werden. Während der Dauer der Bausperre wird die Schutzzone dann bewilligt oder die Bausperre läuft aus, je nachdem. Sobald eine Bausperre ausgesprochen wurde, ist jeglicher Abbruch genehmigungspflichtig. Es ist jeglicher Abbruch genehmigungspflichtig! Es hilft also in der Übergangszeit, dass schützenswerte Gebäude nicht einfach mit der Abrissbirne abgebrochen werden können.

Konkret geht es jetzt natürlich um den 22. Bezirk. Es geht um die Postnummern 45, 46, 47 und 48. Hier geht es zeitlich um die begrenzten Bausperren. Bei der Postnummer 49 geht es um eine Verlängerung der begrenzten Bausperre. Bei einem Abbruch ist nur in Schutzzonen und Gebieten mit Bausperre eine Abbruchbewilligung notwendig. Bei Abbrüchen in anderen Gebieten ist der beabsichtigte Abbruch vom Bauführer drei Tage vor Beginn der Arbeit bei der zuständigen Gebietsgruppe der MA 37 anzuzeigen.

Teilabbrüche sind nicht bewilligungsfrei, hier ist in jedem Fall eine baubehördliche Abbruchbewilligung notwendig.

Ich darf also nochmals wiederholen: Bei der Einrichtung von Schutzzonen muss vorher eine Bausperre festgesetzt werden. Eine Bausperre ist zeitlich befristet, bis die Schutzzone eingerichtet ist oder aber auch nicht, und die Bausperre ausläuft. Eine zeitlich begrenzte Bausperre wird mit Einleitung des Verfahrens festgesetzt und hat den Sinn, wenn jemand davon erfährt, dass in diesem Gebiet eine Schutzzone kommt, mögliche Aktivitäten verhindert werden können. Ein allfälliger Abbruch ist

daher durch die zeitlich begrenzte Bewilligung genehmigungspflichtig.

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass die Anträge auf Überprüfung von Schutzzonen im Mai 2014 in der Bezirksvertretung Donaustadt eingebracht wurden. Daraufhin wurden die MA 21 und die dafür zuständigen Fachdienststellen wie die MA 19 ersucht, eine Überprüfung aller Ortskerne durchzuführen. Am 31. Jänner 2017 hat unser Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy mit der Frau VBgm.in Vassilakou die Überprüfung urgieren. Nächstens erscheint es hier im Amtsblatt, und die dafür notwendigen zeitlich begrenzten Bausperren werden wirksam. - Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Niegl.

GR Michael **Niegl** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Stadträtin! Werte Kollegen und Kolleginnen! Werte Zuschauer an den Bildschirmen!

Die Bausperren, das Verhängen der Bausperren gemäß § 8 der Wiener Bauordnung, führt laufend zu Fehlentwicklungen, da dann die Entscheidung der Flächenwidmung einzig und allein beim grünen Planungsausschuss beschlossen werden kann. Und wie so oft ist dann gut gemeint genau das Gegenteil von gut gemacht, denn das von der grünen Frau Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou geführte Ressort glänzt fortlaufend mit Fehlplanungen und unüberlegten Schnellschüssen, sozusagen Stadtplanung an den Bürgern vorbei. Das Ergebnis sind dann links-ideologische Planungsvorhaben zum Schaden der Wiener.

Ein kleines Beispiel, die Problematik Nordrandsiedlung: Dort kommt es auf Grund der Intention des Planungsausschusses zu einer Bauverdichtung. Zur Information: Dieses Gebiet liegt im nördlichen Bereich von Floridsdorf, ist eine kleine, feine Siedlung, wo hauptsächlich Einfamilienhäuser sind, ist strukturell auch so gewachsen. Und dort wird durch Bauspekulation und natürlich durch das Vorhaben des grünen Planungsressorts der Bereich verdichtet. Deshalb darf ich hier auch gleich einen Beschlussantrag dazu einbringen:

„Die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert, in ihrem Ressort ein neues Plandokument für das oben angegebene Gebiet der Nordrandsiedlung in Floridsdorf in Auftrag zu geben, das auf den Erhalt der gewachsenen Siedlungsstruktur Rücksicht nimmt und nach Maßgabe der tatsächlichen Gegebenheiten und Ergebnisse der Evaluierung für das Plangebiet folgende Bestimmungen enthalten soll:

Erstens: Innerhalb des Baulandes bei offener und gekuppelter Bauweise darf die bebaute Fläche maximal 25 Prozent des Bauplatzes betragen.

Zweitens: Feuermauern innerhalb des Baulandes bei offener und gekuppelter Bauweise dürfen in der Bauklasse I eine Höhe von 7,5 m nicht überschreiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Problematik dieser Fehlplanung des Planungsressorts geht aber noch weiter, und erlauben Sie mir, die Problematik an einer besonders gefährlichen Fehlplanung ein bisschen verständlich zu machen. Mittlerweile sind sogar Bauprojekte, was ja mittlerweile auch schon bekannt ist, auf Altlasten, zum Beispiel des ehemaligen Gaswerkes Leopoldau, in Umsetzung begriffen, obwohl das Gebiet schwerstens kontaminiert ist, und der Untergrund mit Chemikalien wie PAK, Benzol und Zyanid belastet ist, und das ohne Generalsanierung, ohne seriöse Information an die Wohnungswerber oder an die Anrainer. Das eklatante Unwissen und die Unbesonnenheit von Seiten der Verantwortungsträger kann ich hier nur mit tiefer Betroffenheit zur Kenntnis nehmen.

Der SPÖ-Umweltsprecher, der Kollege Valentin, der jetzt leider nicht im Raum ist, was sehr schade ist, weil es ihn ja betrifft, verteidigt zum Beispiel dieses Bauprojekt Neu Leopoldau und bezieht sich laufend auf den Bericht des Bundesumweltamtes. Hätte der Kollege Valentin den Bericht des Bundesumweltamtes aber aufmerksam gelesen, wäre ihm nicht entgangen, dass genau das ja die Grundlage dafür ist, dass wir uns Sorgen machen. Die Altlast W 20 ist nämlich nicht saniert, so wie er und auch andere behaupten, sondern sie ist gesichert. Erlauben Sie mir vielleicht noch eine kleine Erklärung dazu: Gesichert bedeutet in diesem Fall, dass die toxischen Chemikalien wie PAK, Benzol und Zyanid weiter in hoher Konzentration im Untergrund vorhanden sind, und durch die technischen Maßnahmen eine Kontaminierung des Grundwassers, der Umwelt und Umgebung verhindert wird. Das bedeutet aber nicht, dass das dort nicht weiter vorhanden ist.

Verwunderlich ist auch insbesondere die Haltung des GR Chorherr. Mit keinem Wort wird von ihm über die Chemikalien, über die Gefahren, über die im Untergrund lagernden toxischen Stoffe gesprochen. - Nein! Wie es halt seine Art ist, verfällt er aber oft förmlich in Euphorie, wenn er dieses innovative, grüne Bauprojekt bewirbt. Nicht schlecht: Umweltschutz wird einfach ausgeblendet. Offenbar zahlt sich das aus, und die Ökolinie der Partei wird einfach verlassen. - Bravo!

Auch der StR Ludwig, der offenbar auch nicht anwesend ist, hat das Thema vollinhaltlich leider nicht erfasst. Er hat es nicht erfasst, denn wie sonst wäre seine Aussage bei einer Sitzung des Wohnfonds Wien am 15. Dezember 2016 zu erklären. Ich habe damals gefragt, was mit diesen im Untergrund lagernden Giften ist, wie die Sanierung ausschaut, und was man da eben zu tun vorhat. Ich zitiere den Stadtrat jetzt wörtlich aus dem offiziellen Protokoll des Wohnfonds Wien. Der Stadtrat hat gesagt: „Der Begriff Sanierung ist Auslegungssache“ - na, ganz schön – „und bedeutet nicht zwingend den kompletten Aushub des kontaminierten Materials. Auch eine Versiegelung ist eine Möglichkeit, um sicherzustellen, dass keine gesundheitsschädlichen Stoffe ins Grundwasser geschwemmt werden.“ - Ja, wunderbar! Nur geht es ja nicht um den Schutz des Grundwassers, denn für den Schutz des Grundwassers wurde nämlich durch diese technischen Schutzmaßnahmen, welche gemäß § 14 des Altlastensanierungsgesetzes in dem

Zeitraum von 2004 bis 2010 durchgeführt wurden, bereits gesorgt.

Das heißt, wir schützen das Grundwasser. Bravo, alles in Ordnung! Es geht per se keine Gefahr für das Grundwasser aus, so auch der Bericht des Bundesumweltamtes. Das bedeutet durch diese technische Umschließung mit einer Doppelkammersperrwand, mit Absenkbrunnen, Entnahmebrunnen und einer Wasseraufbereitungsanlage aber, dass in der Umschließung weiter diese toxischen und krebserregenden Chemikalien wie Benzol, PAK und Zyanid vorhanden sind. Wenn man dann die Aussage des Herrn Stadtrats oder auch des Herrn Valentin ein bisschen bewertet, muss man denken, dass im Prinzip die Anwesenheit dieser Stoffe für neue Wohnungswerber, für Jungfamilien und für spielende Kinder offenbar nicht bedenklich ist.

Lassen Sie mich vielleicht ein bisschen erklären, was diese Chemikalien sind, ich bin nämlich auch kein Chemiker, deswegen vielleicht ein kleiner Exkurs in diese Geschichte.

PAK, polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe, sind im hohen Maße krebserregend und verändern das Erbgut und auch die Fortpflanzungsfähigkeit. Noch dazu sind die persistent. Und persistent bedeutet, das habe ich auch nachlesen müssen, dass sie fast nicht abbaubar sind. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Persistent!*) Das heißt, wir brauchen nicht warten, bis die Chemikalien natürlich abgebaut werden, sondern wir müssen sie einfach von dort entfernen, denn sonst werden sie sich nicht abbauen. Das ist leider so.

Ich wurde gerade berichtigt. Selbstverständlich heißt es persistent. Danke schön, das ist ja kein Problem. Nein, nein, was stimmt, das stimmt, ist ja gar kein Thema.

Zyanid, dieses Gift kennt, glaube ich, jeder, ist hochtoxisch und kann durch die Atemwege, durch die Haut oder durch Aufnahme zu einer Vergiftung führen und führt dann sozusagen zu einer innerlichen Erstickung, weil die Organe, Muskeln und das Gewebe keinen Sauerstoff mehr aufnehmen können. Auch das liegt dort in einem hohen Ausmaß drinnen, und zwar wird dort über eine dreißigfache Anreicherung des Erdreiches über die Grenzwerte gesprochen. Das steht ebenfalls in diesem Bericht des Bundesumweltamtes, also auch das ist nach wie vor vorhanden.

Benzol ist ähnlich wie PAK krebserregend - macht auch nichts, ist nicht so schlimm -, verändert ebenfalls das Erbgut und sollte an und für sich auch in großen Maßen und über einen längeren Zeitraum mit Menschen nicht in Kontakt kommen. Selbst der Leiter der Abteilung - jetzt wird es nämlich interessant - für Altlasten des Bundesumweltanwaltes, Dipl.-Ing. Stefan Weihs, der meines Erachtens doch ein Kapazunder ist, möchte ich sagen, sonst hätte er die Aufgabe nicht inne, bestätigt die Einstufung der Altlast W 20 als gesichert. Das sei jedoch - so er auch wörtlich - kein Freibrief für jegliche Bautätigkeit.

Als die Beurteilung im Jahr 2013 durchgeführt wurde, so Weihs, war das Gelände noch nicht als Baugelände vorgesehen - so schreibt er zumindest. Die Beurteilung

wurde für das Grundwasser und die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Das bedeutet für ihn natürlich, dass ein kontaminiertes Erdreich auf jeden Fall nach den gesetzlichen Bestimmungen entsorgt werden muss.

Da sind wir wieder bei der Problematik, dass die Entsorgung des Erdreichs offenbar so nicht geschehen soll, denn sonst wäre ja dieser Mantel des Schweigens, der von Ihnen ausgebreitet wird, nicht zu erklären. Mit dieser Aussage von fachlich profunder Seite, von Dipl.-Ing. Weihs, werden also all unsere Befürchtungen und Forderungen vollinhaltlich bestätigt. Daher möchte ich einen Antrag einbringen. Wir stellen den Beschlussantrag:

„Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Dr. Michael Ludwig wird ersucht, das Aussprechen eines Bauverbotes gemäß § 19 der Bauordnung auf dem Areal des ehemaligen Gaswerks Leopoldau zu veranlassen, bis das Ergebnis der Prüfung des Stadtrechnungshofs und die Antwort des Bundesumweltministers vorliegen und die Versorgung der Bauplätze und Baulose auf dem gegenständlichen Areal mit gesundheitlich einwandfreiem Trinkwasser sichergestellt ist.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Grund, warum wir diesen Antrag stellen, ist ganz einfach. Es gibt von uns ein Prüfansuchen an den Stadtrechnungshof, der prüfen soll, ob hier genügend Maßnahmen getroffen werden, um die Gefährdung der Bürger und auch die chemische Bauaufsicht sicherzustellen, als auch parlamentarische Anfragen, und zwar an den Bundesumweltminister und an die Gesundheitsministerin. Auf diese Antworten warten natürlich auch wir gespannt. Bis diese Sachlage geprüft ist, wäre es zwingend erforderlich, natürlich jegliche Bauarbeiten zu unterbinden, damit dann auf Basis dieser neuen Erkenntnisse - und Sie werden mir ja zustimmen, dass diese Erkenntnisse immer wichtig sind - das Bauprojekt Neu Leopoldau mit einem Sicherheits- und Sanierungskonzept versehen werden kann, das verhindert, dass Gefahren für Anrainer oder die neuen Wohnungswerber, -mieter vorhanden sein können.

Eines vielleicht zum Abschluss, ich habe da etwas gefunden. Es ist fast ein Schmankerl, möchte ich sagen, aber es weist frappierende Ähnlichkeit mit Ihrem Fall auf. Das Beispiel ist leider aus der DDR, deswegen ist es aber trotzdem noch aktuell. „Die alteingesessenen Anwohner erinnern sich“ - es geht hier um den Bereich Berlin - „noch an den 28. Juli 1984. Es war der Tag, an dem das alte Gaswerk gesprengt wurde. Es wick dem Vorzeigequartier im Ernst-Thälmann-Park, unter dem bis heute ein dunkles Erbe ruht. Schadstoffe aus der Gaswerkszeit ...“ - Interessant! - „Die Bauherren hatten es einfach zu eilig.“ - Kommt uns bekannt vor, gell? - „Erich Honecker“ - den kennen Sie, glaube ich, auch noch - „wollte das Plattenbauviertel zum 100. Geburtstag von Ernst Thälmann einweihen. Es musste 1986 als neuer Ausdruck ‚sozialistischer Städtebaukonzeption‘“ - das kommt uns jetzt auch ein bisschen bekannt vor, das ist ein Vorzeigeprojekt der neuen Stadtentwicklung, des

Konzepts des Bauens, das ist sehr, sehr parallel, kommt mir vor - „pünktlich fertig sein. Deshalb verzichtete man auf den Bodenaustausch.“ - Na, bravo! - „Das war eine grobe Nachlässigkeit, denn die Schadstoffe vom alten Gaswerk blieben in der Erde - Phenole, krebserregende öl- und teerhaltige Verbindungen, giftige Zyanide.“

Seit 1991 gibt es dort laufend Beschwerden über Gesundheitsschäden für die Anrainer, welche über Kopfschmerzen und ähnliche Beschwerden klagen. Mittlerweile wird jetzt um ganz, ganz teures Geld dieser Bereich nachsaniert, man versucht also jetzt im Nachhinein um noch teureres Geld die Chemikalien wieder aus dem Erdreich zu holen. - Bravo, genau darauf steuern wir jetzt zu!

Abschließend appelliere ich an eure Vernunft, an eure Vernunft, dass ihr dem Antrag folgt, dass ihr dem Antrag zustimmt, denn ansonsten - das muss euch schon klar sein - lauft ihr Gefahr, für irgendwelche Folgegesundheitsschäden und Langzeitschädigungen der Anrainer als auch der neuen Bewohner verantwortlich zu sein. Das liegt dann auf euren Schultern, denn spielende Kinder auf mit toxischen Chemikalien verseuchtem Untergrund, das kann wohl kaum eure ernsthafte Absicht sein. - Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Für das Protokoll darf ich bekannt geben, dass Herr GR Wiederkehr seit 15.10 Uhr für den restlichen Verlauf der Sitzung entschuldigt ist.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Chorcherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Christoph **Chorcherr** (*GRÜNE*): Meine Damen und Herren!

Es ist heute nicht meine erste Rede, darum können Sie auch gerne heftig zwischenrufen.

Zu den bisherigen Ausführungen: Ich fange jetzt bei der Nordrandsiedlung an. Der Kollege stellt sich da heraus und sagt, ich zeige euch jetzt den Inbegriff der grünen Chaoswidmungspolitik, die Nordrandsiedlung, und erzählt so etwas. Diffus hatte ich in Erinnerung, dass diese Widmung, die dort besteht, in den letzten Jahren nicht auf unserem Tisch war. Ich habe noch geschwind angerufen. Soll ich Ihnen sagen, wann das gewidmet wurde? - Im letzten Jahrtausend! 1997 war die Widmung für die Nordrandsiedlung. So viel zur Präzision der FPÖ zum Thema Chaos. Darf ich Sie informieren? Seit 2010, das sind übersetzt 13 Jahre, nachdem dort gewidmet wurde, hat die Frau Vizebürgermeisterin das Ressort für Stadtplanung. - Nur zu Ihren Recherchefähigkeiten im Bereich der Nordrandsiedlung.

Es gibt in der Tat Proteste, Vorstellungen, Änderungswünsche, die interessanterweise in beide Richtungen gehen. Auf der einen Seite sagen Menschen, die dort ein Haus geerbt haben, ich würde gerne für mein Enkerl ein bisschen mehr bauen, deswegen herangehen und sagen, können wir da nicht ein bisschen mehr machen. Verständlich, das ist nämlich neben der U-Bahn, und da könnte man durchaus argumentieren, warum es nicht neben einem Haus, für jemanden, der für sein Enkerl oder wen dazubauen will, möglich sein soll.

Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die sagen, wir wollen den Charakter erhalten, nicht mehr. Deswegen gab es Bürgerversammlungen, Diskussionen und wird jetzt versucht, auch mit einem komplexen Liegenschaftseigentum, die Grundstücke sind teilweise noch im Bereich der Gemeinde Wien, teilweise sind sie von den Menschen schon erworben, zu einer Lösung zu kommen.

So, da stehen wir jetzt. Jetzt kommt ein seriöser Politiker der FPÖ heraus und sagt, das, was dort jetzt passiert, nämlich wie dort gebaut wird, ist die Konsequenz grüner Stadtplanungspolitik, über eine Widmung, die 1997 realisiert wurde. Das ist der erste Fall.

Der zweite Fall betrifft den Akt, über den wir jetzt reden. Ach, wie überraschend, es passiert genau das, was jetzt die FPÖ hechelnd im Nachhinein beantragt, dass es nämlich auch in Stadterweiterungsgebieten in Transdanubien Sinn macht, in einigen Bereichen Schutzzonen auszuweisen.

Nur macht man das schlau und nicht blöd. Wenn man es nämlich blöd macht, dann erklärt man in der Zeitung, dass man eine Schutzzone machen will. Das dauert dann einige Monate. In der Zwischenzeit gehen alle Liegenschaftseigentümer her, sichern sich die Bauerechte und können dann genau das tun, was die FPÖ und wir, in dem Fall haben wir ein gemeinsames Interesse, nämlich eine Schutzzone, verhindern wollen, nämlich abreißen und signifikant neu bauen.

Darum macht man es schlau, verhängt rasch eine Bausperre, nämlich heute hier, und nutzt jetzt die Zeit, während die Bausperre gegeben ist, um genau die korrekten Verfahrensschritte einzuleiten, damit in zwei, drei, vier, fünf Monaten, so lange dauert das, ordnungsgemäß hier im Gemeinderat eine Schutzzone ausgewiesen wird. So macht man das schlau.

Wenn man sich da jetzt hektisch herstellt und irgendetwas wirklich Absurdes - ich vermeide den Begriff Fake News - insinuiert, was dort passiert, dann passiert genau das. Eine Schutzzone soll ausgewiesen werden, und damit das schnell passiert und die Liegenschaftseigentümer nicht ihre Bebauungsbestimmungen ändern können, verhängen wir ab heute in einer wunderbaren Kooperation zwischen den Bezirksvorstehungen Transdanubiens und der Frau Vizebürgermeisterin unverzüglich eine Bausperre. Das ist der Punkt, warum wir das hier tun und warum das, was teilweise verschwurbelt in Ihren Anträgen passiert, sowieso umgesetzt wird.

Drittens zum Bereich des Gastwerks: Sie sagen selbst, dass Sie keine Chemiker sind. Ich bin jetzt froh, dass Chemiker und Chemikerinnen seit Jahren genau das prüfen, die schwierige Frage, was aus Gesundheitsgründen ausgehoben, gesichert, wie auch immer, werden muss. Es ist eine Widmung, auf die Schnelle weiß ich jetzt nicht das Jahr, ich bilde mir ein, dass die Widmung im Jahre 2014, also in der letzten Periode, erfolgt ist, als eine Reihe von technischen Umweltstellen der Stadt Wien, die zum Unterschied zu Ihnen sehr wohl ausgebildete Chemikerinnen und Chemiker sind, genau das geprüft haben. Wir haben das auch im Wohnbau-

ausschuss diskutiert, wo wir zum Schluss gekommen sind, dass eine korrekte Vorgangsweise gewählt wurde.

Ich habe nur das Gefühl, dass es um etwas ganz anderes geht: Egal, um welches Grundstück es geht, gibt es auf irgendeine Weise eine Hysterisierung. Man nehme die Begriffe Honecker, Sozialismus plus einige giftige Substanzen, nenne sie in einem Satz: Und das wollt ihr! Wollt ihr krebserregend, mit Honecker und Plattenbau? Das könnt ihr doch nicht wollen! Aber, ich bin kein Chemiker, ich kann das nicht genau ausführen. Bin ich froh, dass Sie nicht für die Politik in Wien zuständig sind! Dafür, dass das möglichst lang so bleibe, werde ich mich heftig einsetzen. - Danke für ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Die erste Postnummer, die wir abstimmen, ist Postnummer 45.

Zu Postnummer 45 liegt ein Abänderungsantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fűrnkranz betreffend Änderung der Bausperre für das im Akt betroffene Gebiet vor. Wer dem Abänderungsantrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Abänderungsantrag wird von der FPÖ unterstützt. Das ist nicht die notwendige Mehrheit, dagegen waren die ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNE.

Wer der Postnummer 45 die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Postnummer 45 wird mit den Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN zugestimmt, gegen die Stimmen der FPÖ, und ist daher mehrstimmig angenommen.

Es liegen auch Beschlussanträge vor.

Ein Beschlussantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fűrnkranz betreffend Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre für das betroffene Gebiet von Postnummer 45. Wer dem Beschlussantrag zustimmt, sofortige Abstimmung wurde verlangt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zustimmung erteilen NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, daher hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der nächste Beschlussantrag, eingebracht von Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fűrnkranz betreffend Reduktion zusätzlicher Bausperren nach § 8 der Wiener Bauordnung im Bezirk Donaustadt. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Beschlussantrag der Gemeinderäte Niegl, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz, Fűrnkranz und Pawkowicz betreffend Abänderung der Plandokumente 7279 und 6889. Auch hier wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von den Antragstellern selbst, der FPÖ, unterstützt, gegen die Stimmen von

NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Der letzte Antrag zu diesem Aktenstück, eingebracht von Niegl, Kasal, Berger, Pawkowicz, Schmidt und Wansch betreffend Bauverbot am Gelände des ehemaligen Gaswerkes Leopoldau. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von ÖVP, NEOS und FPÖ unterstützt, gegen die Stimmen der SPÖ und GRÜNEN, hat daher nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Postnummer 46.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz vor betreffend Änderung der Bausperre im Plandokument 8220. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer diesem Abänderungsantrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von der FPÖ, dies ist nicht die notwendige Mehrheit, dagegen sind NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNE, und daher ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wer der Postnummer 46 zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Die Postnummer wird unterstützt von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN und ist daher mehrstimmig gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Es liegt ein Beschlussantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz betreffend Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre Plandokument 8220 vor. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist daher abgelehnt.

Abstimmung Postnummer 47.

Auch hier liegt ein Abänderungsantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz vor betreffend Änderung der Bausperre Plandokument 8221. Wer dem Abänderungsantrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller selbst, daher nicht die erforderliche Mehrheit. Dagegen sind NEOS, ÖVP, SPÖ und GRÜNE. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Aktenstück Postnummer 47. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das Aktenstück wird unterstützt von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN und ist daher mehrstimmig gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Zu dem Aktenstück liegt ein Beschlussantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz vor betreffend Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre Plandokument 8221. Vorher wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird unterstützt von NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Postnummer 48. Hier liegt ein Abänderungsantrag vor. Die Antragsteller sind die Gemeinderäte Pawkowicz,

Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz, Änderung der Bausperre im Plandokument 8223. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer dem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Antragsteller, die FPÖ, gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN, daher ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Postnummer 48. Wer der Postnummer 48 zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird angenommen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN, gegen die Stimmen der FPÖ, und ist daher mehrstimmig angenommen.

Auch hier liegt ein Beschlussantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz betreffend Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre Plandokument 8223 vor. Ich korrigiere, die Plandokumentnummer ist falsch, aber es geht um den Akt Postnummer 48. Wer hier dem Beschlussantrag zustimmt, sofortige ... (*GR Mag. Manfred Juraczka: 49, 48 haben wir schon gehabt!*) - Nein, nein, es ist ja ein Beschlussantrag zur Postnummer 48. Also, ich wiederhole es: Ein Beschlussantrag zur Postnummer 48, nur das Plandokument, das in Postnummer 48 im Antragstext angeführt ist, ist nicht richtig. Es liegt also ein Beschlussantrag zur Postnummer 48 vor, Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre. Sofortige Abstimmung wurde beantragt. Wer hier zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von NEOS und FPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, und hat daher nicht die erforderliche Mehrheit.

Jetzt kommt Postnummer 49 zur Abstimmung dran. Hier liegt wieder ein Abänderungsantrag der Gemeinderäte Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz vor betreffend Änderung der Bausperre. Wer dem Abänderungsantrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Antragstellern selbst, von der FPÖ, unterstützt, gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN.

Damit kommen wir zum Poststück selbst. Wer der Postnummer 49 zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird unterstützt von ÖVP, NEOS, SPÖ und GRÜNEN, gegen die Stimmen der FPÖ, und ist daher mehrstimmig angenommen.

Und nun der letzte Beschlussantrag zu diesem Poststück, eingebracht wieder von den Gemeinderäten Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz. Auch hier wurde sofortige Abstimmung beantragt. Schutzzone oder rasche Aufhebung der Bausperre. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung von NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN, und daher ist der Antrag abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 50 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8176 im 10. Bezirk, KatG Favoriten. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön! Auch hier ersuche ich um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Bei diesem Poststück handelt es sich um die Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Puchsbaumgasse, Laaer Wald, Südosttangente, et cetera, auch besser bekannt rund um das Gebiet der Ankerbrotfabrik, respektive das, was noch Ankerbrotfabrik ist beziehungsweise jetzt teilweise schon in die Loft City umgebaut wurde, und eben in diesem Flächenwidmungsplan auch eine weitere Bebauung Richtung Tangente vorsieht. Ich will einmal sagen, dass es schon wichtig ist, sich dieses Beispiel, wie hier Flächenwidmung und Bebauung unterschiedlich interpretiert werden, ein bisschen im Detail anzusehen, denn gerade dieses Gebiet der Loft City ist ja jetzt mit Ateliers, Veranstaltungsräumen, Gastronomie, et cetera durchflutet, und es gibt auch, sage ich einmal, wohnungsartige Einheiten, denn Wohnen darf man in diesem Gebiet nicht. Das ist die eine Seite.

Für die andere Seite, die sich Richtung Südosttangente erstreckt, wird jetzt in diesem Vorschlag des Flächenwidmungsplans sehr wohl eine Wohnnutzung möglich. Das verstehen wir eigentlich nicht, weil das eine Gebiet viel näher bei der Südosttangente - viel mehr Lärm, viel mehr Schadstoffbelastung - ist, und das andere Gebiet eigentlich ja ident aussieht, dort aber Wohnen nicht möglich ist.

Auf der anderen Seite haben wir einen Industriestandort, die Ankerbrotfabrik, die auf der einen Seite über das Wohngebiet nicht glücklich ist und auch teilweise mit Abwanderung droht, und die anderen, die sagen, na ja, wir wollen eigentlich in die Loft City. Da gibt es Partikularinteressen, ganz unterschiedliche Interessen. Die einen würden dort gerne Wohnungen haben, weil natürlich auch vom Projektwerber damals indirekt versprochen wurde, dass man das irgendwann einmal in Richtungen Wohnungen umwidmen könnte. Die anderen wollen das nicht, weil wir dort Veranstaltungszentren haben. Hier haben wir genau diesen Konflikt zwischen Wohnen, Arbeiten, Veranstaltungen, und ich denke, dass wir hier klarere Vorgaben und mehr Möglichkeiten brauchen, denn immer mehr Menschen wollen eigentlich in einem Gebiet wohnen, wo ich wohnen, leben, arbeiten kann, Veranstaltungen habe, und ja, ich nehme auch in Kauf, dass es halt lauter ist. Ich nehme das in Kauf, weil es für mich klar ist, wenn ich dort hinziehe, wenn ich dort ein Wohnobjekt erwerbe, dann wird es lauter sein.

Dass ich aber innerhalb eines Gebietes, das de facto ident ist, auf der einen Seite Wohnungen ermögli- che und auf der andere Seite nicht, ist eigentlich zu hinterfragen, weil gerade das Thema der Durchmischung in einer wachsenden Stadt, in einer lebendigen Stadt ein zentraler Aspekt sein muss. Wir haben hier schon ein gewisses Wirrwarr und einen Interpretationsspielraum, wo es in dem einen Fall, und das ist eigentlich dasselbe Grundstück, aber angrenzend, möglich ist, in dem anderen Fall nicht. Deswegen werden wir diesem Planungsdokument auch nicht zustimmen. *(Beifall bei den NEOS.)*

Ich möchte aber hier das Thema noch ein bisschen weiter spannen, weil das für mich ein Beispiel ist, wo mir doch in der Stadtplanung einige Instrumente fehlen, die Klarheit schaffen, die auch Präzision schaffen, um Entwicklungen zu ermöglichen. Wie gesagt, diese Durchmischung von Wohnen und Arbeiten ist nur die eine Geschichte. Genau zu dieser Präzision dieses Gemischten Baugebietes bringen wir auch einen Antrag ein:

„Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständigen Stellen der Stadt dazu auf, ein Modell zu entwickeln, wie im Rahmen der Widmungskategorie Gemischtes Baugebiet die Schaffung von durchmischten und auch abends belebten Quartieren erleichtert werden kann. Dabei soll ein vernünftiger Ausgleich der Interessen von Anrainern, Vermietern sowie den Betreibern von Gastronomiebetrieben und Veranstaltungsstätten gefunden werden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung verlangt.“

Ein zweiter Aspekt, den ich im Zuge dieses Geschäftsstück diskutieren möchte, ist das Thema der übergeordneten, rechtsverbindlichen Instrumente, denn die Beispiele zeigen: Bei Flächenwidmungen wird viel zu oft nach der momentanen Befindlichkeit entschieden. Das ist auch ein Beispiel dafür, dass die einen das wollen, die anderen nicht. Hier geht es also schon um Partikularinteressen und Befindlichkeiten, und eigentlich geht das nicht. Das heißt, es gibt keine übergeordneten Instrumente, wo klargelegt ist, dass sich Flächenwidmung und Bebauungsplan entsprechend an diesen übergeordneten Instrumenten orientieren sollen. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan kann auf Grund dieser mangelnden Verbindlichkeit des Stadtentwicklungsplans auch von dessen Zielen entsprechend abweichen. Das tut er auch sehr oft, und das hat auch die Frau Kollegin Olischar das letzte Mal in diesem Hause als eines der Probleme angemerkt. Es ist vor allem dann ein Thema, wenn bestimmte Entwicklungen verhindert werden sollen, dann könnte zu Planinhalten zum Beispiel sektorale oder auch gebietsbezogene Leitbilder, so, wie auch in regionalen Entwicklungsprogrammen anderer Bundesländer vorgesehen, eine entsprechende Verordnung erlassen werden.

Sie, Frau Vizebürgermeisterin, haben ja auch angekündigt, das gerade jetzt im Zuge des Hochhauskonzepts für den 1. Bezirk hier für den Gemeinderat entsprechend verordnen zu lassen. Die Frage ist natürlich nur, auf welcher Rechtsgrundlage das passieren wird.

Ein sektorales Leitbild, und das ist ein sehr wichtiger Aspekt, fehlt auch am Beispiel des Betriebszonenkonzeptes, darauf warten wir ja noch. Das Betriebszonenkonzept ist ein sehr wichtiger Aspekt, denn solange das hier nicht entsprechend vorliegt, gibt es ja immer wieder Blockadehaltungen auch von Seiten der Wirtschaftskammer im Fachbeirat für Stadtentwicklung hinsichtlich der Umwidmungen von Betriebsgebieten, et cetera. Das heißt, hier warten wir darauf, und eigentlich ist es ja etwas, was Sie im rot-grünen Regierungsprogramm bereits angekündigt haben, nämlich Leitbilder als Instrumente vorzusehen. Deswegen stellen wir den Antrag

eigentlich entsprechend der Passage im rot-grünen Regierungsprogramm:

„Der Gemeinderat spricht sich für die Prüfung zur Einführung einer verbindlichen Planungsebene zwischen dem STEP, also zwischen dem Stadtentwicklungsplan und den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen in Form von Leitbildern aus. Diese können, in Abstimmung mit den Bezirken, ab einer noch festzulegenden Mindestgröße für funktional zusammenhängende Gebiete definiert werden. Falls diese Prüfung, wie im Regierungsprogramm Rot-Grün II angekündigt, bereits erfolgte, spricht sich der Gemeinderat für eine umfassende Information des Gemeinderatsausschusses aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.“

Ich möchte noch eine dritte Ebene einführen und ein Thema diskutieren, das mir, wie Sie wissen, ein besonderes Anliegen ist, nämlich der Konnex aus Stadtentwicklung und sozialer Infrastruktur, im Speziellen auch der Gesundheitsinfrastruktur, denn das hat ja die Gesundheitsstadträtin Frauenberger auf der SPÖ-Klausur jetzt angekündigt, das habe ich sehr positiv gefunden, dass jetzt doch plötzlich in allen Bezirken Primärversorgungseinrichtungen entstehen sollen. Das ist einmal ein grundsätzlich vernünftiger Zugang, darüber zu diskutieren, aber natürlich hängt es von der Dichte ab und es hängt davon ab, wie viele Menschen wo wohnen, ob es Sinn macht oder nicht, ob man hier auch einen Bedarf hat.

Das bedeutet, dass wir letztendlich, und ich habe das immer wieder betont, die Stadtentwicklungsgebiete nutzen müssen, um hier für die Gesundheitsinfrastruktur Vorsorge zu treffen. Wenn wir es nicht jetzt tun, ist das langfristig viel teurer, und jetzt besteht die Chance, gerade dann, wenn Menschen an einen neuen Ort ziehen, natürlich auch ihr Verhalten zu verändern, um nicht direkt ins Spital zu gehen, sondern wohnortnah eine Primärversorgungseinrichtung aufzusuchen.

Hier ist eine strategische Vorausplanung absolut notwendig. Es reicht aus unserer Sicht nicht, einfach zu sagen, es wird dort genug Flächen geben, und wenn der Bedarf entsteht, dann wird diese Fläche umgewandelt. Nein, das gehört von vornherein entsprechend geplant, damit es auch barrierefrei ist, den Zugang erleichtert, et cetera.

Vor diesem Hintergrund bringe ich noch einen dritten Antrag ein: Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass im Zuge von Stadtentwicklungsgebieten ab zirka 1.000 Wohneinheiten und einem entsprechenden Einzugsbereich, darüber hinaus die Möglichkeit der Errichtung von Infrastruktur für eine Primärversorgungseinheit durch ein geeignetes Gremium, das könnte zum Beispiel die Infrastrukturkommission sein, überprüft wird, und, wenn die Prüfung ergibt, dass es sich hier um einen geeigneten Standort für eine Primärversorgungseinheit handelt, mit den Projektträgern zum Beispiel im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages, denn dort hätte ich die Möglichkeit, im Rahmen der Bauordnung, eine entsprechende Einrichtung für die Infrastruktur von Primärversorgungseinrichtungen zu vereinbaren. In formeller Hin-

sicht wird dieser Antrag den Gemeinderatsausschüssen für Soziales, Gesundheit und Frauen sowie Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz und BürgerInnenbeteiligung zugewiesen.

Zusammenfassend: Ich denke, dass man an diesem Beispiel des Flächen- und Bebauungsplanes rund um die Ankerbrotfabrik schon sieht, dass oftmals Partikularinteressen die Widmungskategorien steuern, und das soll es nicht sein. Deswegen ist es wichtig, dass es hier ganz klare strategische Leitbilder gibt, und es ist ebenso wichtig, dass diese Vernetzung von Stadtentwicklung, Stadtplanung und dem Gesundheitsressort entsprechend stärker verankert ist. - Danke schön. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dipl.-Ing. Olischar. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dipl.-Ing. Elisabeth **Olischar**, BSc (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir sprechen im aktuellen Tagesordnungspunkt von der Ankerbrotfabrik, Kollege Gara hat ja auch schon kurz das Gebiet umrissen und seine einzelnen Kategorien ein bisschen angesprochen und angerissen. Ich möchte in meiner Wortmeldung doch noch ein bisschen detaillierter darauf eingehen, was denn die Stadt Wien konkret in diesem Plandokument vorhat, und auch ein bisschen auf den Erläuterungsbericht, der dieses Plandokument näher erläutern soll, eingehen.

Derzeit, also sprich, jetzt noch vor Beschluss dieses Plandokuments, haben wir es mit einer eher rechtswidrigen Lage der dort derzeit vorherrschenden Zustände zu tun, denn sowohl die Caritas-Einrichtung als auch die Wohnungen, die derzeit dort bestehen, sind laut dem derzeitig vorliegenden Plan rechtswidrig. Wenn man sich ansieht, was die Stadt Wien mit dem neuen Plandokument vorhat, so sieht man, dass der Bestand einseitig berücksichtigt wurde, das heißt, wir finden im Plandokument schon die Möglichmachung der Caritas-Gebäude, aber die Wohnmöglichkeit im Loftbereich finden wir nicht.

Für mich stellt sich die Frage: Wusste man, dass Menschen dort wohnen? Wenn ja: Warum hat das keine Berücksichtigung gefunden? Und wenn nein: Warum gab es keine umfassende Bestandsanalyse? Ich würde sagen, eher Zweites, denn wenn man sich den Erläuterungsbericht ansieht, möchte ich kurz zitieren, was auf Seite 11 zu lesen ist: „Für die Loft City erfolgt überwiegend eine Anpassung der Widmung und der Bebauungsbestimmungen an den Bestand.“ Das kann aber so nicht richtig sein, denn wenn Sie an den Bestand anpassen, dann hätte die Wohnwidmung berücksichtigt werden müssen.

Wie auch Kollege Gara schon angesprochen hat, ist unverständlich, warum im Nordosten des Gebietes der Bauplatz Wohnen sein darf. Da möchte ich von der Seite 6 zitieren: „Dabei wird aber Wohnen ausgeschlossen, um die vielfältigen kulturellen und sozialen Aktivitäten am Areal nicht durch mögliche Nutzungskonflikte zu beeinträchtigen. Das gilt für Loft City. Für die Fläche des Wohnfonds sollen eine Widmung und Bebauungsbe-

stimmungen festgesetzt werden, welche die in Hinblick auf das Bevölkerungswachstum gewünschte Wohnbauentwicklung unter bestmöglicher Berücksichtigung der Gegebenheiten am Standort ermöglichen.“

Also da geht dann plötzlich Wohnen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, obwohl es sich um ein und dasselbe Planungsgebiet handelt, und obwohl diese beiden Gebiete unmittelbar aneinander angrenzen.

Sie argumentieren in diesen Absätzen also selber gegen sich, und da kommt auch dann plötzlich das Argument Wohnungsdruck, man muss dem zusätzlichen Bevölkerungswachstum gerecht werden. Hier kommt dann plötzlich der Druck, mehr Wohnungen zu bauen und dann noch dazu in einer ungewöhnlich hohen Dichte, ungefähr 2,7 bei einer Höhe von 35 m, wobei wieder festgehalten wird, dass es sich hier offiziell um kein Hochhaus handelt.

Auch die Bezirksvorstehung hat darauf aufmerksam gemacht, dass hier eine erhöhte Windproblematik besteht, nicht zu verschweigen die Problematik rund um den Lärm. Unmittelbar neben dem Gebiet, wo Wohnen ermöglicht werden soll, befindet sich nämlich die Südosttangente, und hier wird im Erläuterungsbericht auf Lärm und Einschränkungen eigentlich nicht wirklich Bezug genommen, sogar der Fachbeirat hat in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam gemacht. Das heißt, hier sieht man in dem Gebiet, wo Wohnen ermöglicht werden soll, keine Konflikte, und es ist alles wunderbar. Auch was die Produktionsstätte betrifft, wird bei dem für Wohnen auszuweisenden Gebiet nicht darüber gesprochen, dass die Produktionsstätte irgendeinen Einwand haben könnte.

Es gab auch seitens des Fachbeirates eine Anregung, überhaupt das Industriegebiet als Widmung beizubehalten. Da möchte ich jetzt aus der Stellungnahme der Stadt Wien zitieren, die darauf reagiert: „Die Beibehaltung der Widmung Industriegebiet entsprechend der bisherigen Rechtslage wird nicht empfohlen. Sie würde für die vom Wohnfonds erworbene Fläche die beabsichtigte Umnutzung für Wohnzwecke verhindern.“ Wie gesagt, wir verstehen also nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Ich fordere Sie dazu auf: Bringen Sie diesen Kuddelmuddel in Ordnung und schaffen Sie Rechtssicherheit für alle Beteiligten. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren!

Ausnahmsweise möchte ich einen Oppositionspolitiker lobend erwähnen. Ich glaube, wie der Herr Kollege Gara auch die Komplexität dieses Bereiches geschildert hat, zeigt - und ich möchte dort anknüpfen, ich sehe vieles ähnlich wie er -, wie man in der gewachsenen Stadt wirklich vorsichtig und diskursiv herangehen muss und nicht sozusagen ein bisschen brachial. Frau Kollegin Olischar, ich gehe jetzt gleich auf Sie ein: Da gibt es einerseits ein gewachsenes Gebiet im Bestand, ich gehe dann genauer darauf ein, und daneben, wo überhaupt nichts bebaut ist, ist eine andere Möglichkeit. Auch ein

Industriegebiet endet irgendwo und geht in ein Wohngebiet über. Irgendwo gibt es immer Grenzen, und nur, weil es dasselbe Plandokument ist, heißt das nicht, dass man alles gleich behandeln muss.

Ja, auch wir haben im Bezirk innerhalb der Stadtplanung mit den Menschen, die dort legal wohnen, eine sehr eingeschränkte Form, eine sehr grenzwertige, aber nicht illegale Form des Wohnens, wo sehr viele auch bei uns vorgeschrieben haben, um zu sagen, geh, legalisiert das doch vollkommen! Wir haben uns das sehr genau angeschaut, und in der Tat ist es am ersten Blick nicht so, dass man sofort sagt, so muss man es machen.

Darum möchte ich es ein bisschen genauer erklären, weil dort ein Pflänzchen entsteht, das gar nicht leicht außerhalb des Gürtels, in einem Außenbezirk zu wachsen beginnt. Dort entsteht jetzt, vor allem, nicht nur, aber durch die Caritas und vergleichbare Einrichtungen vorangetrieben, mitten in Favoriten, anschließend an Gebiete, die sozusagen nicht die wohlhabendsten und „most affluent“ sind, den besten Zugang zur Kultur haben, eine Kultureinrichtung, eine Bildungseinrichtung, Galerien, Gastronomie. Und die tun sich auch gar nicht leicht dort.

Wenn du sagst, he, ich gehe geschwind in die Kultureinrichtung, passt das nicht zur Ankerbrotfabrik. Das entsteht jetzt seit Jahren und kann weiterwachsen. Für uns war das schon sehr wesentlich, dass im Zuge der öffentlichen Stellungnahme die Caritas als ein Hauptbetreiber dieses Bereichs die Stadtplanung ausdrücklich erwünscht hat, und ich werde gleich erklären, warum sie sich gewünscht hat, dass im Altbestand dort das Wohnungsverbot bleibt.

Jetzt ist es in der Tat nicht ganz einfach zu erklären: Wohnungsverbot und trotzdem kann man wohnen? Was ist das jetzt? Um es sehr genau zu sagen, Frau Kollegin Olischar: Die Schule ist dort nicht illegal, die Schule hat um einen § 71 angesucht, um eine temporär befristete Bewilligung für diese Schule, die Schule dort ist also legal. Unter anderem wird jetzt mit dieser Widmungsänderung im Altbestand ermöglicht, dass diese Schule dort auch auf einer rechtlichen Basis möglich ist.

Der zweite Punkt: Vorher war Industriegebiet. Wie kann man in einem Industriegebiet wohnen? Geht das überhaupt? Ja, unser Rechtssystem ist sozusagen durchaus vielfach interpretationsbedürftig und auch offen. In einem Industriegebiet kannst du eine Wohnung für den Inhaber schaffen, ich sage es jetzt unjuristisch, und dort sind sehr viele Selbstständige, die dort Kanzleien, Ateliers haben und im Rahmen ihrer selbsttätigen Tätigkeit auch legal wohnen dürfen. Jetzt ist nichts anderes passiert, als dass der Rechtszustand - normales Wohnen im Industriegebiet ist nicht möglich - jetzt auch durch das Wohnungsverbot aufrechterhalten wird. Warum? - Nach langem Abwägen, und in der Tat, man hätte auch anders entscheiden können, war uns aber wichtig, gemeinsam mit der Frau Kollegin Gaal und dem Bezirk und allen, die für Kultur in den Außenbezirken etwas übrig haben, dieses schwierige Pflänzchen Kultur in den Außenbezirken nicht zu gefährden. Warum? Das hat der Kollege Gara richtig ausgeführt. Wenn du eine Kulturein-

richtung hast, und da gibt es ein Abendkonzert und dann ist es am Abend oft laut, dann verstehe ich auch, dass die Anrainer sagen, hallo, da ist es so laut, und Polizei, und darf nicht und soll nicht. Wenn du dort aber nur auf einem sehr eingeschränkten Bereich ein Wohnungsverbot hast, hast du natürlich im Verfahren geringere Rechte der Einspruchnahme.

Wir sagen also als Stadt Ja, in dubio geht jetzt diese Kulturnutzung vor, und du Anwohner hast dort sozusagen eine gewerblich tolerierte Wohnung, aber wenn es halt am Abend laut ist, du bist in einem Gebiet, wo es am Abend laut sein kann. Damit sichern wir das ab. Das war der Wunsch der Caritas. Das ist der Bestand.

Jetzt habe ich noch ein zweites Argument. Das zweite Argument ist ein typisches Gentrifizierungsargument, dem ich einen Riegel verschieben will. Jetzt ist es durch Kulturnutzungen gelungen, das interessant zu machen. Und warum sind die auch eingezogen? Weil Industriegebiet, weil Gewerbe, und darum sind die Preise erträglich. In dem Moment, wenn man dort Wohnen freigibt - ich sage Ihnen genau, was dann passiert: Patsch, ah das ist eine coole Gegend, Eigentumspreise 5, 6, 7.000 EUR und Druck auf die Kulturnutzer, das auszugeben, was wir im 1. Bezirk haben, dass reihenweise die Kaffeehäuser aufgeben, nicht wegen der Fußgängerzonen, sondern weil sie Millionen Cash auf die Hand kriegen, damit sie für eine andere Nutzung freigemacht werden.

Auch aus diesem Grunde - ich habe mir das sehr lange überlegt, deshalb möchte ich das ein bisschen ausführlicher begründen - folgen wir in dem Fall einer seltenen Koalition von Caritas, GRÜNEN, SPÖ und Wirtschaftskammer, die sich in ihren Stellungnahmen gegen eine Wohnungsnutzung stellt. Das betrifft das gewachsene bestehende Backsteingebäude.

Anders ist es dort, wo wir daneben eine große Wiese, es ist dort kein Rasen, aber ein unbebautes Grundstück ist daneben, haben. Da war ein kooperatives Verfahren, das gehört dem Wohnfonds, damit ist garantiert, dass man eine sozial leistbare, geförderte Wohnung bekommen kann. Beim kooperativen Verfahren haben sich der Wohnfonds und auch die Architekten und Architektinnen, die daran geplant haben, sehr eingesetzt, dass sehr wohl mit der Konfiguration sowohl geachtet wird, dass in Richtung der Ankerbrotfabrik abgeschirmt wird, als auch, dass gegenüber dem anderen Areal abgeschirmt wird, und es kommt jetzt zu einer Möglichkeit, dass eben die Grenze genau dort ist, wo der Altbestand aufhört und das andere beginnt. Deswegen macht man Gleiches gleich, behandelt es aber ungleich, die Wiese bei einer Wohnnutzung.

Um das zu erklären, braucht man zehn Minuten, und ja, das kann man auch anders sehen. Das ist das Wesen der Stadtplanung, da gibt es nicht sozusagen eine vom Himmel kommende allgemeine Wahrheit, sondern ja, das kann man auch anders sehen, wenn man andere Vorstellungen hat, soziales Wohnen vielleicht geringer bewertet, Kultur in den Außenbezirken anderes bewertet, die Freiheit des Eigentums höher bewertet, dann kommt man zu einem anderen Schluss, der ist auch legitim.

Ich glaube aber, dass das aus unserer Sicht einer rot-grünen Regierung ein sehr guter Kompromiss ist. Ich freue mich auch, dass die Caritas und die vielen Bildungsinitiativen dort etwas in die Höhe bringen, was wir dringend nicht nur in Favoriten öfter, sondern auch in Floridsdorf, in der Donaustadt viel öfter probieren sollten, damit so etwas auch entsteht. Darum ist es ein guter Kompromiss, und ich freue mich, dass wir den heute zu Beschluss bringen. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Berger. Ich erteile es ihm.

GR Stefan **Berger** (FPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um vielleicht gleich relativ nahtlos an die Ausführungen von Herrn Chorherr anzuschließen: Ja, wir sehen es anders. Ja, wir lassen uns da nicht von einer Hilfsorganisation oder von einer NGO mit ihren Interessen vor sich hertreiben, wie das vielleicht andere hier machen, die dem entsprechend nachgeben.

Aber noch einmal ein paar grundlegende Dinge zu dem Tagesordnungspunkt beziehungsweise zu dem Plandokument, das uns hier vorliegt:

Das Gebiet der Ankerbrotfabrik war bis vor rund 125 Jahren noch nahezu unbebaut. Erst vor 125 Jahren wurde dort eine Brotfabrik errichtet, die bis zum heutigen Tage auch tatsächlich, wenn auch jetzt in anderer Form, dort steht. Erste Bestimmungen im Sinne einer Flächenwidmung fanden sich dann im Generalregulierungsplan, der 1893 im Gemeinderat beschlossen wurde. Dort wurde festgehalten, dass das Gebiet vorzugsweise für Industriebauten bestimmt sein soll, und diese Widmung besteht sozusagen bis zum heutigen Tag.

Auf der Fläche südlich des Areals, über das wir hier sprechen, befindet sich eine Einfamilienhaussiedlung, die bereits in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts errichtet wurde und auch dementsprechend als Wohngebiet gewidmet wurde.

Ein Teil des Ankerbrot-Areals wurde vor einigen Jahren verkauft. Es ist damals sehr offensiv angepriesen worden. Man hat hier Lofts angeboten. Man hat es im Bezirk riesengroß auf Häuserfassaden plakatiert, man hat Inserate geschaltet, und so weiter und hat das so bis in die Jahre 2011, 2012 herum als Loft City beworben, hat Lofts eben zum Verkauf angeboten. Und ja, diese Lofts haben zahlreiche Abnehmer gefunden, vorwiegend eben Personen und Organisationen mit sozialen und kulturellen Aktivitäten, und diese haben dann Eigentum, Miteigentum an dieser Liegenschaft erworben, wobei ihnen das Versprechen gegeben beziehungsweise die Absicht sozusagen zugesagt wurde, dass eine entsprechende Umwidmung von Industriegebiet - wie es ja bis zum heutigen Tage gewidmet ist - vorgenommen wird.

Der Bezug der Lofts war so weit auch, wie es von den Vorrednern zum Teil schon erwähnt wurde, an sich rechtlich gedeckt, das ist aber jetzt keine so klare Geschichte. Man bezieht sich da auf den § 6 Abs. 13 in der Wiener Bauordnung, der da lautet: „In Betriebsbaugebieten und Geschäftsvierteln, in Industriegebieten und auf

Lagerplätzen und Ländeflächen ist die Errichtung von Wohnungen für den Bedarf der Betriebsleitung und der Betriebsaufsicht zulässig.“ - Wenn dort jetzt Fotografen oder Künstler Ateliers haben, dann ist das rechtlich, sage ich einmal, höflich formuliert, ein recht schmaler Grat, wenn man es juristisch betrachtet, aber gut. Mittlerweile haben, wenn man sich auch das Umfeld beziehungsweise dieses Areal dort selbst ansieht, immerhin 30 Personen in dieser Loft City ihren Hauptwohnsitz begründet - wohlgemerkt: das sind nur diejenigen, die dort ihren Hauptwohnsitz haben. 114 Hauptwohnsitze gibt es direkt südlich des Areals bei der Einfamilienhaussiedlung. Und rund um dieses Areal herum, also sowohl nördlich als auch westlich, da findet man schlichtweg Gemeindebau, dort leben Tausende von Menschen.

Nun schreiben wir das Jahr 2017, also rund fünf Jahre, nachdem die entsprechenden Kaufverträge in der Loft City dort abgeschlossen wurden, und es steht eine Umwidmung an, jedoch nicht so, wie es sich die Erwerber und die Mieter vorstellen, wie es ihnen vielleicht auch versprochen wurde. Es soll eine Umwidmung auf Gemischtes Baugebiet geben, jedoch mit dem Zusatz, wie es auch bereits erwähnt wurde, Wohnungen ausdrücklich zu untersagen. Dass sich hier viele Eigentümer über den Tisch gezogen fühlen, das können Sie sich wahrscheinlich denken - vor allem angesichts dessen, wie das damals dargestellt wurde, als diese Lofts entsprechend angepriesen wurden -, und diese Verärgerung war, glaube ich, durchaus auch in den Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auflage des Plandokuments ersichtlich.

Wie das rechtlich mit hundertprozentiger Gewissheit aussieht, dafür würde ich meine Hand dann schlussendlich nicht ins Feuer legen, aber jetzt könnte man sich natürlich auch bei dieser Umwidmung wieder auf den § 6 Abs. 13 der Bauordnung berufen, wie es auch die MA 21 macht. Jedoch haben sich die Vertragspartner bei der Unterzeichnung vor rund fünf, sechs Jahren auch zur Einhaltung gewisser Bedingungen im Zusammenhang mit dem Eigentum verpflichtet, nämlich auf Grund dessen, dass die Veranstaltungsräume auch entsprechend kulturell genutzt werden, insbesondere dass man darauf achten wird, Lärmimmissionen möglichst gering zu halten - was im Wesentlichen insbesondere eine Hilfsorganisation, namentlich die Caritas der Erzdiözese Wien, und auch eine entsprechende Veranstaltungs GmbH betrifft, die hier sozusagen die Vergabe durchführt beziehungsweise entsprechende Veranstaltungsräumlichkeiten innehat.

Mit der geplanten Umwidmung - Herr Chorherr hat es ohnedies sehr offen und ehrlich gesagt - gibt man diesen Organisationen beziehungsweise auch dieser Gesellschaft einen Freifahrtschein, auf die Anrainer beziehungsweise auch auf die Bewohner relativ wenig Rücksicht zu nehmen. Im Akt der Untersagung von Wohnungen wird nicht so ganz eindeutig, aber doch in dem einen oder anderen Satz erwähnt, dass das eben mit den sozialen und kulturellen Tätigkeiten auf dem Areal zu tun hat. Und hauptsächlich in der Stellungnahme der Caritas ist drinnengestanden, dass man ein Wohnungsverbot aus-

drücklich begrüßt, um sich hier sozusagen nicht mit unnötigen Aufregungen beschäftigen zu müssen beziehungsweise auf Anrainer ganz offensichtlich wenig Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Sache ist nur die: Wer das Gebiet dort kennt - und ich weiß nicht, inwiefern das im Vorfeld durch Personen erfolgt ist, die vielleicht nicht die beste Bezirkskenntnis haben -, der weiß, dass sich nur dadurch, dass man dort ein Verbot von Wohnungen verhängt, das Problem noch nicht lösen wird. Sie haben nämlich nördlich dieses Areals ein Gebiet, das als Wohngebiet gewidmet ist, wo tausende Anrainer, Bewohner leben. Das sind Gemeindebauten, diese Bauten hat die Stadt Wien errichtet. Im Westen ist es so, dass sich dort ebenfalls Gemeindebauten befinden, dort also auch Anrainer sind; und im Süden ist es ebenso der Fall, dass sich dort eine Einfamilienhaussiedlung befindet. Da bekommt man den Eindruck, dass nicht nur innerhalb eines Planungsgebietes mit zweierlei Maß gemessen wird, sondern dass für Rot und Grün anscheinend auch die Anrainer in den Gemeindebauten weniger wert sind als die, die dort schlichtweg kulturelle Aktivitäten planen und ihre eigenen Interessen verfolgen.

Bei uns ist es so: Wir sehen uns nicht irgendwelchen NGOs, Hilfsorganisationen, die Millionenerträge im Jahr erwirtschaften, verpflichtet, sondern wir sehen uns den Wienerinnen und Wienern, der Bezirksbevölkerung, den Anrainern und den Eigentümern und Mietern der Lofts verpflichtet.

Wir bringen dementsprechend auch einen Abänderungsantrag von mir und meinem Kollegen ein, und zwar: „Im gegenständlichen Plangebiet soll die ausdrückliche Untersagung der Wohnungsnutzung in den mit GB - Gemischtes Baugebiet gekennzeichneten Bereichen gestrichen werden.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Für das Protokoll: GR Damjanovic nimmt ab jetzt wieder an der Sitzung teil.

Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Ich erteile es ihr.

GRin Kathrin **Gaal** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Berichterstatter! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann mich dem sehr ausführlichen und vor allem sehr, sehr guten Beitrag von Christoph Chorherr inhaltlich voll anschließen. *(StR Anton Mahdalik: Na super! Überraschend!)* Genau, ich finde das auch super, und mir tut es richtig weh, Herr Berger, dass Sie jahrelang in der Bezirksvertretung Favoriten waren und offensichtlich dieses Gebiet gar nicht kennen. Denn bei den Ankerbrot-Gründen handelt es sich um einen Kulturstandort, der mittlerweile mehr als etabliert ist und aus Favoriten einfach nicht mehr wegzudenken ist, einen Standort in jenem Bereich, wo das neue Sonnwendviertel mit der Kreta - zur Information für Sie: So heißt das Gebiet rund um die Ankerbrot-Fabrik - zusammentrifft, eben in einem Teil von Favoriten, wo Kultur bisher nicht, leider nicht

stattgefunden hat, außer vielleicht im Böhmisches Prater, wenn es dort eine Veranstaltung gegeben hat. Umso wichtiger sind all die dort ansässigen Kultur- und Sozialinitiativen für dieses Gebiet.

Das heißt, in unmittelbarer Nähe zu einer bestehenden Produktion, nämlich der von Ankerbrot, befinden sich jetzt unzählige Galerien und Ausstellungsräume, Gastronomieangebote, Büros, Lofts, der Verein Superar - ein Verein der von Ihnen so sehr kritisierten NGOs, der regelmäßig und kostenfrei den Kindern und Jugendlichen aus dem Grätzl das Tanzen, das Singen, das Musizieren beibringt, und das mit großem Erfolg - oder ein Lerncafé für die Kinder und Jugendlichen in diesem Grätzl, auch kostenlos für alle, oder die Schule für Sozialbetreuungsberufe.

Und ja, jetzt entstehen daneben ungefähr 400 Wohneinheiten, Wohnungen, die wir tatsächlich dringend brauchen - Favoriten hat mittlerweile fast 200.000 Einwohner, ist ein beliebter Wohnbezirk. Und das von Ihnen so sehr kritisierte Wohnverbot, das von Anfang an gegolten hat - es hat von Anfang an bestanden -, das bleibt im Interesse all dieser kulturellen und sozialen Aktivitäten bestehen, aber natürlich sind die bereits bewilligten Wohnungen, die es dort gibt - und auch darauf ist Kollege Chorherr eingegangen -, davon nicht beeinträchtigt.

Das heißt, es gibt absolut keinen Grund, diesem Plandokument nicht zuzustimmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kurz einige Punkte zum Inhalt:

Die Bedenken der Kollegin Olischar kann man zerstreuen, weil, wie ja weiters zu lesen ist, der Immissionschutz auf Projektebene geklärt wird. Das heißt, es sind alle Beteiligten an den Wettbewerben informiert, dass es eben dort die Autobahn gibt, dass es laut ist, und, und, und. Also jedes Projekt, das in weiterer Folge im Bauträgerwettbewerb dann ausgewählt wird als jenes Projekt, das umgesetzt wird, ist natürlich auf die diversen Notwendigkeiten, die in dieser Gegend bestehen, abgestimmt.

Ansonsten kann ich mich schon auch den Ausführungen von meiner Kollegin und auch von Christoph Chorherr anschließen. Eine lange Diskussion, auch mit den Eigentümern der Lofts, war notwendig. Alle, die dort ein Loft gekauft haben, haben immer gesagt, „man“ hat es angeboten und „man“ hat es beworben. Ich weiß nur nicht, wer „man“ war. Wahrscheinlich war es derjenige, der es verkauft hat und der dann - das kennen wir auch aus sehr vielen Fällen - immer bekannt gibt, das werde dann so umgewidmet und man brauche sich keine Sorgen zu machen. - So war es nicht.

Ich denke, dass wir in Summe eine ordentliche Widmung haben, die auf alle Notwendigkeiten Rücksicht nimmt, und ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Wir kommen nun zur Abstimmung über Postnummer 50.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Gemeinderäte Berger, Pawkowicz, Baron, Irschik, Unger, Hofbauer, Schütz und Fürnkranz betreffend Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die sogenannte Ankerbrot-Fabrik vor. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von der ÖVP, von der FPÖ und von NEOS unterstützt - NEOS Ja oder Nein? Also NEOS ist auch dabei -, gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN, und hat damit nicht die notwendige Mehrheit.

Wer nun der Postnummer 50 und damit dem Antrag des Berichterstatters zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Postnummer 50 wird mit den Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS angenommen und ist daher mehrstimmig angenommen.

Es liegt ein Beschlussantrag von GR Gara und Freunden betreffend Verbesserungen für durchmischte und belebte Quartiere im Rahmen der Widmungskategorie Gemischtes Baugebiet vor. Es wurde hier die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung verlangt. Wer dieser Zuweisung die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Für die Zuweisung sind die ÖVP, NEOS und die FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Dies ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist daher abgelehnt, die Zuweisung natürlich auch.

Es liegt ein weiterer Antrag von GR Gara und weiteren Gemeinderatsmitgliedern vor, und zwar betreffend Prüfung zur Einführung einer verbindlichen Planungsebene zwischen STEP und Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. Es wurde sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN. Dies ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag von GR Gara und FreundInnen betreffend Einrichtung von Primärversorgungseinheiten in Stadtentwicklungsgebieten. Hier wurde die Zuweisung des Antrags an die Gemeinderatsausschüsse für Soziales, Gesundheit und Frauen sowie Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung beantragt. Wer der Zuweisung an die beiden Ausschüsse zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Die Zuweisung wird unterstützt von der ÖVP und von NEOS gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN. Daher ist die Zuweisung abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 52 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8162 im 19. Bezirk, KatG Neustift am Walde, in Salmannsdorf und Obersievering. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Valentin, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Erich **Valentin**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Ich ersuche um Zustimmung zu dem vom Herrn Vorsitzenden so detailreich angekündigten Antrag.

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Emmerling. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es geht also um den Entwurf der Flächenwidmung in Neustift und Salmansdorf, und ich bin sehr froh, dass ich heute hier über ein sehr erfolgreiches und wirklich gutes Bürgerbeteiligungs- und Partizipationsprojekt sprechen darf. Da ist viel passiert, wenn auch nach einem kleinen Anschubser, den es gebraucht hat und an dem wir nicht unbeteiligt waren. Ich bin auch stolz, darüber berichten zu können, dass wir da auch maßgeblich mitgewirkt haben. Kann schon sein, dass es dann von einigen anders gesehen wird. Trotzdem vielleicht Folgendes zur Genese dieser Geschichte:

Anfang des Jahres wurde ja dieser neue Entwurf präsentiert, und der hat dann nicht nur uns überrascht, sondern vor allem auch die Grundeigentümer und die Heurigenbesitzer in Neustift und Salmansdorf - denn mit diesem Entwurf, dieser Flächenwidmung, mit diesen maßgeblichen Änderungen hatte eigentlich niemand gerechnet, und man war schon sehr vor den Kopf gestoßen.

Das Problem war aber, dass den betroffenen Personen diese Änderungen in dieser Form nicht bewusst waren. Wir haben uns daher, als wir da einfach so überrascht wurden, gedacht, okay, wir müssen irgendetwas machen, denn die wissen gar nicht, was jetzt um sie herum mit ihren eigenen Grundstücken passiert, und haben zu einem Bürgerforum geladen, das wirklich auch sehr, sehr gut besucht war, wo wirklich viele Heurigenbesitzer anwesend waren, sich eingebracht haben und einfach mitdiskutiert und vorgebracht haben, was sie sich für dieses Gebiet Neustift-Salmansdorf wünschen, wie man das weiterentwickeln will. Auf jeden Fall war allen klar: Wir wollen das Ortsbild schützen, wir wollen auch die Heurigenbetriebe sichern. Und ich glaube, das war auch die Zielsetzung der Stadt Wien, als man mit dieser neuen Flächenwidmung gestartet ist.

Jetzt hat auch die MA 21 im Vorfeld ganz gut vor Ort informiert, muss man sagen, aber diese doch massiven Einschränkungen des Eigentums waren einfach den Betroffenen nicht bewusst.

Was war geplant? - Teilweise hätte es Widmungen gegeben, die niedriger ausgeführt gewesen wären als der derzeitige Bestand. Das bedeutet in der Praxis - für jene, die sich nicht so sehr damit beschäftigen -: Habe ich mein Haus auf dem Grundstück und brennt es mir ab oder fällt es mir zusammen - was auch immer -, dann könnte ich nicht einmal mehr so aufbauen, wie ich es vorher hatte, denn es wurde niedriger gewidmet.

Es gab keine Erweiterungsmöglichkeiten für Heurigenbesitzer. Da haben uns viele gesagt, in diesen Heurigenbetrieben findet doch Generationenwohnen statt: Man betreibt im Erdgeschoß den Heurigen, meist sind die Großeltern vor Ort, die dabei noch unterstützen, die

Elterngeneration, eine darunter - es sind bis zu vier Generationen, die hier unter einem Dach leben, und die hätten durch diese neue Widmung keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr gehabt.

Dann wurde die Schutzzone erweitert, auch auf nicht schutzwürdige Gebäude, und es wurde eine neue Widmungskategorie eingeführt. Und die war eigentlich der Kern dieser Aufregung, denn das wäre die Einführung einer Widmungskategorie Geschäftsviertel für Heurigenbetriebe gewesen. Und das bedeutet, dass in einem Haus, das als Heuriger geführt wird, wo aber natürlich auch über Generationen hinweg gewohnt wird, in Zukunft das alleinige Wohnen nicht mehr zulässig ist, sondern immer nur noch eingeschränktes Wohnen, und dass quasi eine Geschäftszone erhalten bleibt, sei das jetzt ein Heuriger (GRin Barbara Novak, BA: Im Erdgeschoß!) - im Erdgeschoß, egal -, aber es hätte natürlich auch ein Spar einziehen können, ein DM, was auch immer. Wichtig war, es muss ein Geschäft drinnen bleiben.

Da haben wir uns gedacht, okay, was ist, wenn der Heurigenbetrieb aber nicht mehr weiterbestehen kann, nicht mehr weiterbestehen will, einfach seinen Betrieb aufgeben muss, weil er wirtschaftlich nicht mehr rentabel ist? Dann wäre es ihm durch diese Widmung verwehrt gewesen, sein eigenes Haus, das über hunderte Jahre, über viele Generationen weitergegeben wurde, als Wohnhaus zu nutzen, denn er hätte immer im Erdgeschoß eine Geschäftszone. Man hätte eigentlich nicht den Heurigen geschützt, wie es doch das Ziel war, denn es hätte auch der DM einziehen können - das wäre für die Widmung okay gewesen, aber natürlich vollkommen am Ziel vorbei.

Gut, wir haben dann im Bezirk einen Antrag eingebracht, hier nochmals in eine Abstimmungsrunde zu gehen, und zwar gemeinsam mit dem Magistrat. Der Antrag wurde auch angenommen - von FPÖ, ÖVP und NEOS natürlich -, MA 19 und MA 21 waren vor Ort, und das war wirklich eine sehr konstruktive Runde, die auch die Magistratsabteilungen sehr gelobt haben als etwas, was man bisher in dieser Form einfach weniger oder noch nicht gemacht hatte. Auf jeden Fall glaube ich, dass dieser neuerliche Austausch, die neuerliche Grundlagenforschung, diese sehr konkrete nochmalige Auseinandersetzung mit diesem Thema und das Eingehen auf die vielen Stellungnahmen und auf die wirklichen Bedürfnisse der Heurigenbesitzer und -betreiber dort, die ja beim Erhalt dieses Ortsbildes wesentlich mitspielen - denn genau die brauchen wir ja eigentlich, um dieses Ortsbild, das uns so wichtig ist, zu sichern -, ein wunderbares Feedback geliefert haben, und es wurde hier sehr tolle, saubere Arbeit geleistet, wofür ich den zuständigen Magistratsabteilungen auch wirklich meinen Dank aussprechen möchte. (Beifall bei den NEOS.)

Man hat es jetzt also tatsächlich noch geändert - es gab 70 Seiten Stellungnahmen -: Es wurde die Reduktion der Gebäudehöhen wieder zurückgenommen, es wurden sogar Bauakte der MA 37 diesbezüglich analysiert. Die Erweiterungsmöglichkeiten für Heurigenbetriebe wurden wieder hineingenommen - also die können jetzt im hinteren Bereich ihrer Betriebe und Liegenschaf-

ten wieder erweitern. Das ist vor allem für Weinbaubetriebe von Bedeutung, die ja nicht nur den Heurigenbetrieb haben, sondern natürlich auch Pressen, Betriebszonen - ich kenne mich da nicht im Detail aus -, Produktionsflächen, die davon genauso betroffen sind.

Und man hat diese Widmungskategorie Geschäftszone wieder herausgenommen, was ich auf den ersten Blick absolut großartig fand. Wir haben dann die Heurigenbetriebe und Grundstückseigentümer noch einmal eingeladen und gefragt: „Wie findet ihr das jetzt?“ Und die meisten, muss ich sagen, sagen, für uns passt es im Wesentlichen, wir sind mit dem, was wir jetzt haben, halbwegs zufrieden, wenn wir unseren Heurigen weiterbetreiben und wenn alles so bleibt, wie es ist! - Das ist aber leider nicht gottgegeben, dass alles so bleibt, wie es ist, denn - ich habe es erwähnt - es könnte aus wirtschaftlichen Gründen der Betrieb nicht mehr rentabel sein oder es könnten sonst unvorhergesehene Dinge passieren, und deswegen bleibt es aus unserer Sicht einfach ein sehr massiver Eingriff in das Eigentumsrecht. Man hat jetzt einfach die Widmungskategorie rausgenommen, aber man hat eine Zweckwidmung draufgelegt: Man sagt jetzt, es ist ein Gemischtes Bau- und Betriebsgebiet, trotzdem aber noch mit der Zweckwidmung, dass hier nur eingeschränktes Wohnen möglich ist.

Wir haben uns das ganz genau angeschaut und haben auch noch einmal mit der MA 21 telefoniert und uns das erklären lassen. Unserer Meinung nach ist diese Rechtslage einfach nicht sicher genug. Wenn man bedenkt, dass es hier nur sehr wenige Grundstückseigentümer, Heurigenbetriebe gibt, auf die diese Regelung maßgeschneidert wurde, dann haben wir Zweifel, dass diese Festlegung im Sinne des Gesetzgebers ist, denn diese Ergänzung im § 5 Abs. 4 lit. z lautet ganz anders, da wurde nie darauf abgezielt, dass man im Wohngebiet das Wohnen einschränkt.

Es ist unserer Meinung nach also nicht von der Bauordnung gedeckt. Es ist auch unter dem Aspekt des Gleichheitsgrundsatzes in Frage zu stellen, denn: Der Heurigenbetrieb darf nicht uneingeschränkt wohnen, das Haus daneben darf es schon. Warum? - Eine sehr heikle Geschichte, weshalb wir auch einen Abänderungsantrag dahin gehend eingebracht haben, diese Regelung und diesen Passus herauszunehmen. Ich finde, dann ist es eine sehr saubere Lösung. Man hat die Schutzzonen ja erweitert. Man hat auch die Heurigen dahin gehend geschützt, dass man natürlich die Fassadenfront nicht ändern darf, dass man die Höhe nicht übersteigen darf. Aus unserer Sicht ist das also genügend abgesichert, und der Abänderungsantrag sieht noch vor, den vorhin erwähnten Passus ersatzlos zu streichen.

Wie gesagt, ich freue mich, dass es hier zu so viel Beteiligung und Partizipation gekommen ist und, ich sage einmal, trotz allem zu einer Kompromisslösung für die Betreiber dieser Heurigen, die aus unserer Sicht jedoch rechtlich auf sehr schwachen Beinen steht.

Ich möchte für Döbling noch einen zweiten Antrag einbringen, es ergibt sich sonst nicht die Gelegenheit. Er hat nichts mit der Flächenwidmung zu tun, aber natürlich mit dem Bezirk. Es geht um die Parkpickerlbefragung,

und Sie kennen alle das Dilemma, das wir dort hatten, indem wir eine Pattsituation haben, keine grätzelweite Auswertung erfolgt ist. (GR Mag. Manfred Juraczka: *Zwei Drittel ist eine Pattsituation?!*)

Deshalb bringe ich heute nochmals den Antrag ein, flexiblere Instrumente der Parkraumbewirtschaftung prüfen zu lassen. Das betrifft vor allem Flächenbezirke, Außenbezirke, die jetzt einer Befragung unterzogen wurden und nicht zugestimmt haben beziehungsweise bei denen es anzunehmen ist, dass sie dem jetzigen Modell nicht zustimmen werden. Es geht einfach darum, auf landesgesetzlicher Ebene auch möglich zu machen, dass hier alternative Regelungen getroffen werden. Ich nenne da gerne auch immer wieder das Beispiel Graz. Es muss natürlich nicht so ausschauen, aber diesen Antrag betreffend eine Neukonzipierung würde ich heute auch gerne einbringen.

Das war es von meiner Seite zu Döbling. - Danke. (Beifall bei den NEOS.)

Vorsitzender GR Mag. Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Novak. Ich erteile es ihr.

GRin Barbara **Novak**, BA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Frau Kollegin! Es gibt zu Döbling viel zu sagen. Da hätten wir auch noch einige andere Themen anreißen können. - Nein.

Der vorliegende Flächenwidmungsplan ist wirklich sehr, sehr spannend und eigentlich der Endpunkt einer sehr langen, jahrelangen Debatte in Neustift - aber nicht nur in Neustift, sondern in allen Gebieten, die einen so traditionellen und sehr schützenswerten Ortskern haben, wie ihn eben auch Neustift und Salmansdorf haben -, einer Debatte, die ja, auch durchaus mit sehr viel politischer Begleitmusik, schon vor einigen Jahren gestartet wurde, wobei auch gemeinsam mit diversesten Medienkooperationen Veranstaltungen in Neustift stattgefunden haben. Ich glaube, das hat damals der Debatte, vor allem der Versachlichung der Debatte nicht wirklich etwas gebracht. Es war so, dass diese Diskussionen immer wieder in sehr aufgeheizter Stimmung stattgefunden haben und durchaus auch politisch angefeuert waren.

Ich kann mich an eine sehr interessante Informationsveranstaltung in Neustift erinnern, an der sehr viele auch teilgenommen haben - ehrlicherweise muss man sagen, dass der Heurigenbetrieb bis auf den letzten Platz voll war - und bei der die VBgm.in Vassilakou und Wohnbaustadtrat Ludwig gemeinsam einen ganzen Abend lang über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und der Einführung der Schutzzonen gesprochen haben. Gefordert worden ist ja sehr viel: Gefordert wurde eigentlich, über ganz Neustift eine Glaskuppel zu stellen und alles so zu konservieren, wie es jetzt ist. Ich erinnere mich an Aufrufe der Anrainerinnen und Anrainer, aber auch von politischen Parteien hier im Haus, man möge doch Neustift vor Spekulanten und Luxusimmobilien und Luxuswohnungen und all diesen Dingen bewahren. Also es ist nicht sehr sachlich hergegangen worden.

Dann gab es die Initiative der Stadt und auch den Beschluss hier im Gemeinderat im September 2013, eine

Bausperre für das Gebiet zu erlassen und diesen Prozess gemeinsam mit der Bevölkerung, mit den Bürgerinitiativen, die sich dort etabliert haben, zu starten, um über eine neue Flächenwidmung zu sprechen.

Der erste Entwurf hat dann - oh, welche Überraschung - die Forderungen tatsächlich auch sehr, sehr ernst genommen und hat tatsächlich auch sehr viele Schutz zonen, die Reduzierung der Gebäudehöhen, der Reduzierung der bebaubaren Flächen, und so weiter vorgesehen. Vorgesehen wurden auch Festschreibungen der Giebelstellungen, der Dachgeschoße und eben auch die Einführung einer neuen Widmung, um die Errichtung von Gebäuden zur überwiegenden Wohnnutzung hier zu untersagen, und eine Widmung Geschäftsviertel im Erdgeschoß, weil an sich ein Wohnverbot im Erdgeschoß dort ohnedies bereits besteht.

Und das war dann offensichtlich zu viel des Guten, das wollte man dann doch nicht. Es hat sich also herausgestellt, dass da doch auch sehr viel politischer Populismus hinter den Forderungen, die da gestellt worden waren, stand, und der erste Flächenwidmungsplan hat dann den Betroffenen doch nicht so sehr gefallen. Da ist es dann immer so - da haben vor allem die KollegInnen von den GRÜNEN viel Erfahrung, ich blicke da jetzt besonders in Richtung der Kollegin aus dem Petitionsausschuss -: Wenn Bürgerinitiativen viel fordern, sind sie dann auf einmal ganz erschrocken, wenn man diesen Forderungen auch nachkommt, weil sie dann selbst davon betroffen sind, und das will man dann doch nicht in dieser Form.

Na gut: Es gab dann infolge dieses Entwurfes sehr viele Gespräche. Ich freue mich, dass sich auch die Kollegin Emmerling und NEOS da sehr intensiv eingebracht haben. Sie waren nicht die Einzigen, aber es geht nicht um einen Wettbewerb, wer jetzt wo wie viel eingebracht oder nicht eingebracht hat. Ich glaube, dass es uns wirklich auf der sachlichen Ebene gelungen ist - und zwar dann auf der sachlichen, denn der Prozess wurde ja nicht sachlich angestoßen, was ich immer sehr schade gefunden habe -, dass wir es jetzt in den letzten Monaten auf der ExpertInnen- und wirklich sachlichen Ebene gemeinsam geschafft haben - mit KollegInnen aus dem Bezirk, auch aus der Bezirksvertretung, sehr engagierten BezirksrätInnen aller Fraktionen, gemeinsam mit den Anrainern und den Betroffenen und der Magistratsabteilung -, eine, glaube ich, sehr saubere Lösung auf den Tisch zu bringen. Es ist eine Lösung, die auf der einen Seite sicherstellt, dass das Gebiet und der Ortskern erhalten bleiben, die auch die Möglichkeit gibt, die Heurigenbetriebe weiterhin zu führen, die auch die Möglichkeit gibt, Umbauten für betriebliche Zwecke vorzunehmen, wenn sich zum Beispiel Gesetzesänderungen ergeben - dass Sanitärräume angebaut werden müssen, et cetera -, also durchaus auch wirtschaftlich Möglichkeiten bietet, die aber auch klarstellt, dass zum Beispiel der Kauf so eines Betriebes um viel Geld und der Umbau zu Luxuswohnungen nicht möglich ist.

Darum geht es, und das soll auch der vorliegende Flächenwidmungsplan garantieren. Ich glaube, dass wir damit einen guten Weg gefunden haben, das für dieses

Gebiet sicherzustellen. Ich freue mich, dass es so positiv zum Abschluss gekommen ist und am Ende auch die Sachlichkeit und die Produktivität gesiegt haben.

Und zur Parkraumbewirtschaftung lassen Sie mich einen Satz sagen: Wenn man möchte, dass Döbling nicht mehr der Gratisparkplatz von Wien ist, dann soll man einfach morgen die Parkraumbewirtschaftung auch dort einführen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Chorherr. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag. Christoph **Chorherr** (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich kann es jetzt deswegen sehr kurz machen, weil die Kollegin Novak diesen schwierigen Prozess sehr präzise geschildert hat. Das kann ich jetzt irgendwie abkürzen.

Mit einer gewissen Emotionalität kann ich mich erinnern an die Veranstaltung am Anfang: Da war ein Ausmaß an Wut, an Beschimpfung! - Wir dürfen uns als Politiker zwar über keine Reaktion beschweren, denn wir machen das alle freiwillig, aber es gibt manchmal Momente, da denkt man sich ... - Und ich kann mich erinnern, damals waren die Frau Vizebürgermeisterin und der Herr StR Ludwig dort anwesend, und das Ausmaß an Unterstellungen war sehr tief. Umso mehr sozusagen haben alle an diesem Prozess sehr viel gelernt. Und was wir vielleicht alle gemeinsam daraus lernen können, betrifft die Frage: Ist es unabdingbar, mit einer Wutschlacht, einer Beschimpfungsschlacht, einem Gebrülle zu beginnen? - Vielleicht funktioniert es auch ohne diese - die Kollegin Novak hat ja auch gesagt, es wäre schön ohne; wir wünschen es uns alle.

Und darum will ich jetzt nichts anderes tun, als einigen wenigen Beamten wirklich zu danken. Die sind Stunden um Stunden vorgegangen, haben Stunden um Stunden jedes Haus einzeln fast vermessen, haben verhandelt, erklärt, denn - wie Kollegin Emmerling richtig gesagt hat - wer weiß denn schon wirklich, was für die nächsten 100 Jahre jede einzelne BB, jede Besondere Bestimmung bedeutet?

Ich möchte mich daher insbesondere bedanken bei - ich nenne jetzt ausnahmsweise diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 21 und der MA 19, denn ohne sie wäre das nicht geglückt *(Beifall bei der SPÖ.)* - Herrn Sonderegger, bei Gregor Puscher, bei Eckart Herrmann - der jetzt nicht zuhört, weil er auf der TU ist, der auch im Umgang immer irgendwie fast eine stoische Ruhe ausstrahlt, von dem ich auch viel gelernt habe -, beim Abteilungsleiter Walter Krauss und - von der MA 19 - bei Herrn Kniefacz.

Ich sage das auch deswegen, weil von der MA 21 und der MA 19 so viel verlangt wird in dieser wachsenden Stadt. Es wurde noch nie so viel gebaut, und wir führen da unsere politischen Auseinandersetzungen mit einem konstanten Personalstand. Es ist signifikant mehr zu widmen mit signifikant mehr Ansprüchen an BürgerInnenbeteiligung. Das ist sozusagen auch ihre Aufgabe, aber die leisten dort wirklich Unglaubliches. Und das erforderliche Ausmaß an Feinarbeit, an Feinjustierung in

einer ebenso schwierigen Frage wie jener, die wir vorher erst im Zusammenhang mit der Ankerbrotfabrik diskutiert haben, ist da geglättet.

Am Schluss sind jetzt alle einverstanden, sogar auch die Opposition. Auch danke an Frau Emmerling und an alle anderen, die sich da eingebracht haben und in dieser feinjustierenden, auch aufklärerischen Funktion mitgewirkt haben. Hoffentlich gelingt uns das in dieser Form öfter. Wie wir das bei dieser wachsenden Stadt quantitativ hinbringen, weiß ich jetzt überhaupt nicht. Aber das ist ein schönes Beispiel dafür, was gelingen kann und was Kommunalpolitik kann, wenn sie sachorientiert ist. Insofern: Danke an alle! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dominik **Nepp** (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da es natürlich auch Döbling betrifft, möchte ich auch noch ein bisschen was dazu sagen, vor allem zu den Anträgen der NEOS. Grundsätzlich zum Plandokument ist ohnedies schon viel gesagt worden, Frau Kollegin Novak hat das ja auch sehr sachlich rübergebracht, auch den ganzen Entstehungsprozess bis dorthin. Ich glaube, dass am Schluss dann alle beteiligten Parteien glücklich waren, auch die Heurigenwirte, auch die dort lebenden Menschen.

Und darum verstehe ich es nicht - wenn es doch eigentlich zu einem guten Prozess gekommen ist, wo dann am Schluss alle zufrieden waren, anfangs ja auch die NEOS -, warum jetzt die NEOS einen Antrag einbringen, worin sie sagen - wie sie dies jetzt auch medial behauptet haben, ich glaube, in einer Presseaussendung, die schon draußen ist -, sie wollen das Heurigensterben nicht weiter forcieren, wobei sie in diesem Antrag aber weiters dafür eintreten, dass der Passus, wonach die überwiegende Nutzung der dortigen Gebäude als Wohngebäude untersagt werden soll, ersatzlos gestrichen wird - was natürlich die Heurigen dort besonders treffen würde, weil diese Gebäude und Grundstücke dort dann zu Spekulationsobjekten werden.

Ich kann mir das eigentlich nur so erklären, dass Sie anfangs dafür waren und gemeint haben, es ist okay, und dann kam vielleicht ein Anruf vom Big Spender, von Haselsteiner, der mit seiner STRABAG dort schon wieder irgendwelche großen Bauobjekte lukrieren will oder dort weiterbauen will, und auf einmal zieht man hier zurück.

Wenn es ums Heurigensterben geht, nehme ich das sehr persönlich, denn beim Heurigen bin ich gerne. Deswegen ist es eine gute Lösung, dass die Heurigen dort überleben werden und dass die Bürger auch zufrieden sind. Ich glaube, zu diesem Entstehungsprozess können wir uns alle gratulieren, aber die NEOS sind anscheinend nicht zufrieden, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Bezüglich Ihres Antrages betreffend die alternative Parkraumbewirtschaftung: Diesem stimmen wir zu, weil wir sagen, es muss nicht ständig ein sogenanntes Inkassoverfahren gegen die Autofahrer und Bewohner, die

dort wohnen, eingeleitet werden. Wir hatten ja auch gestern in der Bezirksvertretung einen Antrag, in dem wir unser freiheitliches Modell für Döbling vorgestellt haben, das vorsieht - vielleicht kurz für die Döblinger oder auch für die Nicht-Döblinger, die es interessiert -, dass wir dort drei Parkzonen gestalten, klein, so klein wie möglich, sodass man die weiteren Gebiete nicht belastet. Es käme auch zu keinem Verdrängungseffekt, weil nur wenige Autos in die umliegenden Regionen ausweichen müssten.

Es gab diesbezüglich eine Veranstaltung, an der eigentlich alle Parteien teilgenommen haben - bis auf die SPÖ. Die hat gleich verweigert mitzumachen. Anfangs waren auch die GRÜNEN dabei - das finde ich auch sehr positiv, dass die GRÜNEN auch auf Bezirksebene konstruktiv in gewissen Teilen mit uns zusammenarbeiten -, aber dann kam es zu einer komischen, ja, befremdlichen Aussage gestern in der Bezirksvertretung. Weil wir gesagt haben, die Döblinger wollen laut einem demokratischen Beschluss nicht die Parkraumbewirtschaftung, die Rot-Grün mehr oder weniger Wien-weit haben will, sondern sie wollen ein anderes Modell - die Döblinger haben das rot-grüne Modell demokratisch abgelehnt -, sagte dann der grüne Bezirksklubobmann - ich habe das auch hier -: Man soll die Demokratie nicht so strikt nehmen.

Da frage ich mich schon: Wann ist denn dann Demokratie gut für die GRÜNEN? Also wenn es für die GRÜNEN ausgeht, ist Demokratie super, perfekt, das ist dann auch partizipativ, niederschwellig - jeder soll daran teilnehmen, wie zum Beispiel auf der Mariahilfer Straße, wo es dann auch nicht so demokratisch war, wo man zum Beispiel die Unternehmer nicht hat mitstimmen lassen -, aber wenn es einmal dagegen ausgeht, dann sagt man, man darf die Demokratie nicht so strikt nehmen, und „overrult“ einfach ein Mehrheitsergebnis. So kann es auch nicht gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir sind, wie gesagt, in Döbling für ein kostenloses Anrainerpickerl. Dass das möglich ist - oft werden ja rechtliche Gründe genannt, von den GRÜNEN vor allem, warum das nicht möglich sei; es ist möglich! -, dazu gibt es auch Rechtsgutachten. Verkehrsjuristen haben das gesagt. Wenn Sie mir nicht glauben: Verkehrsjuristen sagen das! Und auch die ehemalige SPÖ-Bundesministerin Doris Bures hat das gesagt, dass die Einführung von Anrainerparkplätzen außerhalb der Parkpickerlzone laut Straßenverkehrsordnung sehr wohl legal sei, Wien dürfe diese einführen. (*Zwischenruf von GR Mag. Rüdiger Maresch.*) - Nein, schauen Sie, da irren Sie. Der Verfassungsgerichtshof hat darüber im letzten Urteil gar nicht entschieden. Der hat über die Frage, ob ein kostenloses Anrainerparkpickerl, ohne Ihre rot-grüne Inkassoaktion, eingeführt werden kann, gar nicht entschieden. Und das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Das stimmt ja nicht ...*), dass es durchaus möglich ist, dass es keine rechtliche Grundlage gibt, sondern allein eine politische Grundlage. Sie wollen die Leute aussackeln, wir wollen einen Lenkungseffekt haben, damit Döbling in Zukunft entlastet wird - gratis für die Bürger dort, für die Anrainer

in kleinen Grätzeln, keine Inkassoaktion, wie Sie es wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin schon gespannt, wie das ausgeht. Dieser Antrag wurde im Bezirk angenommen durch eine konstruktive Mehrheit aus ÖVP, NEOS und der FPÖ, und ich bin schon gespannt auf die Antwort der zuständigen Stadträtin, was sie dann dem Bezirk antworten und auf welche rechtliche Grundlage sie sich dann berufen wird, denn ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs gibt es dazu noch nicht. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Mag. Manfred Juraczka.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Mag. Emmerling zu Wort gemeldet. Sie haben drei Minuten Redezeit. - Bitte.

GRin Mag. Bettina **Emmerling**, MSc (NEOS): Ganz kurz: Herr Kollege Nepp, ich berichtige tatsächlich, dass wir unsere Meinung dahin gehend nicht geändert haben. Wir haben auch im Ausschuss dieser Flächenwidmung nicht zugestimmt.

Ich möchte mich jetzt noch ganz kurz dafür bedanken, dass Sie auch dem Antrag betreffend die grünen Zonen zustimmen. Das freut mich besonders, da Sie das bei der letzten Gemeinderatssitzung noch nicht getan haben, wo ich den gleichen Antrag mit einem anderen Titel eingebracht habe. Also vielleicht sind eher Sie derjenige, der hier seine Meinung schnell ändert. - Danke. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Erich **Valentin**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Geschäftsstück selbst und zu den eingebrachten Anträgen ist meinerseits nur jene rechtliche Klarstellung vorzunehmen, die ich dazu beisteuern kann.

Zum Ersten: Wenn man sich bei einer Flächenwidmung wünscht, dass bei einem Ensemble eine Nutzung, was auch immer, im Sinne eines Bestandes, eines historischen Bestandes in gleicher Form aufrecht bleibt, dann ist es immer ein Eingriff in Eigentumsrechte, insofern, als gesagt wird, dass mit einem Eigentum in Zukunft nicht alles möglich ist. Die Kritik, die hier geäußert wird, würde auf jede Flächenwidmung zutreffen.

Und wenn bei der Flächenwidmung in dieser konkreten Frage wie auch im gegenständlichen Aktenstück niedergeschrieben ist, dass man die Nutzung durch Heurigenbetriebe beibehalten möchte, dann heißt das auch, dass die Eigentümer, zumindest mit dem vorderen Teil des Grundstückes, mit der Erdgeschoßzone, nichts anderes tun dürfen. Wenn man das will - und das will offensichtlich der Gesetzgeber und das will die Verwaltung, das will ja auch die Öffentlichkeit -, dann heißt das natürlich, es ist mit einem Eigentum nicht mehr alles möglich.

So gesehen ist das sicherlich eigentumseinschränkend, aber im Sinne einer Werteordnung. Und genau diese Festlegung ist in einem sehr vorbildlichen Partizipationsprozess auch geschehen. - Erste Feststellung.

Die zweite Feststellung betrifft den Antrag betreffend die Parkraumbewirtschaftung: Hier lautet eindeutig und klar seitens auch der Juristen des Hauses die Rechtsmeinung, die Rechtsexpertise, dass eine Bevorzugung von Anrainerinnen und Anrainern nur im Zuge einer Parkraumbewirtschaftung möglich und denkbar ist. Das heißt, die Forderung per se, Angebote außerhalb dieses Systems zu erstellen, ist rechtlich obsolet, ist rechtlich nicht gestützt. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Macht ein Landesgesetz, dann ist es überhaupt kein Problem!)* Und zum Zweiten möchte ich noch anmerken: Es wäre auch nicht sonderlich gerecht, Bürgerinnen und Bürger der Stadt nach unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu behandeln. - Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ und von GR David Ellensohn.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 52.

Es liegt zu diesem Poststück ein Abänderungsantrag der NEOS vor. Sie kennen ihn alle, ich verlese ihn jetzt nicht noch einmal. Wer für diesen Abänderungsantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung der ÖVP und der NEOS gegen FPÖ, SPÖ und GRÜNE mehrstimmig abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über das Geschäftsstück. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der FPÖ, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Stimmen der NEOS mehrstimmig angenommen.

Weiters wurde zu dieser Postnummer noch ein Beschlussantrag der NEOS betreffend flexiblere Instrumente der Parkraumbewirtschaftung eingebracht. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt? Das steht nicht drauf. Ich erlaube mir, das so anzunehmen. *(Ruf bei der SPÖ: Zweite Seite! - GR Wolfgang Irschik: Umdrehen!)* - Ein guter Hinweis. - Dass sofortige Abstimmung verlangt wird, ist selbstverständlich ausgewiesen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN. Dies ist damit abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 4 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Frauenhetz - Feministische Bildung, Politik, Kultur. Es ist nunmehr kein Redner mehr zu Wort gemeldet. Das heißt, wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer dieser Postnummer seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung der SPÖ, der GRÜNEN und der NEOS gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 43 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Österreichische Gesellschaft für Familienplanung. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Rubik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Silvia **Rubik**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr. Kugler. Ich erteile ihr das Wort.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Frau Stadträtin!

Sie wissen, dass das Thema Gesundheit von der Weltgesundheitsorganisation sehr breit definiert wird, und das vorige Poststück hat auch eine gewisse Breite. Darum möchte ich zum Thema Gesundheit und Soziales einige Themen ansprechen, und ich bitte die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die heute hier sind, wirklich zu versuchen, mir in vielen Themen zu folgen. Ich habe heute acht bis neun Anträge mit - je nachdem, wie es sich von der Zeit her ausgeht -, und das erste und wichtigste Thema möchte ich gleich am Anfang ansprechen.

Wenn jemand von Ihnen auf der Straße eine Schwangere sieht, dann wird er sich hoffentlich für sie freuen, und bisher ist es mir auch immer so ergangen. Seitdem ich mich jedoch genauer mit der Situation hinsichtlich der Geburtsplätze, die Wien anbietet, auseinandergesetzt habe, ist mein erster Gedanke, wenn ich eine Schwangere sehe: Um Gottes willen, die Arme! Hoffentlich hat sie sich bereits angemeldet!

Sie kennen ja die Zahlen - ich habe sie auch ganz genau gesehen -, und diese Zahlen sind nicht neu: Bereits im Juli 2016 war in der Zeitung zu lesen, dass es mit den Plätzen für Gebärende eng wird. Und wir wissen auch - auch die Patientenanwältin Pilz hat das festgestellt -, die Beschwerden von Schwangeren, die abgewiesen werden, weil zu wenige Plätze vorhanden sind, häufen sich. Und dann beginnt natürlich für die Schwangere ein Hürdenlauf. Man kann es sich vorstellen: Man ruft in der 20. Woche an, sagt, ich möchte gerne bei Ihnen gebären, doch da heißt es, tut mir leid, wir haben keine Zeit! - Dann ruft man woanders an, wo man weiß, da ginge es auch, und wird dann vielleicht gleich in den Kreißsaal verbunden. Dort herrscht Stress, dort sagt man, bitte, bei uns ist es voll! - Der Nächste sagt dann, na, kommen Sie halt vorbei, reden wir darüber, und auch dort ist dann kein Platz. Und wir wissen - und das sind eigentlich sehr ernste Zahlen, die besorgniserregend sind -, dass, wer sich heute in Wien für eine Geburt im Juli anmelden möchte, keinen Platz mehr bekommt. Und es ist nicht nur der Juli, es ist auch im August und im September schon sehr, sehr eng.

Diesbezüglich haben wir von der früheren Stadträtin Wehsely ein Geschenkspackerl bekommen, denn dass sich das alles nicht ausgeht, ist ein Planungsfehler, und dieser Planungsfehler ist grob fahrlässig. Die Hebammen haben mir berichtet, dass es in den Wiener Krankenhäusern bereits Gefährdungsanzeigen gegeben hat. Sie können sich vorstellen, was eine Gefährdungsanzeige bedeutet: Da wird intern weitergeleitet, wir schaffen das nicht mehr, wir sind überlastet, wir können die Sicherheit der Patientinnen nicht garantieren, wir können die Sicherheit der Neugeborenen nicht garantieren, wir können unserem Arbeitsethos nicht entsprechen, und wir können die Qualität der Arbeit, wie wir sie gerne abliefern möchten, nicht gewährleisten.

Das hat den Grund, dass gesundheitspolitisch nicht gut geplant wurde. Wir wissen einerseits, dass die Geburten ansteigen, wir haben uns über 5.000 mehr Geburten als Todesfälle im Vorjahr gefreut. Wir wissen, dass die Zahl der Geburten in Wien im Vorjahr um 5,7 Prozent angestiegen ist. Wenn wir das wissen, müssen wir darauf reagieren. Der KAV kennt diese Zahlen und muss sie in seine Planung mit einbeziehen. Das ist nicht geschehen. (*Amtsf. StRin Sandra Frauenberger: ... wir das schon gemacht haben!*) Im Gegenteil: Stattdessen ... (*Amtsf. StRin Sandra Frauenberger: Wir haben schon reagiert! Wir haben aufgestockt!*) - Das Problem ist weiterhin da! Und Aufstocken heißt ja nicht, bei den Abteilungen anzurufen und ihnen mitzuteilen, dass sie jetzt überbelegen müssen! (*Amtsf. StRin Sandra Frauenberger: Nein, mehr Personal!*) Das ist ja wieder ein Teil der Fahrlässigkeit! (*Amtsf. StRin Sandra Frauenberger: Mehr Personal!*) Anstatt dass man das Problem behebt, wird die gynäkologische Abteilung, die Geburtsabteilung im Hanusch-Krankenhaus gesperrt, aber mit den Alternativen und mit jenen Abteilungen, wo ausgebaut werden soll, ist man noch nicht so weit. Der Kreißsaal in Hietzing wird im August umgebaut - obwohl man weiß, dass der August einer der geburtenstärksten Monate ist.

Jetzt hat man gesagt, na ja, Direktor Janßen musste eh gehen. Das haben wir gewusst, aber der war nicht der Einzige, der an diesen Dingen schuld ist.

Nun, wie kann man das Problem lösen? - Hierzu habe ich heute zwei Anträge mitgebracht, denn das eine ist: Was kann man langfristig tun? Und das andere ist: Was muss man akut tun, damit für diesen Sommer die Wienerinnen einen Platz haben, an dem sie sich wohlfühlen und ihr Kind in Sicherheit und Ruhe gebären können?

Erstens: Was kann man langfristig tun? - Da habe ich Vorschläge betreffend drei Elemente mitgebracht. Das Erste ist, man muss überlegen: Wie könnte ein geburts-hilfliches Gesamtkonzept aussehen, das mit einbezieht, dass Wien wächst, und das mit einbezieht, dass zum Beispiel eine Risikoschwangerschaft gewisse Dinge braucht, die das eine Krankenhaus hat und das andere vielleicht nicht?

Damit das funktionieren kann, braucht es auch eine zentrale Geburtsanmeldestelle, und die Frau Stadträtin hat uns das Ende März auch in Aussicht gestellt. Es ist wichtig und dringend, dass das bald umgesetzt wird, denn die Geburtsplätze für den Sommer sind ja jetzt akut ein Problem. Für die zentrale Geburtsanmeldestelle können wir nicht länger warten. Und ich glaube, dass man, wenn man schon von einer zentralen Stelle spricht, vielleicht immer in Klammern dazusagen muss: Das darf nicht heißen, dass Frauen hier einfach zugeteilt werden, sondern so eine zentrale Stelle muss, soweit es möglich ist, die Wünsche, die Bedürfnisse der einzelnen Frau berücksichtigen. In anderen Ländern gibt es das schon lange und hat sich das auch sehr, sehr gut bewährt.

Ein dritter Punkt für die langfristige Planung ist die Frage der Hebammen mit Kassenvertrag. Ich weiß nicht, ob Sie die Zahlen kennen: Es gibt in Österreich 250 Hebammen mit einem Kassenvertrag. Und wie viele in

Wien? - 17. Und wenn man sagt, Wien hat ungefähr ein Viertel der Bevölkerung Österreichs, dann ist 17 eindeutig eine Zahl, die da nicht stimmen kann. Es gibt Bezirke in Wien, die gar keine Hebamme mit Kassenvertrag haben! Und interessanterweise sagen die wenigen Hebammen, die es gibt, dass sie mit den Flüchtlingsunterkünften sehr, sehr stark beschäftigt sind und dass dann vielen Leuten nur mehr eines übrig bleibt, nämlich zu viel teureren Wahlhebammen zu gehen. Auch hier müsste in einem Gesamtkonzept für die Geburtshilfe Abhilfe geschaffen werden.

Dazu habe ich heute einen Antrag mitgebracht, und ich hoffe, dass Sie ihn unterstützen werden.

Aber was machen wir ganz konkret heuer im Sommer? Was machen wir, wenn eine Schwangere anruft und sagt, ich bekomme im Juli mein Baby, kann ich bei Ihnen gebären, und in Wien dafür keine Plätze mehr vorhanden sind?

Dazu habe ich einen zweiten Antrag, der zwei Dinge vorsieht. Das eine ist die Einrichtung einer Hotline, wo Schwangere anrufen können und sich beraten lassen können - Wo gibt es noch Möglichkeiten? Was kann ich tun? Was wären Alternativen? -, einer Hotline, die dringend und schnell eingerichtet und so lange eingesetzt wird, bis sich die Situation entspannt.

Und das Zweite ist die Zusammenarbeit mit den Privatspitälern, denn dort gibt es vielleicht noch Plätze. Das kostet vielleicht mehr - aber Fehlplanung kostet dann eben mehr. Nur alle nach Niederösterreich zu schicken, ist zu wenig. Niederösterreich hat sich angeboten, aber gerade - und Sie verstehen das sicher genauso gut wie ich - einer Gebärenden zu sagen, na, fahren Sie halt nach Niederösterreich! - in Wehen, für Voruntersuchungen, für Nachuntersuchungen -, ist keine Lösung. Wir freuen uns mit Bgm Häupl über das Neujahrsbaby Amelie, über ein Plus von 5.000 bei den Geburten, aber wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass diese Babys alle auch in Wien an einem guten Ort, wo sie sich wohlfühlen, geboren werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe noch einen weiteren Antrag mitgebracht, und zwar: Sie erinnern sich, wir haben ja bereits bei der letzten Gemeinderatssitzung am 2. März kurz über das Thema Down-Syndrom gesprochen, und ich war damals doch sehr überrascht, dass mein Antrag von den Regierungsparteien abgelehnt worden ist, weil er ja eigentlich nur die Unterstützung von Familien mit Down-Syndrom-Kindern vorgesehen hätte, und das, habe ich mir gedacht, müsste ja für jeden ein Anliegen sein, das er mittragen kann.

Meine Verwunderung hat dann ganz konkrete Züge angenommen, als mir Unterstützer E-Mails weitergeleitet haben, die dann vom Dialogbüro der GRÜNEN an sie geschickt wurden. Einige Leute, die gemeint haben, ja wie gibt es das, dass Rot-Grün diesem Antrag nicht zustimmt, haben dann eben Mails an Sie geschrieben, und da kam dann eine Antwort - ich habe eine bekommen vom 13. März, ich weiß nicht, ob sie jedem dieselbe geschickt haben -, und diese Antwort vom Dialogbüro der GRÜNEN, die hatte zunächst einmal - das muss man zuerst sagen - keinen persönlichen Absender. Da stand

einfach nur: „Herzliche Grüße, Ihr Dialogbüro“, was ich für das Wort Dialog schon etwas eigenartig finde, denn ich glaube, für einen Dialog braucht es immer Personen. Hier könnte man vielleicht - aber das müssen Sie selber intern überlegen - auch einen Namen darunterschreiben.

Aber viel wichtiger ist etwas anderes: In dieser E-Mail hieß es, dass Sie meinen würden, dass der Antrag, Familien mit Down-Syndrom-Kindern zu helfen, die freie Entscheidung, eine Schwangerschaft abubrechen oder nicht, in Frage stellen würde.

Also ich kann nur sagen, ich habe das nicht hineingeschrieben - Sie haben es gelesen. Es wundert mich, denn hier geht es um die Frage: Wie kann Wien denen, die Hilfe brauchen, helfen? In der Sache brauche ich Ihnen das nicht zu erklären, Sie kennen die Anliegen - und dann lesen Sie so etwas hinein, und auf Grund von politischen Vorurteilen bekommen dann die, die Hilfe brauchen, die Hilfe nicht. Da möchte ich Sie einfach bitten, dass auch Sie sich von ideologischen Scheuklappen befreien und dass man Sache um Sache diskutieren kann.

Ich kann mich an die erste Rede, die ich hier gehalten habe, erinnern. Damals hat mich Kollege Margulies sehr verwundert. Ich habe nämlich erklärt - es ist gut, wenn ich es noch einmal sage -, dass ich in einer Hochglanzbroschüre der Stadt die Werbung für einen Park gefunden hatte, wo Nebeldüsen die Füße der Besucher benetzen. Dann hat man mich ausgelacht, weil die GRÜNEN gesagt haben, so ein Blödsinn. Ich habe dann in der Debatte diese Hochglanzbroschüre gefunden und Ihnen auch gezeigt. Dann hat aber der Kollege - wer immer es war, ganz sicher bin ich mir nicht mehr - gesagt: Die Gudrun Kugler redet ja immer von der Bibel und von Fußwaschungen. Ich habe mir gedacht: Entschuldigung, wie kommen sie darauf? Ich sage, ich bin dagegen, dass es Nebeldüsen in einem Wiener Park gibt, wenn wir schon davon reden, dass wir alle sparen müssen, und dann sagen sie, na ja, Fußwaschungen! Da habe ich dasselbe Vorurteil entdeckt.

Also ich habe einen Antrag, der davon handelt, wie man Kindern mit Down-Syndrom helfen kann. Ich kann vorurteilsfrei mit Menschen reden. Ich wünsche mir, dass Sie es auch machen und die Sache hören, und nicht sich irgendetwas denken, dass da irgendjemand etwas Eigenartiges, Abstruses fordert. Ich hoffe, dass Sie heute meinem sehr freundlich formulierten Antrag zum Down-Syndrom auch zustimmen können.

Ich muss vielleicht noch etwas dazusagen. Ich habe in der Zwischenzeit mit Betroffenen geredet, die sich auf Grund des Antrages vom 2. März bei mir gemeldet haben. Das hat mich sehr bewegt, denn ich habe sie nicht aufgesucht, sie sind zu mir gekommen. Eine Mutter hat mir einen ganz wichtigen Satz gesagt: „Ich möchte hören, was mein Kind können wird und nicht, was es nicht können wird.“ - Wir sind in der falschen Diktion. Wir sagen immer nur, Sie haben so ein Baby, das kann das alles nicht. In Wirklichkeit kann dieses Kind sehr viel. Dieselbe Mutter hat mir gesagt, dass sie zwei Jahre auf einen Frühförderplatz warten musste; und wenn sie sich

mit dem Thema beschäftigen, wissen Sie, wie wichtig die Frühförderung ist.

Was können wir also tun? Ich nenne Ihnen ganz konkret zwei Beispiele, wo ich mir vorstellen könnte, da könnte man ansetzen. Erstens - das war auch in der Presse, nämlich auf Grund meines Antrages vom 2. März -: Die Down-Syndrom Infobox. Es gibt vom Verein Down-Syndrom Österreich ein Paket, das an Familien mit neugeborenen Down-Syndrom-Kindern verteilt wird, verschenkt wird, in fast allen Krankenhäusern Österreichs. Der KAV macht das nicht, und ich verstehe nicht, warum er das nicht macht. Diese Boxen kosten zwar 78 EUR, aber auch das wäre leistbar. Die Leute vom Verein Down-Syndrom Österreich sagen sogar, sie haben einen Spender, sie bezahlen das und würden sich freuen, wenn man das machen könnte. Ich habe selber einen sehr guten Freund, der am 21. März, am Welt-Down-Syndrom-Tag Vater geworden ist, überraschenderweise hat sein Kind das Down-Syndrom. Ich sage Ihnen noch einmal aus der persönlichen Betroffenheit: So eine Box ist einfach eine Hilfe, und der KAV könnte das ja machen, wenn es in ganz Österreich funktioniert. Ich verstehe es nicht. Ich bitte Sie, das zu bedenken!

Vielleicht noch eine Idee: Wien wirbt ja gerne, wir wissen das, mit schönen Bildern, und so weiter. Auch hier könnte man mal so als Verzierung, als Hintergrundbild, wenn sich Politiker ablichten lassen, einmal Kinder draufnehmen, die vielleicht anders sind oder auch ein Down-Syndrom-Kind. Das ist ein schönes Zeichen. So etwas, glaube ich, gibt den Menschen unterschwellig eine Anerkennung, die sie brauchen, weil es schwer genug ist. Ich bitte Sie einfach, das mitzunehmen, denn ob Menschen mit Down-Syndrom eine vitale Rolle in unserem Leben spielen können, hängt davon ab, welche Perspektiven sie haben, und diese Perspektiven müssen wir als Politik mitschaffen. Diesen Antrag werde ich gleich nach hinten geben.

Ich habe jetzt noch ein paar andere Anträge mit, und zwar, wenn wir schon beim Thema Behinderung sind, ganz kurz, ich fasse nur zusammen: Im Jahr 2008 wurde die Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz eingeführt. Das war ganz wichtig. Es hat den Menschen eine ganz große Möglichkeit gegeben, ihr Leben selbst zu organisieren und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Ein Teil wurde auch damit gegeben. Seit 2008 ist der Satz dieser Stunden der Assistenten nicht angehoben worden. Er betrug damals 16 EUR, nun wird der von der WAG Assistenzgenossenschaft im Juli auf 25 EUR angehoben. Das wird dann, für die, die es brauchen, schon recht teuer. Wir haben einen Antrag mitgebracht, in dem wir fordern: „Dass der Stundensatz für Pflegegeldergänzungsleistung für Persönliche Assistenz auf 25 EUR angehoben wird und dann entsprechend jedes Jahr valorisiert wird.“

Ein weiterer Antrag zum Thema Pflegegeldergänzungsleistung, ganz kurz gesagt: Den Persönlichen Assistenten bekommen jene nicht, die eine Sinnesbehinderung oder Lernschwierigkeiten haben, und wir möchten die Förderrichtlinie auch auf diese Menschen aus-

dehnen. Ich glaube, es erklärt sich selbst, warum. Ich bitte Sie, auch diesem Antrag heute zuzustimmen.

Ein weiteres Thema: Sie wissen, dass pensionsberechtigte Personen, die 30 Jahre lang eingezahlt haben, ab dem 1. Jänner eine Mindestpension von 1.000 EUR haben. Das ist wunderbar. Das ist immer noch wenig, aber es ist ein guter erster Schritt, aber was passiert dann? Sie fallen aus der Möglichkeit heraus, einen Mobilpass im vollen Umfang zu bekommen. Das kann nicht sein. Das ist, glaube ich, auch nicht so beabsichtigt. Wir beantragen heute: „Dass die Richtsätze dafür angepasst werden und dass natürlich ein Mobilpass auch möglich ist für jene Pensionsbezieherinnen und Pensionsbezieher, die diesen Satz von 1.000 EUR bekommen.“

Ich habe noch einen Antrag zum Thema Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung mitgebracht. Sie kennen unseren Antrag. Wir wünschen uns unter anderem eine bundesweit einheitliche Obergrenze, eine Deckelung. Wir wünschen uns mehr Sach- als Geldleistungen, einen Wiedereinsteigerbonus. Ich glaube, unterm Strich kann man da vielleicht nur einen Satz sagen, um jetzt nicht noch mehr Zeit zu verwenden: Es geht hier um ein Trampolin statt um eine Hängematte. Sie verstehen, was ich meine. Da hat es in fünf Bundesländern bereits Reformen gegeben, die anderen diskutieren darüber. Ich glaube, auch in Wien sollte man hier ganz konkret Schritte setzen.

Jetzt freue ich mich, dass ich noch vier Minuten Zeit habe. Ich habe nämlich noch einen weiteren Antrag mitgebracht zum Thema illegaler Organhandel in der Welt.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Entschuldigen Sie, Frau Kollegin! Ich darf Sie nur auf das Geschäftsstück hinweisen. Verhandelt wird die Subventionen an den Verein Österreichische Gesellschaft für Familienplanung für den Arbeitsbereich First Love Rudolfstiftung. Ich darf sie nur darauf hinweisen und bitten, darauf zurückzukommen.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (*fortsetzend*): Herr Vorsitzender! Ich habe extra deswegen ganz am Anfang die Definition der WHO über Gesundheit zitiert, weil ich meine, dass all das sehr wohl zum Geschäftsstück passt. Also ich habe nur mehr 3 Minuten, 30 Sekunden. Wenn ich das vielleicht nur kurz sagen darf: Es freut mich sehr, dass es sich hier um einen gemeinsamen Antrag handelt, nämlich vom Kollegen Florianschütz, von Kollegin Ei-Nagashi und von mir. Wir habend das Problem Organhandel uns gemeinsam angesehen und für heute einen Antrag vorbereitet. Ich darf Ihnen nur ganz kurz die wichtigsten Fakten dazu nennen:

Die WHO spricht von 10.000 illegalen Organtransplantationen pro Jahr weltweit. Es gibt wahrscheinlich viel mehr, weil der Bedarf bei Weitem nicht abgedeckt ist. Der illegale Organhandel hat immer drei Gruppen von Opfern. Die einen sind Menschen, die einfach arm sind und Geld brauchen. Die anderen - und das hat auch im Europäischen Parlament eine große Diskussion ausgelöst -, sind zum Tod Verurteilte. Dann gibt es eine dritte Gruppe, und das sind Minderheiten, an denen Verbrechen verübt werden. In unserem gemeinsamen Antrag

verurteilen wir diese Praxis, insbesondere mit Blick auf China. „Wir fordern die Bundesregierung auf, hier tätig zu werden und zuerst einmal den Missbrauch bei Organtransplantationen in China zu verurteilen, aber sich auch dafür einzusetzen, dass eine internationale Kommission eingesetzt wird, die versucht, diese Praktiken einzudämmen. Wir fordern auch, dass sich die Bundesregierung einsetzt für die unverzügliche Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen.“

Nun gibt es Leute, die sagen, ja, was hat das mit Wien zu tun und was geht uns das an? Wir sind ja nicht die UNO.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Kollegin! Ich frage mich, was das mit dem Geschäftsstück zu tun hat. (*GR Armin Blind: Oder vielleicht irgendwas einmal zum Geschäftsstück zu sagen! - Zwischenruf von GRin MMag. Dr. Gudrun Kugler.*) - Mag sein. Darum habe ich es auch zugelassen. Ich darf Sie aber trotzdem bitten, wenn Sie schon da ein bisschen ausschweifen, das kurz zu fassen - um das ein zweites Mal zu sagen.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (*fortsetzend*): Dann darf ich meinen Schlusssatz sagen?

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Sie haben noch 1 Minute und 44 Sekunden. Sie können über das Geschäftsstück selbstverständlich reden.

GRin MMag. Dr. Gudrun **Kugler** (*fortsetzend*): Was hat also dieses Thema Menschenrechte weltweit mit dem Wiener Gemeinderat zu tun? Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, dass auch der Wiener Gemeinderat Teil der internationalen Staatengemeinschaft ist, und so eine Staatengemeinschaft ist nicht besser als ihre Mitglieder. Solidarität heißt, dass, wenn ein Mensch leidet, alle mitleiden und dass es einfach uns alle etwas angeht. Darum bitte ich, dass sie auch diesem Antrag gegen illegalen Organhandel heute zustimmen. - Vielen Dank. (*Beifall bei der ÖVP und von GR David Ellensohn.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Mörk. Ich erteile es ihr.

GRin Gabriele **Mörk** (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mir jetzt erlauben, zum Geschäftsstück zu reden. Bei diesem Geschäftsstück geht es um die Österreichische Gesellschaft für Familienplanung, die es seit 51 Jahren gibt, die eine sehr gute und erfolgreiche Arbeit macht. Diese Gesellschaft hat sich dem Recht auf reproduktive Gesundheit verschrieben und hat folgende Grundsätze: Dass jeder Mensch das Recht hat, über seine Sexualität selbst zu bestimmen, dass jeder Mensch das Recht hat, selbst zu entscheiden, ob und wann die Geburt eines Kindes erwünscht ist, dass jeder Mensch das Recht hat, geeignete Verhütungsmittel zu finden, und dass jeder Mensch das Recht hat, über Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten informiert zu werden.

Diese Gesellschaft betreibt seit mittlerweile 25 Jahren an der Rudolfstiftung die Beratungsstelle First Love. Diese Beratungsstelle richtet sich vor allem an Jugendli-

che im Alter von 13 bis 19 Jahren. Das Angebot, das es dort gibt, ist ein sehr niederschwelliges, gerade das ist auch besonders wichtig. Das Angebot ist anonym und natürlich kostenlos. Dieses Angebot der Beratungsstelle wird hauptsächlich von jungen Mädchen genutzt. Es gibt dort unter anderem auch eine gynäkologische Erstuntersuchungsstelle. Angeboten werden Telefonberatung, Online-Beratung, aber auch Krisenberatung, wenn es zum Beispiel um die Frage ungewollter Schwangerschaften geht, aber auch, wenn es um PartnerInnenprobleme geht oder um Missbrauchserfahrungen.

Diese Beratungsstelle bietet auch noch Workshops an. Diese finden entweder vor Ort, in Jugendzentren oder auch an Schulen statt. Gerade diese Workshops finden auch sehr große Zustimmung. Im heurigen Jahr sind diese schon bis zum Sommer ausgebucht. Ich denke, es ist dies eine gute und wichtige Einrichtung. Die Subvention, die wir heute hoffentlich beschließen werden, wobei ich alle einladen darf, diese zu unterstützen, ist bei dieser Beratungsstelle, glaube ich, bestens aufgehoben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Gestatten Sie mir, noch kurz auf die Fülle von Anträgen einzugehen, die meine Vorrednerin eingebracht hat. Zum Antrag, in dem es um diese Geburtenanmeldestellen geht, darf ich darauf hinweisen, dass StRin Sandra Frauenberger erstens einmal eine zentrale Geburtenstelle in Aussicht gestellt hat. Dabei geht es vor allem um eine bessere Planbarkeit, um Doppelt- oder Dreifachanmeldungen zu verhindern. Sie hat auch veranlasst, dass in den entsprechenden Abteilungen bereits mehr Personal zur Verfügung steht und dass auch sichergestellt ist, dass jede Frau, die entbindet, auch einen Platz erhält. Was Geburteninformation betrifft, wird bereits jetzt ein umfassendes Info-Material zur Verfügung gestellt.

Frau Kollegin Kugler! Ich würde Sie ersuchen: Versichern Sie nicht die Frauen in dieser Stadt, die in den nächsten Wochen oder Monaten ein Kind erwarten! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Die beiden Anträge, die Sie gestellt haben und die auf Zuweisung gerichtet sind, werden wir natürlich unterstützen. Was Ihren Antrag zum Thema Kinder mit Down-Syndrom betrifft, wo es um Öffentlichkeitskampagnen geht - wobei es da auch um Zuweisung geht -, werden wir diesen Antrag unterstützen. Auch Ihren Antrag zum Thema Anpassung Mobilpass - ein Problem, mit dem wir seit Anfang des heurigen Jahres konfrontiert sind -, auch da werden wir die Zuweisung unterstützen. Die Arbeit von Persönlichen AssistentInnen ist eine ganz wertvolle Unterstützung für Menschen mit Behinderung, um sie auch in ihrer Autonomie zu unterstützen. Diese Persönlichen AssistentInnen leisten erstens tolle Arbeit und verdienen unsere volle Wertschätzung.

Den beiden Anträgen, die Sie heute hier eingebracht haben, können wir allerdings derzeit nicht zustimmen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der Fonds Soziales Wien, der auch für die Förderungen in diesem Bereich zuständig ist, sich bereits dieser so wichtigen Frage auch angenommen hat.

Was den Antrag zum Thema Mindestsicherung betrifft: Ich weiß nicht, wie oft wir diesen Antrag bezie-

hungsweise ähnliche Anträge in den letzten Monaten hier im Haus schon behandelt haben. Nicht nur den Antrag, sondern das Thema Mindestsicherung können wir nicht unterstützen, nämlich aus Gründen, die ich schon oft erwähnt habe. Ich habe ja schon oft gesagt, dass eine Deckelung nicht in Frage kommt, und so weiter.

Zum Abschluss: Bitte geben Sie Ihre Zustimmung zu dem Geschäftsstück, um die Beratungsstelle First Love zu unterstützen! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als Nächster ist Herr GR Dr. Aigner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Nachdem wir so viele verschiedene Themen von der Frau Kollegin Kugler jetzt serviert bekommen haben, muss ich sagen: Was mir ein bisschen abgegangen ist, ist eine Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft für Familienplanung. Da wir, glaube ich, die einzige Fraktion sind, die diesem Akt nicht zustimmt, möchte ich die Gelegenheit nicht ungenützt verstreichen lassen, zu erklären, was uns daran nicht passt.

Meine Vorrednerin hat vorher darüber gesprochen, was es nicht alles für Rechte gibt: Recht auf reproduktive Gesundheit, Recht auf Verhütung, und so weiter. Das mag alles sein, aber mir fehlt da ein positiviertes, grundlegendes Menschenrecht, nämlich das Recht auf Leben. Wir möchten verankert haben, dass bei einer Beratung in diesen Fragen auch das Recht auf Leben entsprechend zu vermitteln ist. Wir wollen, dass da vermittelt wird, dass menschliches Leben ein Wert an sich ist, und wir wollen, dass das auch entsprechend sichergestellt ist. Das fehlt uns hier. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abtreibungen, auch wenn sie legal sind, sollten kein Mittel der Familienplanung sein. Ich glaube, das ist einfach hier auch im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit abzulehnen. Daher können wir dieser Subvention nicht zustimmen. Ich glaube, gerade in Zeiten wie diesen ist ein lebensbejahender Zugang in unseren Kreisen etwas ganz Wesentliches. Man muss den jungen Menschen Mut zu Kindern machen und sollte die Beratung pro Leben richten und nicht auf Möglichkeiten, menschliches Leben zu vernichten. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Silvia **Rubik**: Noch einmal zurückkommend auf die Beratungsstelle, die in der Rudolfstiftung seit 1992 besteht: Diese kostenlose, anonyme Sexualberatung durch kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort angebunden werden, ist sehr wichtig für junge Leute. Ein weiterer richtiger Arbeitsschwerpunkt dieser Beratungsstelle ist auch die Präventionsarbeit an Schulen und Jugendzentren mit dem Ziel, dass es nicht zu unerwünschten Schwangerschaften kommt und dass man das Leben, das man dann vielleicht in sich trägt, auch würdigt. First Love bietet somit auch einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Mädchen und jungen

Frauen im Alter von 13 bis 19 Jahren und ist daher aus Wiens Landschaft nicht mehr wegzudenken. Daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Akt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 43. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mit Zustimmung der ÖVP, der NEOS, der GRÜNEN und der SPÖ gegen die FPÖ mehrstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die eingebrachten Beschlussanträge der ÖVP.

Zuerst gelangt der Antrag betreffend Anpassungen beim Mobilpass zur Abstimmung. Hiezu wird die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung von NEOS, ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN und somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag der ÖVP betreffend Kinder mit Down-Syndrom. In formeller Hinsicht wird ebenfalls die Zuweisung an den Ausschuss beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - NEOS, ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNE stimmen zu, das ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag der ÖVP betreffend Sicherstellung ausreichender Plätze für Schwangere in öffentlichen Entbindungseinrichtungen. Hier wird auch die Zuweisung des Antrages verlangt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um Zeichen mit der Hand. - ÖVP, NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE stimmen zu, das ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag der ÖVP betreffend Schaffung einer zentralen Geburtsanmeldestelle eines geburtshilflichen Konzeptes sowie Aufstockung der Anzahl freiberuflicher Hebammen mit Kassenvertrag. In formeller Hinsicht wird wieder die Zuweisung des Antragstellers an den Ausschuss verlangt. Wer diesem Beschlussantrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dazu sehe ich die Zustimmung aller Gemeinderäte. Das ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der ÖVP betreffend Reform der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Hiezu ist die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung der ÖVP gegen NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNE, findet somit keine Mehrheit.

Wir kommen weiters zur Abstimmung über den Beschlussantrag der ÖVP betreffend Erhöhung des Stundensatzes für Pflegegeldergänzungsleistungen für Persönliche Assistenz. Dazu wird sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von ÖVP, NEOS, FPÖ gegen SPÖ und GRÜNE, findet daher keine Mehrheit.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Beschlussantrag der ÖVP betreffend Erweiterung des Beziehungskreises der Pflegegeldergänzungsleistungen für Persönliche Assistenz. Es wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE, findet somit keine Mehrheit.

Weiters gelangen wir zur Abstimmung über den Antrag, eingebracht von den Gemeinderäten El-Nagashi, Florianschütz und Kugler, betreffend illegale Organentnahmen und illegalen Organhandel. Dazu wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist Zustimmung von NEOS, ÖVP, FPÖ, GRÜNEN und SPÖ und wird somit einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 19 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Bardotation an Wirtschaftsagentur Wien. Ein Fonds der Stadt Wien. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Mag. Berger-Krotsch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag. Nicole **Berger-Krotsch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Juraczka. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz zum Geschäftsstück: Ich habe sehr große Sympathien dafür, wenn Start-ups gefördert werden. Da gibt es viele Initiativen vom Bund, von der Stadt und von privaten Initiatoren, und das ist gut so. Ich glaube aber, beim gegenständlichen Bereich in der Marx Halle, ehemalige Rinderhalle, haben wir einen funktionierenden Veranstaltungs-Hot-Spot, der funktioniert, den Besuchern gefällt, von den umliegenden Anrainern dankbar angenommen wird, der in vielfacher Hinsicht ein Vorzeigeprojekt ist.

Hier sollte man nicht achtlos den Pachtvertrag auslaufen lassen - und das ist nicht nur meine oder unsere Einschätzung, sondern es ist mittlerweile einstimmige Einschätzung der Bezirksvertretung des 3. Bezirkes, der wir uns anschließen können -, hier sollte man nicht mutwillig versuchen, neue Wege zu beschreiten, sondern diese Veranstaltungs-Location weiter pflegen und hegen. Das ist, was ich zum gegenständlichen Poststück sagen kann. Deshalb werden wir dieser Förderung für das Start-up-Unternehmen an diesem Standort nicht zustimmen werden.

Darüber hinaus darf ich zwei Beschlussanträge einbringen. Angesichts der vorgerückten Stunde mache ich es ganz kurz. Es handelt sich ja um keine völlig neuen Anträge. Der eine Antrag betrifft Sonntagsöffnung in Wien in Tourismuszonen, der zweite betrifft Demonstrationen in Wien und wie man damit umzugehen hat.

Sie werden jetzt sagen: Das kommt uns doch alles bekannt vor! Als Antwort darf ich daran erinnern, dass es

zwischen 50 und 60 Anträge der Volkspartei in Wien bedurfte, um endlich das kostenlose letzte Kindergartenjahr durchzusetzen. Steter Tropfen höhlt den Stein. In diesem Sinn werden wir diese Anträge immer wieder einbringen. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP. - GR Armin Blind: Vielleicht erklären Sie uns auch, wie das funktionieren soll! - GR Mag. Manfred Juraczka - das Rednerpult verlassend -: Was denn? - GR Armin Blind: Na, die Demonstrationszonen! - GR Mag. Wolfgang Jung: Wer die verordnen soll!)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Unger** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zuerst möchte ich einen Antrag auf Absetzung dieses Geschäftsstückes gemäß § 17 Abs. 6 der Geschäftsordnung einbringen und wie folgt begründen: Kollege Juraczka hat das schon sehr gut gemacht. Ich möchte hierzu nur ganz kurz beleuchten: Seit 1990 ist die Rinderhalle ja geschlossen. Man hat über zehn Jahre lang Ideen gesucht, Konzepte gesucht, man eigentlich nie etwas gefunden, und seit 2011 gibt es eben diesen Zwischenvertrag für die Nutzung für Konzerte, Gastronomie, und so weiter. In den letzten zweieinhalb Jahren gab es 600.000 Besucher. Ich glaube, das ist wirklich eine Erfolgsgeschichte auch im wirtschaftlichen Sinne. Jetzt ist aber wieder alles neu. Ich möchte auch dazusagen, dass in St. Marx 3.500 m² Büroflächen für Start-up-Büros freistehen und aktuell an 2 weiteren Standorten über 13.000 m² für Start-ups geplant sind.

Nachdem ich leider nicht annehme, dass dieser Absetzungsantrag heute Zustimmung findet, stelle ich auch einen Beschlussantrag: „Dass die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft und Internationales ersucht wird, sich dafür einzusetzen, dass die ehemaligen Rinderhallen in St. Marx, die ein denkmalgeschütztes Gebäude sind, weiterhin als Veranstaltungshalle genutzt wird.“ Dieser Antragstext ist übrigens der, der einstimmig in der Landstraßer Bezirksvertretung beschlossen worden ist. In formeller Hinsicht bitte ich um sofortige Abstimmung. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Mag. Manfred Juraczka.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schinner. Ich erteile es ihr.

GRin Katharina **Schinner** (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben es da heute mit einem Akt zu tun, wo es ja immer ganz klar war, dass es eine vorübergehende Nutzung gibt im Sinne des Veranstalters und der Halle, die dort als Eventlocation genutzt wurde. Diese Halle befindet sich in einem sehr wichtigen Stadtentwicklungsbereich, dessen Entwicklung wir sehr positiv entgegen sehen. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt. Es ist ein Prozess, der über vier Jahre ganz intensiv mit verschiedenen Phasen und Prozessplanungen aufgesetzt wurde und jetzt das Ziel hat, hier eine gemischte und eine sehr vielseitige Nutzung zu finden.

Die Förderung der Wirtschaftsagentur, die heute hier im Akt hoffentlich beschlossen wird und ganz wichtig für die baulichen Investitionen ist, nämlich 400.000 EUR, je 200.000 EUR für die besten Projekte, die über eine Jury ausgelotet werden, ist ein ganz wichtiger Schritt dahin, die Stadt Wien weiter zu einem starken Hub für Start-ups, für Coworking Spaces für junge UnternehmerInnen zu machen.

Auch ganz wesentlich: Wir haben gesehen, dass dieser Event-Bereich dort sehr gut funktioniert, und es ist uns auch ganz wichtig, den weiter zu behalten, weiter zu fördern und in diesen 20.000 m² an Fläche zu haben, wo das Raum und Anklang findet und auch von den BesucherInnen angenommen wird. In diesem Sinne halten wir einerseits diese Förderung für ganz wichtig.

Zu all den Anträgen, die eingebracht wurden, zu Demonstrationsrecht und dergleichen, muss ich sagen: Im ersten Satz stimmen wir noch überein, aber was alles andere betrifft - du hast es richtig gesagt, wir haben schon öfter darüber diskutiert -, schmerzt es mich in meiner Seele, darüber nachzudenken, dass wir ernsthaft darüber reden sollen, das Demonstrationsrecht einzuschränken. (*Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka.*) Einfach unglaublich! Das gilt auch für das Thema Sonntagsöffnung. Aber wir kennen da ohnehin unsere unterschiedlichen Meinungen und unsere unterschiedlichen Grundsätze. In diesem Sinne freut es mich sehr, dass es dort eine so gute bauliche Entwicklung gibt, nämlich jetzt über die Wirtschaftsagentur und die Unterstützung hier für Start-ups. (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Meinel-Reisinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES (NEOS): Danke, Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

St. Marx ist eine eigentlich unendliche Geschichte der gescheiterten Projektentwicklungen, muss man ganz ehrlich sagen, und unseres Erachtens auch der Steuergeldverschwendung. Immerhin hat die Immobilienentwicklung St. Marx GmbH und verbundene Unternehmen auch mit Mediencluster von 2010 bis 2014 laut dem Stadtrechnungshof 13 Millionen EUR Verlust gemacht. Heute ist zu lesen gewesen, dass dort neben Puls 4 jetzt auch ATV angesiedelt wird. Das käme vielleicht der ursprünglichen Idee, dass dort ein Mediencluster entsteht, wieder ein bisschen näher. Bedauerlicherweise hat es ja nicht einmal mit den stadteigenen Sendern wie W24 und Okto geklappt. Die hat man ja im Wirtschaftspark Breitensee dann zwangsverpflichtet, denn da hat es auch nicht so gut geklappt mit der Auslastung. 2012 hat der ORF dort abgesagt, und 2014 wurde noch von einer Mehrzweckhalle gesprochen, die dort geplant sei. Bin gespannt, was in puncto Mehrzweckhalle jetzt weitergeht. Ich höre ja auch, dass wir da jetzt Know-how aus Krakau bekommen. Bin gespannt, was für Diskussion wir da noch führen werden.

Der Punkt ist einfach der: Die Vermischung von Wohnen und Arbeiten, das war heute schon ein Thema,

ist uns auch wichtig, aber dort ist unseres Erachtens nicht der richtige Standort dafür. Dafür wäre die Ankerbrotfabrik ein durchaus passender Standort, aber dort neben der Autobahn ist das kein günstiger Standort. Zum einen, weil es nicht besonders attraktiv zum Wohnen ist, zum anderen, und darauf weise ich jetzt hin, weil dieses Gebiet auch eine enorme Chance bietet. Es bietet eine enorme Chance in Bezug auf die Entwicklung in gewerblicher Hinsicht, in Bezug auf die Entwicklung eines Betriebsgebietes und ja, auch in Bezug auf möglicherweise tatsächlich einen Cluster im Bereich Life Sciences. Dort siedelt sich jetzt ja auch die Biologieabteilung der Universität Wien an, das Vienna Biocenter ist ja schon dort. Das heißt, hier sind bestimmte Kompetenzen auch schon vorhanden.

Es ist aber sehr attraktiv, Start-ups zu fördern. Man bekommt ja eigentlich den Eindruck, dass jeder Politiker sein eigenes Start-up-Zentrum derzeit aus dem Boden stampft beziehungsweise fördert, und da gibt es ja auch schon gelungene oder wahrscheinlich gelingende Projekte wie zum Beispiel weXelerate. Ein Projekt zu fördern, von dem noch nicht einmal klar ist, was es genau wird, von dem nicht klar ist, wer es betreiben wird, was dort für ein Schwerpunkt sein wird, was dort überhaupt entstehen soll, ist unserer Meinung nach sinnlos. So macht man keine Start-up-Förderung. Man macht es schon gar nicht in einem Bereich, wo sogar mit EU-Geldern eine Halle umgebaut wurde, indem man dort jetzt alles wieder herausreißt und das wieder um teures Geld umbaut.

Ich glaube, das Wichtige ist, dass man dort zuerst einmal ein Konzept auf den Tisch legt, zuerst einmal schaut, was man dort wirklich machen kann. Ich finde, dass Veranstaltungen dort sehr gut funktionieren. Es wurde auch angesprochen. Das heißt, Überlegungen dahin gehend finde ich gut. Ich finde es auch gut, zu schauen, welche Universitäten dort sind, welche Schwerpunkte man dort setzen kann. Erst wenn klar ist, was man dort wirklich brauchen kann und vor allem, was die Start-ups und die Unternehmen brauchen können - die Start-up-Szene steht dem nämlich auch gar nicht so positiv gegenüber -, erst dann ist klar, dass man hier Schritte gehen kann, das auch zu fördern, aber nicht so! - Danke vielmals. (*Beifall bei den NEOS.*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Blind. Ich erteile es ihm.

GR Armin **Blind** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Mir ist zwar unklar, was der Antrag der ÖVP betreffend Demonstrationszonen mit der Rinderhalle in St. Marx zu tun hat, aber er wurde offenkundig vom Vorsitzenden zugelassen. Das respektieren wir natürlich, müssen uns nun aber natürlich auch dazu äußern. Ich bitte daher, mir auch die nötige Zeit hier einzuräumen.

Wir haben ja einen Bildungsschwerpunkt heute, Herr Kollege Juraczka, und der ist offensichtlich noch nicht zu Ende. Darum möchte ich kurz versuchen, Ihnen nahezubringen, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Zum einen handelt es sich beim Versammlungsrecht, wie Sie wissen, das setze ich zumindestens vo-

raus, um ein Bundesgesetz. Deswegen ist er ja auch an die zuständige Stelle gerichtet. Das hätten Sie wahrscheinlich auch bei einer Parteivorstandssitzung erledigen können. Der Innenminister wird ja zur Zeit bekanntermaßen nicht von der Sozialdemokratie gestellt, sondern, zumindest soweit ich informiert bin, doch von der ÖVP. *(Zwischenruf von GR Mag. Manfred Juraczka. - GR Mag. Wolfgang Jung: Ein Privatissimum für die ÖVP!)*

Dann darf ich auch auf was anderes hinweisen. Ihnen dürfte offensichtlich auch, wie ich der Begründung entnehme, nicht ganz klar sein, was der Unterschied zwischen einer Versammlung und einer Veranstaltung ist. Die Versammlung ist eben das Zusammenkommen von Menschen zu einem gemeinsamen Zweck, in Form einer Manifestation, einer Diskussion, einer Debatte. Die von Ihnen angeführten sogenannten Spaßdemonstrationen - und da befinden wir uns hier wieder im richtigen Gebäude -, sind nach unserer Bundesverfassung nach Art. 15 Abs. 3 sogenannte Darbietungen, und das fällt in die Landesgesetzgebung, nämlich ins Veranstaltungsrecht. Wenn wir über Dinge, die nicht dem Versammlungsrecht unterliegen, debattieren wollen, dann sollten wir das hier tun. Dann richten Sie die Anträge aber bitte auch an die zuständigen Stellen oder bringen zum Veranstaltungswesen gleich den richtigen Antrag ein.

Ich habe jetzt versucht, mir vorzustellen, wie der Kollege Juraczka seine Erlaubniszonen österreichweit macht. Also wenn jetzt in einer Landgemeinde - wie gesagt, Bundesgesetz - jemand beispielsweise gegen ein Kleinkraftwerk oder gegen eine Umfahrungsstraße demonstrieren will, dann kann er das nur in der Erlaubniszone tun, und die ist 200 km weg. *(GR Peter Kraus, BSc: Zur Sache, bitte!)* Also ich betrachte das als ziemlich undemokratisch. Ich betrachte es nicht nur als unpraktikabel, sondern als schlichtweg grundrechtswidrig. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das ist ein ganz klarer Verstoß gegen die ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs, dass derjenige - und das müsste allen in diesem Sektor einleuchten -, gegen den ich demonstrieren, die Demonstration ja auch irgendwie wahrnehmen können muss. Also zu sagen, ihr demonstriert jetzt alle am Ölhafen Lobau ganz unten im letzten Eck halte ich aus demokratiepolitischer Sicht für problematisch, aber, wie gesagt, das sei Ihnen überlassen.

Was ich weiters kritisiere: Sie hätten ja die Möglichkeit, auch im Rahmen der Versammlungspolizei. Wenn eine Demonstration ein gewisses Gebiet extrem belastet, widerstreitet möglicherweise ...

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege! Ich darf ganz kurz unterbrechen, weil da immer wieder Zwischenrufe sind. Tatsache ist: Der Antrag wurde zugelassen.

GR Armin **Blind** *(fortsetzend)*: Punkt!

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege, ich bin am Wort, nicht Sie! *(Allgemeine Heiterkeit.)* Der Antrag wurde zugelassen, somit kann man auch darüber diskutieren. Ich bitte aber, und das habe ich im Vorfeld schon gesagt, das entsprechend zeitlich einzuschränken. Ich habe auch bei der vorigen

Rede der Kollegin Kugler das zugelassen. Ich habe es auch beim letzten Geschäftsstück zugelassen, dass ein Antrag eingebracht wurde, der mit dem Geschäftsstück nichts zu tun gehabt hat. Also, wenn wir es alle nicht übertreiben, können wir es abwickeln. Das ist mein Appell und der erste Ruf zur Sache. - Bitte schön.

GR Armin **Blind** *(fortsetzend)*: Danke, Herr Vorsitzender!

Ich nehme das natürlich zur Kenntnis, darf aber in dem Zusammenhang anmerken, dass die Kollegin Kugler die gesamte Redezeit nicht zum Antrag verwendet hat, wahrscheinlich, weil sie sich nicht getraut hat, über das Thema Lebensschutz zu reden. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das muss man auch sagen. Und dann bei der Abstimmung war sie plötzlich nicht da. Das möchte ich nur fürs Protokoll auch festhalten, damit es dann interessierte Kreise auch nachlesen können.

Wie gesagt, das Versagen ist auf der einen Seite beim Herrn Innenminister, wenn Sie der Meinung sind, Sie brauchen das. Ich mache Ihnen aber einen Vorschlag, denn wie gesagt, jede Debatte soll ja einen Lerneffekt bringen: Fordern Sie genauso wie wir etwas Vernünftiges, nämlich nicht Erlaubniszonen, sondern dort, wo es nötig ist, eine Verbotzone. Das brauchen Sie dann auch nicht österreichweit auszurollen. Dann haben Sie auch keine Probleme, das festzulegen. Lesen Sie sich unsere Anträge durch, dann braucht es auch keine 60 Anträge, damit etwas Vernünftiges weitergeht, sondern nur einen. Stimmen Sie unserem zu, dann haben Sie einen edukatorischen Gewinn. So viel zur Schwerpunktdebatte Bildung am heutigen Tag. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist überraschenderweise niemand mehr gemeldet. *(Allgemeine Heiterkeit.)* Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Mag. Nicole **Berger-Krotsch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Gebiets St. Marx hohe wirtschafts- und standortpolitische Bedeutung zukommt. Ich bitte um Zustimmung zur „Marx Halle reloaded“, einem nächsten wesentlichen Schritt, den wir heute beschließen können, damit die Entwicklung der ehemaligen Rinderhalle zu einem attraktiven Standort für innovative, kreative Unternehmen und eben auch im Speziellen Start-ups möglich ist. Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Unserer Geschäftsordnung entsprechend haben wir zuerst über den Antrag auf Absetzung des Geschäftsstückes Postnummer 19 abzustimmen. Der Antrag liegt vor. Wer dem Antrag auf Absetzung der Postnummer 19 zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von ÖVP, den NEOS und der FPÖ gegen Stimmen der GRÜNEN und der SPÖ, somit keine Mehrheit.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Postnummer 19. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin

zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN gegen FPÖ, ÖVP und NEOS mehrstimmig angenommen.

Es wurden Beschlussanträge zu diesem Geschäftsstück eingebracht.

Antrag der ÖVP betreffend Demonstrationen in Wien: Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die ÖVP gegen Stimmen von NEOS, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, keine Mehrheit.

Wir kommen zum Beschlussantrag betreffend Sonntagsöffnung in Wien. Hiezu wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von NEOS und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ, SPÖ und GRÜNEN, somit keine Mehrheit.

Wir kommen zum Beschlussantrag der FPÖ betreffend ehemalige Rinderhalle in St. Marx. Auch hiezu wird in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Zustimmung von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, somit keine Mehrheit.

Wir kommen zur Postnummer 21 der Tagesordnung. Sie betrifft die 2. Gemeinderats-Subventionsliste. Ich bitte die Frau Berichterstatterin, Frau GRin Mag. Wehsely, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Mag. (FH) Tanja **Wehsely**: Ich bitte um Zustimmung!

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr StR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

StR Anton **Mahdalik**: Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Subvention, also das Aktenstück an sich, steht ja außer Frage in großen Teilen. Ich werde mich daher sehr kurz fassen, weil der Herr Vorsitzende heute ziemlich scharf unterwegs ist, was die Geschäftsordnung betrifft. Ich werde aber, wenn wir schon beim Thema Subventionen sind, wenn wir schon über finanzielle Unterstützungen sprechen, über notwendige, sinnvoll finanzielle Unterstützungen für Vereine und Organisationen, für vielerlei wichtige Dinge, noch einmal das Thema Vienna aufs Tapet bringen. Dabei muss ich gleich am Anfang sagen, dass die Stadt Wien sehr wohl etwas macht für die Vienna, im Moment ist aber die Tribüne ähnlich desolat wie die am Sportklub-Platz. Die Stadt Wien, das hat mir die Vienna versichert, ist jetzt dabei, finanziell und organisatorisch zu helfen, damit diese Tribüne nicht auch bald gesperrt werden muss. Das ist alles in Ordnung, das ist jetzt kein Vorwurf an Rot und Grün. Ich sage jetzt nicht, ihr macht überhaupt nichts und lasst die Vienna sterben. Ich glaube, da sind wir uns einig, dieser Verein darf nicht sterben!

Was ich aber dazusagen muss, ist, dass in den letzten Wochen - seit jener Sitzung, wo es unter anderem um diese Anträge gegangen ist, die Klubobmann Dominik Nepp einbringen wird, weil ich das nicht darf, mit der

Vienna keine wirklichen Gespräche geführt worden sind. Es gibt zwar nächste Woche einen Termin, habe ich gehört, mit dem Kultur- und Sportstadtrat Mailath-Pokorny, aber die Situation ist in den letzten Wochen schon prekär gewesen, und eigentlich hätte aus meiner Sicht - natürlich ist er ein vielbeschäftigter Mann -, nichts dagegen gesprochen, schon vorher Gespräche zu führen oder mit den Sportsprechern von Rot und Grün, die sich auch beide beim Fußball auskennen. Es hätten schon Gespräche geführt gehört, weil der Hut brennt, wie man bei uns in Eßling sagt.

Es geht jetzt um Folgendes: Die Leute bei Vienna haben von Anfang an gesagt, sie wollen überhaupt keine Subventionen im herkömmlichen Sinne, sie wollen keine Steuergelder, aber sie brauchen Unterstützung. Die jetzige Führungsliga der Vienna kann für die vorherige Führung überhaupt nichts. Die können jetzt die Suppe auslöffeln, die ihnen jemand anders eingebrockt hat. Die sind engagiert bei der Sache und machen, haben wir auch schon besprochen, eine hervorragende Nachwuchsarbeit für über 200 Kinder und Jugendliche. Sie haben eine wunderschöne Naturarena, die ihresgleichen auf der Welt sucht und sind der älteste Fußballverein Österreichs. Das sind genug Gründe, um dieser Vienna sofort - und jetzt brauchen sie Hilfe - unter die Arme zu greifen. Sie brauchen jetzt einmal gar nicht viel Geld, vielleicht 30.000 EUR.

Die Verhandlungen mit Sponsoren gestalten sich aber deswegen so schwierig, weil nicht klar ist, wo die Vienna nächstes Jahr spielen wird. In der Regionalliga eher nicht, wenn es einen Ausgleich geben sollte, aber der ÖFB wird keine Ausnahmegenehmigung machen, daher wahrscheinlich in der Stadtliga. Mit privaten Firmen habe ich schon Gespräche geführt, habe noch weitere Termine. Die wollen natürlich für ihr Geld etwas sehen, und sie wollen wissen, wo der Verein nächstes Jahr spielen wird. Das wissen sie nicht. Ist natürlich schwierig und die rücken mit dem Geld - es ist heutzutage überhaupt schwierig, Geldgeber zu finden - nicht heraus.

Stadteigene Betriebe, stadtnahe Betriebe tun sich da vielleicht ein bisschen leichter. Und jetzt rede ich nicht von den Subventionen wie zum Beispiel ... (GR Gerhard Kubik: Sollen wir die 20.000 EUR von der Feuerwehr nehmen? - Ruf bei der FPÖ: Okto!) - Okto TV, Lastenräder, 300-Fleck. Es ist ja genug Geld da, wenn man es nur in die Hand nehmen will, vielleicht für die Kinder- und Jugendarbeit bei der Vienna. Okto TV mit ungefähr 3 Zuschauern täglich bekommt 1 Million EUR überwiesen. Ich rede nicht von der Feuerwehr, Gerhard (Zwischenrufe bei der SPÖ.), nein, ich rede allgemein von Subventionen. Obwohl wir einen Schuldenrekord aufgestellt haben, hat die Stadt Wien anscheinend noch genug Geld für verschiedene Dinge: Für den Sender der GRÜNEN, den keiner schaut, haben wir 1 Million EUR - die die SPÖ pro forma zurückgestellt hat. Aber natürlich stimmt die SPÖ zu, eh klar. Das sind ja lauter Tauschgeschäfte, eine Hand wäscht die andere.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (unterbrechend): Herr Stadtrat! Ich darf Sie kurz unterbrechen. Wir

haben das Problem jetzt schon öfters gehabt, auch in dieser Sitzung unter meiner Vorsitzführung. (GR Kurt Wagner: *Da war er nicht da!*) Wissen Sie, meine Damen und Herren, es ist eben schwierig. Wenn man wirklich die Geschäftsordnung genau einhält, dann sollte man sie wirklich genau einhalten, aber dann darf man weder in der einen noch in der anderen Angelegenheit Toleranz gewähren, sondern muss sie strikt einhalten. (GR Christian Oxonitsch: *Kein Problem!*) Wenn man es anders macht, dann geht das auch, ich werde das mit dem Ersten Vorsitzenden auch bereden, aber dann sollte man es nicht überspannen. Das, glaube ich, ist die Sache. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.) Gilt aber für alle, für jede Fraktion. Dementsprechend bitte ich, zum Geschäftsstück zu sprechen, ansonsten sich relativ kurz zu halten. - Danke.

StR Anton **Mahdalik** (fortsetzend): Wir reden von Subventionen, von finanziellen Unterstützungen, aber jetzt nicht einmal von richtigen Subventionen, beziehungsweise beim Geschäftsstück schon. Mein Vorschlag - und in den Anträgen ist es unser Vorschlag -, um der Vienna jetzt zu helfen: Da möchte ich hier doch nur zwei Beispiele dafür anführen, wie die Stadt Wien oder stadtnahe Betriebe Wiener Traditionsvereinen unter die Arme greifen. Wir haben immer zugestimmt. Bei Austria und Rapid ist Wien Energie Hauptsponsor. Das FAC Team für Wien - denen vergönne ich auch jeden Schilling, habe zwei schöne Jahre dort verbracht - hat Gesiba, Gewista, Sozialbau und den Flughafen als Sponsoren. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: *Herr Vorsitzender, bitte!*)

Das sagst gerade du? Du redest überhaupt nie zum Geschäftsstück. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: *Ich rede immer zum Geschäftsstück! - Allgemeine Heiterkeit. - Beifall bei der FPÖ.*) Ich kann mich an 17 verschiedene Reden vom Klubvorsitzenden und von dir erinnern, wo das angebliche Verbrechensregister der FPÖ-Mandatare aus ganz Österreich aufgezählt wurde, wobei das nie etwas mit dem Aktenstück zu tun gehabt hat.

Aber es gibt stadtnahe Betriebe, und da ersuche ich die SPÖ und die GRÜNEN, mit denen Gespräche zu führen. Weil wenn ich als nicht amtsführender Stadtrat daherkomme - von mir brauchen die Firmen nichts. Die werden freundlich sein zu mir, wenn sie einen Termin haben, aber wenn ein Regierungsmitglied herkommt oder ein Sportsprecher einer Regierungspartei, ist das ja etwas ganz anderes. Darum möchte ich hiermit das Ersuchen von der Vienna weitergeben. Bitte helft der Vienna jetzt! Jetzt ist es notwendig, und jetzt brauchen sie die finanzielle Unterstützung. Lasst diesen Verein nicht sterben! Schätzt die wertvolle Kinder- und Jugendarbeit bei der Vienna weiterhin hoch! Macht ein bisschen mehr als bis jetzt! Darum bringen wir diese beiden Anträge heute erneut ein, obwohl mich Kollege Ornig er sucht hat, diese zurückzuziehen, weil er gemeint hat, das ist ein Politikum. Aber wir haben sehr viele Subventionen.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik** (unterbrechend): Herr Kollege! Ich bitte Sie jetzt zum zweiten Mal,

zur Sache zu kommen oder sich kurz zu fassen, und das wirklich.

StR Anton **Mahdalik** (fortsetzend): Ohne Ordnungsruf gehe ich nicht heim. (Allgemeine Heiterkeit.) War nur ein Spaß natürlich. Ich bin sofort fertig. Es wäre nicht der erste, den ich dann vom Kollegen Kowarik bekommen habe.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Bitte helfen Sie der Vienna. Die betreffenden Anträge wird der Klubobmann Nepp jetzt einbringen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei FPÖ und ÖVP)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Kollege Ornig zu Wort gemeldet. Sie haben drei Minuten.

GR Markus **Ornig**, MBA (NEOS): Danke, ich brauche nur einen Satz. Also ich berichtige tatsächlich: Sie sind hier in der letzten Sitzung gestanden und haben gesagt: „Ach, die Vienna braucht unser aller Hilfe! Machen wir doch kein Politikum daraus!“ Heute stellen Sie einen Antrag und machen dadurch ein Politikum draus. Das ist meine tatsächliche Berichtigung. - Danke sehr. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag. Wolfgang Jung: *Ist ja nichts passiert!*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** (FPÖ): Ich mache es ganz, ganz kurz. Ich möchte zwei Anträge zur Rettung der Vienna einbringen, weil das ja der nicht amtsführende Stadtrat nicht kann. Deswegen bringe ich zwei Anträge ein, geschrieben und verfasst von der Vienna-Legende mit der Nummer 2, Toni Mahdalik. - Danke. (Beifall bei der FPÖ. - GR Anton Mahdalik: *Bitte!*)

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist der Herr GR Mag. Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Thomas **Reindl** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatte!

Kurz zum Akt (Allgemeine Heiterkeit.): Die Subventionen sind natürlich sehr, sehr wichtig, sowohl für die Kinderfreunde wie auch für den Sport- und Kulturverein der Feuerwehr der Stadt Wien. Und da wir jetzt einen Akt zum Thema Sport haben, erlaube ich mir auch, ein paar Bemerkungen über den Sport in Wien zu machen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Meine Vorredner haben sich ja über eine Regionalliga Ostverein - ich neutralisiere das jetzt ein bisschen - eher stark gemacht. Ich möchte nur anmerken: Die Vienna ist nicht der einzige Wiener Verein, der in der Regionalliga Ost spielt. Also ich könnte zum Beispiel auch den Wiener Sportklub als Beispiel nehmen, der sich wahrscheinlich auch über eine Finanzspritze sehr, sehr freuen wird. (GR Dominik Nepp: *Haben wir eh auch schon verlangt!*)

Was ich aber doch ein bisschen perfide finde (GR Mag. Wolfgang Jung: *„Perfide“ ist hart!*), ist erstens: Es finden Gespräche zwischen der Vienna und der Stadt Wien statt. Diese Gespräche gibt es, und diese Gespräche werden irgendwann auch ein Ergebnis haben. Aber eines muss, glaube ich, auch klar gesagt werden: Bei der Vienna geht es mir nicht darum, dass Gagen ehemaliger Profifußballer gesichert sind, die jetzt, in der jetzigen

Situation noch bei der Vienna spielen, sondern bei der Vienna geht es darum, dass weiterhin gesichert ist, dass die 300 bis 350 Kinder und Jugendlichen, die dort mit ihren Eltern Sport treiben, das auch weiter tun können. Das will ich auch ganz klar sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es geht um den Nachwuchs der Vienna und nicht um den Profisport der Vienna. Die Vienna hat den Weg einer Profimannschaft gewählt mit allem wirtschaftlichen Risiko. Es ist leider so, dass es die Vienna nun mal nicht geschafft hat auf Grund eines persönlichen Sponsorproblems. Das ist sehr bedauerlich, das tut uns allen leid, aber ich darf auch erinnern, dass in der letzten Saison die Vienna Meister in der Regionalliga Ost wurde - da möchte ich auch nicht fragen, was das gekostet hat - und die Lizenz für den Aufstieg verweigert wurde. Das gilt übrigens genauso auch für andere Mannschaften, die auch in der Regionalliga Ost oder auch in anderen Regionalligen spielen. Die Bundesliga schaut hier sehr, sehr genau, was passiert, und wir müssen das eben zur Kenntnis nehmen.

Also noch einmal: Uns geht es um den Nachwuchs, der steht bei uns im Fokus, und der Profibetrieb kann sich entweder finanzieren oder muss sich eben reduzieren auf ein Amateurniveau, was er aber sicher nächstes Jahr in der Wiener Liga machen wird müssen, weil hier ein Profibetrieb nicht möglich sein wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist tatsächlich niemand mehr gemeldet. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort.

Daher kommen wir sofort zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen ... - Halt! Hiezu wurde, glaube ich, eine getrennte Abstimmung verlangt.

Dann kommen wir zuerst zu Abstimmung der Teilpost sozusagen, nämlich der Subvention für die Österreichischen Kinderfreunde Landesorganisation Wien. Wer dieser Subvention zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist Zustimmung von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Gemeinderäte der NEOS und somit mehrstimmig angenommen.

Nun gelangt die Subvention für die Sport- und Kulturvereinigung der Feuerwehr der Stadt Wien zur Abstimmung. Wer dieser Subvention zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich sehe, das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die eingebrachten Beschlussanträge der FPÖ betreffend Unterstützung des Fußballvereins First Vienna FC. Die sofortige Abstimmung wird beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Zustimmung bei ÖVP und FPÖ gegen NEOS, SPÖ und GRÜNE, somit keine Mehrheit. *(Zwischenruf von GR Markus Ornig, MBA.)* - Bitte? Korrekt. Nicht so einfach heute.

Wir kommen zum Beschlussantrag der FPÖ betreffend Erhaltung des Hohe-Warte-Stadions. Dazu wurde ebenfalls die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen

mit der Hand. - Das ist die Zustimmung von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, somit keine Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 22 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein zur Förderung der Stadtbenutzung. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Baxant, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Meinel-Reisinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES (NEOS): Danke, Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

In Wien dürfte der Satz gelten: Jeder Regierungspartei ihr eigenes Festival. Die SPÖ hat ihr Donauinsselfest, die ÖVP hat ihr Stadtfest, und kaum sind die GRÜNEN in die Stadtregierung gekommen, haben sie ihr eigenes Festival sich so quasi selber verhandelt oder genehmigt: die WienWoche. Mir ist klar - und das möchte ich an dieser Stelle auch klar und deutlich sagen, nicht nur fürs Protokoll -, dass das nicht automatisch heißt, dass dort nur in einem parteipolitischen Kontext programmiert wird. Mir ist klar, dass das nicht automatisch heißt, dass dort nur Künstlerinnen und Künstler auftreten, die ein Parteibuch haben. Mir ist auch klar, dass diese Veranstaltungen nicht nur, sage ich jetzt einmal, der Parteiwerbung dienen.

Mir ist aber auch klar - und da lohnt sich hin und wieder ein Blick außerhalb der Stadtgrenzen, vielleicht auch außerhalb der Landesgrenzen, denn ich glaube, es ist ein österreichisches Spezifikum, dass die Parteien so viel Einfluss haben -, dass es in anderen Städten der Welt einfach nicht üblich ist, dass Kulturpolitik, Kulturförderungen, kulturelle Aktivitäten auch in Vereinen, wie wir es immer wieder haben, später haben wir ja auch einen Akt dazu, in einem derartigen parteipolitischen Kontext passieren muss. Ich wiederhole mich, sie haben das von mir schon öfters gehört: Ich sehe das einfach nicht ein. Ich halte das für grundlegend falsch, ich halte das für demokratiepolitisch problematisch, und ich halte es auch für unfair den Künstlerinnen und Künstlern gegenüber oder den Initiativen gegenüber - kann ja auch sein, dass da Festivalinitiativen kommen -, die nicht in den Genuss der parteipolitischen Nähe kommen. Das ist der erste Grund, weshalb wir dem nicht zustimmen werden.

Der zweite Grund ist aber auch, dass wir, und das wissen Sie, sehr darauf bedacht sind, dass sehr sorgsam mit dem Steuergeld umgegangen wird.

Damit meine ich auch zweckmäßig und sinnvoll und vor allem auch effizient. Aus diesem Grund schauen wir immer wieder, wenn es Förderansuchen gibt, in die Berichte des Stadtrechnungshofs. Ich bin ja der Meinung, dass man den Stadtrechnungshof ernst nehmen muss. Ein Stadtrechnungshof oder auch ein Bundesrechnungshof legt Berichte, und wir als Politiker haben das ernst zu nehmen und auch entsprechend zu handeln.

Jetzt hat halt der Stadtrechnungshof im Fall der WienWoche festgestellt, dass der Einsatz der Steuermittel hier nicht effizient und sparsam erfolgt. Seit Beginn, seitdem die GRÜNEN in der Regierung sind, wird an diesen Verein die gleiche Fördersumme von 453.000 EUR vergeben, und der Stadtrechnungshof hat festgestellt, dass man diese Fördersumme im ersten Jahr nicht ausgeschöpft hat. Sie wissen das. Jede andere Initiative muss das auf Punkt und Beistrich immer genau vorrechnen. Die haben dann meistens noch mit Kürzungen zu leben. Da gibt es dann Verhandlungen. Mir ist schon klar, es gibt budgetäre Nöte. Das heißt, dass dann Initiativen sagen, wir haben dann eigentlich immer zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig und müssen uns ja permanent selber ausbeuten, damit die entsprechenden Kulturaktivitäten stattfinden können. Und hier hat man festgestellt, diese 453.000 EUR waren eigentlich zu viel! Man hat sie gar nicht gebraucht! Aber anstatt die Fördersumme anzupassen, hat man sie gleich gelassen und im nächsten Jahr die Ausgaben für die Marketingmaßnahme von der WienWoche um 42 Prozent erhöht! Meine Damen und Herren, was macht das für einen Eindruck? Als durchschnittlicher Bürger würde ich sagen, diese Summe ist einfach politisch ausgehandelt worden und es geht nicht darum, ob das wirklich der Bedarf ist. Das zeigt auch die Reduzierung bei den Projekten der WienWoche. Da sind ja verschiedene Projekte von 29 auf 15 und bei den Veranstaltungen von 70 auf 25 gekürzt worden, und das bei, Sie ahnen es, gleich bleibender Förderhöhe. Auch das wurde vom Stadtrechnungshof massiv kritisiert. Der Stadtrechnungshof hat auch eines gesagt, und ich glaube, er sagt das öfters, aber auch in diesem Akt ist zu finden, dass er sich eine Evaluierung hinsichtlich des Zwecks und der Wirkung der Förderung wünscht, etwas, was wir ja gänzlich vermissen, in Wien sowieso.

Also Förderungen werden ausgeschüttet und man schaut sich eigentlich nicht an: Erfüllen denn diese Förderungen überhaupt einen Zweck? Haben sie eine Wirkung? Es gibt keine Wirkungsorientierung. Es gibt keine gesetzliche Grundlage. Es gibt nichts, wonach man wirklich sagt, das ist das Ziel, das wollen wir mit der Förderung erreichen und im Sinne einer effizienten und sparsamen Verwaltung schauen wir uns auch an, ob wir die Ziele erreichen. Nein, das tun wir eigentlich nie und im Bereich der Kulturpolitik schon gar nicht. Daher haben wir nachgefragt, weil es ja sein kann, dass der Herr Kulturstadtrat sich das anschaut. Der Herr Kulturstadtrat hat auch geantwortet. Und auf die Frage, ob von Seiten der MA 7 die Evaluierungen in Bezug auf die Bemessung der Förderhöhe und des Zwecks bei der WienWoche stattfinden, kam die Antwort: Evaluierungen zu den einzelnen Förderungen erfolgen regelmäßig vor allem durch Veranstaltungsbesuche. Ich fühle mich da wirklich veräppelt. Also ehrlich gesagt, ich nehme auch gerne Evaluierungen dann wahr, Sie können mich gerne damit beauftragen, wenn die ausschließlich darin bestehen, dass ich Veranstaltungen besuche. Und dann kann ich Ihnen sagen: Ja, war gut besucht. Ja, dauert eineinhalb Stunden. Und ja, hat mir ganz gut gefallen oder hat mir viel-

leicht nicht ganz gut gefallen. Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen lapidar. Mir ist schon klar, dass Sie da vielleicht eine höhere Expertise haben. Aber wenn man nach einer ernsthaften Evaluierung fragt, damit nach einer ernsthaften Wirkungsorientierung, die ja auf Bundesebene schon besser verwirklicht ist als hier in Wien, dann finde ich das, gering gesagt, veräppelt, wenn Sie mir so eine Antwort geben, dass die eigene Evaluierung, die Sie durchführen, durch Veranstaltungsbesuche stattfindet!

Ich habe mich auch mit den Vertretern der WienWoche getroffen. Ich finde, die sind extrem engagiert und, wie soll man sagen, können eigentlich nichts für diesen Kardinalfehler der GRÜNEN, dass sie es nämlich ganz genauso machen wie alle anderen Parteien, die hier in der Regierung waren, dass sie sagen: Gut, dann handeln wir uns das halt aus, packeln wir uns halt auch ein Festival raus. Dann machen wir halt auch ein Festival und lassen es fördern und das ist halt Teil unserer Koalitionsvereinbarung. Es ist halt überhaupt beobachtbar, dass sich Politik bei den etablierten Parteien ausschließlich darauf oder sich sehr oft darauf beschränkt: Welcher Klientel können wir welche Fördersumme zugeben? Das ist teuer. Das kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sehr viel Geld. Aber wir dürfen uns ja dann bedanken, dass das Geld, das uns weggenommen wird, uns dann gütig über Förderungen wieder ausbezahlt wird, etwa indem wir uns jetzt halt Lastenfahrräder fördern lassen können. Ich halte das für ein grundlegendes Problem und deshalb stimmen wir da nicht zu.

Vielleicht erlaubt mir die strenge Vorsitzende jetzt, dass ich die Zeit nutze, um gleich auf einen Akt, der noch kommen wird, zu sprechen zu kommen, weil das ein ähnlich gelagerter Fall ist und ich mir einfach ersparen möchte, dass ich da noch einmal rauskomme, und das ist der Verein Stadtpuls. Auch das ist ein parteinaher Verein. Wir werden dann die Förderung in einem späteren Akt haben. „Der Verein“, im Antrag steht das so drinnen, „ermöglicht es Kunstschaffenden, deren Projekte oft zu klein oder zu kurzfristig für die etablierte Förderstruktur sind, eine unbürokratische und rasche Förderung zu bekommen.“ Das verstehe ich ja schon einmal vom Prinzip her nicht, dass man einen eigenen Verein gründet, der ist dann in hoher parteipolitischer Nähe nämlich mit SPÖ-Funktionären besetzt, und sagt: Wenn ihr Kulturinitiativen keine Förderungen von der MA 7 kriegt's, könnt's ja auch zu uns gehen. Wir sind die gütige SPÖ. Wir geben euch dann für den Verein Geld. Wenn man dann aber schaut, was damit verwirklicht wurde, nämlich Hafen, Open Air, Donaukanaltreiben, Roter Teppich für junge Kunst, Eine Stadt. Ein Buch, Kriminacht rund um die Burg, dann sind das eigentlich alles keine kleinen kurzfristigen Projekte, sondern durchaus längerfristige, also immer wiederkehrende und durchaus gar nicht so klein. Das heißt, es widerspricht hier diesen, auch in der Begründung im Förderakt stehenden Förderkriterien und es lässt den Schluss zu, dass Sie da eigentlich nach Gutdünken das Geld verteilen. Als ich das dann letztes Jahr an dieser Stelle kritisiert habe und darauf hingewiesen habe, dass einige

dieser Projekte dann vom in einer gewissen SPÖ-Nähe stehenden echo medienhaus durchgeführt werden, ist Folgendes passiert: Das „Wiener Bezirksblatt“ der echomedia, Herausgeber echomedia (*Die Rednerin zeigt ein „Bezirksblatt“.*), hat mir doch wirklich die Ehre zuteil werden lassen, in kurzen Abständen, also ich glaube, alle zwei Wochen, wie soll man sagen, man würde sagen, Hassartikel oder ich weiß nicht, was, auf jeden Fall Artikel über mich zu veröffentlichen. Die gehen dann gratis an alle Haushalte. Da steht dann: Ist Pink Gemeindl Reisinger eigentlich noch tragbar? Ich meine, ja. Oder ein sehr lautes Nein zu irgendeiner anderen Geschichte, die ich gemacht habe. Schauen Sie, also wenn das die Demokratie ist, in der Sie leben wollen, wenn ich hier stehe und kritisiere, wie Sie mit Steuergeld umgehen und umgehend kriege ich von Ihnen nahestehenden Medien höchstgradig kritische Artikel (*Aufregung bei GR Dr. Kurt Stürzenbecher.*), dann muss ich sagen, das ist nicht mein Demokratieverständnis und da wünsche ich mir eine freiere Stadt und auf die freue ich mich schon! (*Beifall bei NEOS.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Dipl.-Ing. Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich erlaube mir vorweg eine kurze Einleitung zu Ihnen, Frau Kollegin Meinl-Reisinger, weil ich gebe Ihnen in einem Punkt zunächst recht. Die WienWoche ist tatsächlich auf Initiative der GRÜNEN entstanden. Das stimmt. Und zwar, weil wir der Meinung waren, damals auch mein Vorgänger als Kultursprecher Klaus Werner-Lobo ganz besonders auch der Meinung war, dass in den Bereichen, wo jetzt die WienWoche aktiv ist, sehr viel auch im Bereich Migration, Gesellschaftskritik, et cetera, im Kunst- und Kulturbereich in Wien etwas fehlt. Meines Erachtens hat er auch recht gehabt. Und ja, es wurden zwischen Rot und Grün manche andere Punkte ausverhandelt (*GR Mag. Wolfgang Jung: Um Posten!*), so wie sie in Regierungserklärungen notwendig sind. Es ging um keinen Einzigen, ich komme gleich auf das zurück. Es wurde ausverhandelt und seitdem gab es sie die ersten drei Jahre. Das war aber das Einzige, wo die GRÜNEN beteiligt waren. Seither gibt es einen unabhängigen Verein, Vorstandsmitglieder. Ich habe mir jetzt die Namen angeschaut, ich kenne sie nicht einmal von den GRÜNEN. Ich kenne die Vorstandsmitglieder, die jetzt in dem Verein im Vorstand sitzen, aus dem Kunst- und Kulturbereich wie zum Beispiel Asli Kislal, der das diverCITYLAB macht und andere. Ich könnte Ihnen alle Vorstandsmitglieder vorlesen: Simon Inou kennen Sie vielleicht. Gabu Heindl kennen Sie vielleicht. Cornelia Kogoj kennen Sie vielleicht. Ivana Pillic kennen Sie vielleicht. Vielleicht kennen Sie ja auch Markus Wailand.

Alles Personen, die im Kunst- und Kulturbereich tätig sind, die mit uns genauso reden wie mit den anderen Fraktionen, und die möglichst offen, offener als viele, viele andere Kulturinitiativen in diesem Land versuchen,

von der Ausschreibung bis hin zur Umsetzung möglichst jeden einzelnen Schritt transparent zu machen.

Jetzt kommen wir zur Kulturförderung in Summe, weil sich ja darüber trefflichst streiten lässt. Ich glaube, wenn wir für die Stadt Wien im Bereich der Theater, Kunst, Kultur 100 Millionen zu vergeben hätten, wir würden wahrscheinlich im Großen und Ganzen 80 Prozent un-abgesprochen, aufgesetzt auf die jetzige Situation, ähnlich verteilen. Vielleicht sogar mehr. Ich glaube ja nicht, dass Sie im Kunst- und Kulturbereich einsparen wollen. Oder gibt es irgendeine Fraktion, die der Meinung ist und jetzt sagt, für Kunst und Kultur will ich eigentlich weniger ausgeben? (*StRin Ursula Schweiger-Stenzel: Das geht schon!*) Nein, also gibt es niemanden. Das heißt, es geht nur darum, wofür man es ausgibt.

Wenn man sich die Wiener Situation ansieht, dann glaube ich, zu 80, 90 Prozent würden wir dieselben Entscheidungen treffen und 10 Prozent der Entscheidungen sind der unterschiedlichen politischen Herkunft geschuldet. Es würde doch nie jemand abstreiten wollen, dass unser Kulturbegriff ein anderer ist als der Kulturbegriff der Freiheitlichen, als der Kulturbegriff der ÖVP. Selbst der Kulturbegriff der Sozialdemokratie ist nichts Verwerfliches, sondern ist der eigenen Wertehaltung geschuldet, für die wir oft politisch gewählt werden. Dennoch, ich habe unlängst im Gloria-Theater den Kollegen Irschik von den Freiheitlichen, den Kollegen Juraczka von der ÖVP getroffen. Ich sage es Ihnen ganz offen, ob der Qualität darf ich nicht mehr oft hingehen, um weiter zu subventionieren. Vielleicht hat es Ihnen besser gefallen als mir. Aber es geht ja nicht nur um Gefallen. Ich glaube tatsächlich, dass, unabhängig von der Qualität, die auch da sein sollte, selbstverständlich in Floridsdorf ein Theater sein muss, und dass die Kultur wahrscheinlich im 21. Bezirk anders aussieht als woanders. Das muss auch nicht immer so sein, aber es muss etwas Kulturelles geben. Es muss etwas geben, was die Menschen anzieht. Aber dann darf man nicht so eng sein und sagen, man reduziert das Ganze auf Gefallen und Nichtgefallen.

Wenn ich mir auch die Kritik überlege, die vom Stadtrechnungshof übrigens nicht inhaltlich bewertet wird, aber die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 betrifft, die zum Teil gekommen ist, so war der Ansatz im Jahr 2016 mit dem Schwerpunkt „Forever Together“ ein ganz ein anderer. Es hat mich fast „gestört“, dass diesmal der mediale Aufschrei der Provokation ausgeblieben ist. Vielleicht auch deshalb, weil man versucht hat, sich einmal anders der Stadt Wien anzunähern, wirklich anzunähern. Wie geht das, etwas gemeinsam zu erreichen, gemeinsam umzusetzen?

Insofern habe ich auch bei der gesamten Kritik, die in den letzten Wochen und Monaten an der WienWoche, sei es in der Zeitschrift „Österreich“ oder sei es in der Zeitschrift „Kronen Zeitung“, geäußert wurde und die sich auf Projekte aus den Anfangsjahren bezogen hat, schmunzeln müssen, weil sie zum Teil überhaupt nicht darauf hingewiesen hat, worum es im Jahr 2017 geht, auf das angeblich süße Nichtstun, auf das Dolcefarniente, das sozusagen das Motto für die WienWoche 2017 ist. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Die Wiener Stadtregie-*

rung!) Nein, wo es ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Sie sind aber nicht sehr tolerant!) Kollege Jung, in einer Kunstdebatte, Kulturdebatte könnten Sie auch einmal schweigen. Es wäre nichts dagegen einzuwenden. (Heiterkeit bei den GRÜNEN.) Nein, Sie können sich auch zu Wort melden, aber nicht mit Zwischenrufen glänzen (GR Mag. Wolfgang Jung: Sie tun das die ganze Zeit und dann regen Sie sich auf!), die wenig über die eigene oder die viel über die eigene Intellektualität aussagt. Ich will Ihnen ... (GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Wollen Sie den Mund verbieten?) Nein, Sie dürfen reden, so viel Sie wollen, wann immer Sie wollen. Ich glaube ... (GR Mag. Wolfgang Jung: Was Sie glauben, wissen wir eh!) Nein, ich glaube, dass es möglicherweise für manche Menschen auch eine Bereicherung ist. Ich bezweifle, dass das in der Kulturdebatte der Fall ist. Aber bitte melden Sie sich zu Wort und wir reden dann weiter. Aber jetzt bin ich am Wort, und ich würde mich einmal freuen, wenn Sie mich nicht unterbrechen würden, weil gerade beim jetzigen Schwerpunkt Dolcefarniente geht es um den Zusammenhang, in den man das stellt. In einem Zusammenhang steht das, wo die Arbeitslosigkeit steigt, wo wir immer mehr, nicht nur wir GRÜNE, sondern die Gesamtgesellschaft sagt: Ist diese Art des Kapitalismus, wie er momentan funktioniert, wirklich die Erfolg versprechende für die kommenden Generationen? Wie schaut es mit den Arbeitswelten in Zukunft aus? Wie schaut es mit der Veränderung nicht nur bei den Migrationsströmen und Flüchtlingen aus, sondern auch bei der eigenen Bevölkerung, wo in Wirklichkeit Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen? (GR Mag. Wolfgang Jung: Die Stadt mit der höchsten Lebensqualität!) Da wäre es zum Beispiel interessant, einen Blick auf die Homepage zu werfen und nur einmal kurz zu lesen. Das kann wirklich jeder sehen wie er will, ob es ihm dann gefällt oder nicht, aber kurz, worum es geht. Und weil ich nicht glaube, dass das in den letzten Tagen passiert ist, lese ich ganz kurz vor, was der Schwerpunkt ist. Dann wird man das süße Nichtstun in einem anderen Zusammenhang begreifen. Denn worum geht es diesmal? Zitat: „Einige von uns dürfen arbeiten und sind Rädchen in der Arbeitsmaschinerie. Manche finden keine Arbeit. Anderen hingegen ist jegliches Recht verwehrt, überhaupt zu arbeiten. Sie schweben in einem Zustand ständiger Ungewissheit, führen ein Leben in Anspannung und Absurdität, warten Tag für Tag auf die Arbeitserlaubnis. Die Arbeitskultur, die uns das westliche kapitalistische System auferlegt, wird durch die Fetischierung von Arbeit möglich.“ (Heiterkeit bei GR Mag. Wolfgang Jung.) „Die sogenannte 24/7-Wirtschaft ohne reale Erholung fördert den Glauben, dass hart zu arbeiten, beschäftigt zu sein, alles Leben der Arbeit unterzuordnen Zeichen für Erfolg und Wachstum sind. Aber dieser Erfolg bietet weder Sicherheit noch Lebensqualität. Er bietet Prekariat für Arbeitende mit oder ohne Papier.“

Und jetzt denk ich einmal nach. So geht es dem/der ArbeiterIn in Floridsdorf. Jetzt komme ich wieder zurück zum Gloria-Theater. Egal, woher er oder sie kommt, ganz vielen Menschen geht es momentan in Österreich so und nicht nur in Österreich. Da geht es zum Teil noch

besser als in vielen anderen Ländern. Aber immer mehr Menschen in Europa geht es so, immer mehr Menschen auf der Welt geht es so. Darüber nachzudenken, das künstlerisch und kulturell zu verarbeiten, das muss in einer Stadt wie Wien möglich sein. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung. Danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Gerald **Ebinger** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Es ist immer nett, wenn der Kollege Margulies zur Kultur spricht. Ich habe mir Gedanken gemacht, ob ich zum Thema der WienWoche etwas sagen soll oder ob dann irgendwer sagt: Nein, das ist künstlerische Freiheit. Man kann auch Dolcefarniente machen. Aber nachdem du das gemacht hast, sage ich auch etwas dazu.

Einleitend zum Thema, weil die Frau Kollegin El-Nagashi gesagt hat, man soll ein bisschen stolz darauf sein, was die Vereine machen. Man soll sich damit beschäftigen und nicht nur kritisieren, also beschäftige ich mich damit. Heute ist ja überhaupt eine Art „Green Day“, der begonnen hat mit den Lastenfahrrädern. Dann haben wir uns von 200 Betroffenen auf 500 Betroffene ein bisschen gesteigert, na wurscht, also mit Okto TV. Jetzt sind wir bei der WienWoche.

Die WienWoche war ja früher sozusagen ein unterhaltsames Highlight für uns, wenn ich an die früheren Aktionen denke. Aber wie auch immer. Dieses Jahr hat die WienWoche das Thema Dolcefarniente. Du hast es jetzt zitiert und deswegen zitiere ich auch ein bisschen was. Also wir haben schon gehört, was wäre, wenn das süße Nichtstun nicht das Privileg einiger weniger, sondern das Recht aller wäre. Ich zitiere nicht durchgehend: „Es ist eine politische Forderung nach einer anderen Gesellschaft, einer, in der die Arbeit nicht Zwang, Spaltung und Basis für Ausbeutung darstellt. Wie würde das Leben aussehen, wenn wir nur arbeiten wenn wir wollen, wo wir wollen und was wir wollen?“ Meine Damen und Herren, wie das Leben dann ausschaut, kann ich mir gut vorstellen!

Es gibt in den „Fliegenden Blättern“, das war eine humoristische Zeitung 1848, da gab es, wie der Kommunismus aufgekommen ist - der Kollege Vettermann hat ja heute auch schon gesagt, er ist mehr Marxist, Buddhist oder Marxist. (GR Heinz Vettermann: Das ist inspirierend!) Ich weiß nicht. Auf jeden Fall steht da ein Bürger und auf der anderen Seite ein Kommunist 1848, und der Kommunist erklärt ihm: „Ja, das ist halt so, du hast so viel, ich habe nichts, wir teilen.“ Sagt er: „Okay, wir teilen. Aber nur eine Frage: Was ist, wenn wir geteilt haben und du gibst dein Geld aus und ich behalte meines?“ Sagt er: „Ist kein Problem, dann teilen wir wieder.“ (Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.) Das ist dann das, wenn man sich das weiter vorstellt, was rauskommt.

Es gibt dann noch ein anderes Beispiel: Eine Schule in den USA, habe ich einmal gelesen, hat ein Experiment gemacht und gesagt, sie wollen keine Noten haben, sondern eine Einheitsnote.

Die haben gesagt, okay, das ist ein sozialistisches Prinzip, Einheitsnote. Das hat dann dazu geführt, dass die Besseren, nachdem es eine durchschnittliche Note gab, gesagt haben, das ist passiert: Warum soll ich lernen? Die anderen lernen eh. Und die Schlechteren haben gesagt: Die Besseren werden mich schon rausreißen. Am Ende des Jahres war die ganze Klasse negativ. Also ich meine, ich sage das jetzt überspitzt, wenn keiner mehr arbeitet oder jeder nur mehr das arbeitet, was er will, wird die Gesellschaft einfach zugrunde gehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber es ist ein künstlerischer Ansatz, ich sage das dazu. Es ist jetzt nicht der Grund, warum wir hier nicht zustimmen. Nur weil du darüber geredet hast, nehme ich mir die Freiheit, auch darüber zu reden. Außerdem ist der Ansatz unlogisch, weil wir jetzt diesen Ansatz mit der kapitalistischen ausbeutenden Gesellschaft haben. Da steht zum Beispiel weiter unten: „Privateigentum, befristete Mietverträge, befristete Arbeitsverträge, arbeite besser, schneller, härter, besser, schneller. Das Mantra lautet: Du musst arbeiten. Es überrascht nicht, dass sich die Menschen kläglich fühlen, ausgebrannt und krank.“ Weiter oben steht: „Einige von uns dürfen arbeiten und sind Rädchen in der Arbeitsmaschine. Manche finden keine Arbeit, anderen hingegen ist jegliches Recht verwehrt, zu arbeiten. Sie schweben in einem Zustand ständiger Ungewissheit, führen ein Leben in Anspannung und Absurdität, warten Tag für Tag auf die Arbeitserlaubnis.“ Also was stimmt da jetzt? Die einen führen ein Leben in Anspannung und Absurdität und die anderen sind kläglich ausgebrannt und krank. Wie auch immer, meine private Meinung zu dem Thema Arbeit ist, dass ich nicht arbeite - natürlich arbeite ich auch, weil ich muss von etwas leben. Aber der Mensch arbeitet auch, weil er irgendeine Selbstbestätigung braucht *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Stimmt, aber wir sind schon privilegiert!)*, weil ohne das versumpert man. Der Mensch braucht auch einen Rhythmus am Tag, einen Rhythmus im Leben, weil sonst können nur die Stärksten das durchdrücken. Wie auch immer. Das soll ja, wie gesagt, nur die Einleitung sein.

Dann schaut man sich das Programm weiter an. Häufig gestellte Fragen: „Veranstaltungen, die sich nur an ein sehr begrenztes Zielpublikum richten, stehen nicht im Vordergrund.“ Seit wann, frage ich mich, seit wann ist das ein Grund? Häufig gestellte Frage: „Finden alle Projekte in Wien statt?“ Na seid's mir nicht böse, wo sonst? So heißt es vielleicht Wien-Umgebung-Woche oder irgend so was. Und dann steht da, und jetzt wird es ein bisschen ernster: „WienWoche steht ein Gesamtproduktionsbudget von rund 170.000 EUR zur Verfügung. Der finanzielle Rahmen für die einzelnen Projekte bewegt sich je nach Größe und individueller kollektiver Ausführung bis ungefähr 15.000 EUR inklusive Produktionskosten, Anmietung“, und so weiter, und so weiter. 453.000 EUR ist die jährliche Subvention, und 170.000 EUR ist das, was für die Projekte als Gesamtproduktionsbudget zur Verfügung steht. Frage: Was passiert mit den anderen 283.000 EUR? Dann fragt man sich: Wer entscheidet über diese Projekte? Dann liest man: „Eingebunden in

die Entscheidung ist das Leitungsteam, der Vorstand und ein unabhängiger Beirat.“ Das haben wir schon früher einmal kritisiert. Also ich will jetzt die Namen nur zum Teil vorlesen, weil bei den Namen möchte ich was anderes auch noch festmachen. Aber da haben wir jetzt ein Leitungsteam, zwei Personen. Dann sind die früheren auch schon genannt. Einen Vorstand, das sind, glaub ich, acht, vier, acht, neun Personen. Ich kenne übrigens den Markus Wailand. Der war schon bei Public Netbase. Da habe ich schon vor vielen Jahren mit der Kollegin Ringler darüber diskutiert. Früher war auch die Frau Marissa Lobo im Vorstand. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nicht verwandt! Nicht verschwägert!)* Das weiß ich schon vom Klaus *(Aufregung bei den GRÜNEN.)*, das weiß ich, das weiß ich doch. Aber ich erinnere mich an die Diskussion IG Bildende Kunst, wo danach die Kollegin Meinel-Reisinger einen Brief von einem Künstler oder von zwei Künstlern vorgelesen hat, die eine Zeitschrift der „Antist“ herausgeben, und da kam eben diese Frau Marissa Lobo vor. Das hat mich schon auch ein bisschen angeregt, sich ein bisschen mehr, wie die Frau Nagashi sagt, mit den Kulturakten zu beschäftigen, weil, wie gesagt, natürlich handelt es sich hier um engagierte Leute.

Aber ich möchte schon einmal ganz kurz aus diesem „Antisten“ vorlesen, die sind übrigens online, kann sich jeder anschauen. „Marissa Lobo, Künstlerin und Aktivistin der Schwarzen- und MigrantInnen-Bewegung, Obfrau des Vereins Forum Interkulturalität“, das steht da drinnen. Bis Ende 2016 war sie auch im Vorstand der WienWoche. Jetzt ist sie es aus gewissen Gründen vielleicht nicht mehr. Der „Antist“ schreibt dazu: „Marissa Lobo ist nicht nur Mitglied eines berühmten Künstlerkollektivs, sondern saß bis Ende 16 auch im Vorstand der mit 500.000 EUR subventionierten WienWoche, die ihrerseits wieder Aufträge an zahlreiche Vorstandsmitglieder der IG Bildenden Kunst vergab. So übernahmen die IG Bildende Kunst Vorstands- und Redaktionsmitglieder Carlos Toledo und Eva Dertschel regelmäßig die graphische Gestaltung der WienWoche. Petja Dimitrova ist ehemaliges Vorstandsmitglied, Vorsitzende, Beirätin des Vorstandes IG Bildende Kunst war gleichzeitig in der künstlerischen Leitung und im Vorstand der WienWoche. Von den aktuell fünf Vorstandsmitgliedern der IG Bildenden Kunst waren vier bei subventionierten Veranstaltungen der WienWoche aktiv. Aber auch drei von fünf Beiräten des Vorstandes und sechs der sieben Redaktionsmitglieder durften sich bereits über Körpergeld für Auftritte in der WienWoche freuen.“ *(GR Mag. Wolfgang Jung: Ein Netzwerk!)* Auf das will ich ja hinaus, dass das ein Netzwerk ist, weil wenn man sich das genauer anschaut, da gibt es noch viele Vereine, wo die Frau Lobo drinnen ist. Ich hab nicht so viel Zeit. Ich hab auch nicht nur sie, sondern auch noch andere herausgefunden. Aber sie ist zum Beispiel auch beim Forum Interkulturalität und stellt auch Anträge bei der Kulturplattform Oberösterreich. Dann ist sie Trainerin am Institut für Wissenschaft und Kunst. Da geht es auch immer um Antragssummen von 14.000 EUR, 2 Mal 14.000 EUR im letzten Jahr. Sie ist für den Kulturbereich von „Maiz“ zuständig, da sind wir jetzt in Oberösterreich.

Ich habe mir nur Oberösterreich und Wien ein bisschen angeschaut. Ja, also es summiert sich, wo sie überall dabei ist. Und es kommt das Gefühl auf, dass diese ganzen Vereine vielleicht doch miteinander so vernetzt sind. Ich werde das später noch an anderen Beispielen ausführen, dass das in Wirklichkeit eine Kamarilla ist oder ein Apparatschik oder wie der „Antist“ schreibt, Kulturbreschnews. *(Heiterkeit bei GR Mag. Wolfgang Jung.)*

Wie gesagt, wir haben das Problem, bei der WienWoche sind 280.000 EUR offenbar für die Verwaltung, also nicht für die Kunstprojekte. Das ist ja kein Wunder bei einer Leitung, bei einem Vorstand, bei einem Beirat. Wahrscheinlich verdient da jeder was. Sonst weiß ich nicht, wo das Geld hinkommt. Das ist aber das Grundproblem der Stadt Wien überhaupt. Wir schaffen nicht Kunst und Kultur, wir schaffen eine Kunstbürokratie und wir schaffen überall Abhängigkeiten. Wir sehen an diesem Beispiel und, wie gesagt, es kommen andere auch noch, dass da nicht jedes Mal irgendein innovativer Künstler da ist, sondern es sind immer wieder dieselben, die auftreten und die dieses System gut kennen. Warum macht ihr eigentlich kein Institut für Subventionskunde mit einem Proseminar? *(Beifall bei der FPÖ.)* Da kriegen überhaupt nur mehr die eine Subvention, die den Kurs gemacht haben und ein Proseminar für die Parteiseilschaften. Das wäre ja auch eine Lösung. Das ist der große Fehler der Kulturpolitik überhaupt. Mir geht es aber jetzt darum, die sind alle mehr dem grünen Lager zuzuordnen. Stadimpuls ist eindeutig mehr der SPÖ zuzuordnen. Das und die nachfolgenden Akten sind meinem Gefühl nach doch mehr im grünen Lager und es spielen immer dieselben handelnden Personen. Das heißt, wenn man es sich mit denen einmal verscherzt, kriegt man nirgends mehr eine Subvention und von den Subventionen, die man kriegt, bleibt immer ein Teil bei der Verwaltung, sozusagen bei der Bürokratie. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Ein großer Teill!)* Und die Abhängigkeit. Der Künstler wird zum Bittsteller.

Die Kunst muss frei sein, das ist die Bedingung, und zwar unberechenbar frei. Und sie muss auch unberechenbar frei sein gegenüber jedem hier. Aber was ist? Die Hand, die einen füttert, das heißt, die haben ein ganz eingeschränktes Betätigungsfeld. Deswegen ist es auch kein Wunder, dass sie immer über Rechtspopulismus, Antiimperialismus reden, immer die gleichen G'schichteln. Das darf man gar nicht persönlich nehmen. Die können ja nicht anders, weil sonst kriegen sie ja keine Subvention mehr. Also in Wirklichkeit sollte *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* es in Österreich auch einen privaten Sektor geben und nicht nur staatliche Subventionen, weil sonst sehe ich schwarz für die Kunst in diesem Land. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. El-Nagashi.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** *(GRÜNE)*: Jetzt haben Sie es ein bisschen falsch verstanden, wie Sie sich beschäftigen hätten sollen mit den Geschäftsstücken *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*, nämlich inhaltlich. Das, was Sie jetzt gemacht haben, war, einen Namen rauszunehmen,

den Namen zu droppen und dann in den Raum zu stellen, dass es da irgendetwas Dubioses geben würde. Sie tun damit den handelnden Personen wirklich unrecht. Das ist eigentlich eines politischen Diskurses nicht würdig, es in dieser Art und Weise anzugehen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Am Beispiel!)* Die inhaltliche Arbeit, die hier getan wird, ignorieren Sie vollkommen. Das Problematische ist aber tatsächlich, dass Sie das hier so in einer Art und Weise verlesen, als ob jemand etwas Unrechtes getan hätte, und das mit dem Namen einer Person, mit einer Künstlerin, einer politischen Aktivistin verbinden, mit einer, die in sehr vielen Bereichen arbeitet und tätig ist. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Statt diese Arbeit wertzuschätzen, sich damit zu beschäftigen, mit den Inhalten, mit den marginalisierten Positionen, von denen hier gesprochen wird *(GR Armin Blind: Wenn man politisch tätig ist, muss man auch politische Kritik vertragen!)* und die hier aufgezeigt werden, diffamieren Sie! Sie stellen Behauptungen auf. Eigentlich ist es rufschädigend, was Sie hier machen. Und Sie müssen ... *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Es gibt kein Verbrechen, es gibt keine Tat, keinen Tatbestand, der darin besteht, in verschiedenen Bereichen aktiv zu sein *(GR Mag. Wolfgang Jung: Aber manches stinkt zum Himmel!)*, in verschiedenen Vereinen oder in verschiedenen Institutionen, in verschiedenen Netzwerken, das heißt engagiert. *(Zwischenruf von GR Armin Blind.)* Engagiert! Fleißig *(Aufregung bei der FPÖ.)* mit Expertise! Das heißt, wenn man irgendwo was gemacht hat und was kann, dann wird man woanders auch gebeten, etwas zu machen. Und das ist dieser Bereich, den Sie versuchen zu diffamieren. Also Sie haben eine Absicht. Nach dieser Absicht suchen Sie sich Ihre Informationen zusammen. *(GR Armin Blind: Das ist der Tatbestand!)* Vielleicht interessiert es Sie auch zu hören.

Also Sie tun sich auch ein bisschen schwer beim Verlesen dessen, was hier eigentlich passiert und was hier gemacht wird und um welche Positionen es hier geht. Es geht hier ja tatsächlich um migrantische Positionen. Es geht um schwarze Positionen. Es geht um die Schwarze Community in Österreich. Die gibt es. Es geht um die Rechte von Sexarbeiterinnen. Das sind alles Bereiche, die angesprochen werden und wo es gut ist, dass sie auch angesprochen werden. Umso wichtiger ist es tatsächlich, dass dieses Projekt WienWoche ins Leben gerufen wurde und existiert, damit diese Bereiche auch eine Anerkennung und eine Wertschätzung erfahren. *(Aufregung bei der FPÖ. - Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu einer zweiten Wortmeldung ist Herr Mag. Ebinger gemeldet. Seine Restredezeit sind sechs Minuten.

GR Mag. Gerald **Ebinger** *(FPÖ)*: Danke schön. Ich mache hier überhaupt keine Rufschädigung, weil wir nie irgendwas über die künstlerische Qualität erwähnen. Das, was ich hier am Beispiel der Frau Lobo sagen will, ist - ja, ich gebe zu, da bin ich durch die Zeitschrift „Antist“ aufmerksam geworden -, dass sie in vielen Vereinen tätig ist, zum Beispiel auch im nächsten Tagesordnungspunkt. Da ist sie auch im Führungsteam, „Kültür gemma!“, und vergibt die Fellowships dort. Und wenn man

dann das Fellowship hat, da gibt es auch Beispiele, dann kriegen die wieder mit ihr gemeinsam ein Projekt bei der WienWoche. Das ist ein Netzwerk. Also jetzt tut's nicht ... Ja, jetzt kommt der Ruf nach der Freiheit der Kunst und das darf man nicht, aber das tue ich nicht. Ich sage, die Kunst muss frei sein und unabhängig sein.

Und weil wir das von der IG Bildenden Kunst gesagt haben, nehmen wir einen anderen Namen, nehmen wir einmal den ... Es gibt bei der WienWoche einen unabhängigen, das steht drinnen, unabhängiger Beirat. Da ist zum Beispiel der Hansel Sato, und dieser Herr Sato ist beispielsweise im übernächsten Akt einer der drei Leiter von „Soho in Ottakring“. Komisch. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Zufall!*) Es ist schon komisch, ja. Dieser Herr Hansel Sato ist zum Beispiel im Vorstand der IG Bildenden Kunst, genauso wie die Frau ... Das sind immer dieselben Leute, auf das will ich hinaus. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Zufall!*) Das heißt, das ist genauso (*Aufregung bei GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) ein parteinahes Netzwerk wie bei der SPÖ, was ihr da habt. Auf das will ich hinaus. Und die lukrieren natürlich, nachdem sie Profis sind ... (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) Die lukrieren natürlich, weil sie Profis sind, recht geschickt mit irgendwelchen Themen auf den verschiedensten Ebenen. Offensichtlich geht das nicht nur in Wien, sondern das geht auch in die Bundesländer. Andere Bundesländer habe ich mir noch nicht angeschaut. Vielleicht sollte man das auch machen.

Aber es geht dann hier weiter. Und wie gesagt, das kann man nicht sagen, dass das jetzt eine Diffamierung oder so etwas ist, weil man muss das doch aufzeigen dürfen. Bei SHIFT zum Beispiel gab es ein Projekt über 100.000 EUR, was die Frau Lobo ... Sie ist schon geschickt und bringt ihre Projekte, ihre Kollektivprojekte überall unter. Und wo sie es nicht unterbringt - und da wird es ein bisschen haarig und da möchte ich schon noch ein Beispiel vorlesen, zitiert wieder aus dem „Antisten“, Co-Autorin des Antidoujakplakats. Also das war diese Geschichte im „Bildpunkt“, der Zeitschrift der IG Bildenden Kunst, das ist eine komplizierte Geschichte, wo die Frau Marissa Lobo mit einer anderen Kollegin gemeinsam ein Plakat gemacht hat. Wie gesagt, das nimmt er hier zum Anlass.

Ein zweites Mitglied im KünstlerInnenkollektiv ist Verena Melgarejo Weinandt, eine gebürtige Berlinerin, eine der vier Stipendiaten der von der Stadt Wien mit 109.000 EUR subventionierten „Kültür gemma!“. Das können wir gleich nachher ... (*Zwischenruf von GR Mag. Wolfgang Jung.*) Im Leitungsteam des Vereins, welch Wunder, Marissa Lobo. „Gleichzeitig leitete die Künstlerinnenkollektiv-Künstlerin Verena Melgarejo Weinandt eine subventionierte Museumsausstellung in der WienWoche. Ihre kuratorische Mitarbeiterin: WienWoche-Vorstandsmitglied Marissa Lobo. In der Ausstellung zu sehen: - Wer will das kritisieren? - „Die berühmten Werke von Marissa Lobo.“ Zitat Ende. Das ist ein Beispiel. Ich habe noch nicht die Zeit gehabt, die anderen alle zu recherchieren. Ich bin davon überzeugt, dass sich hier noch dutzende Überschneidungen finden werden. Und da sind die GRÜNEN mit ihren nahestehenden Vereinen

um nichts besser als die SPÖ! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Damit wir das nicht hinauszögern und ich mich dann bei den nächsten beiden Tagesordnungen nicht mehr melde, was ich eigentlich bei „Soho in Ottakring“ und bei „Kültür gemma!“ vorhatte, ist auch hier wieder der Punkt, dass ein Großteil der Subvention, die ist jeweils zwar viel geringer, aber ein Großteil für die Verwaltung, also für die Kunstbürokratie übrig bleibt. Das kann nicht der Sinn des Ganzen sein. Man muss junge Künstler fördern. Aber wenn man sagt, wir fördern junge Künstler, dann fördern wir immer dieselben? Also verstehst du, das geht mir nicht ein, weil wir ja Geld für neue Leute brauchen, die wir fördern. Aber es ist ein erstarrtes System. Offensichtlich ist ein Subventionssystem dazu geeignet, dass jeder halt versucht, zu Recht, aus persönlicher Sicht zu Recht versucht, möglichst viele Projekte zu kriegen. Aber ich bin auch der Meinung, weil ja auch immer wieder von prekären Verhältnissen für Künstler gesprochen wird, wenn man das nicht will ... (*GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Sechs Minuten!*) Ich habe noch eine Minute, zwölf Sekunden, ja, gut. Wenn man das nicht will, dann soll man nicht Künstler werden. Wenn einer Angst vor dem Konkurs hat, darf er nicht selbstständig werden. Dann muss er so wie ich Beamter werden. Da hat er wahrscheinlich eine relative Sicherheit im Leben.

Wer das nicht will und wer glaubt, dass man als beamteter Künstler gut ist, der ist sowieso schon am Holzweg, weil die Kunst braucht auch diesen Druck und braucht praktisch diesen ständigen Zwang, dass er irgendwas zusammenbringt, was auch irgendjemanden interessiert und nicht nur was immer subventioniert wird. Das ist auch ein Grund, warum wir gegen solche Subventionen auftreten. Aber der Hauptgrund unserer Wortmeldung heute ist aufzuzeigen oder aufzeigen zu versuchen, und ich werde das sicher recherchemäßig auf alle möglichen Akten ausbreiten. Ja, das ist sehr mühsam, weil es viele Namen sind. Ich werde versuchen, sie zu vergleichen. Das wollte ich heute aufzeigen, dass hier auch ein Bürokratienetzwerk vorhanden ist, was nicht Sinn der Sache sein soll. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu einer zweiten Wortmeldung gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es ihm, Restredezeit elf Minuten.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*GRÜNE*): Brauche ich bei Weitem nicht. Ich erlaube mir nur eine ganz kurze Anmerkung.

Ich habe geglaubt, wenn wir zu Beginn versuchen, wirklich eine inhaltliche Diskussion über die WienWoche auch mit dem Aufzeigen der unterschiedlichen Zugänge zu machen, dass man auf einer qualitativ hochstehenden Diskussion gemeinsam diskutieren kann. Was übrig bleibt ist - und das halte ich tatsächlich für bedauerlich, weil niemand, auch nicht Sie gesagt haben, Sie wollen im Kulturbereich kürzen. Das heißt, Sie wollen umverteilen. Sie wollen umverteilen (*Aufregung bei der FPÖ.*) von allen Menschen, die in irgendeiner Art einen ausländischen Namen haben und Kulturprojekte verwirklichen wahrscheinlich zum Gloria-Theater. Nein das ist nicht mein Kulturbegriff! Ich danke sehr. (*Beifall bei den GRÜ-*

NEN. - GR Mag. Wolfgang Jung: Wo sind die 200.000? Wo sind die 200.000 Verwaltungskosten? - StRin Ursula Schweiger-Stenzel geht zum Rednerpult: Ich darf kurz nur etwas sagen. - Allgemeine Aufregung.)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Moment, Moment. Ich muss Ihnen das Wort erteilen. *(StRin Ursula Schweiger-Stenzel: Bitte!)* Gut. Zu Wort gemeldet ist Frau StRin Schweiger-Stenzel.

StRin Ursula **Schweiger-Stenzel**: Ich danke sehr für diese Worterteilung. Ich hatte sie eigentlich nicht vor, aber es ist ... *(Allgemeine Heiterkeit.)* Das macht nichts. Aber wir haben hier eine Debatte, und mir ist nur eine für mich nicht ganz verständliche Polemik von Ihnen, Herr Margulies, gegenüber dem Herrn Pichowetz aufgefallen. Jetzt kann man über den Herrn Pichowetz einiges sagen, man kann aber sagen, dass er ein Profi ist. Er ist ein Profi, der weiß, wie man ein Theater führt, wie man es füllt. Ich hatte das Vergnügen, ihn vor Jahren kennen zu lernen. Er ist, wenn Sie so wollen, auch ein Publikums-magnet. Ich weiß nicht, ob man das von der Frau Lobo sagen kann. *(Aufregung bei GRin Birgit Hebein.)* Er versteht es, ein Theater gut zu führen. Deshalb hat er jetzt auch die Seefestspiele Mörbisch überantwortet bekommen. Die Subventionspolitik, die ihn nach Ihrer Ansicht über Gebühr begünstigt, begünstigt ihn nicht über Gebühr, denn er hat für das Gloria-Theater richtig kalkuliert. Er hat nur einige Zeit lang nicht die Summe ausbezahlt bekommen, die man ihm versprochen hatte. Deshalb ist er in eine Verschuldungsfalle geraten und das hat sich Gott sei Dank gelöst. Dass er ein Boulevard-theater macht, mag Ihnen ideologisch nicht in den Kram passen. Aber er macht an sich ein gutes Theater und ein Publikumstheater. Auch das ist bitte kein Nachteil, denn wofür tritt man auf? Wofür macht man Theater? Wofür macht man Dramatik? Wofür macht man Komödie? Dass es sich irgendwer anschaut und nicht, dass er dazu gezwungen wird, es sich anzuschauen, weil es subventioniert wird! Was Sie tun, und das werfe ich Ihrer, vor allem der grünen Kulturpolitik vor, ist, dass sie mit kulturpolitischen Subventionen etwas subventionieren, was an sich nur im entferntesten Sinne meiner Ansicht nach, nicht böse sein, mit Kultur zu tun hat. *(Weitere Aufregung bei GRin Birgit Hebein.)* Sie subventionieren soziale Projekte, und das ist unehrlich, weil Sie soziale Projekte, auch wenn sie notwendig wären, unter dem Deckmantel der Kultur subventionieren, und darunter leidet die Kulturpolitik der Stadt Wien! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Dipl.-Ing Margulies gemeldet. Redezeit drei Minuten.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (GRÜNE): Ganz kurz, weil ich wahrscheinlich missverstanden wurde. Ich wollte überhaupt nicht den Herrn Pichowetz diskreditieren. Ich bin auch der Meinung, das, was er macht, macht er gut. Er bekommt dafür auch deutlich mehr Geld als die WienWoche, nur um das auch einmal zu sagen. Aber er macht es gut. Es ist für Floridsdorf wichtig. Und obwohl es nicht meine Art von Kulturverständnis ist, bin ich selbstverständlich dafür, dass er eine Subvention bekommt, ganz im Gegenteil zum Umkehrschluss, wo Sie

diese Offenheit vermissen lassen! Danke sehr. *(Beifall bei den GRÜNEN. - GR Mag. Wolfgang Jung: Wo sind die 200.000?)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu einer zweiten Wortmeldung hat sich Frau GRin Mag. Meinel-Reisinger gemeldet. Ich erteile es ihr. Restredezeit zehn Minuten.

GRin Mag. Beate **Meinel-Reisinger**, MES (NEOS): Wunderbar. Danke, Frau Vorsitzende!

Na ja, also sehr geehrte Frau Stenzel, ein bisschen was muss ich da schon auch sagen. Ich wäre ja fast hier rausgetreten und hätte mich ins Zeug gelegt, um den Herrn Ebinger zu verteidigen. Also die Frage, was Kunst ist und was Kultur ist, möchte ich eigentlich nicht der Politik überlassen. Das ist einmal der erste Punkt, das ist mir ganz, ganz wichtig. Das Zweite ist, es gibt ganz unterschiedliche Sparten. Es gibt ganz unterschiedliche Bereiche, bildende Kunst, darstellende Kunst, und es gibt unterschiedliche Sparten, die sich an ein unterschiedliches Publikum wenden. Ich finde, das könnte ein Ansatz bei der Frage sein: Braucht es Subvention oder nicht? Beispiel: Musical braucht keine Subvention. In jeder anderen Stadt der Welt braucht es keine Subvention in diesem Ausmaß, weil es genügend Publikum gibt. Es gibt andere Bereiche, wo es sehr wohl unserer Meinung nach sinnvoll ist, Förderungen zu geben, weil Kultur ein meritorisches Gut ist, das heißt, die Gesellschaft hat ein Interesse daran, es zu fördern. Es gibt aber weniger Nachfrage danach und es wird nicht dafür gezahlt. Das finde ich aber gut. Daher an dieser Stelle von unserer Seite ein ganz klares Bekenntnis: Grundsätzlich ja auch zu öffentlicher Kunst- und Kulturförderung.

Und jetzt komme ich aber zu dem Punkt, wo ich schon auch dem Herrn Ebinger da beiseitretreten will. Das, was wir hier sehen, und ich möchte jetzt nicht die einzelnen Personen abhandeln, ich habe eh schon gleich eine Klagsdrohung gekriegt, also auch da kommt ja gleich ... Wie soll ich sagen? Mit Vehemenz wird die Drohung ausgesprochen. Das ist simpel unfair, nicht von grüner Seite, ich habe es eh ... Auch das können Sie im „Antist“ nachlesen oder auf meiner Facebook-Page.

Aber was ich für ein Thema mit diesem Kulturbürokratismus habe oder den immer wieder gleichen Kreisen, die da gefördert werden, ist, dass es unfair ist. Es gilt nämlich nicht nur das Senioritätsprinzip, das heißt, dass Sie fortschreiben an die Einrichtungen, an die Leute, die immer schon Förderungen gekriegt haben. Das ist ein Problem, da kommen dann keine neuen. Sondern es gilt auch das Prinzip, dass die, die keinen Zugang zu Ihren Netzwerken haben, zu diesen letztlich auch in sehr engem Verhältnis zur Parteipolitik stehendem Netzwerk, keine Chance haben.

Und wenn ich jetzt auch einmal über Inhalt rede, ja, nicht auf den Kopf greifen, es ist so. Ich habe vor zwei Jahren eine junge Türkin auf der Straße getroffen, die gesagt hat, sie studiert ... *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Geh bitte, reden wir jetzt ernsthaft oder nicht? Okay, dann hören Sie vielleicht zu. Ich erzähle Ihnen eine Geschichte. Sie können sie lächerlich finden oder nicht. Sie hat mir gesagt, sie studiert Regie und sie würde gerne einmal Projekte machen, Filmprojekte machen. Und sie

sagt, das Problem ist aber: „Ich möchte einen Film machen über Aliens. Der wird mir sicher nicht gefördert. Wenn ich einen Film mache über Zwangsverheiratung, dann wird mir das gefördert. Aber ich bin eine Türkin, die im 18. Bezirk aufgewachsen ist, ins Gymnasium gegangen ist. Ich habe keine Ahnung von Zwangsverheiratung. Ich möchte einen Film machen über Aliens.“ Schauen Sie, das ist schon ein Thema. Die Frage ist, welche Bereiche gefördert werden. Und ja, ich möchte den Unterschied hier hervorstreichen, auch zur FPÖ, dass ich vieles, was da passiert, gut finde, keine Frage. Aber dass es eben auch so ist, und das müssen Sie sehen, dass hier immer wieder die gleichen Zirkel gefördert werden und eine hohe geförderte Kulturbürokratie da entsteht.

Und jetzt noch ein Satz auch, weil der Satz gefallen ist, wenn man Künstlerin oder Künstler werden möchte, dann muss man sich damit abfinden, prekär zu leben. Also das sehe ich nicht. Was ich schon sehe, ist, dass man eine Leidenschaft dafür braucht und dass die über anderen Bedürfnissen darüber stehen muss. Aber es gibt Bereiche wie zum Beispiel die bildende Kunst oder auch im Bereich der angewandten, wo ich es höchst bedauerlich finde, dass auch, und da schließt sich jetzt der Kreis zu dem, was ich am Vormittag in Bezug auf Wirtschaftswissen gesagt habe, eigentlich nichts in puncto Markt unterrichtet wird. Es gibt ganz viele Beispiele von bildenden Künstlern, die durchaus renommiert sind, die Österreich verlassen, weil sie keinen Markt hier haben, weil hier weniger gesammelt wird, weil hier die Kultur vielleicht auch so ist, dass alles subventioniert wird und sich daher im privaten Bereich wenig tut. Das sollte uns schon auch zu denken geben, weil es sind teilweise ganz exzellente Künstlerinnen und Künstler, die weltweit bekannt sind. Danke. *(Beifall bei den NEOS.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Mag. El-Nagashi, und ich erteile es ihr. Restredezeit 16 Minuten.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (GRÜNE): Ja, danke. Also ich möchte nur zu dieser Geschichte, zu dieser Erzählung sagen, es tut mir um jeden Einzelfall leid, wenn jemand das Gefühl hat, keinen Zugang zu etwas zu haben, zu Ressourcen, zu Netzwerken, thematisch nicht vorzukommen. Aber ich kenne selbst keinen einzigen Film zur Zwangsverheiratung. Ich kenne keinen einzigen Film in Österreich zu dem Thema. Ich wüsste jetzt nicht, wie man der Annahme sein könnte, würde jemand zur Zwangsverheiratung arbeiten, dann würde das gefördert werden, denn das stimmt nicht. Das ist nicht einmal so. Es wäre tatsächlich ein wichtiger Bereich, wo es Einblick bräuchte und künstlerische Aufarbeitungen oder auch dokumentarische Aufarbeitung klassischer Art wirklich brauchen würde. Tatsächlich würde so etwas wahrscheinlich eher mit dem Verein, den es doch noch gibt, der sich mit dem Thema Zwangsverheiratung beschäftigt, gemeinsam gemacht werden. Und dann wäre es tatsächlich eine Verbindung aus einem Sozialprojekt und einem künstlerischen Ansatz. Gibt es nicht, haben wir nicht. Die Projekte, die gefördert werden, sind künstlerische Projekte und natürlich gibt es Netzwerke dort. Die gibt es. Die gibt es in jedem Bereich.

Und natürlich braucht man Netzwerke, um Zugang zu haben, um zu wissen, welche Möglichkeiten gibt es, mit wem kann ich zusammenarbeiten. Das ist sehr, sehr wichtig in diesem hochprekären Bereich, und das sollten wir wirklich nicht vergessen. Also all diese Personen, die es schaffen, wie Sie es genannt haben, dann Förderungen oder Stipendien zu lukrieren, die haben ja nicht wirklich was davon. Die können dann eine gewisse Zeit lang überleben. Die können tatsächlich sich das Leben mehr oder weniger für einen Zeitraum finanzieren, wo sie an einem Projekt arbeiten. Das ist sehr stark verbunden mit Selbstaussbeutung, mit Prekariat, mit unbezahlter Arbeit oder mit unterbezahlter Arbeit. Also zu glauben, man hat dann irgendwie einen Luxus und schlendert irgendwie in einem Luxusleben von einem toll ausgestatteten Stipendium zum nächsten, ist vollkommen vorbei an der Realität dieser Menschen. Und ich würde mir wirklich wünschen, dass sie die Wertschätzung hätten, die Sie Ihren Bekannten gegenüber haben, den anderen Künstlerinnen und Künstlern gegenüber, die Sie halt nicht kennen oder die Sie noch nicht kennen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Kowarik. Ich erteile es Ihnen.

GR Mag. Dietbert **Kowarik** (FPÖ): Danke, Herr Kollege, dass Sie im Vorfeld, obwohl Sie meine Rede noch gar nicht kennen, schon sagen, so super. Das freut.

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz vielleicht runterzubrechen die Diskussion, worum es aus meiner Sicht hier wirklich geht. Irgendwer hat gesagt, einer der Vorredner, Politik soll nicht beurteilen, was Kultur ist oder nicht. Ich weiß nicht, wer das gesagt hat. Die Frau Kollegin, mag sein, kann sein. Was macht aber die Politik? Und was machen wir hier, und das nicht nur im Kulturbereich, sondern in vielen Bereichen? Die Politik entscheidet, wohin öffentliche Mittel vergeben werden. Das heißt, natürlich treffen wir eine Beurteilung und treffen wir hier eine Beurteilung, was wir jetzt förderungswürdig finden oder nicht. Das ist noch relativ unspektakulär. Also wir beurteilen schon auch Kultur. Machen wir hiermit, indem wir Förderungen vergeben. Das ist so.

Worum geht es bei diesem Förderungsstück oder bei diesem Tagesordnungspunkt? Ich glaube, die Frau Kollegin hat es selber gesagt. Hier geht es vor allem um politischen Aktivismus, nicht? Das haben Sie vorher in Ihrer eigenen Rede gesagt. Das sind politische Aktivisten und das sind sie auch. Und wenn man sich die Sachen da anschaut, wenn man sich damit auch über die Jahre hindurch näher befasst, das ist es. Ja, das ist politischer Aktivismus. Warum auch nicht? Da braucht man sich ja nicht dafür zu genieren oder sagen: Ah das ist was Böses. Nein, ist es nicht. Wenn es im Rahmen des Gesetzes gemacht wird, warum nicht. Nur wenn man politisch aktiv wird, dann muss man sich auch gefallen lassen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, dass man politisch beurteilt wird, und nichts anderes hat der Kollege Ebinger gemacht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn sich eine Oppositionspartei dann herausnimmt, hier Zusammenhänge zu erkennen und zu zeichnen, dann ist das unsere Aufgabe, mit Verlaub. Und dann ist das keine Rufschädigung, wie das irgendwer gesagt hat, was der Kollege Ebinger gemacht hat, sondern das ist unsere politische Aufgabe. Die Frage ist: Wollen wir diesen politischen Aktivismus mit Steuergeldern fördern oder nicht? Ich sage Nein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zu Wort ist überraschenderweise niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Petr **Baxant**, BA: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Vorsitzende!

Ich glaube, an dieser Diskussion hat man gesehen, wie positiv die Existenz der WienWoche eigentlich ist. Ich finde, es war eine langwierige Diskussion. Es war auch zum Teil eine anstrengende Diskussion. Sie ist aber nicht nach dem Prinzip, es wurde schon alles gesagt, aber noch nicht von allen, abgelaufen. Ich finde, es war wirklich fruchtbar, alle Fraktionen und alle Redner und Rednerinnen haben etwas Wertvolles und Interessantes und Relevantes zutage gebracht. Ich finde, dass sowohl die Kritik wertvoll war als auch die Verteidigung der WienWoche und möchte nur ganz kurz auf Folgendes eingehen und warum ich glaube, dass die WienWoche trotzdem gefördert werden soll oder gerade deswegen gefördert werden sollte.

Erstens einmal glaube ich, dass man sich durchaus dazu bekennen kann, wenn eine politische Fraktion, eine politische Partei eine Inspiration für ein Fest bietet. Also ich als Sozialdemokrat in Wien, ich bekenne mich dazu, dass das Donauinselfest von der Sozialdemokratie in Wien inspiriert wurde. - *(Zwischenruf.)* Ich berichte. Genau. - Das heißt, es ist durchaus so, wie der Herr Kollege Ebinger es auch angeführt hat. Ja natürlich ist die WienWoche aus einer grünen Ideologie inspiriert, und ich muss ganz ehrlich sagen, man sollte sich dafür nicht schämen. Ich gehe sogar soweit, dass ich mich beim Initiator und Ideengeber Klaus Werner Lobo bedanke, der leider nicht mehr unter uns ist, aber weiterhin in der Kultur tätig ist und der im Grunde dazu beigetragen hat, dass die Stadt Wien um ein weiteres wertvolles Festival bereichert wurde. Weiters zur Organik, zur Organik der WienWoche, und auch da zur Kritik, nämlich zur Kritik, es schaut so aus, dass die WienWoche so sehr am politischen Gängelband hängt. Ich sehe das ganz anders. Ich sehe das eigentlich so, wenn wir uns ganz, ganz seriös mit der Sache befassen, wird hier Geld an einen Verein ausgeschüttet, der dann eigenständig und eigeninitiativ und selbstverantwortlich Kultur betreibt. Es ist nicht so, dass die GRÜNEN diese Gelder vergeben. Das ist auch nicht ein rot-grüner Verein, sondern das ist ein unabhängiger Verein, der natürlich unter anderem auch mit Menschen gefüllt ist, die sich politisch engagieren und die natürlich eine Meinung haben. Und ich glaube, das sollte in einer aufgeklärten Demokratie auch immer möglich sein und das ist eigentlich, glaube ich auch, die Gesetzmäßigkeit zeitgemäßer Kunst und Kultur. Zeitgemäße Kunst und Kultur ist immer politisch

und meines Erachtens hat zeitgemäße Kunst und Kultur immer auch einen gesellschaftspolitischen Impetus. Deswegen sollte man sich auch dazu bekennen.

Und zur Kollegin Meinel-Reisinger. Ja, so wie das Donauinselfest aus der Sozialdemokratie inspiriert ist, so wie das Stadtfest auch aus der ÖVP, aus der christlich-sozialen Ecke inspiriert ist, so ist die WienWoche aus der grünen Ideologie inspiriert. Und wenn sie einmal in der Stadtregierung sind, und das kann ja auch einmal sein, ich fände das durchaus charmant, werden sicher auch Initiativen passieren, die von den NEOS inspiriert sind. Ich glaube, das ist vollkommen natürlich. Das ist eine politische Gesetzmäßigkeit und auch nicht etwas, was man verstecken sollte, und dazu sollte man stehen, auch im Sinne einer demokratiepolitischen Ehrlichkeit.

Meine Damen und Herren, es wurde im Grund jetzt wirklich schon alles gesagt und deswegen bitte ich um Zustimmung. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Herr Berichterstatter, ich darf Sie in Zukunft bitten, bei der Berichterstattung über den Akt zu reden und primär nur über den Akt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 22. Ich darf diejenigen Damen und Herrn des Gemeinderates ersuchen, die dem Poststück die Zustimmung geben, die Hand zu erheben. - Das ist mit Stimmen von SPÖ und GRÜNEN mehrstimmig gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS und FPÖ so angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 23 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein oca: migrations, minorities, arts. Ich darf den Berichterstatter, Herrn GR Woller, ersuchen, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Stumpf. Ich erteile es ihm.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe dieser äußerst interessanten Diskussion aufmerksam gelauscht. Gleich vorweg halten wir, unabhängig von diesen ganzen Meinungsunterschieden, die zwischen Grün und Blau herrschen, fest, dass wir uns von niemandem diktieren und vorschreiben lassen, welches Projekt wie zu beurteilen ist, ob man es überhaupt zu beurteilen hat, gerade bei solchen Projekten, wo Fördergelder in einer wirklichen Größenordnung ausgeschüttet werden. Wir Mandatäre tragen dafür Verantwortung, denn das ist Steuergeld und ist nicht vom Himmel gefallen! Menschen arbeiten und zahlen dafür. Wir sollten uns sehr wohl darüber eine Meinung bilden, was förderungswürdig ist und was nicht. Das lassen wir uns von Ihnen sicher nicht verbieten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im vorliegenden Fall geht es in dem Poststück um „Kültür gemma!“ Das ist ein Programm zur Förderung migrantischer Kulturproduktion.

Sie behaupten immer von sich selbst, Sie seien eine weltoffene Fraktion und die Wiener Stadtregierung ist

weltoffen. Sie sagen, je mehr Herkunft, je mehr Sprachen, je mehr Ethnien, et cetera, desto besser, desto schöner und desto erfolgreicher ist die Stadt Wien insgesamt zu betrachten. Dann wird ein Projekt mit 109.000 EUR jährlich gefördert, welches sich zum Ziel gesetzt hat, ausschließlich migrantische Kunst zu fördern. Ob das weltoffen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wage ich zu bezweifeln! Einem Herrn Bauer oder einem Herrn Meier, der zu „Kültür gemma!“ gehen würde, würden Sie wahrscheinlich gleich die Exit-Tür zeigen. Dort ist der Ausgang! Dort, wo du hereingekommen bist, kannst du gleich wieder hinausgehen! Das ist genau das Gegenteil von weltoffen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt sogar in der Politikwissenschaft einen Fachbegriff für dieses Phänomen. Man nennt es positive Diskriminierung. Wenn aus Steuergeldern oder öffentlichen Mitteln ein Projekt gefördert wird, um eine Minderheit zu schützen oder eine Quote einzuführen, et cetera, ist es eine positive Diskriminierung, für die wir sicher nicht zu haben sind. Sie sind die Ersten, die aufschreien, sobald wir in unserem politischen Forderungskatalogprogramm einfordern, dass österreichische Staatsbürger dies oder jenes erhalten sollen. Nein, das ist ja ausländerfeindlich! Sie konzentrieren sich nur auf die Inländer und schließen eine gesamte Volksgruppe in Wirklichkeit aus! Da machen Sie genau das Gleiche, nur im Gegenteil halt, und stellen sich als die Weltoffenen dar. Es stellt sich auch die Frage, ob Sie in Wirklichkeit mit diesem Projekt nicht Parallelgesellschaften in der Künstlerszene aufbauen und fördern.

Das kann nicht in die richtige Richtung gehen. Dafür sind wir definitiv auch nicht zu haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die Gemeinderäte Dipl.-Ing. Margulies und Hobek ab sofort entschuldigt sind und Herr GR Nepp von 19 bis 21 Uhr entschuldigt ist.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Baxant. Ich erteile es ihm.

GR Petr **Baxant**, BA (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Worum geht es bei „Kültür gemma!“? Es geht darum, dass man Zielgruppen, die eigentlich keinen wirklich guten Zugang zur Hochkultur und auch zur Kulturförderung haben, weil sie bestimmte Hürden zu bewältigen hätten, diesen Zugang erleichtert. Das ist genau das, was Gemeinderatskollege Ebinger vorher eingefordert hat, nämlich, dass möglichst vielen Menschen und möglichst vielen Kulturschaffenden ein Zugang zur Kulturszene, auch zur Kulturförderungsorganik, und so weiter, und so fort erleichtert wird. Deswegen denken wir, dass dieses Projekt weiter bestehen sollte, vor allem auch deswegen, weil wir stolz darauf sein können, dass das Projekt von der UNESCO als Best-Practice-Modell ausgezeichnet wurde.

Wie gesagt, es ist ein wichtiges Projekt, das im Verbund der Kulturinitiativen der Stadt Wien zur weiteren Durchmischung und zu weiteren Diversitäten beiträgt. In

diesem Sinne bitte ich um Zustimmung. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 23. Wer dem Geschäftsstück zustimmt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von SPÖ und GRÜNEN mehrstimmig *(GR Kurt Wagner: NEOS!)*, Entschuldigung, auch NEOS, mehrstimmig gegen FPÖ und ÖVP angenommen.

Bei der Postnummer 25 gibt es keinen Redner mehr. Wir können gleich darüber abstimmen. Wer der Postnummer 25 die Zustimmung erteilt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von NEOS, ÖVP, SPÖ, GRÜNEN mehrstimmig gegen die FPÖ angenommen.

Es gelangt die Postnummer 28 zur Verhandlung. Auch hier gibt es keinen Redner mehr. Wir können gleich abstimmen. Wer der Postnummer 28 die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Ich sehe hier Einstimmigkeit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 30 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Stadtimpuls. Berichterstatter ist Herr GR Woller. Ich darf ihn ersuchen, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Reif.

GRin Ricarda **Reif** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nun zum Poststück betreffend Verein Stadtimpuls sprechen. Warum wir diesem Poststück nicht zustimmen, hat genau zwei Gründe.

Der eine Grund wäre nämlich der eindeutig politische Bezug. Der Geschäftsführer des Vereins Stadtimpuls ist niemand geringerer als Herr Ditmar Wenty. Er sitzt im Vorstand der SPÖ-Margareten. Konkret geht es wieder darum, es gibt eine Subvention, nämlich eine Subvention an einen Kunst- und Kulturverein, der letztendlich wieder ein Parteipropagandaverein ist.

Der Verein soll 436.000 EUR für die Förderung von Rahmenprojekten und die Förderung von diversen Einzelprojekten bekommen. Ganz ehrlich, 436.000 EUR ist nicht wenig. Das ist ein beträchtlicher Betrag. Es steht diesbezüglich genau nichts im Akt. Konkret werden zwei Projekte genannt: „Wien lebt“ und „Vienna Open“. Ich habe mir den Akt genau angeschaut. Die Frau Kollegin der NEOS, Meinel-Reisinger, hat das auch schon zitiert. Es hat mich wirklich echauffiert. Es steht drinnen, ich zitiere: „Der Verein Stadtimpuls ermöglicht Kunstschaffenden, deren Projekte oft zu klein oder zu kurzfristig für die etablierte Förderstruktur sind, eine unbürokratische und rasche Förderung.“ Seien Sie mir nicht böse, meine sehr geehrten Damen und Herren, entweder gibt es Kriterien, nach denen Kunst- und Kulturförderung gewichtet wird oder eben nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was hier gemacht wird, ist konkret Folgendes, und das halten wir für mehr als nur problematisch und höchst fragwürdig: Es gibt einen Verein, der durch die Partei mit einem konkreten Ziel eingerichtet wird, nämlich die Förderkriterien der MA 7 zu umschiffen. Nicht mehr und nicht weniger ist das Ganze! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hier werden die Transparenzkriterien und die Förderungskriterien außer Acht gelassen, indem es einfach einem Verein übertragen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so geht es nicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aus all diesen Gründen wird die Freiheitliche Fraktion diesem Poststück eine Ablehnung erteilen.

Was ich vielleicht am Rande doch noch erwähnen möchte, ist dieser lapidare Zugang zu dem Ganzen. Wenn ich an die Ausschüsse denke, wird alles, was wir Freiheitliche im Ausschuss hinterfragen, weil wir es für fragwürdig und vielleicht problematisch halten, von Ihnen lapidar als selbstverständlich, als gang und gäbe und gängige Praxis abgetan. Das halte ich für demokratiepolitisch äußerst bedenklich! Diese Vorgehensweise sollten Sie überdenken! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Ich erteile es ihr.

GRin Susanne **Bluma** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren seit einer geraumen Zeit über Kultur in dieser Stadt, über verschiedene Vereine, über verschiedene Initiativen. Was mir bei dieser Diskussion fehlt, und es ist jetzt jedem unbenommen, auf welche Art und Weise er auf die Akte zugeht, wie er sich auf diese Sitzungen vorbereitet, ist die wichtigste Frage, die ich mir in meiner Vorbereitung immer stelle. Und zwar: Was bringt ein Kulturprojekt, was bringt ein Verein den Wienerinnen und Wienern? Das ist für mich die entscheidende Frage.

Ich vermisse sowohl beim vorigen Akt als auch hier beim Verein Stadtimpuls, dass nicht beleuchtet wird, was dieser Verein überhaupt macht, was die Absicht ist, was die Arbeit, die Tätigkeit dieses Vereins für die Wienerinnen und Wiener bringen soll.

Lassen Sie mich das in diesem konkreten Fall nachholen: Der Verein Stadtimpuls ist ein Verein, der vor allem ganz jungen Kulturschaffenden, solchen, die überhaupt keine Erfahrungen mit den kulturellen Institutionen in unserer Stadt haben, helfen und sie unterstützen will. Dafür gibt es auch viele Künstlerinnen und Künstler, die in den Mittelpunkt vieler Projekte die Zusammenarbeit mit unerfahrenen jungen Kulturschaffenden stellen.

Der Verein Stadtimpuls nimmt sich auch jener Projekte an, die für die Stadtverwaltung zu jung oder zu klein sind und die sonst niemand sehen, hören oder fördern würde. In einer ganz unbürokratischen Art und Weise wird hier jungen Menschen der Zugang zur Öffentlichkeit ermöglicht.

Alle Projekte, die Stadtimpuls fördert, werden auch überprüft. Und zwar werden sie auf Nachhaltigkeit überprüft, aber auch, ob sie für die Menschen, für die Wienerinnen und Wiener ein Beitrag zu lebendiger und erfahr-

barer Kultur im öffentlichen städtischen Raum sind. Es geht nämlich um einen ganz niederschweligen Zugang zu Kultur.

Meine Vorrednerin hat die Rahmenprojekte genannt. Ich möchte sie vielleicht aus einem anderen Aspekt noch einmal erwähnen:

„Wien lebt“: Ein Projekt, das in Hernals und in der Seestadt Aspern Fuß fassen wird, also nicht im innerstädtischen, kulturell ohnehin sehr gut versorgten Gebiet, sondern dort, wo wir vermehrt Kunst und Kultur hinbringen wollen.

„Vienna Open“: Das ist eine Auseinandersetzung mit einem sehr aktuellen Thema, und zwar: Offenheit und Sicherheit - ist das ein Widerspruch oder kann das zusammengehen?

Weil Sie gerade von Kunst und Kultur in den Außenbezirken gesprochen haben, Frau Stadträtin, wenn Sie sich ganz waghalsig an das Rednerpult schmeißen und Gerald Pichowetz verteidigen wollen, nur weil Sie den Vorredner missverstanden haben, möchte ich Ihnen versichern, das müssen Sie nicht. Wir in Floridsdorf wissen, welche großartige Arbeit Gerald Pichowetz für den Bezirk leistet, wiewohl wir uns mehr Theater in Floridsdorf wünschen. Ich beziehe das gar nicht auf die Hardware, sondern auf die Software. Ich denke mir, dass sich 150.000 Menschen mehr als ein Theater und mehr als ein Genre verdienen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es nicht unnötig in die Länge ziehen, ich muss aber auf Gerald Ebinger, den ich jetzt leider nicht sehe, eingehen. Er hat gemeint, und ich habe es mir aufgeschrieben, es entsteht eine Abhängigkeit. Es ist nur darum gegangen, und auch das haben wir schon hundert Mal diskutiert, ich kenne Ihre Meinung, Sie kennen meine Meinung, ich möchte es wiederholen, Sie sind dagegen, dass ein Mensch, der sich auf irgendeine Art und Weise parteipolitisch betätigt, in einem Verein tätig ist. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Nein! Nur wenn er künstlich gefördert wird!)* - Doch! Der Kollege Ebinger beleuchtet jetzt offensichtlich Menschen, die in Vorstandsfunktionen in Vereinen sitzen *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wir beschäftigen uns mit allem!)*, pickt sich einzelne heraus, erzählt allerhand und meint, dass diese Menschen, diese Vereine auf Grund ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit alle abhängig sind. *(GR Mag. Wolfgang Jung. Nein!)* Er hat wortwörtlich gesagt, private Förderungen würde er für besser halten. Wir sprechen hier über Mäzenatentum. Die FPÖ ist dafür, dass wir Förderungen der Stadt einstellen und dass die Künstlerinnen und Künstler schauen, wo sie einen Mäzen finden, von dem man dann überhaupt nicht abhängig ist! *(GRin Ricarda Reif: Sie haben es nicht verstanden, was Herr Ebinger gesagt hat!)* Da rate ich, bitte richten Sie es Ihrem Kollegen Ebinger aus, er ist jetzt leider nicht da, er möchte sich einen Termin ausmachen mit Matti Bunzl, dem Direktor des Wien Museums, der, wie wir alle wissen, sehr lange in den Vereinigten Staaten tätig war und genau erzählen kann, wie das amerikanische Mäzenatentum funktioniert, absolute Abhängigkeit des Künstlers, der Künstlerin von der Person, die das Geld gibt! *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Und in Wien*

nicht?) Das wollen wir in dieser Stadt nicht! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen und wir dürfen über jeden Menschen, der sich in einem Verein engagiert, die meisten machen das ehrenamtlich ... (*GR Mag. Wolfgang Jung: Haha!*) - Sie vielleicht nicht! In Ihrer Partei vielleicht nicht! In Kärnten vielleicht nicht! Da schon! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Ruf: Was passiert mit dem ganzen Geld, Frau Kollegin? Ehrenamtlich, habe ich vorhin gehört!*)

Den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in den Vereinen engagieren, ist unser Dank auszusprechen! Es darf keinen Ausschlussgrund geben, egal, welcher Gesinnungsgemeinschaft ein Mensch angehört, egal, ob er parteipolitisch tätig ist oder nicht. Es ist jedem unbenommen, sich in einem Kulturverein in dieser Stadt zu engagieren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag. Wolfgang Jung: Da lächelt sogar der Berichterstatter!*)

Ich sage das beim nächsten Mal gern wieder. Wir können das in einem halben Jahr oder in einem Jahr wieder diskutieren.

Damit möchte ich meine und Ihre Emotionen zurückfahren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Während unserer Sitzungszeit, es ist in etwa drei Stunden her, haben wir mit großer Erschütterung vom grausamen Terroranschlag in Schweden erfahren. In Stockholm, einer Stadt, mit der Wien sehr gute Beziehungen hat, ist nach den jüngsten Meldungen ein Lastkraftwagen vor einem sehr gut besuchten Kaufhaus - es ist Freitag-nachmittag, ich glaube, wir können uns das alle vorstellen - in einer beliebten Fußgängerzone mit einer sehr hohen Geschwindigkeit absichtlich in eine Menschenmenge gerast und hat mehrere Menschen getötet und viele Menschen verletzt. Ministerpräsident Stefan Löfven sprach von einer fürchterlichen Terrorattacke. Schweden ist angegriffen worden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Angriff ist nicht nur ein Angriff gegen Schweden, sondern ist ein Angriff auf die Demokratie. Ich glaube, in unser aller Namen sprechen zu können, dass wir diesen neuesten Akt terroristischer Gewalt auf das Allerschärfste verurteilen und den Opfern und Angehörigen unser Mitgefühl von dieser Stelle aus aussprechen wollen. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN, ÖVP und NEOS.*)

Wir sind getroffen. Der Schmerz über dieses neuerliche terroristische Verbrechen trifft uns tief. Aber wir wollen hier unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, dass der Terrorismus niemals über unsere Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat siegen wird! - Ich danke Ihnen. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN, ÖVP und NEOS.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich danke Frau GRin Bluma für ihre Worte. Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 30. Wer ihr die Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das sind die Stimmen von SPÖ und GRÜNEN, mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen von ÖVP, NEOS und FPÖ.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 34 der Tagesordnung zur Verhandlung. Es gibt keinen Redner. Wir können gleich zur Abstimmung kommen. - Wer dieser Postnummer seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit Stimmen von GRÜNEN, SPÖ, FPÖ mehrstimmig gegen ÖVP und NEOS angenommen.

Es gelangt die Postnummer 35 zur Verhandlung. Auch hier liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir können gleich darüber abstimmen. - Wer dieser Postnummer seine Zustimmung gibt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. - Das ist mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, GRÜNEN mehrstimmig angenommen gegen die Stimmen von FPÖ und NEOS.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 39 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an die Kunst im öffentlichen Raum GmbH. Ich ersuche die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Nittmann. Ich erteile es ihr.

GRin Mag. Ulrike **Nittmann** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden dieser Subvention nicht zustimmen, wie auch schon die letzten Male. Aber nicht deshalb, wie Herr Kollege Woller mir letztes Mal zugerufen hat, weil wir angeblich ein gestörtes Verhältnis zur zeitgenössischen Kunst haben, weil bei uns nach seiner Definition offenbar der Kulturbegriff bei Marktfesten aufhört. Ich kann Ihnen versichern, Herr Kollege Woller, es hört bei uns nicht bei Marktfesten auf! Wir sagen aber wohl, dass auch Marktfeste und die dortigen Darbietungen durchaus Teil von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum sind. Für Sie von der SPÖ ist das offenbar kein Teil der Kunst im öffentlichen Raum mehr, weil Sie dazu zu abgehoben sind, was Ihnen die Wähler aber bei jeder Wahl durchaus auch zeigen!

Wir üben Kritik an der Art und Weise, wie die Subventionen vergeben werden. Wir haben heute schon eine Menge darüber gehört. Zu den Projekten im Einzelnen möchte ich jetzt nichts sagen. Das wird dann mein Kollege Stumpf machen. Aber wenn wir uns noch einmal - ich habe das auch letztes Mal gesagt - die GmbH anschauen, ist sie eine 100-prozentige Tochter der Stadt Wien. Wir haben eine Geschäftsführerin, kein Vier-Augen-Prinzip, keinen Aufsichtsrat, gar nichts. Was sehen wir dann? Keinen ehrenamtlichen Verein, eine GmbH mit einem Geschäftsführer, der 134.000 EUR im Jahr verdient. Das sind umgelegt auf 12 Monate nach Pi mal Daumen rund 12.400 EUR. Wofür? Dafür, dass man Subventionen der Stadt Wien einfach umverteilt!

Wie erfolgt denn die Fördervergabe? Wir haben laut Satzung zwei Gremien. Einerseits das Kuratorium, ganz toll unabhängig, wird bestellt von der Stadt Wien. Dann gibt es noch ein ganz unabhängiges Gremium, nämlich

die Jury. Von wem wird sie bestellt? Ebenfalls von der Stadt Wien.

Was macht das Kuratorium? Das Kuratorium, das von der Stadt Wien bestellt wird, legt die kulturpolitische Ausrichtung vor und setzt die Ziele fest, welche Projekte gefördert werden sollen. Wir haben das heute, glaube ich, lange genug diskutiert. Das ist genau das, was wir nicht wollen. Das ist Politagitation und Politaktivismus. Die unabhängige Jury hat dann genau diesen Politaktivismus zu vollziehen, weil sie entscheidet auf Grund dieser Vorgaben, welche Projekte förderungswürdig sind und welche nicht.

Solange die Förderungspolitik in der Stadt Wien so ausschaut, werden wir solchen Subventionen nicht zustimmen! - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schinner. Ich erteile es ihr.

GRin Katharina **Schinner** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist für mich immer wieder traurig und unverständlich, aber auch Realität, dass Projekte wie KÖR - Kunst im öffentlichen Raum von der FPÖ abgelehnt werden. Es handelt sich um ein Projekt, das Kunst erfolgreich und gewissenhaft vermittelt. Es gibt temporäre und permanente Kunstprojekte in der Stadt Wien. Es ist doch unser Bestreben, dass gerade zeitgenössische Kunst für jedermann, für jede Frau und für jedes Kind in dieser Stadt sichtbar und erlebbar wird, in Wahrheit so, dass man einfach am Weg zur Arbeit, am Weg in den Kindergarten, wo immer man sich auch befindet, über zeitgenössische Kunst stolpert. Das ist unser Verständnis. Das behübscht nicht nur, sondern das bildet, zeigt auf, erweitert den Horizont und macht unsere Stadt tagtäglich schöner. Dieser verantwortungsvollen Aufgabe kommt KÖR nach. Ich finde es unglaublich, die Jury hier irgendwie zu diskreditieren und in den Raum zu stellen, dass nicht komplett unabhängig gearbeitet wird! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es wird das auf eine ganz gewissenhafte Art und Weise so getan. Ich darf KÖR schon viele Jahre begleiten.

Es ist halt eine Realität, dass sich die FPÖ jedes Jahr dazu entscheidet, hier nicht mitzustimmen. Ich bitte wirklich, KÖR und die vielen Projekte, die hier Jahr für Jahr passieren, zu unterstützen und mitzutragen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Stumpf. Ich erteile es ihm.

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Schwule Sau“: So lautete der Titel eines Kunstprojektes aus dem Jahr 2013, das aus den Fördermitteln der Kunst im öffentlichen Raum finanziert wurde. Man kann nachlesen, wenn man sich ein bisschen für dieses durchaus interessant klingende Projekt interessiert, wie die Kunst im öffentlichen Raum dies definiert. Da steht nämlich, ich zitiere: „Bezeichnungen wie ‚schwule Sau‘ oder ‚Mannweib‘, die im täglichen Sprachgebrauch abfäl-

lig und abwertend verwendet werden, wurden hier absichtlich eingesetzt. Der Künstler griff damit Judith Butters Theorie der Performativität des politischen Diskurses zu Hate Speech auf. Er machte sich und seinen Körper zur Ausstellungs- und Projektionsfläche und stellte sich in der Installation der Öffentlichkeit.“ Dass schon damals im Jahr 2013 viele Bürger verstört über diese Kunstinstallation waren, ist Ihnen auf Grund von Bildern wie diesem in hoher Wahrscheinlichkeit auch nachvollziehbar. *(Der Redner stellt ein Bild zum von ihm angesprochenen Projekt auf das Pult.)*

Ob eine Kunstinstallation oder ein Kunstprojekt im öffentlichen Raum ästhetisch, schön oder praktikabel ist, da sind wir uns offenbar einig, sollte dennoch nicht Ziel und Auftrag von politischen Mandataren sein, dies festzustellen. Ich nehme mir aber als Mandatar, und das werde ich nicht müde, zu betonen, sehr wohl das Recht heraus, über die Höhe der Ausschüttungen von Steuergeldern in Bezug auf diverse Kunstprojekte im öffentlichen Raum eine Meinung zu haben. Diese habe ich. Ich bin nämlich felsenfest der Meinung, dass es zum Beispiel auch Orte und Plätze in Wien gibt, wo man sehr wohl hinterfragen muss und hinterfragen darf, ob dort überhaupt ein Kunstprojekt des KÖR wirklich nötig ist. Nehmen wir als Beispiel den Wiener Graben. Der Graben an sich ist ein einzigartiges Kunstwerk. Da reden wir von der Pestsäule, den wunderschönen Skulpturen, dem wunderschönen Kirchenvorplatz der Peterskirche. Ob dort oder an anderen ähnlichen geschichtsträchtigen Orten Wiens derartige permanente Kunstinstallationen, und ich rede hier von permanenten, nötig sind, meine Damen und Herren, wage ich, zu bezweifeln! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein anderes interessantes Projekt hieß „Projekt Notausgang“, aus dem Jahr 2015, am Maria-Theresienplatz. Zu sehen waren, wie Sie sehen *(Der Redner stellt ein Bild zu dem von ihm nunmehr angesprochenen Projekt auf das Pult.)*, Flaggen mit Exit-Schildern. Das Projekt beschreibt sich folgendermaßen: „Durch die Präsentation am Langen Tag der Flucht und die aktuellen Debatten um Flüchtlinge, Asyl und Migration stand die Arbeit per se in einem politischen Kontext.“ Offenbar stehen sehr viele geförderte Projekte der Kunst im öffentlichen Raum in einem rot-grünen politischen Kontext. Wo der künstlerische und handwerkliche Mehrwert ist, der eine derartige Fördersumme, und wir reden hier nicht von wenig Geld, wir reden von 590.000 EUR pro Jahr, also über eine halbe Million Euro, rechtfertigen soll, ist mir bei zwei im Winde flatternden Fahnen nicht wirklich nachvollziehbar! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt komme ich zu meinem absoluten Lieblingsprojekt, weil ich ein unmittelbar Betroffener bin. Ich gehe jeden Tag daran vorbei, weil ich in der Nähe wohne. Das ist ein Projekt aus dem Jahr 2009, „Warten auf Vögel IV“. *(Der Redner stellt wieder ein Bild zu dem von ihm nunmehr angesprochenen Projekt auf das Pult.)* Es ist in der Kundmannngasse im 3. Bezirk zu bestaunen und zu betrachten, eine permanente Installation. Diese sorgte damals, als sie errichtet wurde, für Riesenaufregung bei den Bezirksbewohnerinnen und -bewohnern selbst. Man

wünschte sich anstatt dieser Installation Schattenplätze oder Bänke, dass man dort in der Nähe des Rochusmarktes sitzen kann, aber nicht ein derartiges Kunstwerk ohne eigentlichen Mehrwert. Denn *nomen est omen* bei diesem Werk. Man wartet auf Vögel vergeblich. Kein einziger Vogel würde sich in so einem Häuschen wohlfühlen. Das wusste der Künstler. Das wusste der Bezirk. Dennoch wurde es durchgewunken.

Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, betonen immer, Kunst kann und soll provozieren. Wissen Sie, wen Sie provozieren? Sie provozieren die Wienerinnen und Wiener mit der Tatsache, dass aus ihren hart verdienten Steuergeldern solche temporäre oder permanente Installationen errichtet werden! Das ist die Provokation! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Manche Kunstprojekte sind auf Grund der Beschaffenheit und der Lage im öffentlichen Raum einfach ungeeignet. Von den entstehenden beziehungsweise angewandten Kosten reden wir hierbei noch nicht einmal. Das ist ein anderer Punkt.

590.000 EUR, und das jedes Jahr, an Subventions- und Förderungsgeld für das KÖR finden wir in diesem Kontext eindeutig zu hoch dotiert. Ich finde außerdem auch, und darüber hat meine Kollegin sehr ausführlich gesprochen, dass die Auswahl der Projekte und die Beschaffenheit dieses Kuratoriums nicht wirklich transparent und schon gar nicht nachvollziehbar sind. - Vielen Dank. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Gabriele **Mörk**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. (*GR Christian Oxonitsch: Nein, GR Woller hat sich noch gemeldet!*) - Entschuldigung, ist nicht bis zu mir gekommen. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Woller. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** (SPÖ): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich habe mich jetzt sehr lange zurückgehalten, etwas zu sagen. Aber irgendwann ist der Zeitpunkt, wo das Ausmaß der Inkompetenz und der Polemik so groß wird, dass man es nicht unwidersprochen lassen kann! (*Beifall von GRin Barbara Novak, BA. - GR Armin Blind: Wie bitte? Für „Inkompetenz“ gibt es normalerweise einen Ordnungsruf!*)

590.000 EUR ist die Gesamtsumme für alle Kunstprojekte, die im Bereich Kunst im öffentlichen Raum während eines Jahres umgesetzt werden. Es werden jedes Jahr 30 bis 40 Projekte permanent oder temporär umgesetzt. Sie sind die große Erfolgsgeschichte der Stadt Wien in den letzten zwölf Jahren im Bereich Kunst im öffentlichen Raum. Wenn wir überlegen, welche Projekte in der U-Bahn realisiert worden sind, haben wir hier das größte Museum zeitgenössischer Kunst geschaffen, das jeden Tag von hunderttausenden Menschen gesehen wird. Wenn wir darüber nachdenken, dass Menschen der Zugang zu zeitgenössischer Kunst ermöglicht wird, dann ist es gerade das Projekt Kunst im öffentlichen Raum, das dies in hervorragender Art und Weise umsetzt.

Zum Zweiten, die Jury wird alle zwei Jahre gewechselt. Sie besteht ausschließlich aus Kunstexperten, Kuratorinnen und Kuratoren, Museumsdirektoren und -

direktorinnen aus allen Ländern Europas. Sie ist völlig unabhängig besetzt. Sie ist sogar so unabhängig besetzt, dass ich jetzt nicht einmal einen Namen sagen könnte, weil die Leute so rasch wechseln und ich auch nicht immer ganz genau weiß, wer nun in dieser Jury sitzt. Sie ist wirklich völlig unabhängig.

Es ist natürlich auch nicht richtig, dass die Kunstinstitution am Graben permanent ist. Es ist hier ein temporärer Platz für Kunst im öffentlichen Raum geschaffen worden (*GR Mag. Wolfgang Jung: Alles in der Welt ist temporär!*), der hier immer nur über einige Wochen Kunstinstitutionen zeigt. Ich habe fast alle dieser Kunstprojekte persönlich eröffnet. Daher weiß ich, dass es hervorragende internationale Künstlerinnen und Künstler sind, die oft zum ersten Mal in Österreich und in Wien gezeigt werden.

Weiters war die Aktion vor dem MuseumsQuartier eine Aktion, die sich hervorragend mit der aktuellen gesellschaftlichen Situation zu diesem Zeitpunkt, am Höhepunkt der Flüchtlingsfrage, auseinandergesetzt hat. Die Kunstinstitution von Josef Bernhardt ist eine der zentralen Arbeiten dieses hervorragenden österreichischen Künstlers. Ich kann Ihnen nur sagen, Josef Bernhardt ist mit dieser Arbeit in fast allen Museen moderner Kunst in der ganzen Welt vertreten. Es ist eine der Leitarbeiten für Kunstwerke, die wir in Kunst im öffentlichen Raum haben. Es ist tatsächlich so, dass es ein bedeutendes Landmark in der Erdbergstraße und in der Kundmangasse ist. Wenn man fragt, wo die Kleine Galerie ist, dann sagen alle, das ist dort, wo die roten Vogelhäuschen stehen. Es sind natürlich nicht rote Vogelhäuschen. Es ist ein hervorragendes Kunstwerk in dieser Stadt (*GR Mag. Wolfgang Jung: Was will es uns denn sagen?*), das schon vor zehn Jahren großes Aufsehen, große Anerkennung und große Beachtung gefunden hat.

Wir werden diese Erfolgsgeschichte von Kunst im öffentlichen Raum fortschreiten. Wir werden uns von der FPÖ da nicht aufhalten lassen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 39. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist gegen die Stimmen der FPÖ, mit den Stimmen der anderen Parteien mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 42 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine mehrjährige Subvention an das Institut für die Wissenschaften vom Menschen. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Reindl-Meisinger. (*Allgemeine Heiterkeit. - GRin Mag. Beate Meindl-Reisinger, MES: Das ist ein Wahnsinn!*) - Es

tut mir echt leid! Aber wenn man das einmal gehört hat, ist das wie ein Ohrwurm. Bitte um Verzeihung! Frau Mag. Meini-Reisinger hat das Wort.

GRin Mag. Beate **Meini-Reisinger**, MES (NEOS): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich bin wahnsinnig froh, dass ich seinerzeit sicherheitshalber gleich eine Facebook-Page mit Reindl-Meisinger eröffnet habe. Ich kann noch Fans gebrauchen. (GR Armin Blind: *Das glauben wir!*) Sie ist allerdings nicht sehr aktiv. Meini-Reisinger hat mehr Fans. (GR Armin Blind: *Es werden aber nicht mehr werden!*) - Doch, Herr Kollege! Mehr als Sie haben, glaube ich!

Es geht hier um die Förderung für das Institut für die Wissenschaft vom Menschen, eine Einrichtung, die 1982 gegründet wurde und das klare Ziel hatte, den Austausch zwischen West- und Osteuropa vor allem auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften zu fördern. Hier hat Wien seine Brückenfunktion zwischen Ost- und Westeuropa wahrgenommen und nimmt sie weiterhin wahr.

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass es neben der Förderung der Stadt Wien, der wir zustimmen, auch andere Fördergeber und Unterstützer gibt. Einer davon ist die Central European University in Budapest. Über diese möchte ich jetzt sprechen. Weil ich schon gefragt wurde, was dieser Button hier bedeutet (*Die Rednerin verweist auf einen an ihrer Jacke angebrachten Button.*), er ist von der Central European University, wo ich am Mittwoch war und mit einem Prorektor, einer Professorin, zwei Professoren und Studierenden gesprochen habe. Er bedeutet: „I stand with CEU.“ Ein Ausdruck der Solidarität mit dieser Universität, die eigentlich in den letzten zwei Wochen in einer Vehemenz letztlich auch mit dem Aus in Budapest bedroht ist, das seinesgleichen sucht.

Die CEU wurde 1991 gegründet, allen voran, und ich glaube, darauf werden wir noch zu sprechen kommen, vom ungarntämmigen US-Milliardär und Philanthrop George Soros. Die ursprüngliche Intention in dieser Umbruchzeit 1990/1991 war, dass man in dieser Zeit des Postkommunismus in den postkommunistischen Ländern Institutionen schafft, die sozusagen das Prinzip der freien und offenen Gesellschaft, das Prinzip der Demokratie und der Freiheit auch mittels Bildung und Wissenschaft vermitteln.

Ursprünglich wurde sie an drei Standorten gegründet, in Budapest, in Warschau und in Prag, und ist dann aus verschiedenen Gründen in Budapest zusammengeführt worden. Dort sind derzeit 1.500 Studierende, und zwar aus 84 Nationen, eine hohe Anzahl an Professorinnen und Professoren, darunter auch Österreicher, die ich getroffen habe und ein Staff von ungefähr 2.000 Leuten. Sie müssen sich vorstellen, es ist ein riesengroßer Gebäudekomplex, wo gerade die CEU 69 Millionen EUR in die Hand genommen hat, um zu erweitern, weil sie neue Bereiche, neue Institute schaffen und ausweiten möchte. Daran hängen natürlich Cafés, Restaurants, Beherbergungsbetriebe, Schulen, Kindergärten, also eine Vielzahl an Institutionen. Somit ist die CEU durchaus auch ein wirtschaftlicher Faktor für den Raum Budapest, aber

natürlich nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern ein ganz besonderer, wenn es um Wissenschaft und Bildung geht.

Vor ein paar Tagen, am Dienstag, wurde in Windeiseile eine Novelle des ungarischen Hochschulgesetzes durchgepeitscht - soweit ich weiß, harrt es noch der Unterschrift des Präsidenten -, das ausschließlich auf die CEU zugeschnitten ist. Dieses Gesetz betrifft, obwohl es allgemein formuliert ist, eigentlich nur die CEU. Danach dürfen zukünftig ausländische Hochschuleinrichtungen in Ungarn nur noch dann Studierende aufnehmen und sollen Abschlüsse vergeben, wenn auch im Heimatland ein Lehrbetrieb unterhalten wird. Das ist aber nicht der Fall. Die Central European University existiert, und das ist, glaube ich, im Namen und aus der Geschichte heraus logisch, in Budapest. Das Heimatland ist im Übrigen The State of New York, weshalb auch die zweite Bedingung, nämlich ein entsprechender internationaler Vertrag zwischen dem Land Ungarn und dem Herkunftsland, gar nicht so einfach zu lösen ist.

Diese Maßnahme von Viktor Orbán und der Fidesz-Partei ist durchaus nicht überraschend gekommen, hat er doch auch schon die letzten Wochen und Monate ganz persönlich den Kampf gegen alles angesagt, was im Prinzip einer liberalen und offenen Gesellschaft dienlich ist. Er selber bezeichnet das, was er in Ungarn politisch vorhat oder sein Ziel ist, als illiberal. Er bezeichnet sich selber als illiberal. Es passt auch in das Konzept seiner Bestrebungen, wirklich jeglichen ausländischen Einfluss zurückzudrängen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, und das zeigen auch die Postings der letzten Tage auf meiner Facebook-Page, die ich dort erhalten habe, es passt durchaus in einen gewissen antisemitischen Narrativ, der bedient wird, wenn man immer wieder von Soros und Konsorten spricht, die man aus dem Land schmeißen möchte. Soros hat sich zurückgezogen und ist meines Wissens nach nicht einmal mehr an Bord. Selbstverständlich ist dort der wissenschaftliche Lehrbetrieb unabhängig.

Diese Universität hat einen hervorragenden Ruf und ist weltweit auf Rang 42 der Universitäten. Ich glaube, es ist wichtig, gerade wenn man, und das habe ich gestern schon ausgeführt, europäische Werte hochhält, und da schaue ich in Richtung der FPÖ und auch in Richtung der ÖVP, die das im Zusammenhang mit Themen wie Migration oder Islamisierung immer wieder gerne tun, wenn man sich diesen europäischen Werten verpflichtet fühlt, dann muss man sich genauso der Freiheit der Bildung und der liberalen und offenen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Das ist der zentrale Wert dieser Universität. Ich ersuche Sie, hier auch ein klares Zeichen der Loyalität gegenüber dieser Bildungseinrichtung zu setzen.

Ich danke ganz besonders der SPÖ und den GRÜNEN, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag machen, denn ich weiß, und ich habe dort auch die Gespräche mit dem Prorektor und mit den Professoren geführt, es wird gesehen. Sie sehen es als enorm wichtiges Zeichen des Nachbarlandes und der internationalen Gemeinschaft, dass hier ein klares solidarisches Bekenntnis mit der Central European University gegeben wird. (GR Mag.

Wolfgang Jung: Könnten Sie ein Sätzchen zur Tagesordnung sagen? Daher mit Stolz dieser Button „I stand with CEU.“ Ich danke, dass wir hier gemeinsam einen Antrag zustande gebracht haben. Das ist der Plan A. Der Plan A ist, dass sie dort bleibt. Derzeit werden rechtliche Schritte geprüft und wahrscheinlich dann auch wahrgenommen. Das heißt, man ruft den Verfassungsgerichtshof an und wird sich voraussichtlich auch an den EGMR wenden. Unser Ausdruck der Solidarität soll ein klarer Ausdruck sein, dass die CEU dort bestehen bleiben soll, wo sie ist, nämlich in Budapest. Das ist ganz klar. Dort gehört sie hin. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Aber nicht in die Tagesordnung des Wiener Gemeinderates, Frau Kollegin!)* Dort hat sie ihre Funktion. Dort ist sie auch ein Wirtschaftsfaktor.

Aber sollte sie das nicht können, freue ich mich, wenn Wien ein Angebot macht, eine „CEU in exile“, wie es schon ein bisschen die Runde macht, tatsächlich einen temporären Standort anzubieten. Denn ich glaube, für 1.500 Studierende, die nächsten sind im September schon wieder unterwegs, die Aufnahmeverfahren laufen, und für ein Staff von 2.000 Leuten, viele natürlich verwurzelt in Budapest mit ihren Familien, mit ihren Kindern, ist Wien auch auf Grund der Nähe auf jeden Fall eine gute Möglichkeit. Ich sage es einmal so. *(Beifall bei den NEOS.)*

Daher freue ich mich jetzt, diesen Antrag einzubringen, der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, also in meinem Namen, Sybille Straubinger, Barbara Huemer, Christoph Wiederkehr, Heinz Vettermann und Faika El-Nagashi, betreffend Central European University:

„Der Gemeinderat fordert die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der ungarischen Regierung für die Freiheit von Wissenschaft und Bildung und für den Fortbestand der Central European University in Ungarn einzutreten. Dieser Standpunkt soll gegenüber der ungarischen Regierung auch in den Institutionen der Europäischen Union vertreten werden. Sollte der Fortbestand der Central European University auf Grund der aktuellen Gesetzesnovelle des Hochschulgesetzes in Ungarn nicht mehr möglich sein, fordert der Gemeinderat die Wiener Stadtregierung dazu auf, der Central European University die Infrastruktur für den weiteren Betrieb der Universität in Wien anzubieten, so lange, bis eine Lösung mit der ungarischen Regierung erzielt werden kann.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich schaue jetzt in Richtung ÖVP. Ich habe heute den Tweet gelesen, Herr Kollege Juraczka, wo Sie gesagt haben, es passt, da sieht man gleich, es sind die ganzen Linken, die sich hier sammeln. Ich frage mich ganz ernsthaft, ob Sie wirklich als Christdemokrat das Festhalten an europäischen Werten, an der Freiheit der Bildung, an der Freiheit der Wissenschaft und das Eintreten gegen illiberale Regime als Links bezeichnen! Das verstehe ich überhaupt nicht! *(GR Mag. Manfred Juraczka: Verstehe ich das richtig? Sie bezeichnen Ungarn als Regime?)* - Ja, ich bezeichne das hier! *(GR Mag. Manfred Juraczka: Ist Ungarn ein Regime?)* Sie bezeichnen es als Links, und das finde ich schon erstaunlich! Sie be-

zeichnen auch das Erdogan-Regime als Regime. *(GR Mag. Manfred Juraczka: Da ist ein Unterschied!)* - Wo ist der Unterschied? *(GR Mag. Manfred Juraczka: Zwischen Ungarn und der Türkei ist ein Unterschied! Sehen Sie keinen Unterschied?)* Wir sehen hier Tendenzen von Nationalismus, von antieuropäischer Gesinnung, von einer Haltung, die alles, was mit liberaler und offener Demokratie zusammenhängt, mit Füßen tritt! *(GR Mag. Manfred Juraczka: Die Regierung eines EU-Staates ist Ihrer Ansicht nach ein Regime?)* - Herr Kollege, darf ich bitte reden? Sie können sich gerne zum Wort melden! Ich sehe darin überhaupt nicht einen Ansatz, dass Sie jetzt sagen, es ist klar, das sind die Linken! Es gab eine Zeit, da waren Sie proeuropäisch. Es gab eine Zeit, da ist die ÖVP für die Freiheit der Wissenschaft, für die Freiheit der Bildung eingetreten. Ich sage Ihnen, ich finde es wirklich unverschämt, dass Sie, um Ihrem Parteifreund Orbán in irgendeiner Weise nicht zu nahe zu treten, hier nichts dazu sagen! *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Zur Tagesordnung!)* Wenn Sie das auf Grund der Flüchtlingskrise nicht sagen, wo Sie sagen, Sie treten der Politik bei, dann trennen Sie doch die Politikbereiche! *(GR Ing. Udo Guggenbichler, MSc: Sie reduzieren alles aufs Flüchtlingsthema!)* Was hat diese Universität damit zu tun? Das ist ein Angriff auf die Wissenschaft! *(GR Mag. Manfred Juraczka: Halten Sie Ungarn für ein Regime?)* Das ist ein Angriff auf all jene, die sich bilden, weiterbilden und sagen, wir treten für eine liberale und offene Gesellschaft ein! Das finde ich unerträglich! *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag. Manfred Juraczka: Ich halte es für unerträglich, dass Sie Ungarn, einen europäischen Partner, als Regime bezeichnen!)*

Ich glaube, es wäre auch eine Chance für Wien. Ich habe das auch gesagt. Ich glaube, dass wir viele Chancen in diesem Universitätsstandort Wien haben. Da muss man natürlich auch immer schauen, dass wir die Studierenden, die Absolventinnen und Absolventen in Wien halten können. Ich glaube, wir müssen ein Interesse daran haben, auch für die Zukunft der Stadt, gerade für die Zukunft der Stadt, dass wir die besten Köpfe nicht nur nach Wien holen, sondern auch halten können. Es ist derzeit zwischen den Regierungsparteien auf Bundesebene eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Card in Diskussion. Das finde ich gut. Ich glaube, dass wir tatsächlich Zuwanderung der besten Köpfe auch nach Wien brauchen. Ich finde es gut, wenn die Rot-Weiß-Rot-Card auf Bachelorabsolventen ausgeweitet werden soll und die Möglichkeit der Jobsuche nach dem Studienabschluss auf zwölf statt bisher sechs Monate ausgeweitet wird.

Es gibt allerdings noch einen anderen Aspekt, der derzeit in der Rot-Weiß-Rot-Card so geregelt ist, der es Absolventinnen und Absolventen, und ich glaube, das kann jeder junger Mensch erzählen, wenn man vom Studium kommt, sehr schwer macht, dann auch tatsächlich diese Kriterien zu erfüllen. Das sind diese Einkommensschwellen. Derzeit müssen die Absolventinnen und Absolventen ein Gehalt von 45 Prozent der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage vorweisen. Das sind 2.241 EUR brutto. Sie wissen, das ist nicht leicht. Jeder, der

studiert hat, weiß, dass es nicht leicht ist, dieses Gehalt nach dem Studium zu erreichen. Ich habe es auch nicht gehabt. Ich glaube daran, dass wir alle ein Interesse daran haben sollten, die besten Leute zu halten. Darin liegt die Zukunft der Stadt. Darin liegt die Chance auf Innovation, auf Wachstum und auf zukünftige Arbeitsplätze. Wir brauchen natürlich qualifizierte Arbeitskräfte.

Aus diesem Grund möchte ich noch einen Antrag einbringen, dass die Wiener Stadtregierung aufgefordert wird, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auch die Einkommensgrenzen für Absolventinnen und Absolventen im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte den tatsächlichen Durchschnittsgehältern von Studienabsolventen in Österreich angepasst wird. In formeller Hinsicht wird Zuweisung verlangt.

Ich glaube, man sollte nicht mit zweierlei Maß messen. Ich glaube, dass dies wichtig ist, gerade in einer Zeit, in der so viel zur Verhandlung steht, was wir längst als überwunden geglaubt haben. Dazu zähle ich die Freiheit der Bildung, die Freiheit der Wissenschaft, die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Presse, die Freiheit, sagen zu können, was man sich denkt, eine kritische Presse zu haben und auch das Eintreten für das, was ich glaube, das unsere Identität ausmacht, nämlich eine liberale und offene Gesellschaft, einen Rechtsstaat, eine Demokratie. All diese Dinge sehe ich derzeit in Verhandlung. Das sehe ich nicht nur in der Türkei in Verhandlung, sondern auch in Ungarn. Ich glaube, dass es wirklich an der Zeit ist, zu sagen, wenn Sie, und das tun Sie immer wieder, auf unsere Werte pochen, dann dürfen Sie hier nicht mit zweierlei Maß messen und nicht die Augen davor verschließen, dass Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, dass die Vielfalt der Presse eingeschränkt wird und dass offensichtlich der Kampf gegen intellektuelle Eliten, gegen die Freiheit der Wissenschaft, gegen Universitäten eröffnet wird. Klar ist auch, und das haben mir viele dort erzählt, die Geschwindigkeit, mit der Orbán und Fidesz dieses Gesetz durchgepeitscht haben - es wird jetzt schon nicht als „Rule of law“, sondern „Rule by law“ bezeichnet - ist vor allem ein Warnhinweis an alle anderen Universitäten in diesem Land, nicht zu sehr aufzumucken. Das halte ich tatsächlich für problematisch! Ich finde, es ist an der Zeit, hier ein klares und deutliches Signal zu setzen! Messen Sie nicht weiter mit zweierlei Maß! - Vielen Dank. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Straubinger.

GRin Mag. Sybille **Straubinger**, MBA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass es möglich ist, in einer breiten Allianz diesen Antrag heute zu beschließen. Ich hoffe, dass es eine noch breitere als jene wird, die auf dem Antrag steht.

Ich halte es deswegen für wichtig, weil, ich will jetzt nicht alles wiederholen, ich kann mich vollinhaltlich Ihrer Wortmeldung anschließen, es natürlich ein Zeichen nach Ungarn ist, an die Universitäten dort, an die Wissenschaftler dort, aber natürlich auch, weil es ein Zeichen

dafür ist, dass Österreich und vor allem Wien diese Solidarität zeigt und wir auch ein Universitätsstandort sind, der quasi bereit ist, etwas zu tun, wenn es notwendig ist.

Aber das Ziel muss natürlich sein, dass die Universität in Ungarn bleiben kann. Was sonst passiert, ist das, was wir auf der einen Seite in vielen Ländern beklagen, dass es einen Braindrain gibt, dass ganz viele, die gut ausgebildet sind, aus anderen Ländern nach Westeuropa gehen. Das ist grundsätzlich nicht der Sinn der Sache. Aber vor allem ist es natürlich ein Zeichen dafür, dass sozusagen repressive Politik auf dem Vormarsch ist und ihr kein Einhalt geboten wird. Das ist nicht etwas, was nur in Ungarn passiert, sondern was wir mittlerweile in vielen Ländern beobachten, was in der Türkei passiert ist, wo Erdogan tausende Professoren, Universitätsdozenten verhaften ließ, wo Approbationen entzogen worden sind, wo die Situation so ist, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr ins Ausland reisen dürfen.

Was in Ungarn mit der CEU passiert, ist sozusagen auch nur eine Spitze eines Eisbergs. Abgesehen von diesem Gesetz sind noch andere Gesetze in Vorbereitung, wie beispielsweise am Montag bekannt wurde, ein Gesetz gegen, kann man sagen, die Finanzierung von NGOs, wo jene NGOs, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bekommen, und zwar alles, was über 23.000 EUR geht, in Zukunft auf all ihren Publikationen einen Stempel anbringen müssen, auf dem steht: „aus dem Ausland finanziert“. Das gilt auch für EU-Förderungen, die quasi nicht über die Regierung gehen, sondern direkt bei Projekten über die Europäische Union gekommen sind.

Weil ich so halb gehört habe, von wegen ein europäischer Partner, der hier kritisiert wird, der europäische Partner hat gerade einen Fragebogen an ungarische Bürger unter dem Titel „Stoppt Brüssel“ verschickt, und zwar, ob die Ungarn dafür sind, dass Brüssel Ungarn weiterhin illegale Einwanderung und damit Terrorgefahr aufzwingen darf. Da geht es um die Aufteilung von Flüchtlingen und um nichts anderes. Das ist nicht das, was man unter Gemeinsamkeit und einer gemeinsamen Europäischen Union versteht! Das ist nicht das, was wir unter unseren europäischen Werten verstehen! *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Die Ungarn vielleicht schon, Frau Kollegin!)* Das ist ganz weit weg von einer gemeinsamen europäischen Politik!

Es betrifft aber nicht nur die zwei Beispiele, die ich jetzt zitiert habe, nämlich die Türkei und Ungarn. Was mir wirklich Sorgen macht, ist, dass das natürlich auch in alten und sozusagen alteingesessenen Demokratien zu beobachten ist. Wenn man sich die USA anschaut, geht es im ersten Schritt um Journalisten, die dort quasi schon ausgeschlossen werden, wenn sie nicht genehm Bericht erstatten, wo CNN nicht mehr zugelassen wird. *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Das ist in Wien nicht der Fall!)* - Nein, das ist in Wien nicht der Fall! Definitiv nicht! *(GR Mag. Dietbert Kowarik: Sie subventionieren alle Zeitungen! Alle Zeitungen kriegen etwas! Das glauben Sie selber nicht!)* Wenn CNN nicht mehr zugelassen wird zu Pressebriefings des Weißen Hauses, wenn Fragen

nicht mehr gestellt werden dürfen, ist das in Wien definitiv nicht der Fall! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.* - GR Mag. Dietbert Kowarik: *Das ist ja lächerlich! Kastldenken ist das!*) - Herr Kowarik, es ist wirklich lächerlich, was Sie da sagen!

Bei Journalisten und bei Wissenschaftlern fängt es an. Enden tut es bei der Bevölkerung. Wenn es aber schon so weit kommt, dass Journalisten, dass Wissenschaftler, dass die Freiheit von Kunst, von Wissenschaft und von Journalismus eingeschränkt sind, dann ist es quasi zu Schritten, wo der Alltag der Bevölkerung eingeschränkt wird, nicht mehr weit! (*GR Mag. Dietbert Kowarik: Bei uns darf nicht einmal der Vizebürgermeister etwas über den PID aussenden! Sie schaffen es nicht einmal in Ihrem eigenen Bereich! Sie lügen sich in den Sack!*)

In dem Sinne bitte ich auch um eine breite Zustimmung. Denn ich glaube, es ist das Mindeste, was wir tun können, hier ein international solidarisches Zeichen zu setzen. - Danke. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag. Huemer.

GRin Mag. Barbara **Huemer** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Meinen Vorrednerinnen ist in der Sache nicht mehr sehr viel hinzuzufügen. (*GR Mag. Dietbert Kowarik: Dann lassen Sie es!*)

Es geht um die Freiheit der Wissenschaft, und das nicht sehr weit von unseren Landesgrenzen entfernt. Die Freiheit der Wissenschaft ist nicht nur östlich, sondern auch im Westen gefährdet. Ich bin daher eigentlich sehr froh und sehr stolz, dass wir hier in Wien eine ganz andere Kultur pflegen. Wir bieten dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen, das hier eine sehr wichtige Rolle spielt, und die Rolle, glaube ich, kann man gar nicht stark genug herausstreichen - Anbetracht der politischen Situation -, die Möglichkeit der Planungssicherheit mit einem Dreijahresvertrag. Und das kann auch ganz klar als politisches Signal gewertet werden, als Zeichen, dass der Dialog wichtig ist, der Dialog zwischen Ost und West, der Dialog zwischen Nord und Süd, der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Denn das IWM steht dafür, dass es auch politische Diskussionen außerhalb des akademischen Zirkels trägt. Ich finde, das ist etwas sehr Wichtiges, etwas, das wir gar nicht hoch genug schätzen können.

Gleichzeitig sehen wir in Anbetracht der politischen Entwicklungen, dass mit einer finanziellen Unterstützung die Wissenschaft per se noch nicht frei ist, sondern dass es ganz klar auch einen politischen Rahmen dafür braucht, damit die Freiheit der Wissenschaft gewährt ist.

Ungarn ist ein Beispiel dafür, wo diese Freiheit zunehmend eingeschränkt wird. Und es geht ja nicht nur um die Freiheit des Forschens. Die Central European University steht ja auch für Menschenrechte, steht für ziviles Engagement, steht für Redefreiheit, steht dafür, dass den Roma ein Zugang zur Universität eröffnet wird, also für ganz viele demokratische Entwicklungen und Engagement.

Dieses Engagement der CEU steht im Fokus des Orbán-Regimes. Ich nenne hier auch diese Bezeichnung „Regime“, auch wenn Sie (*in Richtung ÖVP*) sich hier sehr aufgeregt haben. Aber ich halte die Entwicklungen in unserem Nachbarland in der Tat für sehr, sehr undemokratisch. Angriffe auf Medienfreiheit, auf Pressefreiheit, auf Redefreiheit, auf Wissenschaft und Forschung gehen ganz klar in diese Richtung, dass demokratische Entwicklungen, Demokratie, zivilgesellschaftliches Engagement unterbunden werden. Hier soll auf eine Art - ich glaube, Kollegin Straubinger hat es so genannt - auch ein Exempel dafür statuiert werden, was passiert, wenn man sich außerhalb dieses Rahmens des Orbán-Regimes stellt.

Ich halte es für sehr, sehr wichtig, hier von Seiten Wiens geschlossen diese Solidarität an die Universität zu senden. Ich halte es für sehr, sehr wichtig, dass Ungarn nicht nur von der Stadt Wien ein Zeichen bekommt - so geht es nicht, wir beobachten das ganz klar -, sondern es muss auch europäisch und von der Bundesregierung gehandelt werden. (*GR Mag. Dr. Alfred Wansch: ... ist demokratisch gewählt!*)

Ich halte es für sehr, sehr wichtig, dass die Studierenden, dass die Beschäftigten, dass all die Institutionen, die an der Universität ja mit in Kooperation hängen - das sind Universitäten quer über die ganze Welt -, hier ein Signal bekommen (*GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Das sind die wahren Demokraten!*): Die ungarische Central European University steht hier nicht allein, sondern wir stehen mit ihr.

Wir stehen mit ihr, wir demonstrieren für diese Freiheit. Wir demonstrieren dafür, dass das Institut, dass die Universität in Budapest bleiben kann. Denn ja, es ist wichtig, dass dort der Standort erhalten bleibt, dass die Universität weiter von dort aus wirken kann. Aber umso wichtiger ist es auch, dass, sollten alle Verhandlung - wie schon meine Vorrednerinnen gesagt haben - scheitern, ein Alternativstandort dasteht. (*Zwischenruf von GR Mag. Dr. Alfred Wansch.*)

Ich würde mich wirklich sehr, sehr freuen, wenn wir heute geschlossen - geschlossen! - hier ein Zeichen von Seiten des Gemeinderates senden, dass wir dieses Angebot breit tragen. VBgm.in Maria Vassilakou hat das schon gemacht, sie hat schon ein Angebot gemacht. Aber ich halte es für sehr, sehr wichtig, dass hier auch von breiter Seite diese Unterstützung kommt.

Ich möchte von dieser Stelle aus noch auf etwas anderes hinweisen. Denn die wissenschaftliche Forschung - es wurde schon erwähnt - ist auch mit einem Präsidenten Trump zunehmend in Diskreditierung geraten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es ist das Zeitalter der alternativen Fakten ausgerufen worden, wissenschaftliche Fakten zählen nicht mehr. Ein Klimawandel wird als Lüge dargestellt. (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Forscherinnen und Forscher in den USA sind besorgt, sie sind besorgt und auch wütend. Dieser Wut, dieser Sorge werden sie Ausdruck verleihen mit dem „March for Science“ am 22. April. Diese Initiative, die von den USA ausgeht, überträgt sich weltweit. 400 Städte werden an diesem Tag einen „March for Science“ abhal-

ten, und diesen „March for Science“ wird es auch in Wien geben. Er wird in Wien von sehr, sehr großer Breite der ForscherInnen, der RektorInnen, der WissenschaftlerInnen bereits unterstützt.

Ich glaube, der Wissenschaft tut es sehr gut, wenn auch wir sie unterstützen, wenn wir ihr zeigen, dass der Wissenschaftsstandort Wien nicht nur rhetorisch wichtig ist, sondern wir hier auch ganz klar zeigen, dass wir mit ihm sind, dass es uns wichtig ist, dass sie in Wien ist, dass WissenschaftlerInnen hier forschen können, dass sie hier arbeiten können, dass wir ihre Arbeit auch respektieren.

Ich lade Sie daher ein, auch stellvertretend für alle, die diesen March organisieren: Kommen Sie am 22. April zum Sigmund-Freud-Park vor der Votivkirche! Ab 13 Uhr lernen Sie dort WissenschaftlerInnen und ForscherInnen kennen. Zeigen Sie Ihre Solidarität, eine Solidarität, die heutzutage weltweit vonnöten ist. Ich ... *(Die Rednerin macht eine Pause. - GR Mag. Günter Kasal: Jetzt haben Sie vergessen, was Sie sagen wollen, oder?)*

Ich finde, von diesem „March for Science“ - Sie machen sich hier, wie ich da jetzt aus dem Ohrenwinkel heraus wahrnehme, sehr lustig darüber. Sie nicken dazu sogar noch. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Sie finden es total lustig, dass wissenschaftliche Forschung diskreditiert wird. Sie finden das total lustig.

Ich glaube, sehr viele Menschen finden das weniger lustig, wenn Fakten nichts mehr gelten, genau, wenn „evidence-based“ wurscht ist. Ist eh wurscht, wir machen uns sowieso unsere Geschichte selber! Das haben wir auch heute wieder mehrmals erlebt. Die Konstruktion, sie lebe hoch!

Und genau deshalb ist dieser „March for Science“ ein gutes Zeichen. Und ich würde mich natürlich sehr freuen, viele von Ihnen dort zu sehen. Ich werde jedenfalls dort sein, und ich werde auch jedenfalls weiter dafür demonstrieren, dass die Central European University in Budapest bleiben kann. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, sollte das nicht der Fall sein, dass die Universität, wenn sie es will, in Wien einen guten alternativen Standort beziehen kann. Und ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, dass auch Wien die Wissenschaft weiter gut fördern kann. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA.)*

In diesem Sinne *(Ruf bei der FPÖ: ... für den Universitätsbeauftragten!)* würde ich Sie ersuchen, dass Sie sowohl dem Antrag fürs IWM als auch dem Beschlussantrag zur Central European University zustimmen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr. Aigner.

GR Dr. Wolfgang **Aigner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es ist eine ganz interessante Konstellation, die sich hier offenbart. Ich habe das immer noch im Ohr, wie sehr Sie gegen die Reichen, gegen die Milliardäre, und so weiter sind. *(GR David Ellensohn: Aber nicht, wenn sie ...)* Beim Herrn Soros - das ist ein Milliardär *(GR Mag. Dietbert Kowarik - in Richtung GRÜNE -: Dolcefar niente, haben wir gehört!)*, der wesentliche Teile seines Vermö-

gens durch Währungsspekulation gewonnen hat, wo ja, wenn der eine etwas gewinnt, andere etwas verlieren müssen - ist das jetzt auf einmal der gute Spekulant, das ist der Philanthrop! *(Beifall bei der FPÖ.)*

400.000 EUR gibt es für die antikapitalistische WienWoche, wo man den Markt und unser ganzes biederes Wirtschaftssystem, unsere soziale Marktwirtschaft madig macht. *(GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA: Das ist jetzt unter Ihrem Niveau, Herr Aigner!)* Aber das, was der Herr Soros macht, sozusagen der Raubtierkapitalismus aus den USA, der wird auf einmal hochgejubelt! Und den wird man dann, den muss man dann weiter unterstützen.

Dass die NEOS eine gewisse Nähe zu angeblich philanthropischen Milliardären haben, die das meiste Geld auch aus öffentlichen Aufträgen lukriert haben, das wundert mich ja nicht. Aber dass jetzt auf einmal die ganz linke Seite bei den Milliardären gemeinsame Sache macht, das ist schon mehr als eigenartig.

Wir haben ja heute nicht die erste Diskussion über diese Soros-Universität. Die Milliarden-Connection brauchen wir nicht, es fehlt uns, glaube ich, auch der Einblick, was da wirklich abgeht. Das maße ich mir auch gar nicht an. Ich glaube auch, dass der Wiener Gemeinderat nicht der richtige Ort ist, darüber zu diskutieren, wie Gesetze in anderen Ländern zustande kommen.

Herr Bundeskanzler Kern hat sich ja auch schon eine Abfuhr geholt. Das ist jetzt, glaube ich, überhaupt üblich: Bei der Relocation haben wir uns die Abfuhr geholt, und da holen wir uns die Abfuhr. Oder auch der Außenminister bei der Familienbeihilfe, das geht auch alles so nicht. Ich glaube also, das ist jetzt schon ein Mittel der Politik, dass wir irgendwelche Dinge ankündigen und uns dann halt die Abfahren holen. Aber ich glaube, wir haben es nicht notwendig, dass wir uns da die Abfuhr vom Herrn Soros oder von sonst jemandem holen.

Was uns grundsätzlich an der ganzen Ideologie, die da dahintersteckt, nicht passt - und deswegen sind wir aus inhaltlichen Gründen dagegen -, ist dieses Auflösen der Nationalstaaten. Genau für diese Ideologie steht der Herr Soros! „The Way to Europe“: Da kommen Zehntausende, das ist wie das Finanzieren von Schlepperorganisationen.

Ob das so philanthropisch ist, dass wir dann unsere Soldaten, unsere Polizisten an die Außengrenzen schicken, dass wir die Leute davon abhalten, illegal zu uns zu kommen, die der Herr Soros über Western Union mit dem Geld versorgt, das muss mir einmal jemand klarmachen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das müssen Sie dann auch mit Ihrem Minister Doskozil und mit Herrn Bundeskanzler Kern einmal abklären, wie das geht, dass wir auf der einen Seite bei jeder Gelegenheit sagen, wir müssen unsere Außengrenzen besser schützen, und dann hauen wir uns mit jenen auf ein Packel, die den Leuten das Geld zustecken, dass sie illegal zu uns kommen - das ist ein Widerspruch! Da sind vielleicht manche Teile der Sozialdemokratie noch nicht so weit, aber vielleicht kommen sie dann auch zu dem Schluss, dass das vielleicht keine gute Entwicklung ist.

Zu der ganzen Diskussion um die Freiheit der Wissenschaft: Ich habe nichts von Ihnen gehört, als Herr

Erdogan die Immunität weiter Teile der Abgeordneten in der Türkei aufgehoben hat. Die halbe HDP ist eingesperrt worden von einem EU-Beitrittskandidaten, von einem Europaratsmitglied. Da werden die Abgeordneten vor den wichtigen Abstimmungen aus dem Verkehr gezogen, und nichts passiert! (*GR Dr. Kurt Stürzenbecher: Wir haben protestiert, dass diese Aktionen ...*) Das ist viel ärger, als irgendeine Privat-Uni dichtzumachen, wenn dem so ist.

Im Übrigen hat der Soros genug Geld. Dann soll er halt in Amerika irgendwo eine Zweigstelle aufmachen, und das Ganze hat sich sowieso erledigt. So schwierig ist es ja nicht. (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Man muss hier feststellen, dass Sie demokratische Entscheidungen in anderen Ländern nicht zur Kenntnis nehmen, wenn es halt nicht nach links geht. Einfach zu sagen, eine demokratisch gewählte ungarische Regierung ist ein „Regime“, und das mitten in Europa - bei den Kummerln sind Sie noch alle hingefahren! Zum Brezhnev, zum Honecker, da gibt es Kontakte bis nach Nordkorea. Unser Alt-Bundespräsident hat sogar noch Kontakte nach Nordkorea. Das waren Regimes, die man sozusagen toleriert hat - aber eine demokratisch legitimierte Regierung in Ungarn ist dann ein „Regime“.

Und ein amerikanischer Präsident, der einem nicht passt, wird auch gleich zum Diktator! Also da ist mein Vertrauen in das amerikanische System von Checks and Balances groß genug. Ich glaube, dass das der Trump gar nicht so ist; er braucht halt die Journalisten nicht, weil er die Medien übergeht, weil er twittert. Das ist eben eine neue Form von Kommunikation, aber das kann man ihm auch nicht zum Vorwurf machen.

Im Endeffekt ist es so: Weltweit hat man von der linken Politik genug! Die Linken werden überall abgewählt, sie haben deswegen in Europa auch nichts zu haben. Das müssten Sie - wenn Sie wirklich so demokratisch wären, wie Sie sich auch nennen -, das müssten Sie halt zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen sehen, dass die linke Politik in die Irre führt. (*Beifall bei der FPÖ. - GR Mag. Wolfgang Jung: Sogar in den eigenen Parteien!*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Juraczka.

GR Mag. Manfred **Juraczka** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

An und für sich war eine Wortmeldung von unserer Fraktion zu diesem Poststück nicht geplant, haben wir doch gleich zu Beginn der heutigen Tagesordnung bei Post 5 einen Antrag eingebracht - er blieb nur von uns unterstützt, wohlgemerkt -, dass wir durchaus gewillt sind, der Central European University in Wien jederzeit bei der Standortsuche behilflich zu sein und uns freuen würden, wenn wir in Wien als Universitätsstandort bei vielen Instituten aus vielen Ländern durchaus auch eine mögliche Alternative sein können.

So weit, so gut, wie gesagt, zu diesem Zeitpunkt nur von uns unterstützt. Jetzt höre ich plötzlich von der Vordrönerin Meinl-Reisinger, dass ich sie auf Twitter ins linke Eck gestellt hätte. Nun, ich muss ganz offen sagen,

es ist ja nicht das erste Mal, dass man seitens der NEOS ganz gern Beiwagerl für Rot-Grün ist. Aber das nur ganz nebenbei.

Was mich wirklich irritiert, ist, dass man hier offensichtlich mit zweierlei Maß misst. Von der Seite (*in Richtung GRÜNE*) des Plenarsaals bin ich das gewohnt. Ich bin es durchaus gewohnt, dass man seitens der GRÜNEN, wenn Fidel Castro verstirbt, davon redet, was das für ein großes Vorbild war, aber einen demokratisch gewählten Präsidenten eines befreundeten Landes - ob er mir jetzt in allem gefällt oder nicht - in die Nähe eines Faschisten rückt. Das wird als selbstverständlich hingegenommen. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Dass man auch in Europa mit Tsipras und Varoufakis überhaupt kein Problem hatte, dass man kein Problem hat, wenn in Deutschland Rot-Grün mit den Erben der SED gemeinsames Spiel machen möchte, daran haben wir uns gewöhnt. (*GR Mag. Rüdiger Maresch: Fake News!*)

Aber von Ihnen, Frau Kollegin, bin ich es, ehrlich gesagt, nicht gewohnt, dass Sie einen europäischen Partner - von dem einem vielleicht auch nicht alles gefallen muss - als Regime bezeichnen und mit der Türkei gleichsetzen und uns als Volkspartei gleichzeitig bezichtigen, europäische Werte zu verraten. Wenn man einem europäischen Partner so begegnet: Das halte ich für problematisch! (*Zwischenruf von GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES.*)

Frau Kollegin Meinl-Reisinger! Ich kann Ihnen nur eines sagen. Sie sind in Ihrer politischen Ausrichtung, zumindest hier in diesem Haus, eine Linksliberale. Das ist zu achten. Ich bin ein Konservativer. Das ist ein Riesenunterschied, und das ist gut so. (*GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: ... rechtsliberal!*) Vielen herzlichen Dank. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau StRin Stenzel.

StRin Ursula **Schweiger-Stenzel**: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Verehrte Damen und Herren!

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Auftritte von Viktor Orbán als junger Vorsitzender der Fidesz im Europäischen Parlament. Es war im Rahmen der Europäischen Volkspartei, wo er ein glühender Anhänger der Europäischen Union war und sich als solcher auch glaubhaft präsentiert hat.

Viktor Orbán ist nach wie vor ein Befürworter der Europäischen Union, allerdings einer in sich reformierten Europäischen Union. Er will nicht den radikal nationalistischen Staat, sondern er will eine wesentliche, souveräne Entscheidungsfreiheit innerhalb einer Europäischen Union als Staatenbund und keine immer mehr werdende etatistische, staatliche Europäische Union, deren Legitimation für uns und auch für Sie alle oft sehr schwer nachzuvollziehen ist.

Zur Person von Herrn Soros: Soros gilt als Philanthrop, ich habe ihn auch viele Jahre als solchen eingeschätzt. Als er nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs mit Geldern Wissenschaftsinitiativen, demokratische Initiativen hinter dem ehemaligen, Gott sei Dank gefallenem Eisernen Vorhang unterstützt hat, habe

ich mir gedacht: Wunderbar! Denn die Leute brauchen Geld, die Leute brauchen eigentlich einen Marshall-Plan.

Wo so etwas nicht gegriffen hat, war es immer schwierig. Die Europäische Union hat ihre Pforten geöffnet und hat dann alle zehn Beitrittskandidaten auf einmal aufgenommen, was vielleicht auch nicht das Gelbe vom Ei war, wie wir heute wissen, aber politisch unumgänglich, weil wir Europa eigentlich stützen, fördern und stabilisieren wollten.

Womit wir es aber jetzt zu tun haben, ist - und das sehen wir tagtäglich - ein Ansturm von Massen illegaler Migranten an unseren europäischen Küsten, die das Festland erreichen wollen, um dann hier zu sein, und nicht im ersten sicheren Land, wie die Dublin-Vereinbarung es sagt, im ersten sicheren Land um Asyl ansuchen, sondern sie suchen es sich aus, und zwar dort, wo sie die besten Möglichkeiten des Sozialsystems vorfinden.

Ich mache den Migranten, den Flüchtlingen, wie immer wir sie jetzt nennen wollen, gar keinen Vorwurf. Aber ich mache sehr wohl dem Herrn George Soros einen Vorwurf, dass er ein Netzwerk im Internet finanziert, das - ich habe das hier von einem hohen Beamten leider des Außenministeriums, ich sage „leider des Außenministeriums“ und komme noch dazu -, das „Way 2 Europe“ heißt, in sämtlichen Sprachen aus sämtlichen Ländern, ob es dort Bürgerkriege gibt oder nicht, und einen Überblick anbietet über sämtliche Serviceleistungen aller europäischen Länder von A bis Z. In sämtlichen Sprachen: „Way 2 Europe“, ich habe es hier.

Eigentlich sollte man dagegen arbeiten und sagen: „No Way 2 Europe!“ (*Beifall bei der FPÖ.*) Bei diesem Vorgehen hat Soros - im Gegensatz zu anderen Vielfachmilliardären und auch erfolgreichen Spekulanten auf dem internationalen Geldmarkt - liquide Mittel, und das macht ihn so besonders - ja, ich sage es - gefährlich, weil er einen Anreiz bietet zu Menschenschmuggel, zu illegaler Grenzüberschreitung (*GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Was hat das mit den Instituten dort zu tun? - GR Mag. Dietbert Kowarik: Das fragen gerade Sie, Frau Kollegin?*) und letztlich zu einem Zusammenbruch unseres europäischen Werte- und Sozialsystems!

Seien Sie nicht so verlogen, das es hier um die Freiheit der Wissenschaft geht! Denken wir doch endlich einmal darüber nach: Wie bewahren wir unsere europäischen Werte? Mit Geld, das „Way 2 Europe“ fördert, werden Massen von Menschen, die in Afrika, in elenden Ländern unter elenden Umständen darben, in eine völlig falsche Richtung gelenkt: Kommt nach Europe, da ist ohnehin alles wunderbar! Und man kann es nachlesen, bis hin zum Schwedenplatz, oder wo die diversen Hilfsstellen sind. Das ist unverantwortlich! So etwas muss man nicht unterstützen. Das muss man sehen, und das muss man aussprechen.

Gerade heute, glaube ich, wäre es auch an der Zeit, einen Herrn Orbán ein bisschen differenzierter zu sehen. Herr Orbán war der Einzige - der Einzige! -, der den Schutz nationaler Grenzen ernst genommen hat, den Schutz der Schengen-Grenze ernst genommen hat. Die liebe Frau Bundeskanzlerin Merkel dankt wahrscheinlich

jede Nacht dafür, dass Orbán das gemacht hat, und wir inklusive. Wir inklusive! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich halte es für vermessen, ich halte es für verlogen, sich hier auf dieses Anti-Orbán-Bashing zu reduzieren. (*GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Was hat das mit der Universität zu tun?*) Das sind auch die NEOS. Das ist Ihrer nicht würdig, Frau Meinel-Reisinger. Wenn das die GRÜNEN machen, das soll sein. Wenn das ein Teil der Sozialdemokratie macht, soll sein. (*GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Was hat das alles mit der Universität zu tun?*)

Aber was ich leider auch dem Herrn Kurz vorwerfen muss, ist Folgendes: Er weiß sehr wohl - denn diese Information kommt aus dem Außenministerium -, was hier gespielt wird, tritt dann gleichzeitig nach außen auf und sagt, wir machen unsere Grenzen quasi dicht, wir senken die Mindestsicherung, und wir werden der EU sagen, wo es langgeht. Dann soll er das abschaffen!

Dann machen wir ein Netzwerk, das sagt: „No Way 2 Europe!“ Dass man die Völker aus Afrika, aus Asien, von wo immer sie kommen, weil sie glauben, hier das Paradies vorzufinden - was sie nicht vorfinden! -, dass man sie darüber aufklärt, was sie hier erwartet: ein bisschen Mindestsicherung, ein bisschen Grundeinkommen, kein Job (*GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Was hat das mit der Universität zu tun?*) und Arbeitslosigkeit und AMS. Und eine miese Wohnsituation. Wollen wir das: Wollen wir die Leute in dieser Unwissenheit lassen? Nein!

Ich halte Herrn George Soros mit seinen Milliarden hier für unverantwortlich. Er finanziert darüber hinaus jetzt auch noch irgendein Büro - das war ja auch in allen Gazetten -, wo er sagt, man muss die Hate News, die Fake News und alle diese Postings bekämpfen. Das ist Finanzierung von Denunziantentum, nichts anderes! (*Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin El-Nagashi.

GRin Mag. Faika **El-Nagashi** (*GRÜNE*): Sie überbieten sich gegenseitig. Tatsächlich überbieten Sie sich gegenseitig. An Ihren Redebeiträgen, also insbesondere jetzt an dem letzten Beitrag, wird es deutlich, welchen hohen Symbolcharakter die CEU hat. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Erzählen Sie uns einmal, was dort ist!*)

Ich glaube, was Sie hier jetzt wiedergegeben haben, ist die Kurzfassung - oder die Langfassung, ich bin mir nicht ganz sicher - der Debatte, die eigentlich Orbán bei dem Thema führt. Sie haben alle Elemente einer Verschwörungstheorie. Sie haben die Gefahr, die Bedrohung, die Netzwerke, das Wirken im Hintergrund. Sie haben das Geld. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Haben Sie hier Ihre Vorurteile ...*)

Diese Verschwörungstheorien, die ganz stark um Soros und seine Arbeit kreisen, haben tatsächlich, wie Kollegin Meinel-Reisinger zu Recht gesagt hat, eine ganz stark antisemitische Ausrichtung. (*Zwischenruf von GR Mag. Dr. Alfred Wansch.*) Das ist der Diskurs, in dem das platziert ist, und das ist der Diskurs, den Sie hier auch aufgreifen, sodass Sie hier heute Brandreden halten

gegen die CEU zu einem Zeitpunkt, wo sich tausende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, wo sich quasi die gesamte akademische Community weltweit solidarisiert (*GR Mag. Dr. Alfred Wansch: Nicht die gesamte! Ihr Teil der Community ...*) mit der Central European University, quer durch alle Bereiche.

Sie stehen hier und halten Brandreden dagegen, und Ihr Hauptpunkt daran ist die Soros-Universität. Das ist nicht die Soros-Universität, das ist Teil genau dieses Zugangs, es in einen verschwörungstheoretischen Kontext zu stellen. Es ist die CEU, es ist seit 25 Jahren die CEU. Es ist die Central European University.

Wer einmal dort war in der Central European University, wer in der Nador utca war - und die Kollegin war vor Kurzem dort -, zwischen dem Freiheitsplatz und der Basilika, und dort versucht hat zu verstehen, was die Arbeit dieser Universität ist und was tatsächlich die Bedeutung für den mittel- und osteuropäischen Raum ist, für Zentralasien ist: Die Studierenden, der Spirit der Studierenden dort, das, wofür die studierende Gemeinschaft, aber auch der ganze Lehrkörper dort stehen, die Ausrichtung auf eine offene Gesellschaft, auf Demokratie, auf ein tatsächliches Lernen voneinander und einen tatsächlichen Austausch miteinander.

Tatsächlich ist der symbolische Aspekt ein sehr, sehr großer, ein sehr hoher. Die Studierenden, die an dieser tatsächlichen Eliteuniversität studieren können und studieren dürfen, erhalten dort diese Möglichkeit, erhalten dort Stipendien, um Zugang zu dieser Ausbildung zu bekommen.

Diese Verschwörungstheorien, die Sie in den Raum stellen, projizieren Sie auf eine Person (*GR Mag. Wolfgang Jung: Was für eine Theorie?*): George Soros, der über 80 Jahre alt ist, der den nationalsozialistischen Totalitarismus ebenso überlebt hat und sich dagegen gestellt hat wie auch gegen den kommunistischen Totalitarismus, der seine Arbeit, seine politische oder philanthropische Arbeit begonnen hat, genau um Oppositionelle gegen totalitäre Regimes zu unterstützen, der genau in dieser Zeit aktiv geworden ist mit dieser Intention, offene Gesellschaften zu schaffen, und wo es tatsächlich gelungen ist, über die CEU diese Haltung von offenen Gesellschaften weiterzugeben.

Ich freue mich sehr darüber, dass wir hier, drei Parteien gemeinsam, diesen Antrag heute verabschieden werden, dass wir unsere Solidarität ausdrücken, dass wir sagen „I stand with CEU.“ oder „A CEU-val vagyok.“ und dass wir hier gemeinsam dieses Zeichen setzen. (*Beifall bei GRÜNEN, SPÖ und NEOS.*)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als vorerst Letzter hat sich Herr GR Dipl.-Ing. Dr. Gara zum Wort gemeldet.

GR Dipl.-Ing. Dr. Stefan **Gara** (*NEOS*): Sehr geehrter Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin wirklich erschüttert über die Art der Diskussion! Ich bin erschüttert über die Qualität. Mein Vater ist 56 aus Ungarn geflüchtet. Ich habe sehr viele Verwandte in Ungarn, die verängstigt sind über das, was Sie dem Herrn Orbán zuschreiben: Dass er eigentlich einer ist,

der ja kein Nationalist ist, dass er eigentlich ein Europäer ist. Es ist genau das Gegenteil der Fall!

Was Orbán propagiert, ist: Halten wir Brüssel auf! Er schürt Nationalismen, er schürt Angst. Er schränkt die Freiheit der Wissenschaft ein, er schränkt die Freiheit der BürgerInnen ein. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Nein, die wollt ihr einschränken! Indem ihr sagt, sie dürfen ihn nicht wählen! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das ist etwas, was Sie einfach verharmlosen, einfach so darstellen. Ich finde es unglaublich, auf welchem Niveau (*GR Mag. Wolfgang Jung: Unglaublich ist Ihr Demokratieverständnis!*) welche Diskussion hier geführt wird.

Wenn Sie es sich einmal anschauen: Viktor Orbán lässt gerade das Volk befragen. Viktor Orbán lässt gerade das Volk befragen zu Brüssel, und wenn man sich ansieht, welche Fragen er hier stellt, dann sind diese nicht nur sehr subjektiv, sondern diese Fragen sind eigentlich vollkommen absurd. (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Er fragt zum Beispiel ... (*StR DDr. Eduard Schock: Erinnern Sie sich an den Minister Strasser ...*) Er fragt zum Beispiel: Brüssel bereitet einen gefährlichen Schritt vor, es will uns zur Aufhebung der Betriebskostensenkung zwingen. Vollkommener Unfug! Brüssel schreibt uns vor, wie wir unsere Energiepreise festlegen. Vollkommener Unfug! Sehr viele Suggestivfragen, die mit der Realität überhaupt nichts zu tun haben, und das alles immer unter dem Mäntelchen, dass wir eigentlich nur die EU reformieren wollen, dass wir ja eigentlich Europäer sind.

Aber in Wirklichkeit sind sie keine Europäer. In Wirklichkeit haben sie überhaupt kein Interesse an einer Europäischen Union. In Wirklichkeit schüren sie nur Nationalismen. In Wirklichkeit sind sie gegen die Freiheit der Wissenschaft. Ich finde den „March of Science“ total wichtig. Ich finde es total wichtig, dass sich hier Menschen engagieren. (*Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich weiß nicht, für welche Politik Sie hier eintreten wollen. Keine Bildung mehr? Verdummung? Ich halte es für extrem wichtig, dass wir diese freie Wissenschaft aufrechterhalten. (*Beifall bei den NEOS. - Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und das ist das, wo Sie sagen, Viktor Orbán ist ein Europäer. Er ist überhaupt kein Europäer, er ist ein Nationalist! (*GR Mag. Wolfgang Jung: Und das bestimmen Sie?*) Er schränkt die Grenzen ein. (*GR Mag. Wolfgang Jung: Eine Zwergerlpartei bestimmt das! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich kenne sehr vieles. Ich kenne die Erfahrung meiner Verwandten in Ungarn, die Angst haben vor einem neuen Regime, wie es derzeit in Ungarn stattfindet, die Angst haben davor, dass die Meinungsfreiheit nicht mehr gilt, die Angst haben davor, dass sie nicht mehr sagen können, was sie denken. Das, muss ich sagen, hat mit Europa überhaupt nichts zu tun. Das ist reinster Nationalismus, und das ist absolut vor diesem Hintergrund auch zu verhindern.

Deswegen stehen wir auch für diese offene Gesellschaft, für diese offenen Werte, und wir sind sehr froh, wenn wir dieses Banner der Freiheit und der Offenheit

der Wissenschaft auch hochhalten können. *(Beifall bei NEOS, SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Stumpf. *(GR Mag. Dietbert Kowarik - in Richtung NEOS: Wer ein Europäer ist, bestimmen Sie?)*

GR Michael **Stumpf**, BA (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eigentlich unglaublich, mit welcher Unwissenheit über eine Materie gesprochen wird *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*, über eine Ungarn-spezifische, Budapest-spezifische Materie, wo Sie sich eigentlich einmal ... *(Beifall bei der FPÖ.)* Wirklich, glauben Sie doch nicht immer alles, was Sie auf Ihren Parteiseiten lesen, sondern informieren Sie sich einmal aus unabhängigen Quellen. *(Zwischenruf von GRin Mag. Faika El-Nagashi.)*

Gerade Sie, Frau Kollegin El-Nagashi, haben ja auch ungarische Wurzeln. Die habe ich auch. Sie kennen die renommiertesten Universitäten in Budapest, sei es Semmelweis Egyetem, sei es Eötvös Loránd Tudományegyetem, sei es Országos Rabbiképző - Zsidó Egyetem. Das ist die Rabbi-Ausbildungsstelle europaweit, und Sie werfen den Ungarn und Orbán Antisemitismus vor, wo es ganze jüdische Viertel gibt und es eine ganz wichtige Kultur in Budapest ist? Schämen Sie sich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann werfen Sie ein antidemokratisches Vorgehen einem Ministerpräsidenten vor, der zwei Drittel der Wählerstimmen bekommen hat. Das sind Stimmen, von denen können Sie nur träumen! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Hunderte Jahre lang werden Sie niemals eine Zweidrittelmehrheit mit Ihrer grünen Politik erreichen. Die hat er erreicht, weil er bei den Bürgern ist! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Gara! Sie sind ja ein angsterfüllter Mensch. Ich habe gar nicht gewusst, dass Sie so viel Angst haben vor Ungarn und vor Ministerpräsident Orbán. Wissen Sie, was ich erzählt bekomme? Denn ich rede ja, im Gegensatz zu Ihnen, auch mit ungarischen Bürgern, und die erzählen mir, dass sie eigentlich das antidemokratisch finden, was in Österreich herrscht, nämlich dass bei wichtigen politischen Entscheidungen die Bürger nicht mit eingebunden werden, dass es keine direkt-demokratische Befragung zu wichtigen europäischen Fragen oder auch zur Zuwanderungsfrage gibt. Das finden sie demokratiepolitisch bedenklich *(GRin Mag. Beate Meinel-Reisinger, MES: Solche Polemik ...)*, und ich übrigens auch. Und meine Fraktion natürlich auch! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gerade Sie, Frau Kollegin Meinel-Reisinger, hören sich liebend gern reden. Aber hören Sie sich einmal selber zu, was Sie da sagen, und hören Sie sich einmal zu, wie Sie zwischenmenschliche und bilaterale Kontakte zwischen Österreich und Ungarn nicht nur auf die Probe stellen, sondern nachhaltig zerstören mit Ihrer Rambo-Verbalrhetorik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist Ihnen und Ihrer Partei zu verdanken, dass dann Menschen, Mandatare, ehrenamtliche Mitbürger, Leute, die eben gute bilaterale Kontakte zu Ungarn pflegen, das schwer ausbaden und ausbügeln müssen, was

Sie an Scherbenhaufen anrichten. Das geht so nicht. Bitte bemühen Sie sich, sachlich zu bleiben! *(Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Sie wissen ganz genau, Budapest ist die Universitätsstadt schlechthin mit Top-Akademikerinnen und Akademikern, Medizinerinnen *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*, das sind Leute. Wenn Sie glauben, dass die Elite, die akademische Elite über die CEU abgedeckt wird, dann beweisen Sie, dass Sie sich wirklich nicht auskennen. *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag. Faika El-Nagashi: Das ist eine Frechheit! Sie haben keine Ahnung!)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Es ist tatsächlich niemand mehr zum Wort gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Wir könnten noch über den Weltraum reden! Über die Aliens!)* Die Berichterstatterin verzichtet. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 42. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben betreffend Postnummer 42, Institut für die Wissenschaften vom Menschen. - Das ist einstimmig so angenommen.

Es liegen zwei Beschlussanträge vor.

Ein Beschlussantrag der GemeinderätInnen Meinel-Reisinger, Sybille Straubinger, Barbara Huemer, Christoph Wiederkehr, Heinz Vettermann, El-Nagashi betrifft die Central European University. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und NEOS so angenommen.

Es liegt ein weiterer Antrag der NEOS vor, betreffend Rot-Weiß-Rot-Card. Hier wird in formeller Hinsicht die Zuweisung des Antrags an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Integration, Jugend und Personal verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN, NEOS und ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ so angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 53 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Abschluss eines Baurechtsvertrages in Wien 22, KatG Aspern. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Danke. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Pawkowicz. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Heute keine zweieinhalb Stunden!)*

GR Mag. (FH) Alexander **Pawkowicz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Gemeinderatsvorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Und wenn ich mir noch so sehr Mühe gebe: Ich befürchte, so launig wie die letzte Debatte wird es jetzt hier nicht werden. Im Endeffekt beschränke ich mich ... *(GRin Mag. Sybille Straubinger, MBA: Die war nicht launig! -*

Weitere Zwischenrufe.) Na, von mir aus zaubere ich noch etwas heraus.

Aber ich beschränke mich im Moment einmal auf den Beschlussantrag und den Abänderungsantrag, den wir hier einbringen. Wir haben es bereits im Ausschuss getan. Hier geht es darum, dass ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werden soll mit drei genossenschaftlichen Bauträgern im 22. Bezirk. Diese Bauträger sind bereits an verschiedene Fraktionen, auch an das Büro des Herrn Stadtrats herangetreten mit der Bitte, hier Baurechtswohnungseigentum schaffen zu dürfen. Das hat verschiedene abrechnungstechnische Gründe, die auch womöglich entsprechende Rechtssicherheit, nämlich mehr Rechtssicherheit, für die Bewohnerinnen und Bewohner bringen können.

Ich kann nur sagen, für mich haben diese Argumente bis dato schlüssig geklungen. Die Gegenargumente, die ich im Ausschuss gehört habe, konnten wir noch im Ausschuss widerlegen. Es gibt daher aus unserer Sicht jetzt keinen Grund, oder zumindest keinen wesentlichen Grund, der gegen ein Baurechtswohnungseigentum spricht.

Aus diesem Grund stellen wir einerseits einen Abänderungsantrag zu dem Baurechtsvertrag, der hier beschlossen werden soll, nämlich den Abänderungsantrag, Baurechtswohnungseigentum tatsächlich zuzulassen.

Für den Fall, dass das nicht geht, weil es jetzt zu kurzfristig wäre, gibt es von mir dann noch zusätzlich einen Beschlussantrag, der genau dasselbe verlangt, allerdings mit einer Einschränkung. Der Beschlussantrag käme erst dann zum Tragen, wenn dieses Baurecht zunächst einmal so abgeschlossen wird, wie es hier im Geschäftsstück steht. Und man könnte dann hinterher Baurechtswohnungseigentum schaffen.

So weit dazu. Kollege Deutsch wird hier möglicherweise noch etwas dazu sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Deutsch.

GR Christian **Deutsch** (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Abschluss eines Baurechtsvertrages mit den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften NEUES LEBEN, MIGRA und WOGEM ist ein weiterer Schritt, um ein Siegerprojekt zu realisieren, das aus dem ersten Bauträgerwettbewerb der Wiener Wohnbauoffensive, die StR Ludwig im Februar 2016 gestartet hat, hervorgegangen ist. Es betrifft ein Areal von rund 16.000 m² am Kapellenweg in der Donaustadt.

Ein Bauträgerwettbewerb, der in einer Rekordzeit von vier Monaten abgewickelt wurde, ist deshalb sehr beachtlich, weil durch die deutlich verkürzte Verfahrensdauer damit auch eine raschere Projektrealisierung, Effizienzsteigerungen und vor allem Kostensenkungen erreicht werden konnten. Das kommt letztendlich auch den Wohnungssuchenden in Wien zu Gute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wohnfonds Wien hat daher diesen Bauträgerwettbewerb in Kooperation mit der MA 69 ausgeschrieben. Die Aufgabenstellung hat hier im Wesentlichen neben den üblichen

Qualitätskriterien der vier Säulen, nämlich der Ökonomie, der sozialen Nachhaltigkeit, der Architektur und der Ökologie, vor allem auch die Vorgabe umfasst, ein Drittel kostengünstige Smart-Wohnungen entsprechend vorzusehen, sodass auf diesem Areal 450 Wohnungen, darunter eben die bereits erwähnten 150 kostengünstigen Smart-Wohnungen, bis zum Sommer 2019 errichtet werden können.

Das geschieht auf einem Areal - und das ist das Wesentliche -, das ursprünglich dem Krankenanstaltenverbund zuzurechnen war, weil dort das Personalwohnhaus des KAV nicht mehr benötigt wurde und es daher zu einem Gesamtpaket zwischen dem KAV und der MA 69 gekommen ist. Das ist deshalb zu erwähnen, weil dieser Vorgang letztendlich auch ein sehr gelungenes Beispiel für die Immobilienstrategie der Stadt Wien darstellt.

Die Liegenschaft - mein Vorredner hat es bereits erwähnt - wird nun im Baurecht vergeben, um mit geringeren Grundstückskosten auch die Leistbarkeit der Wohnungen zu gewährleisten. Aber auf Grund der Größe des Bauplatzes, und um auch ein einheitliches Erscheinungsbild, eine einheitliche Konzeption dieses Neubauprojektes zu gewährleisten, waren ausschließlich Wettbewerbsgemeinschaften von zumindest zwei Bauträgern beziehungsweise zumindest zwei ArchitektInnen und PlanerInnen zugelassen.

Die Frage, wie jetzt dieses Areal, das ursprünglich dem KAV zuzurechnen war, bestmöglich genutzt werden soll, wurde eben im Rahmen der Immobilienstrategie der Stadt Wien diskutiert. Es wurde hier ein umfangreiches Paket zwischen dem KAV und der MA 69 geschnürt, das ich jetzt auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nicht im Detail ausführen werde, das aber letztendlich eine Win-win-Lösung sowohl für die MA 69, sprich, für den geförderten Wohnbau, als auch für den KAV dargestellt hat, sodass nunmehr dieses Projekt mit einer voraussichtlichen Wertschöpfung von ungefähr 65 Millionen EUR ermöglicht wird und damit auch 1.000 Arbeitsplätze gesichert werden können.

Ich möchte aber noch in aller Kürze auf die beiden Anträge eingehen, die Kollege Pawkowicz betreffend Einräumung von Baurechtswohnungseigentum zu Gunsten der NEUES LEBEN, MIGRA und WOGEM eingebracht hat, und dabei feststellen, dass ja in der Auslobung, die ich auch angesprochen habe - und so haben wir es auch im Ausschuss diskutiert -, kein Baurechtseigentum festgehalten wurde. Diese Regeln jetzt nachträglich zu ändern, wäre eigentlich eine krasse Benachteiligung all jenen gegenüber, die sich deshalb nicht beteiligt haben.

Zu der Frage, die in der Begründung des Antrages angeführt ist, dass nämlich eine Anfechtung der Ausschreibung durch die Gewährung einer Ausnahme auszuschließen wäre, bleibt der Antragsteller die Begründung eigentlich schuldig. Das ist einmal eine Behauptung, die in den Raum gestellt wird.

Aber auch beim zweiten Punkt, nämlich hinsichtlich der Eintragung in das Grundbuch, haben Juristen immer wieder darauf hingewiesen, dass so eine Eintragung ins Grundbuch bezüglich des Sicherungsinstrumentariums,

nämlich des Veräußerungs- und Belastungsverbot, für Unternehmen, und in dem Fall auch für Wohngensenschaften, nicht möglich ist, sodass auch dieser Eintragung nicht nähergetreten werden kann.

In diesem Sinn ersuche ich Sie um Genehmigung dieses Geschäftsstückes. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir werden zuerst über einen Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderäte Pawkowicz, Kasal, Schmidt, Berger und Niegl hinsichtlich Einräumung von Baurechtswohnungseigentum zu Gunsten der Baurechtsnehmer abstimmen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind NEOS, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Regierungsparteien, dies ist somit nicht angenommen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters hinsichtlich des Geschäftsstückes zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig angenommen.

Jetzt liegt noch ein Beschlussantrag hinsichtlich Einräumung von Baurechtswohnungseigentum zugunsten von NEUES LEBEN, MIGRA und WOGEM betreffend Grundstück 1115/2 vor. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Stimmen von NEOS, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Regierung, der Antrag ist abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 54 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Reduktion der Baurechtsfläche auf Grund der Errichtung der Stadtstraße Wortmeldung liegt dazu keine vor. - Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Geschäftsstück ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig ... *(GRin Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES: Nein! - Weitere Zwischenrufe.)* Kollege Gara hat aber aufgezeigt. *(Zwischenrufe bei den NEOS.)* Nein, okay. Dies ist also mehrstimmig, gegen die Stimmen der NEOS, so angenommen. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Bei den GRÜNEN wäre er schon ausgeschlossen! - Weitere Zwischenrufe.)*

Es gelangt nunmehr Postnummer 55 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Verkauf von Liegenschaften in der KatG Biedermannsdorf. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. Bevor ich Sie ersuche, dem Aktenstück zuzustimmen, muss ich mitteilen, dass im Ausschuss seitens der FPÖ die Feststellung der Minderheit verlangt wurde, was ich hiermit tue.

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag. Kasal.

GR Mag. Günter **Kasal** *(FPÖ)*: Irgendjemand hat da etwas vergessen.

Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich bringe zu diesem Geschäftsstück einen Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung ein. Die Begründung erfolgt jetzt. Und zwar geht es um den Verkauf von Liegenschaften in Biedermannsdorf. Wir haben das im Ausschuss auch schon andiskutiert.

Was ist daran zu kritisieren? Zu kritisieren ist: Es wurde ein Bieterverfahren gemacht - das ist grundsätzlich gut -, aber nur halb gut. Es wurde trotz dieser Größe nicht europaweit ausgeschrieben und bekannt gemacht. Das hätte man tun können, wenn man den höchsten Preis dafür erzielen könnte. Wenn man den höchsten Preis dafür erzielen könnte, könnte man auch im Rahmen des Bieterverfahrens kooperativ mit den Bietern umgehen.

Was meine ich damit? Es gibt ein Schätzgutachten, sozusagen ein hauseigenes Schätzgutachten, aus dem Jahre 2013. Dieses Schätzgutachten kommt auf 6,3 Millionen EUR. Allerdings: Dieses Schätzgutachten, das ja eigentlich die Grundlage für ein Bieterverfahren darstellen müsste und für ein Übergebot dieser 6,3 Millionen EUR, dieses Schätzgutachten wurde den Bietern nicht zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen dieses Bieterverfahrens haben sich angeblich 17 Bieter für das Objekt interessiert. Da die Stadt Wien aber keine weiteren Informationen zur Verfügung gestellt hat, haben sich 16 von den 17 Bietern wieder zurückgezogen. Das ist sehr schade, damit blieb nämlich nur ein Bieter übrig.

Was bedeutet das? Das einzige Gebot war auch gleichzeitig das höchste Gebot. Das ist sehr schade. Ich bin überzeugt davon, dass bei einem, wie soll ich sagen, kompetenter durchgeführten, interessierteren Bieterverfahren weitaus mehr zu erzielen gewesen wäre.

Warum wäre mehr zu erzielen? Es geht um ein Grundstück mit 22.000 m². Die Stadt Wien, die GRÜNEN würden das „Stadtentwicklungsgebiet“ nennen. Es pfeifen die Spatzen von den Dächern, es sagt auch der Bestbieter: Dort wird Wohnbau errichtet. Es wird dort zu einer Umwidmung kommen, und wenn es zu dieser Umwidmung gekommen ist, wird das Grundstück nicht 6,3, sondern vielleicht 9,6, vielleicht 12, 13 oder 14 Millionen EUR wert sein. Das sind Gelder der Stadt Wien, auf die hier leichtfertig verzichtet wurde.

Ich komme auch zu einem weiteren Kritikpunkt, und zwar ist das der aktuelle Rechnungshofbericht zur MA 69. Es wurden zahlreiche Liegenschaftsverkäufe untersucht. Das Resümee darf ich ganz kurz vorlesen, die zwei Punkte, die interessant sind. Dem Verkauf liegen oder lagen mangelhafte Verkehrswertgutachten zur Verfügung. Genauso wie in Biedermannsdorf ein drei Jahre altes Gutachten als Grundlage, und das wurde nicht veröffentlicht.

Jetzt kommt aber der entscheidende Punkt, der viel interessanter ist: „Der Rechnungshof kritisiert ganz deutlich, dass die Kaufverträge von Liegenschaftsverkäufen keine Nachbesserungsvereinbarungen enthalten für den Fall einer späteren Wertsteigerung.“ Genau das wird hier

schlagend: Es ist wahrscheinlich davon auszugehen, dass es Wochen oder wenige Monate nach dem Verkauf zu einer massiven Umwidmung in Biedermansdorf kommt und dass genau diese Flächen, die jetzt um einen Spott verkauft werden, ein Vielfaches wert sein werden!

Nur weil ich es jetzt da gerade liegen habe: Lustig finde ich in diesem Zusammenhang auch ein Zitat aus der Biedermansdorfer „Bezirkszeitung“. Es gibt dort einen Vizebürgermeister der SPÖ, er hat Folgendes geschrieben - ich zitiere wörtlich: „Zum Jahreswechsel ging das Kinderheimareal auf die BIG, Bundesimmobilienengesellschaft, als neuen Eigentümer über.“ Er weiß anscheinend schon mehr. „Gemeinsam mit ihr werden wir die besten Lösungen für den Ort finden und dabei natürlich auch die Bevölkerung einbinden.“ Er spricht also bereits davon, dass das zum Jahreswechsel verkauft wurde. Er dürfte nicht allzu gut informiert gewesen sein.

Ganz kurz noch den Sachverhalt ... (Amtsf. StR Dr. Michael Ludwig: Hoffentlich ist der Vizebürgermeister gut informiert in Biedermansdorf!) Bitte? (Amtsf. StR Dr. Michael Ludwig: Hoffentlich ist der Bericht des Vizebürgermeisters ... Er ist Mandatar!) Na ja, hoffentlich. Aber allzu gut dürfte er nicht sein, sonst wäre er nicht Zweiter in Biedermansdorf. Es gibt einen anderen Bürgermeister.

Unerfreulich in dem Zusammenhang: Noch einmal der Ablauf, wie das mit dem Rechnungshofbericht war. Sehr geehrte Damen und Herren, am 24. Mai 2016 übermittelte der Rechnungshof seinen Bericht über das Ergebnis der Überprüfung betreffend die Liegenschaftsverkäufe mit seiner Kritik, so wie ich es gerade ausgeführt habe. Unter Punkt 15.2. empfiehlt der Rechnungshof es als zweckmäßig, eine Nachbesserungsvereinbarung oder eine aufschiebende Bedingung aufzunehmen, wenn sich der Wert der Liegenschaft nachträglich ändert. Das war am 24. Mai 2016.

Am 20. September 2016 beschloss der Stadtsenat den Wortlaut einer Stellungnahme samt Erklärung über die getroffenen Maßnahmen. Wörtlich zitiert: „Zukünftig werden Bestimmungen, die eine wertgesicherte entsprechende Nachbesserung gewährleisten, generell in den Verträgen verankert sein.“ Stadtsenat am 20. September.

Jetzt ist es doch bitte einmal aufzuklären, wie man am 7. April, mehr als ein halbes Jahr später, einen Liegenschaftsverkauf abschließt, wo noch immer nicht diese Nachbesserung drinnen ist. (Beifall bei der FPÖ.) Deswegen habe ich den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung eingebracht.

Ich bringe auch noch einen Beschlussantrag ein, und zwar den folgenden:

„Der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Dr. Michael Ludwig wird aufgefordert, unverzüglich die vom Rechnungshof empfohlene und vom Stadtsenat am 20. September 2016 beschlossene Vorgehensweise betreffend Nachbesserungsvereinbarungen bei Liegenschaftsverkäufen umzusetzen.“

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. Meine Damen und Herren!

Es gäbe jetzt viel zu sagen zu den Unterstellungen: Die Abteilung hat schlecht gearbeitet, es wurde zu einem Spottpreis, nämlich den 6,3 Millionen, die geschätzt wurden, verkauft. (GR Mag. Wolfgang Jung: Das war aber vor einigen Jahren!) In der Gemeinde Biedermansdorf plant man offensichtlich schon eine Umwidmung, was natürlich naheliegend ist, wenn die ARE es kauft und dort vielleicht auch Schulbau notwendig ist.

Also das sind alles Dinge, die es geben kann in der Vorstellung des Kollegen Kasal. Die kommen so, denn es ist immer alles link, und der ... (GR Mag. Dietbert Kowarik: Dazu haben wir eine Nachbesserungsklausel, Herr Kollege, um das aufzufangen! Ja! - Heiterkeit des Berichterstatters. - GR Mag. Dietbert Kowarik: Was ist daran lustig?) Nein, es ist immer ... (GR Mag. Günter Kasal: Warum gibt es keine Nachbesserungsvereinbarung ... - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Die Verhandlungen - das wurde im Ausschuss gesagt - über dieses Aktenstück liegen davor. Es wurde davor nicht vereinbart und war auch keine Bedingung. (GR Mag. Wolfgang Jung: ... wissen es selber vorher!) Auch die Ausschreibung, die 17 Interessenten, von denen 16 zurückgezogen haben, die sich dann doch nicht für dieses Projekt und Objekt interessiert haben, ist richtig. Es ist dann die ARE übrig geblieben, die 6,3 Millionen - das ist ein Preis von 240 EUR/m² - gezahlt hat.

Ich denke, es war kein schlechtes Geschäft, und ich denke auch, dass die Umwidmungsspekulationen des Mag. Kasal nicht eintreten werden. Dass die Gemeinde Biedermansdorf, auch wenn der Herr Bürgermeister es vielleicht vorzeitig, bevor der Vertrag abgeschlossen ist, offensichtlich berichtet hat - aber Zeitungsmeldungen müssen ja nicht immer stimmen. (Heiterkeit und Zwischenrufe bei FPÖ, ÖVP und NEOS.) Ja, auch die eigene Aussage muss nicht stimmen.

Aber der Vertrag ist im Jänner abgeschlossen worden. Wir beschließen ihn heute, dazu stehen wir auch. (GR Mag. Dietbert Kowarik: Warum machen Sie keine Nachbesserungsklausel?) Es ist eine gute Vereinbarung, ein guter Vertrag auch für die Gemeinde Biedermansdorf, auch für die Stadt Wien. Deshalb sind wir für die Zustimmung zu diesem Akt und natürlich nicht für die Absetzung. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag. Gerald **Ebinger**: Ich bringe nun den Antrag auf Absetzung des Geschäftsstückes Postnummer 55 von der Tagesordnung zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag auf Absetzung ihre Stimme geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS gegen die Stimmen der Regierung nicht angenommen. Damit ist das Geschäftsstück nicht abgesetzt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 55, wobei ich die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gemeinderatsmitglieder feststelle.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das ist mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und der GRÜNEN gegen die Stimmen der FPÖ und der NEOS mehrstimmig so angenommen.

Wir sind damit am Ende der öffentlichen Sitzung. *(Berichterstatter Gerhard Kubik - nach Verlassen des Berichterstattersitzes ein Schriftstück in die Höhe haltend -: Hier ist ein Beschlussantrag! - Weitere Zwischenrufe. - Das Schriftstück wird der Vorsitzführung überreicht.)* Was, was? *(GR Mag. Günter Kasal: Der Beschlussan-*

trag! - Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.) Ah, Entschuldigung, ja! Beschlussantrag, Verzeihung!

Es liegt noch ein Beschlussantrag vor, richtig. In formeller Hinsicht wird auch hier die sofortige Abstimmung verlangt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Beschlussantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit den Stimmen von ÖVP, NEOS und FPÖ gegen die Stimmen der Regierung und hat somit nicht die erforderliche Mehrheit.

Jetzt sind wir aber am Ende der öffentlichen Sitzung.

Ich bitte die Damen und Herren die Galerie zu verlassen.

(Schluss um 21 Uhr.)